ttwoch, 9. März 1983 - D ***
tblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 57 - 10.W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 1:

en 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, britannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 83,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

Kohl weist alle Spekulationen über Personalfragen zurück

Stoltenberg „wichtiger Bestandteil" der Regierung / Dregger will bleiben

MANFRED SCHELL, Bonn

Der bisherige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat seinen Anspruch auf die Fraktionsführung erneuert. In einem Gespräch mit der WELT sagte Dregger gestern, er wolle auch nach der Bildung der neuen Bundesregierung Fraktionsvorsitzender bleiben. Damit widersprach Dregger Überlegungen, in denen er als künftiger Präsident des Deutschen Bundestages oder als eventueller Bundesjustizminister genannt worden war.

Mit dieser Erklärung Dreggers, die er am Nachmittag vor der Fraktion wiederholte, ist ein Stück Klarheit geschaffen worden. Sie bedeutet, daß der bisherige Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg nicht die Fraktionsführung übernehmen, sondern auch dem neuen Bundeskabinett angehören wird. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte vor dem Fraktionsvorstand der Union: „Stoltenberg ist ein wichtiger Bestandteil der Bundesregierung." Der Anspruch Stoltenbergs auf ein klassisches Ministerium wird von niemandem bestritten und er ist angesichts der CDU-Gewinne in Norddeutschland zusätzlich bekräftigt worden. In den vergangenen Tagen war über die Überlegung berichtet worden, den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, wenn dieser ein Ministeramt in Bonn anstrebe, zum Bundesfinanzminister zu machen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit Strauß länger als eineinhalb Stunden unter vier Augen gesprochen. Heute wird er mit dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher zusammentreffen. Die Koalitionsverhandlungen mit der FDP sollen, nach Vorberatungen zwischen CDU und CSU, Mitte nächster Woche, also nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, aufgenommen werden. In dem Gespräch mit Strauß hat Kohl seinen Zeitplan dahingehend erläutert, daß die konstituierende Sitzung des Bundestages am 29. März und dann am 30. März die Kanzlerwahl stattfinden sollte.

Kohl und Strauß kamen überein, zunächst die Sachfragen mit der FDP zu erörtern und die personelle Besetzung des Kabinetts erst zum Schluß festzulegen. Vor der CSU-Landesgruppe, die gestern ihren Vorsitzenden Theo Waigel fast einstimmig bestätigte, sagte Strauß nichts darüber, ob er nach Bonn kommen wird oder nicht. Die CSU-Landesgruppe faßte aber den Beschluß, die Investitionsanleihe, die Bezieher höherer Einkommen bezahlen müssen, nicht zurückzuzahlen.

CSU-Generalsekretär Stoiber erklärte sogar, wenn sich hier die FDP verweigere, sei für die CSU die Koalitionsfrage gestellt. Auch in anderen Bereichen sagte Stoiber „Kraftproben" voraus. Die CSU werde bei den Koalitionsverhandlungen auch die Frage des Mißbrauchs des Demonstrationsstrafrechts einbringen. Auch müsse der Datenschutz wieder „in einer vernünftigeren Weise" gesehen werden mit dem Ziel, daß die Kommunikation zwischen den Behörden „wieder etwas freier wird". Auch Veränderungen im Scheidungsrecht müßten mit der FDP besprochen werden, forderte der CSU-Generalsekretär.

■ Fortsetzung Seite 10

Grüne nicht in Sicherheits-Gremien

Sperre durch Berechnungsschlüssel / Regierung will zurückhaltender informieren

MANFRED SCHELL, Bonn

Wenn es beim derzeitigen Berechnungsschlüssel bleibt, werden die Grünen nicht in den sicherheitsrelevanten Bundestagsgremien vertreten sein. Eine andere Situation träte ein, sollte das Parlament aus gesamtpolitischen Erwägungen heraus den Kreis der Mitglieder seiner Ausschüsse erweitern. Aber diese Tendenz war gestern nicht zu erkennen.

Der Einzug von 28 Abgeordneten der Grünen in den 10. Deutschen Bundestag wird von vielen Beobachtern als Bewährungsprobe des parlamentarischen Systems angesehen. Besorgte Stimmen hatte es in den vergangenen Tagen vor allem nach der Ankündigung der Grünen gegeben, sie würden die Geheimhaltungsvorschriften nicht akzeptieren.

Berechnungen der Bundestagsverwaltung aufgrund des Wahlergebnisses haben ergeben, daß die Grünen – entgegen bisheriger Annahme – keinen Anspruch auf Mitgliedschaft in den Parlamentsgremien haben, die bis zu elf Mitglieder haben. Dazu gehört die Parlamentarische Kontrollkommission zur Überwachung der Nachrichtendienste, die bisher aus sieben Abgeordneten besteht, und der fünfköpfige Ausschuß, der regelmäßig über Einschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes unterrichtet wird. In diesen beiden Gremien werden auch Einzelheiten über Erkenntnisse der Sicherheitsbehörde, zum Beispiel über den extremistischen und terroristischen Bereich sowie über die Hausbesetzerszene, mitgeteilt. Eine Preisgabe dieser Informationen hätte möglicherweise schwerwiegende Folgen für die innere Sicherheit.

Die Grünen werden, wie es bisher aussieht, auch keine Abgeordneten in die Untergremien des Haushaltsausschusses entsenden können, deren Aufgabe es ist, die Etats des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes sowie die finanziellen Abwicklungen im humanitären Bereich mit der „DDR" zu überwachen. Die Berechnungen der Bundestagsverwaltung haben auch ergeben, daß haben die Grünen keinen Anspruch auf einen Vizepräsidenten.

Anspruch haben die Grünen allerdings darauf, Abgeordnete in den Innen- und Verteidigungsausschuß sowie in den Auswärtigen Ausschuß zu entsenden, in denen nicht selten geheimhaltungsbedürftige Komplexe vor allem auch militärischer Natur behandelt werden. Nach der Geschäftsordnung können in diesen Gremien Vorgänge vom Geheimhaltungsgrad „vertraulich" bis „streng geheim" behandelt werden. Der Ausschußvorsitzende muß zu Beginn der Beratungen auf diesen Umstand hinweisen. Eine Verletzung der Bestimmungen hätte – wenn sie nachweisbar ist – zur Folge, daß der betreffende Abgeordnete wegen Geheimnisbruchs oder sogar wegen der Preisgabe eines Staatsgeheimnisses angeklagt werden kann.

In Regierungskreisen ist, unabhängig von diesen strafrechtlichen Konsequenzen, zu hören, ihre Vertreter würden mit der Weitergabe von Informationen künftig zurückhaltender als in der letzten Legislaturperiode sein. Es wird auch überlegt, bei besonders heiklen Angelegenheiten nur die Obleute der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zu unterrichten. Die Regierung, und darin liegt ihr Vorteil, hat es in der Hand, in welchem Umfang sie unterrichtet oder ob sie die Beantwortung von Anfragen unter Sicherheitsaspekten verweigert.

Die Grünen haben angekündigt, sie wollten einen Untersuchungsausschuß zur Spendenangelegenheit einsetzen. Dabei haben sie ihre geschäftsordnungsmäßige Stärke offensichtlich nicht richtig bedacht. Ihr Antrag hätte, ohne Unterstützung vieler SPD-Abgeordneter, keine Chance. Zwar kann die grüne Fraktion den Antrag stellen, aber ein Untersuchungsausschuß muß nach dem Grundgesetz erst dann eingesetzt werden, wenn der Antrag von einem Viertel der Abgeordneten unterstützt wird.

Seite 2: Grüner mit Krawatte
Seite 4: Grüne bieten auch in Bonn ein buntes Bild

Moskau lobt die Haltung der Grünen

„Kohls Sieg stärkte US-Position" / Reagan begrüßt Erfolg des Bundeskanzlers

fhn./DW. Moskau/Washington

Der sowjetischen Führung und ihrer Presse fiel es offenbar schwerer, den Wahlsieg der CDU/CSU zu erklären als die Niederlage der SPD.

Das Partei-Organ „Prawda" schrieb gestern, für die CDU/CSU hätten viele Wähler in dem Glauben gestimmt, daß die Christdemokraten „mit ihren engen Bindungen an das Großkapital" in einer guten Position seien, mit den wirtschaftlichen Problemen und mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden. Auch habe die Union ihren Wahlkampfparolen ein „Element der Friedfertigkeit" beigefügt und „in gewissem Maß ihre anhaltende Unterstützung für die amerikanische Null-Option kaschiert, die in Wirklichkeit die Genfer Gespräche blockiert".

Die „schwere Wahlniederlage" der SPD ist, so die „Prawda", auch auf die „Unbeständigkeit" der Partei in Sicherheitsfragen zurückzuführen sowie auf die Tatsache, daß die Sozialdemokraten die „NATO-Aufrüstung" nicht ausgeschlossen hätten. Nach der Wahl trügen nun die „CDU/CSU-Führer staatliche Verantwortung dafür..., ob die Bundesrepublik in eine Abschußrampe für amerikanische Erstschlag-Atomwaffen verwandelt wird".

Über die Grünen bemerkte die „Prawda", ihre „klare und eindeutige Position" hat den Einzug in den Bundestag ermöglicht. „Ihr Einzug ins Parlament sei die wesentliche Überraschung der Wahlen" und verändere das Profil des Bundestags erheblich.

Die Moskauer Presse-Agentur Nowosti kommentierte: „Die Wahlen sind vorbei, die Probleme sind geblieben." Die Wahl stelle noch keine Entscheidung der Bundesbürger für oder gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen dar. Die Auseinandersetzungen darüber würden nun in der bundesdeutschen Öffentlichkeit „mit neuer Kraft" entbrennen.

Nach dem Wahlsieg Helmut Kohls werde die US-Position in Genf gefestigt und der Erfolg der Verhandlungen jetzt vielleicht problematischer, heißt es weiter bei Nowosti. Das bedeute aber nicht, daß es die USA nun leichter hätten, mit der Raketenstationierung in Europa im Dezember zu beginnen. Unter Hinweis auf Widerstand in den USA selbst mahnt die Agentur den Bundeskanzler, nicht „päpstlicher als der Papst" zu sein.

US-Präsident Reagan bewertete den Wahlsieg Helmut Kohls als Bekräftigung der amerikanischen Sicherheitspolitik. Reagan erklärte, der Erfolg Kohls bestätige, „daß Frieden durch Stärke der einzuschlagende Weg ist". Die Deutschen seien etwas weniger verwirrt als die Amerikaner. Auch Vize-Präsident Bush deutete an, die Position der USA in Genf sei gestärkt worden. Er nannte die Null-Lösung ein „hohes moralisches Ziel" und bekräftigte den Willen der USA, „jedes vernünftige Angebot" der Sowjetunion zu prüfen.

In Ost-Berlin gab die Führung der „DDR" mit dem Abdruck einer Stellungnahme des DKP-Vorstandes gestern indirekt, aber unverhohlen ihre tiefe Enttäuschung über das Bonner Wahlresultat zu erkennen.

Gegendarstellung

In der WELT vom 3. März 1983 werden auf Seite 1 in dem Artikel „Konkret-Dokumente aus Ost-Berlin" unwahre Behauptungen verbreitet.

1. Die WELT schreibt: „Bei den Sicherheitsbehörden gibt es die Vermutung, daß die Ablichtungen in zurückliegenden Jahren dem ‚Stern' aus durchsichtigen Gründen zugänglich gemacht worden sind, als Bissinger noch bei dem Blatt gewesen ist. Bissinger habe sie dann bei seiner Trennung vom ‚Stern' möglicherweise mitgenommen." Dazu stelle ich folgendes fest: Solange ich für die Zeitschrift „Stern" gearbeitet habe, sind mir die fraglichen Dokumente weder bekannt gewesen noch zugänglich gemacht worden. Ich hätte sie daher schon aus diesem Grunde bei meiner Trennung vom „Stern" nicht mitnehmen können.

2. Die WELT berichtet weiter: „Eine andere Version lautet, die DDR habe sie erst später, als Bissinger nach seiner Tätigkeit bei dem Hamburger Bürgermeister Klose (SPD) ausgeschieden und die ‚Konkret'-Chefredaktion übernommen habe, dem Blatt zugeleitet, um einen Teil der innenpolitischen Szene zu beeinflussen."

Dazu erkläre ich, daß die Dokumente weder mir noch der Redaktion von „Konkret" aus der DDR zugeleitet worden sind.

Hamburg, 4. März 1983
Manfred Bissinger, Chefredakteur „Konkret"

*

Die WELT hat in ihrem Bericht Erkenntnisse und Schlußfolgerungen der Sicherheitsbehörden wiedergegeben. Nach dem Pressegesetz sind wir zum Abdruck der Gegendarstellung verpflichtet, gleichgültig, ob sie inhaltlich wahr oder unwahr ist.

Mubarak bietet Vermittlung an

dpa, Neu-Delhi

Der ägyptische Staatspräsident Husni Mubarak hat gestern die Vermittlung seines Landes im Golfkrieg zwischen Iran und Irak angeboten. Auf dem Treffen der Blockfreien in Neu-Delhi sagte Mubarak, Ägypten werde äußerste Anstrengungen unternehmen, damit beide Seiten eine Waffenruhe vereinbaren könnten. Irak habe einer Waffenruhe „bedingungslos zugestimmt". Nun sei es an Iran, auf den „von allen Ländern angenommenen" und vom Sicherheitsrat und der UNO-Vollversammlung unterstützten Appell zu antworten. Ein iranischer Delegierter kommentierte Mubaraks Angebot nur mit „lustig, lustig". Zum dpa-Korrespondenten sagte er, vor einigen Monaten habe Mubarak noch seine Unterstützung für „Iraks Aggression gegen Iran" erklärt.

DER KOMMENTAR

Muskelspannen

PETER GILLIES

Wenn der Bär erlegt ist, geht es an die mehr oder weniger geordnete Verteilung seines Fells. Das nennt man „Koalitionsverhandlungen". Eigentlich sollten sie in gemessener Form, am runden Tisch politisch gleichgesinnter Vernunft, stattfinden. Aber irgendwie klappte das nie. Sie begannen stets mit öffentlichen Verlautbarungen, keineswegs den politischen Wertigkeiten entsprechend. Das scheint sich 1983 zu wiederholen. Oder wird nur der Bundestagswahlkampf bis zum Wahltag in Schleswig-Holstein, dem 13. März, fortgesetzt?

CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber nannte die Frage der Rückzahlbarkeit der Investitionshilfeabgabe die „erste Kraftprobe" der Koalitionsverhandlungen. Diese Rückzahlbarkeit sei „mit der CSU nicht zu machen". Er begründete dies damit, daß die Unionsparteien fast zwei Millionen Arbeitnehmerstimmen aus dem klassischen SPD-Potential herübergezogen hätten.

Diese Neuwähler würde man „gewaltig vor den Kopf schlagen", ja sie „betrügen", meinte Stoiber. Nun, bis wenige Wochen vor der Wahl war die CDU/CSU genau anderer Ansicht. Sie glaubte nämlich, man gewinne die Vollbeschäftigung nicht dadurch zurück, daß man Besserverdienenden in die Tasche greift. Der plötzliche Wandel, die Sondersteuer besser doch nicht zurückzuzahlen, war eine Hinwendung an populistische Strömungen, wider die eigene Einsicht.

Die Union wurde mutmaßlich nicht gewählt, weil sie versprach, den „Reichen" stärker in die Tasche zu fassen, sondern weil man ihr die Kompetenz zur Lösung des Arbeitslosenproblems zutraute. Die Wähler wären gewaltig vor den Kopf geschlagen, würde dieses Ziel mit untauglichen Mitteln verfehlt.

Angelegentlich sei an das geltende Recht erinnert. Zur Zeit gilt, daß die Sondersteuer in einigen Jahren ohne Zinsen zurückgezahlt wird. Für eine Gesetzesänderung stünden, so konterte Graf Lambsdorff gestern kühl, die Stimmen der FDP nicht zur Verfügung. Da in diesem Fall liebend gerne die Grünen oder die SPD einsprängen, stellt sich die Frage, ob man Koalitionsfragen nicht doch besser im Koalitionskreis erörterte.

Bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1982 hat die frische Koalition manche Fehler begangen. Sie zu wiederholen, bleibt zwar erlaubt, ist aber keine Pflicht.

Papst: Folter ist Verbrechen an Gott

rtr/AFP/AP, Guatemala-Stadt

Papst Johannes Paul II. hat in einer Messe in Guatemala-Stadt Folter und Entführung als Verbrechen an Gott verurteilt. Gleichzeitig warnte er den Klerus aber – wie bereits bei den vorausgegangenen Etappen seiner Mittelamerika-Reise – vor jedem ideologischen und parteipolitischen Engagement.

Politische Gewalttätigkeiten in Guatemala, wo vier Tage vor dem Papst-Besuch sechs linksgerichtete Guerrilleros hingerichtet worden waren, dürften auch das zentrale Thema der Unterredung des Papstes mit dem protestantischen Junta-Chef General Efrain Rios Montt gewesen sein. Nach Angaben von Vatikan-Sprecher Romeo Panciroli äußerte der Papst gegenüber General Montt sein „tiefes Erschrecken" über die Exekutionen der Guerrilleros und drückte sein Mitleid mit allen Opfern des Bürgerkriegs in Guatemala aus. Während der Regierungszeit des Junta-Chefs sind nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen rund 12 000 Menschen gewaltsam ums Leben gekommen.

Die Hinrichtungen hatten die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Guatemala stark belastet. Wie der Vatikan mitteilte, werde die Angelegenheit noch „ernste Konsequenzen" haben. Nicht ausgeschlossen wird, daß die diplomatischen Beziehungen herabgestuft werden.

Gestern flog Papst Johannes Paul II. nach Honduras, der sechsten Station seiner Reise.

Seite 2: Das Gotteswort und freie Wahlen gegen die Gewaltbotschaft
Seite 6: Mittelamerikas Länder suchen neue Verfassungen

„Sowjetunion mißbraucht Psychiatrie"

dpa, London

Die Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International hat Kenntnis von fast 200 Menschen, die in den vergangenen acht Jahren aus politischen Gründen gewaltsam in psychiatrische Anstalten der Sowjetunion eingewiesen wurden. In einem in London veröffentlichten ai-Bericht heißt es, daß die tatsächliche Gesamtzahl vermutlich höher sei.

Die Einweisung in psychiatrische Anstalten werde weiter als Strafe für Kritik und Protest benutzt, heißt es in dem Bericht. So sei Jurij Ternopolski 1981 nach einer Verabredung mit einem schwedischen Journalisten in ein solches Haus gebracht worden. Ähnlich sei es dem litauischen Psychiater Algirdas Statkevicius gegangen, der einer Gruppe zur Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen beitrat, und Pastor Vello Salum, der über die nationalen Traditionen der estnischen Kirche predigte.

Der Arbeiter Wladimir Tsurikow aus Krasnojarsk wurde, so Amnesty, dreimal in solche Anstalten gebracht, weil er Ausreise-Anträge gestellt hatte. Er beschrieb die Wirkung von Medikamenten so: „Das Medikament bewirkte, daß ich mich krümmte und daß meine Beine sich verdrehten ... Ich konnte nicht mehr gehen ... Anfälle von Bewußtlosigkeit begannen, oft wiederkehrend, ich fiel und schlug mit dem Kopf auf dem Boden und an den Ziegelwänden auf. Wegen des Schmerzes konnte ich nicht schlafen und nicht essen."

Sowjetische Bürger, darunter auch Psychiater, die den Mißbrauch der Anstalten kritisierten, wurden selbst gewaltsam in psychiatrische Kliniken gebracht.

Kairo: PLO hat Kontakt mit der Realität verloren

„Kampf im bequemen Exil" / Khadhafi droht der UNO

dpa/AFP, Kairo

Die halbamtliche Kairoer Zeitung „Al Ahram" hat gestern der PLO vorgeworfen, Kontakt mit den politischen Realitäten verloren zu haben.

In einem Leitartikel schrieb das Blatt, bemerkenswert sei nicht nur, „daß eine Reihe ihrer Führer es vorzieht, den Kampf im bequemen Exil fortzusetzen, anstatt sich dem leidensvollen Kampf unter dem Feuer der Okkupation auszusetzen. Wir erfahren auch, daß sie (die Führer) vollständig den Kontakt mit den Intrigen verloren haben, die ein brutales Militärregmime ausführt, um die palästinensischen Bürger vollständig aus dem Land ihrer Vorfahren zu entfernen".

Die PLO, so schrieb „Al Ahram" weiter, sei immer noch nicht fähig, Freunde zu erkennen und herauszufinden, wann Bedingungen günstig sind oder nicht.

Ähnlich wie „Al Ahram" hatte sich vor kurzem auch Staatschef Hosni Mubarak geäußert. In einer Stellungnahme zu den Beschlüssen der Konferenz des Palästinensischen Nationalrats in Algier hatte Mubarak den Palästinensern angeboten, sich weiterhin für ihre Belange einzusetzen. Die PLO müsse sich jedoch eindeutig festlegen, zu welchem Lager – dem ägyptischen oder dem syrischen – sie sich zugehörig betrachte.

Der frühere US-Präsident Jimmy Carter, der 1978 zusammen mit dem damaligen ägyptischen Staatschef Sadat und Israels Ministerpräsidenten Begin das Abkommen von Camp David unterzeichnet hatte, traf gestern nach einer Reise durch mehrere arabische Staaten in Tel Aviv ein. Carter bestätigte, daß er in Kairo auch mit PLO-Vertretern zusammengetroffen sei. Er bestritt jedoch, daß Präsident Reagan ihn mit einer Verhandlungsmission betraut habe.

Libyens Staatschef Khadhafi hat in einer Botschaft an UNO-Generalsekretär de Cuellar mit dem Austritt seines Landes aus den Vereinten Nationen und der Gründung einer neuen Weltorganisation der kleinen Staaten gedroht. In dem gestern veröffentlichten Schreiben drohte Khadhafi, er werde seinen Plan in die Tat umsetzen, wenn das Veto-Recht im Weltsicherheitsrat nicht abgeschafft oder aber sämtlichen UNO-Mitgliedern eingeräumt werde.

TAGESSCHAU

POLITIK

…rner schlägt September …r Neuwahl vor

dpa, Wiesbaden

…Hessen soll am 25. September – … Jahr nach der letzten Wahl …) – der Landtag neu gewählt …den. Landesvorstand und Land…fraktion der SPD haben gestern …h einen entsprechenden Be…uß den Weg für die Neuwahl …gemacht. Am Montag abend hat…sich Landesvorstand und …desausschuß der hessischen … noch für einen Neuwahlter… vor der Sommerpause ausge…chen. Der Geschäftsführende …isterpräsident Holger Börner …D) bezeichnete die Neuwahl als …wendigen Weg, damit dieses …d eine Regierung auf parlamen…scher Mehrheit erhält. Keine der …dtagsfraktionen verfüge über … Mehrheit und Koalitionen sei… offensichtlich nicht möglich", … Grünen „zu einer kontinuierli… parlamentarischen Arbeit …t in der Lage". Seite 10

Peking warnt vor Verlegung von SS 20

AP/rtr, Peking

Die Volksrepublik China hat sich entschieden gegen jede Verlegung sowjetischer SS-20-Raketen aus Osteuropa hinter den Ural nach Sibirien ausgesprochen. In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es: „Eine Verlegung von SS-20-Raketen wird die Bedrohung Europas nicht verringern, aber die des Fernen Ostens und Asiens verstärken." Peking sei der Auffassung, daß abgebaute Atomwaffen verschrottet werden sollten. Es gilt als sicher, daß die Raketenfrage auch bei den in Moskau begonnenen Gesprächen über bessere chinesisch-sowjetische Beziehungen eine wesentliche Rolle spielen. Bereits im Vorfeld hatte die chinesische Führung deutlich gemacht, daß die Sowjets ihre Bedrohung Chinas, z. B. durch einen Abzug ihrer Truppen aus Drittländern, reduzieren müßten (WELT vom 8. 3.).

WELT-REPORT Reisen '83

… Deutschen reisen doch – trotz konjunktureller Rezession ist der …ng in die Ferne ungebrochen. Die Urlaubsreise gehört zur …ensqualität. Ob Alaska-Abenteuer per Floß, Sommerski in …entinien, Familienspaß auf Ferien-Bauernhöfen – der Reisereport … WELT will Anregungen für jede Art von Urlaub geben.

ZITAT DES TAGES

„…ich erwarte, daß wir …vom Koalitionspartner …pfleglich behandelt …werden. Denn es war …immerhin die FDP, die …ganz allein das Risiko …für die Wende getragen …hat."

…gard Adam-Schwaetzer, FDP-Ge…neralsekretärin, in einem „Bild"-…Interview. FOTO: SVEN SIMON

…hwenk zur CDU"

AP, Frankfurt

…r „haushohe Wahlsieg" der …/CSU ist nach Ansicht des IG-…ll-Vorsitzenden Eugen Lode…auch darauf zurückzuführen, … Arbeitnehmer von der SPD zur …U übergeschwenkt seien. Vor … Beirat seiner Gewerkschaft er…te Loderer, der Union sei es …nkundig nicht nur gelungen, die …schaft zu mobilisieren, sondern …n neue Wählerschichten zu er…ießen: Zu Dreivierteln rekru…en sie sich aus den Verlusten … SPD.

…eisky: Gleichgewicht

AP, Wien

…er österreichische Bundeskanz… Bruno Kreisky hat gestern in …r Stellungnahme zum Ergebnis … deutschen Bundestagswahl er…t, daß die SPD in den letzten …ahren vom NATO-Doppelbe…uß der Regierung Schmidt ab…ickt sei. Grundsätzlich sei eine …spannungspolitik in Europa je…h nur bei einem Gleichgewicht … Mächte möglich, das von Mos… durch die Stationierung der SS-…Raketen eindeutig gestört wor… sei.

…TTER

…iter bis wolkig

DW. Essen

… Norden zeitweise leichter Re… bei Tagestemperaturen um 8 …. In den übrigen Gebieten hei…is wolkig und trocken bei Wer… bis 14 Grad. In der Nacht nur …g niedriger. Im Norden fri…r, sonst schwacher Wind aus …lichen Richtungen.

WIRTSCHAFT

Vertrag mit China

AFP, Peking

Der amerikanische Industriekonzern „Occidental Petroleum" hat die bislang größte Investition einer westlichen Gesellschaft mit der Volksrepublik China vereinbart. Bei dem Projekt geht es um den Abbau der Kohlevorkommen von Pingshuo in der nordchinesischen Provinz Shanxi. Der US-Konzern soll dem Vertrag zufolge 230 Millionen Dollar in China investieren. Die Kohlevorkommen werden auf 1,4 Milliarden Tonnen geschätzt.

Zinsen gesenkt

dpa, Frankfurt

In Anpassung an die Marktentwicklung senkt das Bundesfinanzministerium mit Wirkung vom 9. März die Zinsen für seine Daueremissionen. Für die fünfjährige Bundesobligation werden der Nominalzins von 7,25 auf 6,75 Prozent und die Rendite bei einem Ausgabekurs von 99,20 (100,40) Prozent von 7,15 auf 6,94 Prozent gekürzt. Bei den Finanzierungsschätzen des Bundes wird bei einem Jahr Laufzeit der Verkaufszins auf 4,90 (5,20) Prozent und damit die Rendite auf 5,15 (5,49) Prozent zurückgenommen. Bei zwei Jahren Laufzeit wird der Verkaufszins auf 5,35 (5,65) Prozent und die Rendite auf 5,82 (6,18) Prozent gesenkt.

1,84 Mrd. im Plus

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland schloß im Januar mit einem Überschuß von 1,84 Milliarden Mark, verglichen mit einem Überschuß von 1,43 Milliarden im Dezember 1982 und einem Defizit von 2,31 Milliarden Mark im Januar 1982. Das teilte die Deutsche Bundesbank gestern mit.

Kredit für Belgrad

AP, Basel

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat Jugoslawien gestern grundsätzlich einen Überbrückungskredit von 500 Millionen Dollar zugesagt. Belgrad wird zunächst jedoch nur eine Tranche über 300 Millionen Dollar erhalten. Die restlichen 200 Millionen Dollar werden erst nach einer Einigung über die von der BIZ verlangte Belgrader Sicherheitsgarantie in Form einer Deckung durch Goldreserven freigegeben.

Aktien schwächer

DW. Frankfurt

In Reaktion auf die kräftigen Kurssteigerungen vom Vortag kam es gestern aufgrund von Gewinnmitnahmen zu teilweise deutlichen Rückschlägen. Am Rentenmarkt war die Entwicklung uneinheitlich. WELT-Aktienindex 123,4 (124,0). Dollar-Mittelkurs 2,3925 (2,3920) Mark. Goldpreis je Feinunze 417,50 (420,75) Dollar.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auch ein Freispruch

Von Werner Kahl

Die UNO-Menschenrechtskommission hat das Thema der Menschenrechte in der „DDR" einfach von der Tagesordnung abgesetzt. Ein unüberhörbarer Chor des Schweigens in der weltweiten Medienlandschaft begleitete die Entscheidung jener sonst so lauten Vorkämpfer der Humanität, die von Salvador bis Südafrika jeden Verstoß zu zählen wissen, jede Kritik am Ostblock aber – Helsinki hin, UNO-Charta her – als Einmischung verwerfen. Ost-Berlin hat zwar die UNO-Charta 1966 ratifiziert, aber das heißt anscheinend nicht, daß die UNO ihre eigene Charta ernst nehmen muß.

Zweifellos hat das Auftreten der Bonner Delegierten in den letzten Jahren diese Entwicklung begünstigt. Die sozial-liberale Koalition, die der „DDR" zu ihrer Aufwertung als Mitglied der Vereinten Nationen verholfen hatte, fühlte sich anscheinend gehalten, eine Abwertung zu verhindern. Der Frankfurter Gesellschaft für Menschenrechte (GfM) wurde sogar Adressenhilfe zum Versenden einer Broschüre über die 54 000 Tötungsautomaten versagt, und das noch nach dem Sturz der Regierung Schmidt!

Manche Delegierte am Genfer See mögen sich da gefragt haben, ob sie deutscher (oder menschlicher) sein sollten als die Deutschen selber. Dennoch gab es so mutige Verteidiger des Grundsatzes ungeteilter Menschenrechte wie die Niederlande. Aber sie wurden von Staaten wie den Fidschi-Inseln überstimmt. Den Insulanern haben Moskau und Ost-Berlin Hilfe bei einem Flugplatzbau zugesagt.

So kann das Menschenrecht mit Geld aufgewogen werden. Die Bonner Verhandlungsposition gegenüber Ost-Berlin wird, was den Preis menschlicher Erleichterungen betrifft, durch den „Freispruch" von Genf erschwert (verteuert). Von der neuen Bundesregierung darf man erwarten, daß sie die Sache der Menschenrechte nicht in dem Abseits stehen läßt, in das sie von der bisherigen Regierung mitbugsiert wurde.

Franken, die schwanken

Von Claus Dertinger

Im Europäischen Währungssystem (EWS) gärt es. Die Abwertung des französischen Franc ist überfällig. Eine Abwertung des belgischen Franc erscheint sinnvoll. Und eine Aufwertung der Mark und des holländischen Guldens wären auch unabhängig von Abwertungen anderer Währungen angebracht.

Einzig und allein aus politischen Gründen ist eine Wechselkurskorrektur bis nach den Wahlen in der Bundesrepublik und in Frankreich verschoben worden. Bei uns aus reiner Vorsicht, weil das Thema mit einem anderen Wahlausgang vom Tisch gewesen wäre. In Frankreich aus Prestigeüberlegungen der Regierung, aber auch, weil eine Abwertung in ein noch zu beschließendes Pariser Sanierungsprogramm eingebunden werden muß.

Die an den Devisenmärkten aufgeflammte Auf- und Abwertungsspekulation zeigt, daß die Zeit drängt. Und zwar weniger uns als Frankreich und Belgien. Denn deren Währungen sind nur noch mit großen Opfern innerhalb des engen Schwankungsbandes zu halten, mit massiven Zinserhöhungen, mit Devisenkrediten, deren Rückzahlung kostspielig wird, und mit einem fortgesetzten Druck auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten.

Die Politiker stehen also unter Handlungszwang, besonders die französischen. Denn die Korrektur des Franc-Kurses ist am dringlichsten. Alles wartet daher auf ein Signal aus Paris. Aber gerade die französische Regierung scheint noch nicht genau zu wissen, was sie überhaupt will. Offen scheint nicht nur zu sein, ob und um wieviel der Franc abgewertet werden soll, sondern wohl auch, ob Frankreich überhaupt im EWS bleiben will.

Es gibt zwar viel Kritisches zum EWS zu sagen. Aber bräche Paris aus dieser Klammer der EG aus, könnte auch ein Ziehen an der protektionistischen Notbremse nicht mehr ausgeschlossen werden. Das wäre dann der Anfang vom Ende der EG, der gerade die Bundesrepublik viel verdankt – nicht nur wirtschaftlich.

Die Abschrecker

Von Peter Gillies

Daß die Wirtschaft ihr Lehrstellenangebot gewaltig ausgedehnt hat – teilweise über den Bedarf hinaus – wird nicht einmal von Gewerkschaftlern bestritten. Die ziemlich ruckhafte Reproduktionsrate der Deutschen erheischt, daß die Anstrengungen nochmals gesteigert werden.

Alle Beteiligten könnten daran mitwirken: die Unternehmen, indem sie an übermorgen denken; die Lehrlinge durch Mobilität und Verzicht auf Modeberufe; die Gewerkschaften, indem sie die Kostenbelastung der „Azubis" in Grenzen halten.

Gegen den letzten Grundsatz verstößt die IG Metall in der aktuellen Tarifrunde. Ihre Forderungen für die Lehrlingsvergütungen summieren sich nach Berechnungen der Arbeitgeber von Gesamtmetall auf mehr als zwanzig Prozent. Aber beides zusammen ist nicht zu haben: überdurchschnittliche Kostensteigerung und gleichzeitig mehr Lehrstellen. Die wirtschaftliche Logik drängt in die andere Richtung: Wenn die Kosten einer Lehrstelle zu teuer werden, wird ihre Zahl verringert.

Ein Ausbildungsplatz in der Metallindustrie kostet schätzungsweise zwanzigtausend Mark jährlich. Die Lehrlingsvergütungen sind in den letzten Jahren etwa doppelt so stark wie die Löhne gestiegen, die Zahlungen für das erste Lehrjahr sogar um das Dreifache. Dieser Prozeß bewirkt das Gegenteil von Ermutigung, weitere Lehrlinge einzustellen.

Mit den Forderungen erweist die IG Metall der Jugend einen Bärendienst. Sie kämpft für die Lehrstelleninhaber und gegen diejenigen, die eine Lehrstelle suchen. Wahrscheinlich würden sogar viele junge Leute gern für fünfhundert statt sechshundert Mark monatlich ausgebildet werden. Aber ein starker Arm verhindert es. Da gibt es einige, die sollten sich ihr Lehrgeld wiedergeben lassen.



„Und nun gegen die Japan-Grippe . . ." ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Abschied eines Lotsen

Von Günther Bading

Herbert Wehner ist seit gestern nicht mehr Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Er hat nach bestem Wissen seine Schuldigkeit gegenüber der eigenen Partei getan; nun geht er, allerdings nicht als ein alter Mann, der zufrieden auf sein Lebenswerk blicken kann in der Erwartung, daß seine Nachfolger es sichern und ausbauen werden.

Wehners Lebenswerk ist es, die SPD zu einer regierungsfähigen Partei gemacht zu haben. Am 6. März aber haben die Sozialdemokraten nicht nur Stimmen verloren, nicht nur die Aussicht, wieder die Regierung zu bilden – sie haben das eingebüßt, was er einmal „Regierungswürdigkeit" genannt hat. Die Wähler haben gezeigt, daß sie kein Vertrauen mehr in diese Partei haben.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahrzehnten Glück mit ihren Vorsitzenden gehabt. Es waren überragende Männer wie Fritz Erler, Helmut Schmidt während der Großen Koalition, zuletzt Herbert Wehner. Sie haben alle mehr getan, als die Parlamentstätigkeit zu verwalten; sie haben sozialdemokratische Politik und damit die Partei selber entscheidend geprägt.

Im Wirken von Herbert Wehner gibt es zwei Grundzüge. Da ist zum einen der beinahe fanatische Kampf um die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie. Und da ist sein Bemühen, den Menschen ganz konkret zu helfen, so, wie es sich in seiner Zeit als gesamtdeutscher Minister manifestiert hat. Es war Wehner, der den entscheidenden Schritt auf dem Weg, der die SPD von einer ideologisch verhafteten Klassen- zu einer Staatspartei führen sollte, Ende der fünfziger Jahre unternahm. Damals überwand er seine Skepsis gegenüber den Vorarbeiten für das Godesberger Programm und stellte sich voll hinter die Öffnung zu einer Volkspartei. Dazu gehört der zweite wichtige Schritt: seine Rede vom 30. Juni 1960 im Deutschen Bundestag, als er die gemeinsame Verantwortung aller Parteien gegenüber dem Volksganzen herausstellte und die Europa- und NATO-Politik der Bundesregierung billigte.

Nur auf diesem Wege, der ihm in der eigenen Partei Kritik und sogar Feindschaften einbrachte, hielt es Wehner für möglich, den Monopolanspruch der Union als staatstragende Partei zu bestreiten. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 glaubte er dieses Ziel dann erreicht zu haben. Er hielt später nichts von der Kleinen Koalition mit der FDP, fügte sich aber, als Willy Brandt dieses Bündnis mit Walter Scheel ausgehandelt hatte. „Ich hätte sie damals lieber noch nicht gewollt", bekannte er jetzt, wenige Tage vor der Bundestagswahl, in einem Interview.

Wehners gesamtdeutsches Engagement war geprägt von dem Bemühen, die Folgen der deutschen Teilung für die Menschen beiderseits der Trennungslinie erträglicher zu gestalten. Für ihn, der auch Jahrzehnte nach seiner Abkehr vom Kommunismus noch überall Mißtrauen an seiner sozialdemokratischen Gesinnung zu spüren glaubte, war es auch eine persönliche Genugtuung, als er im Dezember 1966 zum Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen wurde. Er hat damals die Bundestagsparteien davor gewarnt, die Deutschlandpolitik zu einem „innenpolitischen Schlaginstrument" zu machen. Kennzeichnend für seine Politik war der Satz: „Jede Partei wird von der Geschichte auch danach beurteilt werden, ob sie Menschenmögliches getan oder unterlassen hat, im gespaltenen Deutschland Formen des Miteinanderlebens zu finden, die vorteilhaft für die Menschen sind."



Für ihn kein Platz mehr: Herbert Wehner FOTO: SVEN SIMON

Im Oktober 1969 wurde Wehner Fraktionsvorsitzender. Spätestens seit dem Sturz von Willy Brandt 1974, an dem „Onkel Herbert" maßgebend beteiligt war – er und Brandt sprachen seither nur noch das Nötigste miteinander – kristallisierte sich jene „Troika" genannte Konstellation heraus: Helmut Schmidt als Bundeskanzler, Willy Brandt als Parteivorsitzender und er als Fraktionschef. Gegen die Fraktion und damit gegen Herbert Wehners Willen lief in diesen Jahren nichts in der SPD.

Wehners Nachfolger Hans-Jochen Vogel wird es schwer haben. Und nicht nur, weil er an einem Vorgänger gemessen wird, den Freunde wie politische Gegner als einen der größten politischen und strategischen Köpfe der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet haben. Vogel wird nicht so unabhängig sein, wie dies Herbert Wehner war. Das ist schon kurz nach Helmut Schmidts Sturz deutlich geworden, als Parteichef Willy Brandt die Marschlinie für den Bundestagswahlkampf ausgab. Links von der CDU sollte, mit Hilfe grünen Potentials, die Mehrheit gesucht werden – aus Wehners Sicht ein hoffnungsloses Unterfangen. Er hatte eine Neuauflage der Großen Koalition gewollt, die man mit der wirtschaftlichen Krisensituation hätte begründen können. Aber Brandt dachte anders und Hans-Jochen Vogel erteilte öffentlich diesem Gedanken eine Absage.

Wie gewinnt die Partei das jahrelang mühsam aufgebaute, seither verspielte Vertrauen, die „Regierungswürdigkeit" zurück? Wer ist der Wehner, Erler, Schmidt in einer Person, der einen neuen Pfad nach Godesberger Art, nach Art jener Rede vom 30. Juni 1960 einschlägt? „Ich passe nicht mehr in diese Reihen, die da mehrere Seiten geschlossen haben", war Wehners bitteres Abschiedswort.

IM GESPRÄCH Werner Vogel

Grüner mit Krawatte

Von Eberhard Nitschke

Als Ordnungssymbol hatte er zur ersten Fraktionssitzung seiner Partei in Bonn eine blankgeputzte Tisch-Messingglocke mitgebracht, denn hier war er zum Versammlungsleiter bestimmt. Werner Vogel, 75 Jahre alt, ehemaliger Leitender Ministerialrat im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, war nicht nur Spitzenkandidat der „Grünen" für den Deutschen Bundestag, er ist jetzt auch künftiger Alterspräsident des Hohen Hauses.

Daß er inmitten der Masse, die sich da in einem vorerst geliehenen Sitzungssaal des Bundeshauses für die neue Partei bewegt, wie ein Eskimo am Äquator wirkt, hört der einstige „Leimi" nicht gerne: „Ich trage sonst keinen Schlips. Und ich verkehre in unwahrscheinlicher Solidarität mit meinen jungen Parteifreunden. Schwierigkeiten habe ich dafür im allgemeinen mit meinen Altersgenossen. Den Jungen verdanke ich, daß ich noch jung geblieben bin."

Wenn Werner Vogel heute als Einstiegs-Erlebnis in die Welt der „Grünen" die Lektüre von Herbert Gruhls Buch „Ein Planet wird geplündert" angibt, ist das wohl nur ein Teil des Impulses. Die andere Hälfte kam von Frau Ellen Hollender-Vogel, des kommenden Bundestags-Alterspräsidenten (zweiter) Ehefrau, einer Yoga-Lehrerin, die bereits lange vor ihm „grüne" Aktivitäten mitmachte und früh im heimatlichen Mettmann nahe Düsseldorf Kreisvorsitzende der „Grünen Aktion Zukunft" (GAZ) wurde.

Kinder im Hause, die sich um die plötzliche politische Karriere der Eltern kümmerten, gibt es nicht mehr, die sind lange erwachsen: Dozentin in England, Referentin im Bundes-Familienministerium und Goldschmied. Daß der Vater „immer noch was machte", daran hatte man sich längst gewöhnt, seit er sich als „zugelassener Rechtsbeistand" nach der Pensionierung



Alterspräsident des Bundestages Werner Vogel FOTO: [illegible]

um juristische Probleme von Ausländern in der Bundesrepublik kümmerte, dafür zwar nach eigenem Bekunden „nichts verdient", aber immer an den Problemen dran ist. Schließlich hatte er auch zuvor ein Lotto-Toto-Archiv aufgebaut, und herzkrank ist er auch und sechzig Prozent kriegsbeschädigt.

In Mettmann selber ist aufgefallen, daß sich Werner Vogel nicht in seinem eigentlichen Wohnort, der Gemeinde Metzkausen, als Kandidat für die „Grünen" aufstellen ließ, sondern im benachbarten „Nordkreis" und daß er am Wahlabend für die interessierte Regionalpresse nicht aufzutreiben war. Hervorzutreten ist nicht seine Sache, gibt Werner Vogel auch am Rande zu verstehen. Diese Eigenschaft gerade ist es, die dem alten Herren für seine geschäftige grüne politische Umgebung, in der er den Vermittler abgibt, doppelt sympathisch macht, denn profilieren möchten sich da viele – auch wenn das offiziell als Streben des „überholten Systems" gilt, dem Vogel als Beamter so treu gedient hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Wahlausgang in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte auch am Dienstag die Weltpresse:

The New York Times

Die Amerikaner sollten über den Ausgang der westdeutschen Wahlen erfreut sein, vor allem, weil die Russen sie zu einer groben Entscheidung zwischen Ost und West gemacht hatten. Nur Wirtschaftsfragen können Kanzler Kohls Triumph erklären. Aber die Russen glaubten, sie könnten die Deutschen einschüchtern, daß sie die Positionen der NATO in der Frage der Euroraketen verlassen. Nach dieser Einmischung sieht sich Moskau jetzt zurückgewiesen- . . . . Was die Russen und manchmal sogar Amerikaner und Deutsche vergaßen, war, daß die Sozialisten nur dadurch an Stärke gewannen, daß sie den Marxismus über Bord warfen und ihre Treue zum Westen unter Beweis stellten. Jetzt haben wirtschaftliche Stagnation und Rekord-Arbeitslosigkeit einen weiteren Wechsel herbeigeführt. Zwar wurden die Sozialisten durch die sowjetische Umarmung verletzt, aber gestürzt wurden sie durch häusliche Unzufriedenheit.

Handelsblatt

Diese neue Regierung der Mitte muß vor allem der vertrauensvollen Erwartung gerecht werden, daß ihr dauerhaft die Wiederbelebung der Wirtschaft und dabei ein kontinuierlicher Abbau der Arbeitslosigkeit gelingt. Insbesondere daran wird sie in den nächsten Jahren gemessen werden. Niemand erwartet Wunder über Nacht, und nach wie vor ist die Bereitschaft in der Bevölkerung erkennbar, auch mit Einschränkungen dazu beizutragen, daß Konjunkturbelebung und nachhaltiges Wirtschaftswachstum von einem solideren Fundament ausgehen können. Aber man wird dabei den Eindruck haben, daß die vorrangig erforderlichen Regierungsprogramme zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und des Sozialwesens zuverlässig und tragfähig sind. (Düsseldorf)

Herald Tribune

Diese Ergebnisse sollten jenen Amerikanern eine Lehre sein, die der festen Meinung waren, daß Europa nach links treibe oder politisch demoralisiert sei . . . Die Westdeutschen haben am Sonntag bewiesen, daß sie sich weiter auf das Bündnis verlassen, daß sie nicht bereit sind, ihr Vertrauen in den guten Willen der Sowjetunion zu setzen, daß sie sich nicht zu einem moralischen „Neutralismus" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bekennnen und daß sie kein Zutrauen zu einem etwaigen neuen deutschen Mittelweg zwischen den Supermächten haben. So gesehen war die Wahl in Westdeutschland eine Entscheidung für die NATO. Es wäre ein Fehler, sie gleichermaßen als eine Entscheidung für die amerikanische Politik zu deuten. (New York)

Le Quotidien de Paris

In der Bundesrepublik hat man vielleicht mehr als woanders verstanden, daß weniger die von den Euromissiles dargestellte atomare Macht als vielmehr das mit der Gegenwart dieser Waffen in Europa bestehende Symbol des amerikanischen Engagements das Wesentliche ist. Die Wähler der Bundesrepublik haben mit ihrer massiven Stimmabgabe für die bisherige Koalition . . . dem pazifistischen Slogan „Lieber rot als tot" eine klare Antwort erteilt. Weder rot noch tot, das ist der Sinn, den man der Wahl vom Sonntag geben kann.

Das Gotteswort und freie Wahlen gegen die Gewaltbotschaft

Mittelamerika: Eine zweifache geistige Offensive/Von Thomas Kielinger

Auf dem schmalen Isthmus zwischen dem nördlichen und dem südlichen Amerika entfaltet sich das Szenarium eines ausgreifenden Konflikts. In dieser Welt der Armut und Gewalttätigkeit, wo veraltete Strukturen, aber auch weit vom protestantischen Arbeitsethos entfernte Gewohnheiten lange den Fortschritt verhindert haben, begehren neue Kräfte von zwei Seiten aus Einlaß, reklamieren für sich die Rolle des Befreiers. Große Verwirrung herrscht in der übrigen Welt – und große Bequemlichkeit in der Beurteilung der hochexplosiven Lage Zentralamerikas.

Da sind zunächst die Vorkämpfer des gewaltsamen Umsturzes, die von sich in quasi-religiöser Inbrunst behaupten, einer Revolution der Befreiung, ja einer Theologie der Befreiung zu dienen. Es sind, nimmt man Kuba und Nicaragua als Beispiel, die Usurpatoren eines neuen Machtmonopols, die sich des Begriffs der Befreiung nur bemächtigt haben, um eine Diktatur gegen die andere auszutauschen. Sieht man weiter, schaut man sich den Sponsor dieser spezifischen Doktrin von Befreiung an, die Sowjetunion, so runden sich die Indizien in geradezu Orwellscher Manier: Befreiung am Beispiel Afghanistan, Freiheit am Beispiel Polens.

In diese Welt auf den Kopf gestellter Begriffe dringt nun das Gegenbild, die demokratische und die christlich definierte Konzeption von Freiheit. Sie wird verkörpert von den beiden mächtigsten Vertretern dieser Lehren, dem amerikanischen Präsidenten und dem Papst. Was beide verbindet, ist die Idee des Friedens: der Wille, den Kräften des Fortschritts durch friedliche Prozesse Bahn zu brechen.

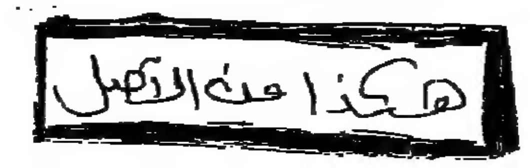
Papst Johannes Paul II. ergreift in den von ihm besuchten Ländern nicht politische Partei; er betont immer wieder seine Botschaft des Friedens, der Gesprächsbereitschaft, des Dienstes am Menschen durch den Menschen. Er weiß, wie brüchig von Gewalttätigkeit der Boden ist, auf dem er zur Zeit wandelt. Er weiß, daß in der Tiefe Zentralamerikas ein Wunsch schlummert: die Sehnsucht nach dem endgültigen Ende von Gewaltsamkeit. „Keine Gewalt mehr!" rief der polnische Papst in die Masse der Zuhörer in El Salvador hinein. Das Echo seiner Worte muß überall zurückgehallt haben, wo Herrschaft sich mit Hilfe der Bajonette zu etablieren hofft.

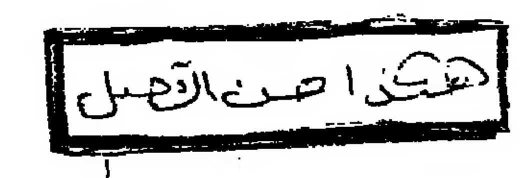
Drei Monate vor dem Besucher aus Rom reiste der amerikanische Präsident durch diese unruhige Region. Es ist beklemmend, wie religiöse und parlamentarische Kreise gerade in den USA so beharrlich das durchaus moralisch fundierte Bemühen ihrer eigenen Regierung in Zweifel ziehen: mit welcher Unbedarftheit sie ihre Vorstellungen dagegensetzen. Da wird das Wort vom „Dialog" mit den Aufständischen in den Mund genommen, ohne daß die unabdingbare Forderung nach einem Schweigen der Waffen gleichzeitig erhoben würde.

Jetzt hat Reagan die Abhaltung neuer Wahlen in El Salvador durchgesetzt. Die letzten Wahlen von 1982 wurden von den Sympathisanten des Terrors als angeblich „unter Druck der Rechten" abgetan – aber damals sind mehr als eine Million Menschen zu den Urnen gegangen. Das war ein großer Erfolg für die Sache der Freiheit; selbst der SPD-Politiker Koschnick warnte seinerzeit davor, die Wahl als „Farce" abzutun. Entsprechend groß ist jetzt die Nervosität der Guerrilla und ihrer Hinterleute.

Als in Amerika die Kontroverse um den Vietnam-Krieg tobte, gab es zwei Fragen, die den Kritikern gestellt wurden: Wieviel Demokratie werden die „Befreier" aus dem Norden wohl dem Süden bringen? Und: Wenn nicht in Vietnam, wo soll die Freiheit verteidigt werden – in Texas? Die erste Frage ist inzwischen ziemlich furchtbar beantwortet worden. Die zweite wurde als irrelevant abgetan; Vietnam war ja so weit entfernt. Nun wird auch die zweite Frage allmählich aktuell; die Subversion nähert sich dem Rio Grande.

Reagan zumindest bleibt weitsichtig. Und der Papst, dessen Vorgänger im Vietnam-Konflikt geschwiegen oder gar Amerika kritisiert hatten, geht selber ins umkämpfte Gebiet, um wenigstens klar zu sagen, daß Zustände wie in Kuba nicht die Botschaft Christi seien. Er predigt keine Gewalt – zur Enttäuschung jener Fernstenliebhaber, die ihm Mangel an „Verständnis" für jene vorwerfen, die „ihre Ketten mit Gewalt sprengen wollen" – so, wie er keine Gewalt in Polen predigt. Er predigt das Wort Gottes, das er auch in Polen predigt. Von Polen bis Nicaragua sind es die gleichen, die empört reagieren. Und es gibt keine Sicherheit, daß seine Botschaft oder die des Mannes, der freie Wahlen durchsetzen will, durchdringt. Aber wenigstens versuchen sie es gegen die Front der Gewalttätigen und gegen die noch breitere Front der Feigen und Bequemen.





Deutsche Buchmesse New York – Mehr Schatten als Licht

Von A. STARKMANN

New York ist schwer zu beeindrucken. Im „Big Apple", wie die Einwohner ihre Stadt ironisierender Liebe nennen, man schon etwas Ausgefallenes bieten, um die Leute vom zu reißen. Vom Stuhl gerissen haben die deutschen Verleger Amerikaner mit ihrer ersten messe in den USA nicht. ihre recht beeindruckende im Sheraton Centre von hattan wurde trotzdem ein Er- mit interessanten Untertö-

eich neben dem Eingang zum stellungsgelände setzte der ghton Mifflin Verlag aus Bo- ein alarmierendes Signal. Er elte einhundert Exemplare ei- Buches von Leonard Shatzkin mit der Überschrift: „In cold overcoming the book crisis". na also die internationale Kri- es Verlagswesens im Gefolge allgemeinen wirtschaftlichen ssion. Die hundert Exemplare den an Messebesucher ver- nkt – ein symbolischer Hin- für die wachsenden Schwie- eiten, Bücher zu verkaufen. da nun die deutschen Produ- en mit 17 000 ihrer Titel an- ten, mit dem erklärten Ziel, so wie möglich davon durch die handlung von Übersetzungs- ten an den Mann zu bringen, te von mancher Seite als Zu- ung empfunden werden. So len Vorwürfe laut, es werde ucht, deutsche Probleme in ei- anderen Land abzuladen. Direktor der Frankfurter messe und verantwortlichem nisator der Schau passierte es, eine Radio-Talkshow mit ihm h Anrufe empörter Zuhörer rbrochen wurde.

die Buchmesse am Wochen- der Bundestagswahlen über Bühne ging (das kulturelle menprogramm dauert noch bis Freitag), blieben politische ige nicht aus. Die beherrschen- rage der Amerikaner an ihre schen Besucher lautete immer ler: Wie weit ist Westeuropa lerweile innerlich von der Al- mit den Vereinigten Staaten driftet und: Gebietet ein Sieg CDU/CSU dieser Entwicklung alt?

ollen die Amerikaner ere Literatur?

rleger sind gemäß den be- nten zwei Seelen in ihrer Brust n denen die eine auf Profit wiesen und die andere dem t verpflichtet ist – besonders llig für Verschiebungen des urellen und politischen Be- tseins. Auf der New Yorker se bündelte sich das wie in em Brennpunkt, der weit über fachbezogenen Anlaß hinaus sichten ermöglichte. Diese re- erten dann in der entscheiden- Frage: Wollen die Amerikaner lich mehr über unsere zeitge- ssische Literatur erfahren, und sie bereit, finanzielle Risiken r in Kauf zu nehmen, wo sie lich spüren, daß wir uns all- lich von ihnen zu entfernen een?

r Exportmanager von Little, wn und Co., einem der führen- Verlage in den USA, drückte mit vornehmer Zurückhaltung „Das Gefühl der nationalen ntität wächst überall in der " Das sei zu respektieren. Was jedoch bedenklich stimme: „Der neue Anti-Amerikanismus in Europa ist eine Einbahnstraße. An unserer Bereitschaft und unseren Verpflichtungen hat sich nichts geändert."

Vielleicht kann man es als Zeichen betrachten, daß gerade Little, Brown und Co. den sensationellsten Abschluß auf der Messe mit einem deutschen Verlag getroffen hat. Seit Jahren rätseln die Auguren in Amerika und Deutschland daran, warum Norman Mailer, der mit dem Kriegsroman „Die Nackten und die Toten" zu Weltruhm aufgestiegen ist, sich ins Schneckenhaus zurückgezogen habe. Jetzt weiß man's: Er hat in einem voluminösen Roman die Summe seiner Weltsicht und seiner ausgreifenden Philosophie niedergelegt. Er hat ihn „Ancient Evenings" betitelt.

Nur ziemlich klägliche Erfolgsmeldungen

Es geht in dem Roman um die Wiedergeburt eines Pharao, der mit dem Wissen des 20. Jahrhunderts in seine ursprüngliche historische Zeit zurückkehrt. Die Leute von Little, Brown und Co. haben bereits mehr als 100 000 blind gebuchte Bestellungen aus dem Sortiment vorliegen. Niemand anderer als der Münchner Verleger Herbert Fleissner hat sich in New York die Lizenz für dieses Buch gesichert. Es steht jetzt schon fest, daß es auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 1983 der Spitzentitel sein wird.

Der geschäftstüchtige Münchner Multiplikator hatte so am Wochenende doppelten Grund, im „Sardy Restaurant" gleich um die Ecke vom Broadway zu feiern: Die mit Sicherheit lukrative Übersetzung von Norman Mailer und den Wahlerfolg der Partei seines Wunsches.

Die Mailer-Aquisition war allerdings eigentlich eine kontraproduktive Sache; denn die Deutschen wollten ja eigentlich ihre eigenen Titel loswerden. Das ist zum Beispiel Christoph Schlotterer vom Hanser Verlag gelungen, der das Œuvre von Horst Bienek unterbringen konnte: eine schlesische Saga, die unter der deutschstämmigen Bevölkerung in den USA ihr Publikum finden dürfte. Es ist auch dem Herder Verlag aus Freiburg im Breisgau mit einem Luther-Bildband und weiteren Lizenzen gelungen, Fuß zu fassen in New York. Und auch Frau Ingrid Schick, eine der wenigen deutschen Literaturagentinnen, hat ihre guten amerikanischen Beziehungen mit Gewinn nutzen können.

Bei rund 500 Verlegern aus der Bundesrepublik mit ihren rund 17 000 Titeln sind das indes ziemlich klägliche Erfolgsmeldungen. Obwohl mehr als 30 000 Besucher in die Ausstellung strömten, blieb der erhoffte Niederschlag der Werbung vorläufig aus. Das braucht noch kein Beinbruch zu sein, weil man weiß, daß in diesem Gewerbe die geschäftlichen Beziehungen erst langfristig ihre Früchte tragen und daß es wichtig ist, eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen. Diese Chance ist jedoch im kulturellen Rahmenprogramm der Messe, das ja atmosphärische Rückwirkungen hat, kraß verspielt worden.

Von vornherein waren mit Günter Grass, Martin Walser und Max Frisch Schriftsteller zu Lesungen und Diskussionen eingeladen worden, die in Amerika ohnehin schon ihren Status besitzen. Der Impetus der Innovation, der Gedanke, vernachlässigte deutsche Autoren von Alfred Döblin über Hans Sahl, Hermann Lenz und Ernst Augustin bis zu Wolfgang Skwara oder Udo Steincke (die Namen sind stellvertretend) ins Gespräch zu bringen, stieß ins Leere. Von den weniger bekannten war kein einziger zum Auftritt in Manhattan gebeten worden.

Einer von den „Großen" scherte zudem noch kurz nach Ausdruck des Programms aus: Martin Walser konnte wegen einer Theater-Premiere in Bonn nicht über den Atlantik fliegen. An seiner Statt kam der Journalist Fritz Raddatz, um ausgerechnet aus seiner „Karl Marx"-Biographie vorzulesen, die bei Experten bereits als obsolet galt, als sie vor geraumer Zeit veröffentlicht wurde.

Dies war kein gutes Stück deutscher Kulturpolitik in Amerika. Der 500 000-Mark-Zuschuß des Bonner Auswärtigen Amtes zu den Gesamtkosten von mehr als einer Million Dollar hätte besser verwendet werden können. Das Goethe-Institut hatte einen Einblick in das deutsche Filmschaffen versprochen, aber lediglich Verfilmungen von Heinrich-Böll-Romanen geboten. Das gesamte Begleitprogramm war eine einäugige Angelegenheit. Peter Weidhaas, der im übrigen die Messe mit einer täglich erscheinenden Zeitung in deutscher und englischer Sprache sorgsam begleitete, war in dieser Hinsicht offenbar schlecht beraten.

Zum Glück gerieten die Aussteller selbst, die an ihren Ständen zu beschäftigt waren, um sich auf die Nebenereignisse einzulassen, trotz allem in sehr erfreuliche Kontakte mit ihren US-Partnern. Nicht alle hatten das Glück, wie Hanser oder Herder mit einem Auftrag in der Tasche zurückzukehren, aber es hat sich so viel an Beziehungen angebahnt, daß man sogar eine Wiederholung der Schau erwägt. Der Vorsteher des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel, Günter Christiansen, wertete es als den eigentlichen Vorteil der ersten deutschen Buchmesse in Amerika, daß beide Seiten wie nie zuvor Gelegenheit hatten, sich einzuschätzen, abzuschätzen, schätzen zu lernen und Vertrauen aufzubauen.

Eine Idee aus Manhattan – Buchhandlung in Berlin

Buchmenschen sind impulsiv und unberechenbar. Sie gebären ihre Ideen oft aus der Laune der Situation. Da war es wiederum Herbert Fleissner, der auf seiner Manhattan-Wahlparty Verlegerkollegen mit dem Vorschlag überraschte, im Berliner Europa-Zentrum eine Buchhandlung einzurichten. Die Lage ist ideal, und die Kosten würden stimmen – da hatte Fleissner sich schon erkundigt, denn seine spontanen Ideen haben immer einen handfesten Hintergrund.

Wenn sein Vorschlag aus dem Sheraton Centre in New York ins Europa-Zentrum Berlins transportiert würde, wäre das ein herrliches Kuriosum dieser Messe. Aber vielleicht verrauscht auch das wie der Wind, der in den Wolkenkratzern von Manhattan durch die unendlichen Fahrstuhlschächte heult.



Jedem Kind eine warme Mahlzeit am Tag – im südindischen Bundesstaat Tamilnadu garantiert dies das Gesetz FOTO: SVEN SIMON

Wenn der Lehrer zum Koch wird

Von PIERRE SPOERRI

In Indien nimmt alles gewaltige Ausmaße an: die Bevölkerungsexplosion, die benötigte Entwicklungshilfe, das Problem des Hungers und die Anstrengung, mit der die Not der Hungernden angepackt wird.

Shrimati Latika Padalkar, eine Frau aus Madras, hinterläßt im ersten Augenblick keinen überragenden Eindruck. Sie ist klein, etwas pummelig und sticht mit ihrem dunkelgrünen Sari kaum hervor. Erst wenn sie zu sprechen anfängt, spürt man, was für eine Persönlichkeit man vor sich hat und was für eine Verantwortung auf diesen Schultern liegt. Shrimati Padalkar gehört zur höchsten Beamtenklasse Indiens. Sie ist in der Verwaltung des Bundesstaates Tamilnadu – des größten der südindischen Bundesstaaten – verantwortlich für das vom dortigen Ministerpräsidenten M. G. Ramachandran geschaffene „Nahrhafte-Mahlzeiten-Programm", durch das 6,5 Millionen Kinder täglich eine Mittagsmahlzeit erhalten.

M. G. Ramachandran gehört zu der wachsenden Gruppe von Filmproduzenten und -schauspielern Indiens, die sich nach erfolgreicher Laufbahn auf der Leinwand einer ebenso erfolgreichen Karriere auf der politischen Bühne widmen. Da der Film für die meisten Inder immer noch die populärste Form von Unterhaltung darstellt, ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Helden der Leinwand keine große Mühe zu haben scheinen, ihre Erfolge auch an der Wahlurne zu wiederholen.

Das Prinzip des Kinder-Ernährungsprogramms in Tamilnadu ist äußerst einfach: Jedes Kind, das bedürftig ist, bekommt an einem für es einfach zugänglichen Ort, in den meisten Fällen in einer Schule, eine einfache Mittagsmahlzeit, und zwar 365 im Jahr. Zunächst mußten die Behörden feststellen, wieviel Bedürftige es überhaupt gab und wo sich diese konzentrierten. 5,8 Millionen arme Kinder wurden in den Dörfern, 700 000 Kinder in kleineren oder großen Städten registriert. Dies führte zur Zahl von 6,5 Millionen Mahlzeiten pro Tag.

Mit einem großen Fest wurde in jedem Bezirk das Programm aus der Taufe gehoben. Zunächst wurden 50 000 Ernährungszentren in Landgebieten eingerichtet. Zwei Monate später war es dann auch in den Städten so weit, daß die bedürftigen Stadtkinder in 5800 Zentren ernährt werden konnten. Das Rückgrat des ganzen Programms stellen in den Städten, wie auch in vielen Dörfern, die Lehrer dar. Ihnen obliegt oft die Aufgabe, die Küchenarbeit neben der Erziehung der Kinder voranzutreiben, und dies sogar an Sonn- und Feiertagen.

In den Landgebieten wurde von der Behörde von Frau Padalkar ein Heer von 100 000 Balasevikas – Frauen, die sich der Zubereitung und Verteilung dieser Mahlzeiten widmen – geschaffen. Viele dieser Frauen gehören zu den niedrigen Kasten, viele sind Witwen. Ein zusätzliches Ziel des Programms ist es nämlich, die Kastenschranken zu durchbrechen. Dies geschieht vor allem dadurch, daß Kinder von Familien höherer Kasten von diesen Frauen bedient werden und umgekehrt sich auch Vertreter höherer Kasten um die Kinder der Harijans, der Unberührbaren, und anderer bedürftiger Minderheiten kümmern.

Die in allen Zentren ähnlich zubereitete Mahlzeit besteht aus dem traditionellen „Sambar-Reis" und enthält auch eine Reihe von Hülsenfrüchten und Gemüsesorten. 411 Kalorien sind für die Vorschul-Generation und 580 Kalorien für die Schulbesucher vorgeschrieben.

Wie wird das Ganze finanziert? Die einzelne Mahlzeit kostet 45 Paise (11 Pfennig) pro Kind pro Tag. Das ergibt im Jahr die stattliche Summe von umgerechnet etwa 300 Millionen Mark. Im Augenblick wird das ganze Programm noch vom Staatshaushalt von Tamilnadu finanziert. Frau Padalkar fügt aber hinzu, daß das Volk von Tamilnadu, dessen Parlament dieses Programm durch Gesetz eingeführt hat, so entschlossen dahinterstehe, daß auch durch freiwillige Beiträge von privater Seite schon einiges zusammengekommen sei. Neben der verbesserten Gesundheit der Kinder sei auch eine Verminderung der Krankheits- und Sterblichkeitsquote erreicht worden. Und dies werde, als nächster Schritt, auch die Mütter ermutigen, mit der Familienplanung Ernst zu machen.

Das Ernährungsprogramm war ein solcher Erfolg – auch politisch –, daß beim Wahlkampf im benachbarten Andhra Pradesh sowohl Regierungs- wie auch Oppositionsparteien die Einführung eines ähnlichen Programms versprachen, falls sie gewählt würden. Der Wahlsieger, der Filmmagnat T. S. Rama Rao ist in diesen Wochen daran, seine Wahlversprechen einzulösen.

Natürlich darf auch die Zentralregierung in einer solch wichtigen Frage nicht zurückbleiben. Im Zwanzig-Punkte-Programm von Frau Indira Gandhi bezieht sich ein Punkt auch auf die spezifischen Bedürfnisse der Kinder. So ist ein umfassenderes Projekt in Vorbereitung, das Hygiene-Erziehung, Impfung der Kinder gegen Krankheiten, ausgewogene Ernährung für die wirklich Bedürftigen und ähnliches einschließt.

Das gigantische Projekt sieht vor, daß für jeden „Bevölkerungsblock" von 50 000 Menschen eine Gruppe von zweihundert Sozialarbeitern, Krankenschwestern und Ernährungsexperten ausgebildet wird. Dies soll – so versicherte einer der für dieses Programm verantwortlichen Beamten – auch finanziell tragbarer sein als ein reines Ernährungsprogramm.

Wenn die Konkurrenz zwischen Hauptstadt und Provinz, zwischen Zentral- und Landesbehörden dem Kind zugute kommt, wird sich niemand darüber beklagen können. Heute bekommen in Tamilnadu schon 6,5 Millionen Kinder jeden Tag eine Mahlzeit. Das ist das, was eigentlich zählt.

Das indische Modell der Entwicklung hat große Erfolge gezeitigt, besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung. Indiens Nahrungsbasis ist immer schneller gewachsen als seine Bevölkerung (1950–51: 50 Millionen Tonnen Getreide für 360 Millionen Menschen; 1978/79: 131 Millionen Tonnen für 660 Millionen Einwohner). Während der letzten fünfzehn Jahre haben sich 400 Millionen Menschen – mehr als die gesamte Bevölkerung Afrikas – über die von der UNO definierte Armutslinie emporgearbeitet. Dadurch hat sich der größte Mittelstand der ganzen Dritten Welt entwickelt. Er wird auf 140 Millionen, ein Fünftel der Bevölkerung, geschätzt.

Die Ernährungssituation ist jedesmal dann gefährdet, wenn drei Bedingungen nicht erfüllt werden: 1. wenn die Monsunregen ausfallen oder ungenügend sind; 2. wenn die vorhandenen Getreide- und Reisvorräte nicht richtig verteilt werden; 3. wenn Teile der Bevölkerung – etwa die 300 Millionen, die noch unter der Armutslinie leben – nicht genug Geld haben, um sich auch das Notwendigste zu kaufen.

Es ist diese letzte Kategorie von Menschen, für die das Kinder-Ernährungsprogramm von Tamilnadu vorgesehen ist. Denn es braucht keine Experten, um festzustellen, daß Kinder, die zwischen zwei und neun Jahren nicht richtig ernährt werden, für den Rest ihres Lebens nur eine beschränkte Chance haben, ein volles und befriedigendes Leben zu führen.

Verhaftete in Jena wieder freigelassen

rtr. Berlin

Die „DDR"-Behörden haben in der vergangenen Woche 14 von 15 festgenommenen Mitgliedern einer Jenaer Friedensinitiative wieder freigelassen. Wie aus dem Freundeskreis der Inhaftierten gestern in Ost-Berlin verlautete, blieb lediglich Ingo Güther in Haft, der wegen Wehrdienstverweigerung zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Den Freigelassenen war ursprünglich „staatsfeindliche Gruppenbildung" vorgeworfen worden. Diesen Vorwurf hätten die „DDR"-Behörden jetzt fallen gelassen.

Nach Auffassung des Freundeskreises trug die internationale Berichterstattung über die Verhaftungen zu der Freilassung bei. Bei einem Treffen von Friedensinitiativen aus 17 Städten der „DDR" diskutierten nach diesen Angaben am vergangenen Wochenende in Ost-Berlin 150 Mitglieder dieser Initiativen die Situation der Jenaer Gruppe. In den kommenden Wochen ist eine sogenannte Friedenswerkstatt geplant.

Arafat und Gemayel verhandeln

AFP, Beirut

Der libanesische Staatschef Amin Gemayel ist während der Blockfreien-Konferenz in Neu-Delhi erstmals seit seinem Amtsantritt mit PLO-Chef Jassier Arafat zusammengetroffen. Das wurde gestern von offizieller Seite in Beirut mitgeteilt. Unter Berufung auf Mitglieder der libanesischen Delegation berichteten die Zeitungen „Al Nahar" und „Al Safir", Arafat habe im Laufe der Unterredung den politischen Kurs der Beiruter Führung begrüßt und sich bereit erklärt, den Abzug der palästinensischen Kämpfer gemäß den Anweisungen der zuständigen Stellen zu unterstützen.

Polen klagt weitere Gewerkschafter an

AFP, Warschau

Acht ehemalige Mitglieder der verbotenen unabhängigen polnischen Gewerkschaften „Solidarität" und „Landsolidarität" sollen vor Gericht gestellt werden, weil sie angeblich Bestechungsgelder für den Verkauf von Autos angenommen haben.

Nach einem Bericht der polnischen Armeezeitung „Zolnierz Wolnosci" wurden inzwischen drei ehemalige Angehörige der „Solidarität" im Warschauer Automobilwerk FSO sowie ein früherer Sprecher von „Landsolidarität" verhaftet. Gegen weitere 15 Personen aus Gewerkschaftskreisen laufen Ermittlungen. So soll der einstige Vorsitzende der Bauerngewerkschaft, Jan Kulaj, im Namen seiner Gewerkschaft mit FSO einen Vertrag über die Lieferung von 28 Fahrzeugen mit kleinen Fabrikationsmängeln zu Vorzugspreisen abgeschlossen haben. Diese Wagen wurden, so „Zolnierz Wolnosci", nicht an die bezugsberechtigten Landwirte, sondern an Kulajs Familienangehörige und Nachbarn ausgeliefert. Dafür hätten die unrechtmäßigen Käufer dem Prüfungsausschuß der Gewerkschaft Bestechungsgelder von 60 000 bis 100 000 Sloty zukommen lassen

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

CDU und FDP kurz vor dem Senats-Bündnis

Von HANS-R. KARUTZ

Beflügelt durch die günstigen Winde vom Rhein, soll das schon vor knapp zwei Jahren durch den CDU-Duldungs-Kurs von fünf der sieben Berliner FDP-Abgeordneten auf Kiel gelegte Koalitions-Schiff am 17. März vom Stapel laufen. In dieser letzten Sitzung vor der Osterpause werden – so steht es im Zeitplan – zwei FPD-Senatoren und voraussichtlich zwei neue CDU-Ressortchefs gewählt. Nach 30jähriger Pause bekäme Berlin auf diese Weise als zweites Bundesland nach dem Saarland wieder ein bürgerlich-liberales Kabinett.

Zuvor müssen an diesem Samstagabend noch die letzten Bremsklötze beiseite geräumt werden: An historischem Ort – im Congress

Landesbericht Berlin

Centrum, Schauplatz des SPD-Nachrüstungsparteitags von 1979 und des FDP-Scharmützels vom November 1982 – entscheiden die 250 FDP-Landesdelegierten über das Ja oder Nein zum Bündnis.

Hermann Oxfort, künftiger FDP-Spitzenkandidat im Senat und Chef der Justizverwaltung in spe, sieht angesichts der „neuen Mitte" in der Berliner FDP keine Probleme mehr: „Es gibt Schätzungen, daß 140 bis 160 Delegierte für eine Koalition stimmen, während 80 bis 90 an einem Verweigerungskurs festhalten werden."

Die Stationen auf dem Wege zur Mitverantwortung in einem Senat, den der liberale Richard von Weizsäcker mit hoher sachlicher wie persönlicher Kompetenz leitet, ähnelte der Echternacher Springprozession:

- Im Mai 1981, als die FDP den Verlust jedes dritten Wählers oder 33 186 Stimmen beklagte, setzte die Partei-Linke in chaotischen Sitzungen ein striktes Nein zum angebotenen CDU-Bündnis durch.
- Am 11. Juni 1981 stimmten fünf der sieben FDP-Abgeordneten für Weizsäcker und seine Senatoren. Die Stadt war nur dank dieser einsichtigen FDP-Hilfe regierungsfähig.
- Im April 1982 fehlten auf dem FDP-Parteitag lediglich zwei Stimmen an dem Beschluß, sich koalitionsbereiter zu zeigen. Zug um Zug, Neu-Mitglied um Neu-Mitglied, verstärkte die „neue Mitte" danach ihre Gewinne.
- Aber erst die internen Delegiertenwahlen der FDP im Herbst/Winter 1982/83 und auch die auf FDP-Bundesebene erfolgten Trennungsstriche führten zum Durchbruch.

Das Räderwerk der Koalitions-Maschinerie setzte sich in den vergangenen Wochen durch einen detailliert verabredeten Briefwechsel zwischen Weizsäcker, FDP-Fraktionschef Horst Vetter und dessen CDU-Kollegen Eberhard Diepgen in Gang. Um die Bonner Flanke abzusichern, war Wolfgang Mischnicks Berliner Stellvertreter Hans-Günter Hoppe stets im Bilde und informierte jeweils Genscher. Der FDP-Chef hatte seit Wochen auf das befreiende Koalitions-Wort Weizsäckers gewartet, um es noch im Bundestagswahlkampf verwenden zu können.

An der praktischen Umsetzung der theoretisch längst funktionierenden CDU/FDP-Koalition hapert es noch. Denn Weizsäcker hält an allen seinen Senatoren fest: „Sie haben sich alle bewährt. Ich möchte sie behalten", sagte er zur WELT. Da jedoch für Oxfort und Vetter Senatssessel freigemacht werden müssen (die Vakanz durch Nobert Blüm, einst Bundessenator, reicht nicht aus), ergibt sich das Problem, ein neues Ressort zu schaffen. Der jetzige Bausenator Ulrich Rastemborski soll deshalb ein ausgesprochenes Verlegenheits-Ressort wie „Verwaltungsreform" erhalten – eine Neuschöpfung. Rupert Scholz (bisher Justiz) widmet sich künftig ausschließlich Berlins Bundesangelegenheiten. Die FDP erhält die Bereiche Justiz (Oxfort) und Bau (Horst Vetter) – falls nicht Probleme mit der eigenen, bisweilen halsstarrigen CDU-Fraktion zu anderen Überlegungen zwingen.

Auf welcher Wiese die Liberalen bei den Wahlen im Mai 1985 – eine Woche nach der Premiere der blumigen Bundesgartenschau in Berlin – grasen wollen, liegt auf der Hand: In der bürgerlichen Mitte und eher rechts von der CDU, da die Alternativen und eine weiter verkümmernde SPD andere Wählerpotentiale abdecken.

Jürgen Dittberner, stellvertretender FDP-Fraktionschef, formulierte schon vor einem Jahr die Parole '85: „Gegen die absolute Herrschaft der CDU, für ein liberales Berlin!"

Grüne bieten auch in Bonn ein buntes Bild

Die 28 Bundestagsabgeordneten kommen aus unterschiedlichsten politischen Lagern / Führungsrolle für Petra Kelly?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die 28 Bundestagsabgeordneten der Grünen, die gestern über ihre Konstituierung als Bundestagsfraktion und den Zeitplan für die nächsten Wochen beraten haben, kommen aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen. Gert Bastian zum Beispiel gehörte früher einmal der CSU an. Schon als General war er einer der entschiedensten Gegner des NATO-Doppelbeschlusses. 1981 ging er in den Ruhestand.

Petra Kelly, seit Jahren eine der treibenden Kräfte bei den Grünen, war bis 1979 Mitglied der SPD. Die Diplom-Politologin und Beamtin des Europa-Parlaments war 1980 bei der Parteigründung in Saarbrücken als eine der drei Sprecher, wie die Grünen ihre Vorsitzenden nennen, satzungsgemäß für zwei Jahre gewählt worden. Auch in der Bundestagsfraktion wird ihr eine führende Rolle zukommen.

Willi Hoss, ursprünglich DKP-Mitglied, ist über eine eigene Liste bei Daimler-Benz in Stuttgart Betriebsrat geworden. Vorher hatte er sich mit der Industriegewerkschaft Metall überworfen und war ausgeschlossen worden. Otto Schily ist Rechtsanwalt. Er war einer der Verteidiger von Ulrike Meinhof. Roland Vogt, einer der führenden Kräfte des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gibt als Beruf Friedensarbeiter an.

In der Fraktion bestehen zwei Flügel: Das eine Lager versteht sich als gewerkschaftsnah und tritt nach Möglichkeit für eine Zusammenarbeit mit der SPD ein. Dem stehen die Abgeordneten gegenüber, die eine sogenannte „Fundamentalopposition" betreiben wollen. Bisher sind sie an ihr in Sindelfingen beschlossenes Programm gebunden, nach dem sie in einem „Rotationsprinzip" nach zwei Jahren ihren Platz einem „Nachrükker" freimachen müssen. Diese sollen jetzt bereits die Funktion von Assistenten wahrnehmen. Ausnahmen wie von Rotationen können nur mit einer 70prozentigen Zustimmung der jeweiligen Landesversammlung gemacht werden. Allerdings wird in Bonn nicht ausgeschlossen, daß U dieses Verfahren auf Widerspruch durch die Karlsruher Richter stößt.

Ihre wichtigsten Aufgaben im Bundestag sehen die Grünen unter anderem darin, die „NATO-Aufrüstung" mit Pershing II und Cruise Missiles zu verhindern. Sie fordern einen „Stop des Atomprogramms" und die sofortige Stillegung aller Kernkraftanlagen. Außerdem verlangen sie nach ihrem Programm Maßnahmen gegen das Waldsterben, die Gewässerverschmutzung und die Bodenvergiftung. Schließlich wollen sie gegen Großprojekte wie Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen und den Rhein-Main-Donau-Kanal kämpfen. Außerdem erteilen sie den Wachstumsideologien eine eindeutige Absage und fordern einen möglichst sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie.

Vor ihrer Gründung 1980 in Saarbrücken hatten Bürgerinitiativen und Umweltschützer aus der gesamten Bundesrepublik zwei vergebliche Anläufe in Offenbach und Karlsruhe unternommen. In der saarländischen Hauptstadt rauften sich dann sozialistisch und marxistisch Ausgerichtete mit nationalistisch Gesinnten zusammen. Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl wurde mit der kommissarischen Führung der neuen Partei beauftragt, die damals rund 13 000 Mitglieder zählte. Heute hat sie 25 000 Anhänger.

Unter anderem aufgrund des Gesellschaftsprogramms, das eine Entflechtung der Großkonzerne vorsieht, und der Forderung nach der 35-Stunden-Woche nach heutigem Stand, verbunden noch mit einem vollen Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen, trat Gruhl später aus. Ebenso verhielt sich der „Öko-Bauer" Baldur Springmann, der ursprünglich zu den Hauptinitiatoren in der Gründungsphase gehört hatte. Die dadurch verursachte Spaltung haben die Grünen schnell überwunden. Inzwischen sind sie bereits in fünf Landtagen und dem Berliner Abgeordnetenhaus vertreten.

DGB vermittelt im Streitfall IG Bau

Amtsenthebung des Stuttgarter Bezirksvorstands löst bei der IG-Bau-Basis Empörung aus

XING-HU KUO, Stuttgart

Die Entmachtung des Stuttgarter Bezirksvorstands der IG Bau, Steine, Erden (BSE) und die fristlose Entlassung seines Geschäftsführers Gerhard Schramm durch den Bundesvorstand der Gewerkschaft in Frankfurt erweisen sich immer mehr als Bumerang. Wie berichtet, hatte die IG-Bau-Zentrale in der vergangenen Woche die rigorosen Maßnahmen damit begründet, die Stuttgarter Kollegen hätten bei der Vorstandswahl Anfang 1982 satzungswidrig gehandelt. Der Stuttgarter Verband, mit 5300 Mitgliedern der stärkste in Baden-Württemberg, wies die Vorwürfe zurück. Denn die Zentrale wisse seit Jahren und habe dies auch bisher gebilligt, daß der Bezirksverband – abweichend von der Bundessatzung – nicht nach Orts-, sondern nach Betriebs- und Fachgruppen gegliedert sei.

Am Montag haben in Stuttgart alle Landesvorsitzenden der DGB-Gewerkschaften in Baden-Württemberg das Vorgehen der Frankfurter IG-Bau-Zentrale kritisiert und die Rücknahme der Kündigung Schramms gefordert. DGB-Pressesprecher Gerhard Schäfer bestätigte in einem WELT-Gespräch, daß der Landesvorsitzende des DGB, Siegfried Pommerenke (SPD), beauftragt wurde, als Vermittler zwischen der empörten Stuttgarter BSE-Basis und der Gewerkschaftszentrale zu vermitteln. Pommerenke habe diesen Auftrag auch angenommen. Ein konkreter Termin für die Gespräche mit IG-Bau-Chef Konrad Carl in Frankfurt sei jedoch noch nicht bekannt, erklärte Schäfer. Ziel dieser Gespräche müsse die Rücknahme der Kündigung Schramms sein.

Frankfurt scheint jedoch nicht nachgeben zu wollen, denn der amtsenthobene Bezirksvorsitzende Richard Richter soll bis zur Klärung der Streitigkeiten auf Anordnung des Bundesvorstands auch kein Mitglied des Bundesbeirats der Gewerkschaft mehr sein. Dieses Gremium ist das höchste Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, außerdem darf Richter durch die neue Maßregelung nicht mehr an Tarifverhandlungen teilnehmen.

Nicht nur innerhalb der Gewerkschaften hat das rigorose Vorgehen Frankfurts Empörung hervorgerufen: Der SPD-Kreisvorsitzende in Stuttgart, Dieter Blessing, hat in einem Brief an den Bundesvorstand der IG Bau festgestellt, er empfinde das Vorgehen der Gewerkschaftsspitze als „seltsam, befremdlich, fast abenteuerlich". Blessing, selber Gewerkschaftsmitglied, fragte die Frankfurter Funktionäre, wie ihr Verhalten gegenüber dem Stuttgarter Verband mit der „innerverbandlichen Demokratie" zu vereinbaren sei. Er appellierte deshalb, die Maßnahmen wieder rückgängig zu machen, da sonst der „Schaden" nur noch größer werde.

Mehrere hundert Unterschriften sind inzwischen innerhalb des DGB Baden-Württemberg für eine Erklärung abgegeben worden, in der der Frankfurter Coup aufs schärfste abgelehnt wird. Bereits in der vergangenen Woche hatte der Bundesvorstand der IG Bau den Landessekretär Günter Schulz zum Nachfolger von Schramm ernannt. Schulz erklärte der WELT kürzlich, Landes- und Bundesvorstand seien dabei, einen „Übergangsvorstand" zu nominieren.

Eine Welle der Solidarität erfährt vor allem Bezirksgeschäftsführer Schramm, der vor das Arbeitsgericht geht und dessen Existenz durch die fristlose Kündigung wegen angeblich „arglistiger Täuschung" in hohem Maße gefährdet ist.

Volkszählung: Hamburg will Aufschub

h. s./DW. Hamburg/Hannover

Der Hamburger Senat will die für Ende April geplante Volkszählung um zwei Jahre verschieben. Die Regierung der Hansestadt beschloß gestern, einen entsprechenden Antrag im Bundesrat einzubringen. Zwei Hamburger Rechtsanwältinnen haben gegen das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Durchführung der Volkszählung jetzt Verfassungsbeschwerde eingelegt. Wie ein Sprecher des Hamburger Senats gestern mitteilte, ist sich der Senat der äußersten Zeitknappheit für die Realisierung seines Antrags voll bewußt. Er muß bis zum Freitag dem Bundesrat zugestellt und bereits in der Sitzung am 18. März behandelt werden. Bei einem Verzicht auf eine Ausschußberatung im Bundesrat könnte der Bundestag den Antrag auf Änderung des Volkszählungsgesetzes in der Woche vom 11. bis 17. April beraten, die zweite Lesung könnte jedoch frühestens am 29. April stattfinden. Die Volkszählung soll aber schon am 27. April beginnen.

Sollte es dem Hamburger Senat gelingen, im Vorfeld der parlamentarischen Behandlung einen Konsens herzustellen – die Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und Franz Josef Strauß hatten bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes Bedenken gegen eine Volkszählung unter den gegenwärtigen Bedingungen angemeldet –, dann könnte, so der Senatssprecher, die Volkszählung schon im Vorgriff gestoppt werden.

Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat inzwischen Meldungen dementiert, wonach er sich offen für eine Verschiebung der Volkszählung ausgesprochen habe. Im Niedersächsischen Landtag wies Albrecht allerdings darauf hin, daß seine Regierung als einzige die Volkszählung aus Kostengründen abgelehnt habe.

Ihre Verfassungsbeschwerde gegen die Volkszählung haben die Hamburger Rechtsanwältinnen Gisela Wild und Maja Stadler-Euler damit begründet, daß die nach Paragraph 9 des Gesetzes zur Volkszählung gestattete Weitergabe der Daten die im Grundgesetz verbrieften Rechte auf die Unantastbarkeit der menschlichen Würde und auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit verletze.

Freiheit für Tabatabai aus Angst vor dem Ayatollah?

BERNT CONRAD, Bonn

Heute beginnt im Düsseldorfer Landgericht eine neue Runde im Tauziehen um die diplomatische Immunität des Iraners Sadegh Tabatabai, der am 8. Januar mit mehr als drei Pfund Rohopium im Handgepäck auf dem Düsseldorfer Flughafen Lohausen festgenommen worden war. Richter Otto Strauß will eine für diesen Tag angeforderte neue Stellungnahme des Bonner Auswärtigen Amtes als Grundlage für die endgültige Entscheidung darüber benutzen, ob er Tabatabais Eigenschaft als Sonderbotschafter anerkennt oder weiter verneint.

Dem wegen seines vorsichtigen Verhaltens in dieser Frage vielfach gescholtenen Auswärtigen Amt geht es weniger um die Person Tabatabai – Sympathien für einen Transporteur von Rauschgift hat in Bonn niemand – als vielmehr um das grundsätzlich sehr hoch eingestufte Rechtsinstitut der Immunität und die damit verbundene Wahrnehmung deutscher außenpolitischer Interessen. Dabei stehen vier Punkte im Vordergrund:

1. Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes ist der diplomatische Status gegeben, wenn die Heimatregierung einen Beauftragten zum Sonderbotschafter ernennt und dies der Gastregierung mitteilt. Würde das einseitig in Frage gestellt werden können, so wäre jedes beliebige Land in der Lage, deutsche Diplomaten (beispielsweise durch Entzug des jeweiligen Gesprächspartners und die Konstruierung strafrechtlicher Vorwürfe) vogelfrei zu machen.

2. Unabhängig von dieser konkreten Aussicht möchte die Bundesregierung gerade dem Ayatollah Khomeini keinen Anlaß liefern, Bonn vor der Weltöffentlichkeit des Bruchs völkerrechtlicher Regeln bezichtigen zu können.

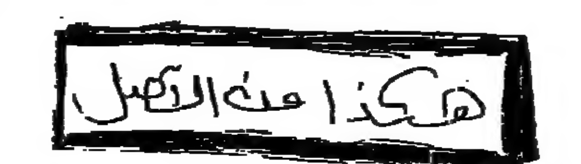
3. Die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Iran sollen nicht ohne Not in Mitleidenschaft gezogen werden.

4. Der iranische Außenminster Akber Velayati hat zwar in seinen bisherigen zwei Briefen an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher keine Drohungen ausgestoßen. Aber in Bonn wird es für notwendig gehalten, die reale Lage in Iran und das Verhalten der Teheraner Regierung gegenüber Ausländern in der Vergangenheit zu berücksichtigen. Das heißt: Die Schutzpflicht gegenüber den in Iran lebenden Deutschen soll nicht vernachlässigt werden.

Die konkrete Frage, ob Tabatabai nun wirklich als Sonderbotschafter angesehen werden muß, ist vom Oberlandesgericht und vom Landgericht Düsseldorf bisher unterschiedlich beurteilt worden. Das Oberlandesgericht hat den Iraner am Montag zum zweiten Mal aus der Haft entlassen, weil es nach einem zweiten Brief Velayatis an Genscher die Immunität Tabatabais bejaht. Richter Strauß vom Landgericht hingegen hat das Auswärtige Amt um Auskunft gebeten, ob Tabatabai „nunmehr als Sonderbotschafter in Iran mit einer speziellen Aufgabe und mit Immunitätszusicherungen ausgestattet" sei und ob er auch „bei den zuständigen Bonner Regierungsstellen zur Durchführung dieser Aufgabe empfangen" werde.

Die Antwort aus Bonn, über deren Inhalt noch nichts bekannt ist, dürfte heute dem Gericht vorliegen. Sollte Richter Strauß danach die Immunität Tabatabais weiterhin ablehnen, so wird das Strafverfahren seinen Lauf nehmen. Bejaht er hingegen den Status des Sonderbotschafters, so stellt sich die Frage, ob Tabatabai seine Mission tatsächlich wird ausführen können. Dabei kommt es darauf an, ob ihn das Auswärtige Amt dafür angesichts der Rauschgiftaffäre noch als geeignet betrachtet. Lautet die Antwort „Nein", so könnte Tabatabai zur Persona non grata erklärt und abgeschoben werden.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes hatte schon am 25. Februar – ohne Bezug auf die aktuelle Gerichtsentscheidung – erklärt, der Status Tabatabais als Sonderbotschafter sei der Bundesregierung gegenüber diskreditiert. Tabatabai werde wohl als Sonderbotschafter nicht dem Auswärtigen Amt gegenüber in Erscheinung treten.



Die Rolle des Hamburger Umlandes

n Drittel der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein lebt vor den Toren der Hansestadt

BERND LAMPE, Kiel

Der Ausgang der schleswig-hol- inischen Landtagswahl am mmenden Sonntag wird vor al- n im Hamburger Umland, von ieler Politikern lieber Südhol- ein genannt, entschieden. In den er Randkreisen Pinneberg, Sege- rg, Stormarn und Herzogtum uenburg lebten mit mehr als 000 Wählern rund ein Drittel Wahlberechtigten zwischen rd- und Ostsee.

aum eine Wirtschaftsregion in Bundesrepublik verbindet ei Bundesländer so stark mitein- der wie der Hamburger Nach- schaftsraum. Viele Betriebe sie- ten im vergangenen Jahrzehnt der Hansestadt ins Schleswig- lsteinische um. Etwa 96 000 mburger zogen in den letzten ölf Jahren zu oder bauten dort Haus im Grünen. Täglich pen- n 130 000 Arbeitnehmer aus n Randgebiet in die Hansestadt.

isher gelang es der in Kiel seit 1 mit absoluter Mehrheit regie- den CDU nur schwer, die Neu- ger dazu zu bewegen, ihre Stim- der Union im Lande zu geben. wählten wie früher in Hamburg ist die Sozialdemokraten, aber h die Freien Demokraten profi- ten von den „Zugereisten".

ei den schleswig-holsteini- en Kommunalwahlen im ver- genen Jahr zeichnete sich je- ch ein Wandel im Wählerverhal- ab, der nun bei der Bundestags- hl am vergangenen Sonntag zu em deutlichen Trend zugunsten Christlichen Demokraten wurde. So fiel der angestammte SPD-Wahlkreis Pinneberg an die CDU. Die CDU-Direktkandidatin Ingrid Roitzsch konnte mehr als 19 000 Bürger zusätzlich für sich gewinnen. In 13 der 17 Städte mit mehr als 10 000 Einwohner am Rande der Hansestadt konnte die CDU Gewinne erzielen, die über dem landesweiten Stimmenplus von 7,6 Prozentpunkten lagen.

Die FDP, die in den Randkreisen traditionell ein starkes Wählerpotential hat, konnte dort bei der Bundestagswahl 1980 zwischen 14,5 und 15 Prozent der Stimmen erringen. Bei der Bundestagswahl am vergangenen Sonntag halbierten die Wähler der Region diese Ergebnisse. In keinem Landesteil waren die Verluste der Freien Demokraten so groß wie hier.

Bei der jüngsten Landtagswahl verloren die Christlichen Demokraten zum Teil sogar Stimmen in diesem Randgebiet. Der damalige Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg konnte nur dadurch Regierungschef bleiben, weil die Verluste durch gute Stimmenpolster in anderen Landesteilen wettgemacht werden konnten. Die jüngsten Ergebnisse signalisierten der CDU-Spitze in Kiel, daß sich die Ausgangslage in diesem, von allen Parteien heiß umkämpftem Gebiet, verbessert hat.

Massiv verschlechtert hat sich indes das Verhältnis der beiden Regierungen in Kiel und Hamburg. Mit dem Streit für einen neuen NDR-Staatsvertrag begann das Zerwürfnis zwischen beiden Ländern, die auf Zusammenarbeit angewiesen sind. Der geplante Ausstieg des SPD-Senats aus dem Kernkraftwerk Brokdorf, das einst auf Betreiben Hamburgs gebaut wurde, und die die Querelen um das gemeinsame Großflughafen-Projekt in Kaltenkirchen führte dazu, daß sich die beiden Regierungschefs Klaus von Dohnanyi (SPD) und Uwe Barschel (CDU) heute nur noch wenig zu sagen haben.

Auf der vorletzten Landtagssitzung in dieser Legislaturperiode kam es im Januar sogar zu einer Abrechnung mit dem Nachbarland. Ein Hauch von Wehmut durchzog den Parlamentssaal im Landeshaus an der Kieler Förde, als Ministerpräsident Barschel sagte, „es ist das historische Verdienst der Regierungschefs der Nachkriegszeit in Hamburg und Schleswig-Holstein, das ‚Bestmögliche' als eine gemeinsame Aufgabe beider Landesregierungen zu erkennen".

Ohne es auszusprechen erinnerte Barschel damit an die Jahre, in denen die Hamburger Bürgermeister Max Brauer, Paul Nevermann und Herbert Weichmann die Partner der Kieler Ministerpräsidenten wie Kai-Uwe von Hassel und Helmut Lemke waren und die Zusammenarbeit zwischen der Hansestadt und Kiel besser war als mit den Landesregierungen Hannover. Barschel warf dem Hamburger Senat vor, „die gemeinsam konzipierte Linie" verlassen zu haben.

„DDR"-Kirche erinnert an Versprechen

hrk, Berlin

Die „DDR" kann nur dann mit dem Vertrauen ihrer christlichen Bürger rechnen, wenn sie „praktizierte Gleichberechtigung und Gleichachtung durch die sozialistische Staatsmacht aller Ressorts erfahren". Diese Feststellung traf jetzt der stellvertetende Vorsitzende des „DDR"-Kirchenbundes, Manfred Stolpe (Ost-Berlin), in einer Bilanz der fünf Jahre nach dem „Gipfeltreffen" zwischen Erich Honecker und der Kirchenführung am 6. März 1978.

Der höchste Kirchenbeamte Ost-Berlins – Stolpe ist Jurist und kein Theologe – signalisierte mit seinem im CDU-Blatt „Neue Zeit" an repräsentativer Stelle plazierten Beitrag zugleich das Interesse der Christen an sachlichen Beziehungen mit der staatlichen Seite. Eine derartige Feststellung schien der Kirche vor allem angesichts der für das „DDR"-Ansehen blamablen Vorgänge um die „Friedensszene" in evangelischen Kreisen Thüringens notwendig. Stolpe war vor fünf Jahren als engster Mitarbeiter des damaligen Kirchenbundvorsitzenden, Bischof Albrecht Schönherr (Ost-Berlin), maßgeblich an der Vorbereitung des Treffens mit Honecker beteiligt.

In seinem Beitrag mahnte Stolpe damals gegebene Versprechungen an. Die Praxis der letzten Jahre zeige „eine Fülle positiver Erfahrungen". Dennoch könne es in der sozialistischen Schule zu „Konfliktsituationen" kommen. Erstmalig für die „DDR"-Öffentlichkeit stellte Stolpe in seinem Artikel fest, daß es solche „Einzelfälle" auch nach dem Gipfeltreffen gegeben habe.

Falls Benachteiligungen christlicher Schüler „mit Name und Hausnummer" nachgegangen worden sei, sei jedoch auch eine „Klärung" gefunden worden. Stolpe fuhr fort: „Einzelfälle sind auch künfitig denkbar, und so wird es im Interesse der bewährten Kirchenpolitik des 6. März 1978 nötig sein, Möglichkeiten der vorbeugenden Vermeidung solcher Probleme zu suchen."

Aufschlußreich an Stolpes Passagen über das grundsätzliche Ja zu den Grundlagen der „DDR"-Friedenspolitik ist seine Stoßrichtung auf eine Wiederaufnahme des so hoffnungsvoll begonnenen Helsinki-Prozesses. 1983 werde sich entscheiden, schrieb Stolpe, „ob es zu einem Dialog über das Einfrieren und Vermindern der Rüstung kommt und damit neue Möglichkeiten zum Ausbau des Vertragssystems zugunsten der Menschen erschlossen werden können". Zugleich setzte er sich für „alle glaubwürdigen und durchschaubaren" Abrüstungsverhandlungen ein und vermied die üblichen einseitigen „DDR"-Schlagworte von der „NATO-Hochrüstung".

Zusammenfassend hielt der Ostberliner Konsistorialpräsident die Lesart der evangelischen Kirche über die Abmachungen vom 6. März 1978 fest. Es habe sich erwiesen, „daß damals weder eine neues Bündnis von Thron und Altar noch ein kurzatmiges Propagandamanöver gestartet wurde".

Eine grundsätzliche Bekräftigung ihres Kirchenkurses von seiten der SED blieb erstaunlicherweise trotz der Mentalität, Jahrestage zur Darlegung von Positionen zu nutzen, aus. Auch wartet man in der „DDR"-Kirche noch immer darauf, daß Honecker mit dem neuen Kirchenbund-Vorsitzenden, Bischof Johannes Hempel (Dresden), zusammentrifft.

Omanis proben die Abschreckung

Von PETER M. RANKE

Commander Tilly (52) in seiner Kommando-Baracke auf der Ziegen-Insel schaut durchs Fernglas. Er sieht zwei Tanker, die weit entfernt und langsam in den Golf einfahren. Die iranische Küste ist rund 40 Kilometer entfernt und nur als Dunststreifen zu erkennen. Der britische Offizier, zur Marine von Oman abkommandiert, gehört zu den 120 Omanis und Engländern, die jetzt rund um die Uhr die Straße von Hormuz und damit eine der wichtigsten Tanker-Routen der Welt überwachen.

„Manchmal beobachten wir iranische Aufklärungsmaschinen, aber es ist alles ruhig", berichtet Tilly. „Sowjetische Kriegsschiffe befinden sich nicht im Golf, auch das sowjetische Aufklärungsboot vor der Straße von Hormuz ist abgezogen worden." An vier Radar-Geräten, auf deren Schirmen die Schiffsroute durch omanische Gewässer eingezeichnet ist, wird die Straße in den Golf lückenlos überwacht. Auch die Zufahrt zum iranischen Kriegshafen Bandar Abbas ist mit Radar zu kontrollieren.

Hubschrauber und Raketen-Schnellboote, bewaffnet mit je zwei Flugkörpern „Exocet 38", ergänzen die Überwachung. Wie Commander Tilly mit seiner kleinen Streitmacht sind sie alle auf der Ziegen-Insel an der äußersten Spitze der omanischen Halbinsel Musandam stationiert. Funk verbindet den Commander sowohl mit der „Navy" als auch mit dem Hauptquartier in Mascat.

Wer bei Tilly auf der „Kommando-Brücke" steht und den Schiffsverkehr durch die zwölf Meilen breiten omanischen Hoheitsgewässer und die Hormuz-Straße beobachtet, der glaubt gern dem Offizier, daß diese „Enge" durch einen versenkten Tanker nicht zu sperren ist. Gefährlicher wären Luftangriffe der Iraner, die die Zwölfmeilen-Zone der Omanis nicht anerkennen und denen der Radar-Posten auf der kleinen Quoin-Insel nicht behagt. Aber die Garnison auf Musandam ist zur Abschreckung bereit.

Auf der „Al Mansur", einem der Raketen-Schnellboote der Bravo-Klasse, treffen wir den Leutnant Mussa aus Seeb. Der ist seit acht Jahren bei der Marine, wurde in England ausgebildet und hofft auf ein neues Kommando auf den größeren Dhofar-Booten mit sechs statt zwei Flugkörpern. Acht der insgesamt 21 Kriegsschiffe der Marine des Sultans fahren bereits unter omanischen Kommandanten. Bei den 2000 Mann der Marine dienen noch 85 ausländische Offiziere, meist Engländer und Pakistani. Die Mannschaften, alles Freiwillige. Commander Tilly: „Wir haben sehr gute Erfahrungen mit ihnen gemacht."

Die Omanis sind ein altes Seefahrer-Volk, das im früheren Mittelalter bis nach China und Ostafrika Handel trieb. Heute mangelt es bei der Marine, aber auch im Heer und in der Luftwaffe, vor

GOLF-REGION

allem an Mechanikern für Maschinen und moderne Waffensysteme. Auch eine Werft fehlt, wird aber jetzt von Hochtief gebaut.

Trotzdem gelten die Streitkräfte des Sultans Kabus als die stärksten am Golf – nach Saudi-Arabien. Sie sind heute durchaus zur Abschreckung fähig, doch ihre Kampfkraft beruht noch für die nächsten Jahre auf dem „Korsett" von etwa 700 britischen Offizieren und Technikern. Die meisten dienen in der Luftwaffe, zweifellos der stärksten Teilstreitkraft. Ein Drittel der Maschinen – Jaguar-Kampfflugzeuge, veraltete Hunter- und Hercules-Transporter sowie Hubschrauber – werden von Omanis geflogen. Pro Jahr kommen etwa zehn bis zwölf neu ausgebildete Piloten hinzu. Zur Zeit gibt es 33 Omani-Piloten. Ein englischer Ausbilder: „Die brauchen nur Erfahrung, sonst sind sie gut."

In diesem Jahr erhält die Luftwaffe eine weitere „Schwadron" (18 Maschinen) der Jaguar-Kampfflugzeuge. Die erste ist in der großen Luftbasis Thamarit im Süden des Landes stationiert, geschützt durch Verbunkerung und Rapier-Abwehrraketen. Die Provinz Dhofar im Süden galt bisher als am meisten gefährdet, aber das Abkommen über eine bessere Zusammenarbeit vom letzten Herbst hat das Verhältnis zum kommunistischen Südjemen entspannt.

Die zweite „Schwadron" erhält daher die neu ausgebaute Basis auf der Masira-Insel und kann von dort aus eng mit der amerikanischen Flotte im Indischen Ozean zusammenarbeiten. Im Übungs- und Ernstfall können die Amerikaner Masira benutzen. Eine engere Zusammenarbeit der omanischen Luftwaffe besteht auch mit den Emiraten am Golf, doch gemeinsame Manöver gibt es bisher nicht. Man denkt auch nicht an ein übernationales Oberkommando nach NATO-Vorbild, wohl aber an eine gemeinsame Eingreif-Truppe.

Wie Marine und Luftwaffe hat die Armee das Problem, im Norden und im weit entfernten Süden (1000 Kilometer Straße von Mascat bis Salalah) zugleich präsent sein zu müssen. Ihre insgesamt fünf Omani-Bataillone und drei Bataillone aus Belutschen (Pakistan) hat sie daher im Süden mit 3500 Firgats ergänzt, das sind Stammessoldaten und ehemalige Partisanen, die bis 1975 gegen den Sultan kämpften.

Zur Infanterie kommen zwei Regimenter und zwei Batterien mit mittlerer Artillerie, ein Fallschirmjäger-Regiment, Pioniere und Aufklärungskompanien hinzu. Gesamtstärke: 17 440 Mann. Die Schwäche der Armee besteht im Fehlen ausgebildeter und erfahrener Mechaniker bei den motorisierten Einheiten.

Die Saudis und andere arabische Ölstaaten am Golf haben ähnliche Probleme. Die enorme Aufrüstung nach dem Schock über Iran und Afghanistan versetzt die arabische Halbinsel mit Ausnahme des Südjemen also auch heute nur in bedingte Abwehrbereitschaft. Trotz der Ausgaben in Milliarden-Höhe läßt sich Kampfkraft eben nicht einfach kaufen, zumal eine Wehrpflicht aus vielerlei Gründen bei den Beduinen und Bauern nicht opportun ist. Da als mögliche Gegner die Sowjets, Iraner und Südjemeniten gelten, soll in absehbarer Zukunft eine möglichst effiziente Form der Abschreckung erreicht werden. Zur notwendigen Verteidigung des Öls am Golf ist ausländische Hilfe wie die „Eingreiftruppe" der Amerikaner noch lange unverzichtbar. (SAD)

Den ersten Test bestand Glotz nicht

Von PETER SCHMALZ

sprach von seiner „Rückkehr in die bayerische Politik", nach- n er von seinen Genossen zum D-Direktkandidaten im Münch- Norden und zum Spitzenkandi- en auf der bayerischen SPD- te gewählt war. Doch für Peter tz endete dieser Schritt vorläu- mit einer peinlichen Bruchlan- ng. In dem alten Arbeiter-Wahl- is 204, in dem die SPD seit 1949 unterbrochen den Direktkandi- en stellte und in dem Hans- chen Vogel vor zwei Jahren sei- n CSU-Verfolger Fritz Willmann ch klar mit einem Vorsprung n fast zehn Prozent distanzierte, ußte sich der prominente Heim- hrer geschlagen geben. Bei den st- wie bei den Zweitstimmen ppte der Wahlkreis um zur CSU.

in Publikumsmagnet

Für die SPD bedeutet dies mehr nur den Verlust eines bisher als her angesehenen Wahlkreises d die in diesem speziellen Wohn- biet ablesbare bittere Erkennt- , daß die sozialdemokratische hraktivität gerade in traditionel- n Arbeitervierteln rapide gesun- en ist. Hier wurden Erwartungen dämpft, die in der bayerischen D über dieses Jahrzehnt hinaus- chten und an die die Hoffnung knüpft war, mit einem neuen nn im CSU-Land Bayern wieder ß fassen zu können. Glotz galt viele Genossen in spätestens ei Jahren als Nachfolger des cklosen Helmut Rothemund.

Nun aber haftet auch an dem nn das Odium des Verlierers. der seine Fernsehauftritte als ndesgeschäftsführer noch ein aftezehrender Basis-Wahlkampf nnten den prominenten „Einflie- aus Bonn erfolgreich veran- n. Mehr noch: Auch Glotz an r Spitze konnte die bayerische SPD nicht vor dem Sturz unter die 30-Prozent-Marke und mit 28,9 Prozent vor dem schlechtesten Ergebnis seit 26 Jahren bewahren. Er ist nicht der Wähler mobilisierende Publikumsmagnet, den die demoralisierten Sozialdemokraten einem Strauß und seiner fest in Bayern verwurzelten Mannschaft gegenüberstellen müßten, um einen Aufwärtstrend einzuleiten.

Helmut Rothemund, im vergangenen Herbst bei der Landtagswahl nur durch den Regierungswechsel und die aufbrandenden „Verrats"-Emotionen vor einem drohenden Abrutschen unter 30 Prozent gerettet, wollte sich einem Nachfolger Glotz nicht in den Weg stellen. Im Gegenteil: Er favorisierte diese Lösung, bestand allerdings darauf, in diesem Jahr für nochmals zwei Jahre zum Landesvorsitz zu kandidieren.

Den ersten Test hat Glotz nicht bestanden. Spottet Strauß über Rothemund, dieser würde zum Lachen in den Keller gehen, so liegt auch Glotz mit hektischer Sprechweise und griesgrämigem Blick weit neben der bayerischen Gefühlswelt. Er wirkt auf die Bayern, wie er selbst das bayerische SPD-Ergebnis sieht: „Von der Optik her deprimierend." Er ist somit als Listenführer nicht der geeignete Stimmenfänger – und könnte diese Eigenschaft wohl auch kaum als Landesvorsitzender entwickeln.

Bemerkenswert ist aber zugleich der polarisierende Effekt, der von einem Kandidaten Glotz auf seine nähere Umgebung ausstrahlt. Obwohl der promovierte Kommunikationswissenschaftler im Münchner Norden seine politische Kinderstube hat, in der er schon als Juso hervorgetreten ist und 1969 sogar den ersten vergeblichen Anlauf zu einem Bundestagsmandat machte, konnte Glotz bei dieser Wahl weder die von der SPD verunsicherten Arbeiter noch die enttäuschten Linken halten. Ein SPD-Mitglied: „Die Prominenten-Lösung paßte vielen nicht." Zudem hatte sich Glotz die Frauen verärgert, denn in dem nach Vogels Weggang nach Berlin freigewordenen Wahlkreis traten zwei an der Basis verankerte Frauen als Kandidatinnen auf, gegen die Glotz vor der Nominierung zeitweilig zu unterliegen drohte. Nach dem Desaster von Glotz sind in der SPD die Chancen für den südbayerischen Wahlkampfleiter Jürgen Böddrich gestiegen, Rothemund als Landeschef doch noch zu beerben. Rothemund wird voraussichtlich den Fraktionssvorsitz im bayerischen Landtag trotz beträchtlicher Widerstände in den eigenen Reihen noch einige Jahre verteidigen.

Hoffnungen zerstört

Deprimiert ist auch der Münchner SPD-Unterbezirk, nachdem sich die CSU in der bayerischen Landeshauptstadt als stärkste Partei mit 44,2 Prozent stabilisieren konnte, die SPD aber mit 38,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1953 hinnehmen mußte. Damit sind die Hoffnungen, bei der Kommunalwahl in einem Jahr zumindest wieder Mehrheitspartei im Rathaus zu werden, zerstört. Auch die Aussicht, den CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl aus dem Amt zu drängen, sind seit Sonntag kaum mehr noch als ein Wunschgedanke. Der populäre Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter, bisher Münchens letzter SPD-Rathauschef, galt zwar als gefährlicher Kiesl-Gegner und innerparteilicher Favorit, aber nun ist ihm ein Konkurrent in dem Bundestagsabgeordneten Manfred Schmidt gewachsen, der in München-Mitte das einzige bayerische SPD-Direktmandat erringen konnte. Im Siegesgefühl verkündete er bereits: „Nach diesem Wahlergebnis sehe ich weit und breit keinen Gegner, vor dem ich Angst haben müßte."

„Jeder Arbeiter hat hier ein Auto"

Beobachtungen eines Funktionärs aus Peking in Deutschland und Frankreich

PHILIPP NORDEN, Peking

Ein hoher chinesischer Regierungsfunktionär in Westeuropa – was fällt ihm auf? Ein Mitglied einer offiziellen Delegation hat kürzlich in einem internen Bericht seine Eindrücke festgehalten.

Frankreich: Die Franzosen wollen mehr nach China verkaufen. „Schon bei unserer Ankunft auf dem Flughafen haben sie uns gedrängt." In Paris selbst macht die Metro den größten Eindruck, genauer gesagt die Ticketautomaten und die automatische Sperre. „Man steckt Geld in einen Kasten, der so ähnlich aussieht wie bei uns ein Briefkasten, drückt ein paar Knöpfe, und unten kommen Fahrkarte und Wechselgeld heraus. Es hat nicht ein einziger Fen gefehlt." Und weiter: „Man braucht überhaupt kein Personal, deshalb wäre dieses System für uns in China zur Zeit nicht das Richtige."

Deutschland: Das einzige Land auf der Reise, wo Chinesen nicht gedrängt werden, mehr zu kaufen. „Der englische Minister sagte, er könne Frau Thatcher nicht unter die Augen treten, wenn wir in England nicht mindestens genausoviel kaufen wie in Frankreich. Aber die Deutschen sind schlau. Sie wissen, daß wir vieles nur bei ihnen kaufen können, weil sie so eine gute Technik haben. Bei der Militärtechnik, an der wir sehr interessiert sind, sind sie allerdings wirklich sehr zurückhaltend."

Besuch in einer deutschen Fabrik: „Auffällig ist außer den automatischen Maschinen die Sauberkeit. Die Arbeiter sind angezogen wie höhere Kader. Vor der Fabrik sind riesige Parkplätze mit Tausenden von Autos, die den Arbeitern gehören. Jeder Arbeiter hat ein Auto."

Die Werkskantine: „Auf den Tischen waren weiße Tücher. Die Arbeiter brauchten nicht ihre Schüsseln mitzubringen, weil das Essen auf Porzellantellern ausgeteilt wurde. Es gab riesige Fleischportionen, und die Arbeiter tranken Bier und Wein. Wir wissen natürlich genau, daß das alles nur für unseren Besuch organisiert worden ist."

Zur Revolution in Europa bemerkt der Bericht: „Auf absehbare Zeit wird in Europa keine revolutionäre Situation entstehen. Dessen müssen wir uns klar bewußt sein. Solange die Arbeiter Autos und so ein gutes Leben haben, machen sie keine Revolution, aber die Lage wird sich auf jeden Fall irgendwann ändern." Denn „der Kapitalismus ist auf lange Sicht dem Tode geweiht. Das hat der Marxismus bewiesen, und wenn ich daran nicht fest glauben würde, wäre ich kein Marxist mehr."

Israel: Burg verzichtet auf Kandidatur

AP, Tel Aviv

Der vom israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin als Kandidat für das Staatspräsidentenamt vorgeschlagene Innenminister Josef Burg will diese Funktion nicht übernehmen. Der 74jährige Vorsitzende der Nationalreligiösen Partei teilte Begin schriftlich mit, er habe den Vorschlag reiflich erwogen, sei aber zu dem Urteil gekommen, es sei wichtig, daß der neue Staatspräsident sich auf „breite Zustimmung" stützen könne. Burg hatte zuvor bereits erklärt, er werde nur kandidieren, wenn er sowohl die Unterstützung der Regierungsparteien als auch der oppositionellen Arbeiterpartei habe. Die Arbeiterpartei hat jedoch bereits den früheren General und UN-Botschafter Chaim Herzog als ihren Kandidaten benannt. Nach einem Bericht des israelischen Rundfunks wollen auch die Abgeordneten der zur Regierungskoalition gehörenden Liberalen Partei Burg bei der geheimen Wahl des neuen Staatspräsidenten, die am 22. März stattfindet, nicht unterstützen. Auch ein weiterer Koalitionspartner, die kleine Tami-Partei, hat sich gegen eine Kandidatur des Innenministers gewandt.

Moskau für Ostsee ohne Atomwaffen

rtr, Stockholm

Ein prominenter sowjetischer Abrüstungsexperte hat die Einbeziehung der Ostsee in eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa vorgeschlagen.

Für diesen Fall sei die Sowjetunion zum Abzug ihrer sechs Atom-U-Boote bereit, erklärte General Nikolai Tjerwow im schwedischen Fernsehen. Er ist Berater der sowjetischen Delegation bei den Verhandlungen mit den USA über einen Abbau der Mittelstreckenwaffen (INF) in Europa. Schwedens Regierungschef Olof Palme begrüßte gestern, daß die UdSSR ein Angebot von Anfang 1982 wieder aufgegriffen habe, sich an einer solchen Zone zu beteiligen.

Der General sagte: „Nach Meinung meiner Regierung könnte auch die Ostsee in eine atomwaffenfreie Zone einbezogen werden. Wir haben kein Geheimnis daraus gemacht, daß wir in diesem Bereich (Ostsee) sechs U-Boote mit je 18 Mittelstreckenraketen stationiert haben." Es sind Schiffe der Golf-Klasse. Nach Ansicht schwedischer Militärs unterhält der Warschauer Pakt insgesamt mindestens 70 U-Boote in der Ostsee.

Die atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa war zuerst von Finnland vorgeschlagen worden und ist inzwischen von den sozialdemokratischen Parteien der anderen nordischen Länder aufgegriffen worden. Palme erklärte gestern in einem Zeitungsinterview: „Ich habe oftmals den Wunsch geäußert, daß atomar bewaffnete U-Boote aus der Ostsee abgezogen werden." Es sei gut, daß jetzt, da die Sowjetunion eine neue Führung hat, ein Mitglied der sowjetischen Militärführung das Angebot des früheren sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew aufgreift, sein Land in diese atomwaffenfreie Zone einzubeziehen.

Auto explodiert vor Synagoge

AFP/AP, Marseille

Auf die größte Synagoge der französischen Mittelmeerstadt Marseille sollte offensichtlich ein Sprengstoffanschlag verübt werden. In der Nacht zum Dienstag explodierte etwa hundert Meter von dem Gotteshaus entfernt ein als gestohlen gemeldetes Fahrzeug. Dabei wurden beide Insassen getötet.

Nach Angaben der Polizei war der Wagen den vor der Synagoge postierten Polizisten aufgefallen. Die mutmaßlichen Attentäter seien in Panik geraten und vorbeigefahren. Wenige Sekunden darauf sei der Wagen explodiert. Einer der beiden Insassen sei fünf, der andere 20 Meter weit aus dem zerfetzten Auto herausgeschleudert worden.

Mitterrand steht jetzt viel Streit ins Haus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Sozialisten haben nach dem Schock des 6. März allerlei Tröstungen bereit: Noch sei nicht alles verloren, hört man in ihrem Hauptquartier der Solferino-Straße. Der Ausgang der Stichwahlen am nächsten Sonntag könnte den Vormarsch der Opposition stoppen, wenn nur alle Linkswähler von 1981, die sich diesmal enthalten hatten, abstimmen. In der Tat hat es in einigen großen Städten, die 1977 von der Linken erobert worden waren und diesmal „umfielen" bis zu 30 Prozent Nichtwähler gegeben.

Das ganze Ausmaß ihrer Niederlage aber liest sich an der Zahl ihrer Minister ab, die von den Wählern auf Anhieb abgewählt oder in eine schwierige Stichwahl geschickt wurden. Premierminister Mauroy, Innenminister Defferre, Verteidigungsminister Hernu, Wirtschaftsminister Delors, Technologieminister Chevenement müssen sich erst in der 2. Runde am kommenden Sonntag durchsetzen. Schon im ersten Wahlgang ausgeschieden sind sechs Kabinettsmitglieder, darunter der Kulturminister Lang, Postminister Mexandeau und Edwige Avice, die Ministerin für Sport und Familie und enge Vertraute des Staatschefs. Schon wird Sozialminister Pierre Beregovoy in manchen Zeitungen als wahrscheinlicher Nachfolger von Premier Mauroy gehandelt.

Nur wenig ist bisher an die Öffentlichkeit gedrungen über die Analyse, die im Lager der Verlierer angestellt wird. Gemessen an den haßerfüllten Ausfällen, die auf einer Vorstandssitzung der Sozialistischen Partei am Montagabend gegen die „brutale retrograde, ras-

DIE ANALYSE

sistische und Ängste provozierende Rechte" ausgestoßen wurden, ist eher von einer Trotzreaktion zu sprechen. Jedenfalls verspricht der Ton, den führende Sozialisten anschlagen, heiße innenpolitische Konfrontationen nach dem 13. März.

Dieser Ton dürfte auch Ausdruck sein für interne Spannungen in der Partei, die nach der Niederlage des 6. März aus ihrem latenten in einen akuten Charakter umgeschlagen sind. Kammerpräsident Louis Mermaz, einer der gefürchtetsten Scharfmacher des radikalen Flügels, warnte die politische Führung des Landes bereits, daß es ein verhängnisvoller Fehler sei, die Regierungspolitik jetzt zu ändern. Es scheint, daß sich der radikale Flügel gegenüber den Gemäßigten zunächst nicht durchgesetzt hat. Der Führer der letzteren, Michel Rocard, schweigt beredt.

Schweigen kommt auch von der Spitze des Staates. Präsident Mitterrand hatte sich auffallend aus dem Wahlkampf herausgehalten und lediglich diskret in dem früher von ihm regierten Städtchen Chateau-Chinon in Burgund seine Wählerpflicht erfüllt. Er hatte mit einem Rückschlag gerechnet. Einem Freund vertraute er am 27. Februar an, er hoffe, daß die Regierungsmehrheit die Wahlen „würdevoll" verlieren werde.

Daraus klingt Resignation. Mitterrand, ein Idealist, hat auch ohne intime Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge nach 20 Monaten Praxis des Sozialismus gesehen, daß vieles, was auf dem Papier, etwa im „Sozialistischen Manifest" vom Januar 1981 gut aussieht, sich nicht ohne weiteres verwirklichen läßt. Und er kennt seine Franzosen. Er weiß, daß sie eine tiefe Abscheu für Regierungen besitzen, die die Kaufkraft des Franc aushöhlen, mit einem Austerity-Programm noch dazu, das, so die Kommunisten, auf dem Rükken der Arbeiter ausgetragen wird. Er weiß, daß der Franc trotzdem nicht zu retten sein wird und einer dritten Abwertung entgegengeht. Deren „perverser Effekt" dürfte die Inflation neu anheizen. Seine Berater haben ihm auch gesagt, daß die Arbeitslosigkeit nicht künstlich auf zwei Millionen begrenzt werden kann, wenn es nicht gelingt, die Industrie konkurrenzfähiger auf den Weltmärkten zu machen. Und Mitterrand wußte vor den Wahlen, daß der Angriff seines Erziehungsminisers Savary auf die religiösen Schulen ihn die Bretagne kosten werde. In der Tat haben die Sozialisten im Westen Frankreichs die meisten Stimmen verloren. Der Präsident wird dem allen Rechnung tragen müssen – gegen die Partei, die ihn zum Sieg zog.

Mittelamerikas Länder suchen neue Verfassungen

Trotz Revolution und Bürgerkrieg ist der Wille zur Demokratie nicht gebrochen / Unterschiedliche Ansätze

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Soziale Konflikte, die zu Revolutionen und Bürgerkriegen führen – so sieht die Welt Mittelamerika. Aber in den einzelnen Ländern dieser Region arbeiten gewählte und eingesetzte Volksvertreter an der eventuellen Rückkehr zur Ordnung: Zusammen mit namhaften Juristen sollen sie ihre Verfassungen reformieren, die veraltet scheinen und unter deren „Schutz" sich niemand mehr sicher fühlt.

El Salvador hat eine Verfassunggebende Versammlung gewählt. Ihr größtes Problem ist, daß sie auch die Rolle eines Parlaments spielen muß, das über die Fragen der Tagespolitik entscheidet. Das raubt dem Plenum viel Zeit. Die 17 Mitglieder der mit der Redaktion einer neuen Verfassung betrauten Kommission sehen sich vor einer historischen Aufgabe. Die letzten Verfassungen von 1950 und 1962 wurden mehr oder weniger diktiert.

Der Christdemokrat Rey Prendes, ein Jurist, sagt: „Zum ersten Mal wird eine Verfassung von Abgeordneten mit unterschiedlichen politischen Kriterien geschrieben." Eines der größten Probleme der Kommission ist, eine Wahlordnung zu finden, die Betrug und Einschüchterung der Wähler verhindert. Die Vollversammlung war ursprünglich beauftragt worden, bis zum 31. März den Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Das ist nicht möglich. Denn die Kommission brauchte allein vier Monate, um sich über Verfahrensfragen zu einigen.

In Nicaragua zeigt sich, daß eine Verfassungsreform nicht einmal unter einer Diktatur leicht ist. Dort wurde die Aufgabe einem Staatsrat übergeben, dessen Zusammensetzung die sandinistische Regierung mit einer so überwältigenden Mehrheit ihrer Parteigänger auf dem Verordnungsweg schuf, daß die nur symbolisch vertretene Opposition Schwierigkeiten hat, ihre Stimme hörbar zu machen. Aber es ist das einzige Forum, wo sie es überhaupt kann.

Die Pressezensur und der Belagerungszustand hindern die in der „Demokratischen Koordinierung Nicaraguas" (ODN) zusammengeschlossenen Sozialdemokraten, Liberalen, Unternehmer und freien Gewerkschafter daran, der Öffentlichkeit ihre Ansichten mitzuteilen.

Die Sandinisten wollen die Aufgabe der Parteien auf „die Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung" beschränken.

Auch in Guatemala gibt es einen von der Regierung ernannten Staatsrat. Er soll die Rückkehr zum demokratischen Prozeß organisieren, der im März 1982 unterbrochen wurde. Optimistisch erklärt sein Vorsitzender Elias: „1984 werden wir für die ersten Wahlen vorbereitet sein." Er bezieht sich damit auf ein neues Wahlgesetz. Elias will verhindert sehen, daß der Präsident, wie in der Vergangenheit, „zu große Macht hat". Aber General Rios Montt hat heute eine noch viel größere Macht: Ihm müssen die Vorschläge des Staatsrates vorgelegt werden, und er kann sie dann abändern oder auch ganz ablehnen.

Auch Panama sucht die Reform seiner Verfassung, die den Vertretern der Parteien und einigen Rechtsgelehrten anvertraut wurde. Eine viel diskutierte Frage ist, ob der Präsident in Zukunft auch Oberbefehlshaber der Nationalgarde sein soll. Die Reform wird dem künftigen Parlament – das gegenwärtige ist es nur dem Namen nach, ohne wirkliche eigene Funktionen zu haben – das Recht geben, Mitglieder der Regierung vorzuladen und zu zensieren. Die Immunität der Volksvertreter könnte erheblich eingeschränkt und ihre Absetzung möglich gemacht werden. Die Funktionen des Rechnungshofes sollen erheblich erweitert werden. Die Kommission muß ihr Projekt am 29. März vorlegen.

Am glücklichsten ist Costa Rica dran, das nur die Reform seines Wahlgesetzes suchte und kürzlich annahm. Diese Reform ordnet die staatliche Subventionierung des Wahlkampfes derjenigen Parteien an, die in Koalitionen mit anderen Parteien in die Wahlen gehen. Die Subvention wird auf Grund der Ergebnisse der letzten Wahlen vor dem nächsten Wahlkampf ausgezahlt.

Der Sinn der Reform ist, „permanente ideologische Strömungen" und die entsprechende Konsolidierung des politischen Lebens zu begünstigen. Die Opposition lobt den demokratischen Geist des Präsidenten Monge, dessen Partei „Liberación" mit dieser Reform die Bildung einer kraftvollen Opposition erleichterte.

Die Neuregelung kann in Costa Rica dem „Caudillismo" den Todesstoß versetzen, der ganz Lateinamerika plagt. „Caudillismo" ist die Formierung von Parteien um eine charismatische Führerfigur, wobei politische Grundsätze nur eine zweitrangige Rolle spielen. (SAD)

„So gibt es kein Entrinnen aus dem Elendssystem"

Kritik in Tansania an deutscher Entwicklungshilfe / Widerstand gegen Nyerere in Armee, Beamtenschaft und Universität

HANS GERMANI, Daressalam

Die nun bekannt gewordenen Namen der Militärverschwörer, die Anfang Januar geplant hatten, Tansanias sozialistischen Präsidenten Julius Nyerere zu stürzen, zeigen, daß es sich um eine gut ausgebildete, kultivierte schwarze Offizierselite der jüngeren Generation handelt. Sie sind alle unter vierzig Jahre alt. Zwei kommen aus einer Familie deutscher Abstammung, einst treue Anhänger Nyereres: Luftwaffenhauptmann Harry Hanspoppe und Armeehauptmann Zakaria Hanspoppe, beide Nachkommen des deutschen Schutztruppenoffiziers Hans Poppe, der im Ersten Weltkrieg eine schwarze Tansanierin heiratete. Das geistige Haupt der Verschwörung war der fünfzigjährige Assistent von Präsident Nyerere, Christopher Ngaiza, kein qualifizierter Politiker und Wirtschaftler.

Sowohl die Führer der mächtigen Widerstandsbewegung Ugandas, die gegen den Nyerere-Freund Präsident Obote kämpfen, als auch Intellektuelle an der Universität Daressalam bestätigen: Der Widerstand gegen den Sozialist Nyerere kommt aus Kreisen der jungen Armee-Offiziere, aus den fähigsten Männern der Beamtenschaft und aus der akademischen Schicht. Es ist, so ein hoher oppositioneller Uganda-Politiker, ein gesamtafrikanisches Phänomen, daß die gebildete jüngere Generation gegen die politischen Führer jener Generation, die von den Kolonialmächten die Macht übernahm (Nyerere ist über sechzig), rebelliert. In Ländern, wo diese ältere Führung prowestlich und konservativ ist, wie Kenia, orientieren sich die Jungakademiker nach links, in Ländern wie Tansania und Uganda dagegen orientiert sich die Jugend nach rechts im Sinne westlicher Marktwirtschaft.

Wirtschaftlicher Ruin

Die Tansanier-Armee ist zudem seit Nyereres Uganda-Feldzug in Unruhe. Nicht Amins Sturz, sondern die Unterstützung der Minderheitsregierung Obotes mit tansanischen Waffen 1981 hat die Offizierskreise empört. Die Verschwörer kommen denn auch größtenteils aus den nach Uganda entsandten Truppen.

Akademiker und tüchtigere Staatsbeamte sehen den wirtschaftlichen Ruin, in den Nyerere sein Land getrieben hat. Seit Jahren werden kaum, seit zwei Monaten überhaupt keine Konsumgüter mehr importiert, auch keine Ersatzteile. Die Industrie steht vor dem Zusammenbruch. Nach Aussagen auch westlicher Kaufleute und Diplomaten gibt es seit zwei Monaten in Daressalam kein Brot, kaum Fleisch, kaum Mehl, Fett nur zu unglaublichen Schwarzmarktpreisen. Ähnlich wie sein Vorbild „DDR" exportiert das einstige Deutsch-Ostafrika Fleisch nach Arabien, um Devisen zu erlangen. Die Handelsbilanz von 1980 – eine jüngere liegt noch nicht vor – weist ein Defizit von 640 Millionen US-Dollar, die Zahlungsbilanz ein Defizit von 130 Millinonen US-Dollar aus. Die Inflationsrate liegt bei 30 Prozent, es gibt keine Devisenreserven, man lebt von laufenden Geschenken des Auslandes.

Zwei Professoren der Universität Daressalam äußern mit Vorsicht ihre Kritik am System: „Die junge Generation will die Privatinitiative, das Ende der sozialistischen Mißwirtschaft, das Abtreten Nyereres." Gleichzeitig kritisieren sie hart die westliche Hilfspolitik: „Ihr Deutschen seid es, ihr Vorkämpfer der Marktwirtschaft, die bei uns den ostfreundlichen Sozialismus stützen. Denn eure Hilfe wird vergeudet, weil ihr diese Hilfe nicht festgelegt habt zum Aufbau privater afrikanischer Unternehmerschaft. Da sagen unsere Leute: Der Westen hält die Schwarzen für zu dumm, um Privatunternehmer zu sein. So gibt es freilich kein Entrinnen aus dem sozialistischen Elendssystem."

Die Beispiele des Lebensstandards sind erschreckend. Bei einem Kurs von 3,8 Tansanier-Schillingen pro Mark erhalten qualifizierte Ingenieure Monatsgehälter von 500 bis 700 Mark. Ein qualifizierter Arbeiter in Daressalam verdient etwa 300 Mark. Preise: Ein Pfund Zucker (wenn erhältlich) kostet 50 Mark, in den Läden kosten Herrenschuhe 230, Hemden 80 bis 100 Mark, ein einfacher Elektroherd sogar 2800 Mark. In den Buchhandlungen findet man neben radikalen afrikanischen Propaganda-Schriften fast nur Lenin, Marx, Engels und politische Sowjetautoren.

Hilfe verschwand spurlos

Von den 627 Millionen Mark deutscher Entwicklungshilfe sind bisher nur 400 Millionen abberufen worden, offensichtlich wegen der Unfähigkeit der tansanischen Bürokratie. Das meiste davon ist spurlos verschwunden, nach Aussagen örtlicher Akademiker und westlicher Kaufleute in Schweizer Bankkonten der Staats- und Parteiführung. Zum Beispiel: 10 Millionen Mark eines ersten Autobahnprojektes zum Flugplatz, rund 15 Millionen Mark eines zweiten größeren Straßenprojektes. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 366, 5300 Bonn 2, Tel 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wahl ohne Sperrklausel

Die Redaktion der WELT hat zur fünfzigsten Wiederkehr des 30. Januar 1933 hervorragende Darlegungen veröffentlicht.

Eine der Hauptursachen aber, so meine ich, kam zu kurz dabei: das Wahlgesetz zu den Reichstagswahlen der Weimarer Republik.

Es seien die Folgen vorweggenommen: Es kam zu acht Reichstagswahlen in nur 14 Jahren, zu 20 Regierungen unter vierzehn verschiedenen Kanzlern; der letzte Kanzler der 20. Regierung war Adolf Hitler. Es bewirkte dieses Wahlgesetz eine außerordentliche Parteizersplitterung. Bis zu 49 Parteien kandidierten für den Reichstag, über ein Dutzend Parteien erhielten Sitz und Stimme im Reichstag. Es gab keine Sperrklausel, es genügte, 60 000 Stimmen für die Liste einer Partei zu gewinnen, um mit einem Sitz in den Reichstag einzuziehen. So erhielt bei der Sommerwahl Papens am 31. Juli 1932 auch ein Mandat der „Verband der Weingärtner des mittleren Neckarraumes".

Die negativste Folge aber war nicht die Instabilität der Regierungen, sondern die Verachtung breiter Schichten des Volkes für diese Art von Demokratie, von der man immer weniger hielt und erwartet, vor allem nicht die Bewältigung der Not von über sechs Millionen Arbeitslosen.

Woher nun kam dieses Wahlgesetz? Es wurde am 30. November 1918 noch von dem Rat der sechs Volkskommissare eingeführt; ihm gehörten drei Mitglieder der SPD: Ebert, Scheidemann und Landsberg, an und drei Mitglieder der USPD: Haase, Dittmann und Barth. Es entsprach dem von Kautzky formulierten Programm der SPD von ihrem Parteitag in Erfurt im Jahr 1890.

Es beruhte auf der Überzeugung Lasalles, auch ohne eine gewaltsame proletarische Revolution, wie sie die Ideologie von Karl Marx vorsah, könne man den Sozialismus als Arbeiterselbstverwaltung in den Einzelbetrieben legal und durch entsprechende Gesetze einführen, wenn man mit Hilfe eines geeigneten Wahlgesetzes die Mehrheit in der Gesetzgebenden Körperschaft erringen könne. Als eben dieses geeignete Wahlgesetz erschien das reine Verhältniswahlrecht, bei dem jede Stimme zählen und sich auswirken sollte. Da die unteren und ärmeren Schichten der Bevölkerung die zahlreicheren seien, werde die Partei, die ihre Interessen vertrete, mit deren Stimmen verhältnismäßig leicht die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament, in diesem Fall dem Reichstag, gewinnen. Dann werde man jene Gesetze schaffen, die bewirkten, daß der private Besitz an Produktivvermögen, von Grund und Boden, Fabriken, Maschinen und Finanzmitteln, in die Hände der Arbeiterschaft der verschiedenen Betriebe übergehe.

Was dieses Wahlgesetz, das jener Utopie dienen sollte, für die Weimarer Republik bedeutet hat, wurde ausgeführt: es hat Hitler den Weg zur Macht geöffnet.

Auch hier muß wieder festgestellt werden, daß diese Utopie des Sozialismus Unheil stiftet, größte Katastrophen möglich macht, wo immer sie auftritt.

Margarethe Kuppe,
Hechingen

Hilfe für Sportmuffel

„Ein Plädoyer für die Ganztagsschule": WELT vom 8. Februar

Sehr verehrte Frau Evi Keil,

in Ihrem Interview mit Herrn Bundeskanzler Kohl sagen Sie aus, daß ein Viertel der 18jährigen bei der Musterung als „nicht tauglich" eingestuft wird und kommen zu der berechtigten Fragestellung: Weniger Mittel für den Leistungssport – Ausbau der Sportangebote für den kleinen „Otto-Normalverbraucher"? Auch Herr Kohl kommt zu der Erkenntnis, man müsse mehr für den Breitensport tun.

Der zweite Teil Ihres Interviews beschreibt dann jedoch Äußerungen von Herrn Bernhard Vogel „... das Trainerwesen auszubauen" und Herrn Neckermann, der dem Schulsport mit der Aktion „Jugend trainiert für Olympia" neuen Auftrieb geben will, die einen sachlichen Widerspruch darstellen, den ich veranschaulichen möchte.

Orthopäden und Sportlehrer gehen davon aus, daß in den allgemeinbildenden Schulen ca. 40 Prozent der Schüler motorische Leistungsdefizite aufgrund körperlicher Schwächen haben; das sind bei 11,5 Millionen etwa 5 Millionen. Diese Schüler haben sehr häufig Mißerfolgserlebnisse im Schulsportunterricht, sie haben Angst vor den körperlichen Anforderungen, dem Lehrer und den Mitschülern. Sie entwickeln eine Abneigung gegen jegliche Bewegung und sind froh, nach Beendigung der Schulzeit nie wieder Sport treiben zu müssen.

Bei diesen Schülern ist ein Bedürfnis nach Bewegung in der Regel nicht durch Sportvereine oder durch die stark leistungsbetonte Aktion „Jugend trainiert für Olympia" zu wecken.

Um hier wirklich eine grundlegende positive Veränderung für die Zukunft anzustreben, muß bereits in der Grundschule das Bewußtsein für ein gesundes Sporttreiben entwickelt werden. In jede Grundschule gehört mindestens ein Lehrer, der beratende Funktion hat bei allen Problemen der körperlichen Schwächen, die im Schulsport, aber auch im Spielverhalten während der Pausen auffallen. Dieser „Beratungslehrer" sollte das Fach Sport studiert haben und müßte im „Förderunterricht im Schulsport-Schulsonderturnen" ausgebildet sein. Mit dieser Ausbildung hat er die Chance, auffälliges Bewegungsverhalten schon im Grundschulalter zu erkennen und über gezielte Ausgleichsübungen das Gesundheitsbewußtsein zu wecken.

Ein Staat, der – zu Recht – Talentsuche und -förderung in den Schulen unterstützt, wird unglaubwürdig, wenn er auf der anderen Seite die 40 Prozent „Otto-Normalverbraucher" mit ihren körperlichen Schwächen ohne zusätzliche spezielle Betreuung und finanzielle Mittel alleinläßt bzw. übersieht.

Mit freundlichen Grüßen
Renate Matthias
Hamburg

Privat billiger

Ihr Bericht „Bürokratie will gar nicht effizient sein" in der WELT vom 3. Februar weist interessante Zeilen auf; so diese: So müsse die private Müllabfuhr Steuern zahlen, die öffentliche dagegen keine Mark.

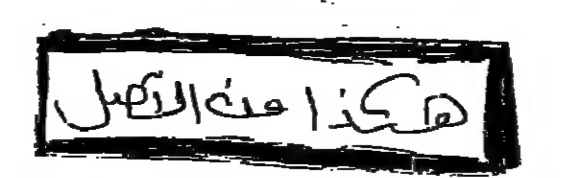
Wir leisten in unserer Privatklinik dieselben Operationen und Behandlungen wie die Universitätskliniken – unser Bettenpreis pro Tag: 95 DM; im hiesigen Städtischen Krankenhaus, Augenabteilung, wird ein Preis von 200 DM in Rechnung gestellt.

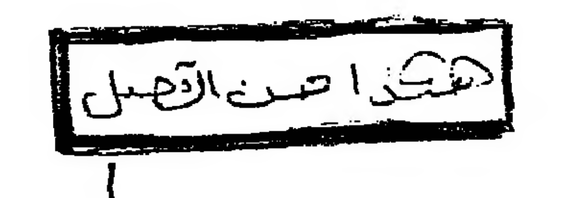
Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. E. A. Hoffmann
Braunschweig

Wort des Tages

„Tatsächlich und normalerweise gelten neun Zehntel der politischen Tätigkeit den wirtschaftlichen Aufgaben des Augenblicks, der Rest den wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft."

Walther Rathenau, dt. Industrieller und Politiker (1867–1922)





MOTORSPORT / WELT-Interview mit Niki Lauda vor dem Start der neuen Formel-1-Saison

„Ich habe wieder unbändigen Spaß – das ist eine gute Voraussetzung, um Weltmeister zu werden"

B. WEBER/V. WORMS, Bonn

Am Wochenende geht die Formel 1 mit dem ersten Rennen in Rio de Janeiro in die neue Saison. Noch weiß niemand, wie sich die neuen Regeländerungen für die Formel-1-Rennwagen auswirken werden. Vor dem ersten Lauf in Brasilien sprach die WELT mit dem zweimaligen Weltmeister Niki Lauda (Österreich) über die Neuerungen, die neuen Wagen und die Erfolgsaussichten.

WELT: Sie haben bei den ersten Trainingsrunden auf dem Jacarepagua-Kurs hervorragende Ergebnisse erzielt.

Lauda: Dafür, daß ich meinen McLaren zum ersten Mal am vergangenen Donnerstag in England unter den Hintern bekommen habe, bin ich selbst sehr zufrieden.

WELT: Was sind die Merkmale Ihres neuen Fahrzeugs?

Lauda: Der Wagen ist sehr leicht, auch ziemlich klein, aber sehr aerodynamisch. Die Konstrukteure haben sehr lange an der Karosserie herumgetüftelt und immer wieder penible Tests im Windkanal veranstaltet. Da ist wirklich gute Arbeit geleistet worden. Ich bin zuversichtlich, daß sie sich auszahlen wird.

WELT: Dennoch müßte Ihr McLaren der Konkurrenz unterlegen sein. Ihre Gegner fahren überwiegend mit Turbo-Motoren. Das heißt, sie bringen rund 80 PS mehr auf die Strecke.

Lauda: Ich bin dennoch zuversichtlich, dieses Manko durch fahrerisches Können ausgleichen zu können. Andererseits will ich nicht ausschließen, daß die Konkurrenz beim offiziellen Training die Karten erst richtig aufdecken wird – und daß mein Optimismus dann ein wenig verfliegt.

WELT: Die vergangene Saison ist für Sie und Ihr Team längst nicht immer optimal verlaufen …

Lauda: Um ehrlich zu sein, ich war weit weniger zufrieden mit meinem Comeback als die Presse. Ich stelle an mich selbst immer die allerhöchsten Ansprüche, und der fünfte Platz, den ich in der Weltmeisterschaftsgesamtwertung erreicht habe, stellt für mich allenfalls gehobenes Mittelmaß dar.

WELT: In einer großen Sport-Illustrierten haben Sie vor kurzem einen Artikel verfaßt mit dem Kernsatz: Ich will wieder Weltmeister werden. Das läßt den Schluß zu, daß Sie Ihre frühere Aggressivität wieder erreicht haben.

Lauda: Aggressiv zu sein kann bedeuten, Mist zu bauen. Aber richtig ist, daß ich meine frühere Fahrfreude in vollem Umfang besitze. Mir macht es unbändigen Spaß, wieder im Rennwagen zu sitzen. Und das ist sicherlich eine gute Voraussetzung, um erfolgreich zu sein.

WELT: Also doch ein großes Lauda-Jahr?

Lauda: Viele Leute erwarten von mir große Sprüche. Und sind enttäuscht, wenn ich sie nicht von mir gebe. Falle ich mit meinen Prognosen aber auf die Schnauze, werde ich von den gleichen Leuten gerne geschlachtet. Ich will es mal so sagen: Viel hängt natürlich davon ab, wie es beim Großen Preis von Rio de Janeiro für mich läuft. Andererseits kann das Startrennen natürlich noch längst kein endgültiger Maßstab sein. Man wird die ersten drei oder vier Rennen abwarten müssen, um mehr sagen zu können.

WELT: Trotzdem noch einmal nachgehakt – wer sind denn für Sie die großen Favoriten auf den Weltmeistertitel?

Lauda: Auch dazu will und kann ich gar nichts sagen. Man wird abwarten müssen, welche Firmen mit den neuen Grand-Prix-Reglements am besten fertig werden. Schließlich sind diese Änderungen ja nicht von Pappe. Die aerodynamischen Hilfen an den Wagen, die sogenannten Schürzen, sind weggefallen. Das vorgeschriebene Mindestgewicht wurde von 580 auf 540 Kilogramm gesenkt, und es wurde ein verstärktes Monocoque verlangt. Vieles von dem, was in der Formel 1 passiert, wird zumindest in den ersten Rennen von den Konstrukteuren abhängen. Ich bin davon überzeugt, daß die Änderungen eine sportlich sehr spannende Saison mit sich bringen werden. Noch einmal zusammengefaßt, was alles passieren wird, weiß kein Mensch. Und zudem, denken Sie einmal daran, wieviel Prognosen im vergangenen Jahr in die Binsen gegangen sind.

WELT: Ihr McLaren wird ja auch mit einem Porsche-Turbo-Motor ausgerüstet. Wann wird das sein?

Lauda: Ich gehe davon aus, daß es Mitte des Jahres soweit sein wird.

WELT: Sie sind am Auge operiert worden. Sind Sie denn wieder voll seh- und damit auch leistungsfähig?

Lauda: Es gibt nicht die geringsten Schwierigkeiten. Die Operation hier in Rio de Janeiro ist geradezu optimal verlaufen.

WELT: Beim Grand Prix wird von den Fahrern ein Höchstmaß an Kondition verlangt, denn man muß ja wohl mit sehr hohen Temperaturen rechnen …

Lauda: Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wären Temperaturen um die 60 Grad, wie sie hier, in der Sonne, vor einigen Wochen gemessen wurden. Als ich jetzt gefahren bin, waren es immerhin noch knapp unter 40 Grad. Ein paar Wetterfrösche haben vorausgesagt, daß es sich bis Sonntag ein wenig abkühlen wird. Und das würde die Aussichten aller europäischen Fahrer auf vordere Ränge natürlich erheblich verbessern.

Pech für Manfred Winkelhock

Das ist Pech für den Waiblinger Manfred Winkelhock: Das dreitägige Vortraining zum Auftakt der Formel-1-Saison findet ohne den Deutschen statt. Sein ATS-Rennwagen mit dem neuen BMW-Turbomotor hängt noch beim Zoll fest. Der Wagen wurde zu spät auf die Reise nach Brasilien geschickt, und außerdem fehlten noch einige Papiere.

Schnellster der 20 Fahrer war überraschend der Engländer Derek Warwick im Toleman vor dem brasilianischen Exweltmeister Nelson Piquet auf Brabham BMW und dem Italiener Andrea de Cesaris. Niki Lauda (Österreich) folgte auf McLaren als schnellster Nicht-Turbo-Fahrer (80 PS Leistungsnachteil) mit dem viertbesten Ergebnis.

SPORT-NACHRICHTEN

Protest erneut abgelehnt

Basel (sid) – Die Disziplinarkommission des Internationalen Handball-Verbandes (IHF) hat auch in letzter Instanz den Protest des Deutschen Handballbundes (DHB) gegen die Wertung des Ungarn-Spiels abgelehnt. Das deutsche Team hatte durch das 12:12 gegen Ungarn bei der B-Weltmeisterschaft in Holland die Qualifikation für das olympische Turnier 1984 in Los Angeles verpaßt.

Csanadi gestorben

Budapest (sid) – Der Ungar Arpad Csanadi, Sportdirektor und Programmchef des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), ist im Alter von 60 Jahren in Budapest an Krebs gestorben.

Seltene Reklame

London (dpa) – Die Profi-Fußballspieler von Tottenham Hotspur werden auf ihren Trikots Werbung gegen das Rauchen machen. Der Londoner Traditionsverein kündigte für diese Woche den Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit der Regierung an.

Fußball im Fernsehen

Hamburg (sid) – Das Viertelfinal-Rückspiel um den UEFA-Pokal zwischen Universitatea Craiova und dem 1. FC Kaiserslautern (2:3) wird vom Deutschen Fernsehen (ARD) am 16. März ab 12.55 Uhr original übertragen. Eine Live-Übertragung der Europapokalspiele Aberdeen gegen München und Hamburg gegen Kiew scheiterte am Einspruch des Hamburger SV, der dadurch Zuschauer-Einbußen befürchtet.

Angerer Weltcup-Sieger

München (sid) – Wegen des Startverzichts von Titelverteidiger Frank Ulrich („DDR") beim Holmenkollen-Festival in Oslo steht Peter Angerer (Hammer) bereits vor den letzten Rennen als Biathlon-Weltcupsieger fest.

Mahre gewinnt Weltcup

Aspen (sid) – Mit seinem ersten Saisonsieg beim Riesenslalom in Aspen (Colorado) sicherte sich Phil Mahre (USA) bereits vorzeitig zum dritten Mal den alpinen Ski-Weltcup.

ZAHLEN

TENNIS

Internationales Turnier in Tunis: erste Runde: Keretic (Deutschland) – Tous (Spanien) 6:2, 6:1. – Hallenturnier in Brüssel: Erste Runde: van Patten (USA) – Popp (Deutschland) 5:7, 6:4, 6:4. – Internationales Damenturnier in Dallas; Erste Runde: Pfaff (Deutschland) – Hy (USA) 6:2, 6:4.

EISKUNSTLAUFEN

Weltmeisterschaft in Helsinki. Stand nach dem Kurzprogramm der Paare: 1. Baess/Thierbach („DDR") 0,4 Punkte, 2. Walowa/Wasiliew (UdSSR) 0,8, 3. Underhill/Martini (Kanada) 1,2 … 16. Massari/Azzola (Deutschland) 6,4.

Damen-Pflicht: 1. Sumners (USA) 0,6 Punkte, 2. Wegelius (Finnland) 1,2, 3. Wodorezowa (UdSSR) 1,8. 4. Cariboni (Schweiz) 2,4, 5. Leistner (Deutschland) 3,0, 6. Thomson (Kanada) 3,6, 7. Ruben (München) 4,2, 8. Witt („DDR") 4,8.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom in Aspen (Colorado): 1. Phil Mahre (USA) 2:31,49, 2. Girardelli (Luxemburg) 2:31,73, 3. Stenmark (Schweden) 2:32,09 … 12. Hirt (Deutschland) 2:35,21.

Gesamt-Weltcup: 1. Mahre 250 Punkte, 2. Stenmark 207, 3. Girardelli 168, 4. Wenzel (Liechtenstein) 166.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. Rang: 3 000 000,00, 2: 449 653,80, 3: 10 290,10, 4: 140,00, 5: 9,50. **Toto,** Elferwette: 1. Klasse: 139 550,70, 2: 5286,00, 3: 323,50. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1. Klasse: 722 563,70, 2: 18 974,60, 3: 2425,70, 4: 46,90, 5: 5,00. – – **Rennquintett: Pferdetoto:** Klasse 1: 2326,50, 2: 486,60. **Pferdelotto:** Klasse 1: 277,80, 2: 30. – Kombinationsgewinn: unbesetzt:, Jackpot: 937 335,90.

(Ohne Gewähr)

Christiane Weber immer stärker: Cornelia Hanisch traut ihr bei Olympia Medaille zu

KLAUS BLUME, Bonn

Sie sei sicherlich eine Medaillenkandidatin für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles. Das sagt Cornelia Hanisch, die frühere Weltmeisterin und erfolgreichste Fechterin Deutschlands. Sie sagt es nicht leichthin, sondern nach jahrelanger sorgfältiger Beobachtung. Dabei spricht sie nicht über sich selbst, gemeint ist mit der Medaillenanwärterin ihre Trainingskameradin Christiane Weber (20). Die Offenbacher Medizinstudentin hat das Turiner Weltcup-Turnier für Florettfechterinnen gewonnen. In der Weltrangliste ist sie derzeit die Nummer eins.

Die blonde Christiane Weber aus Dillingen im Saarland, von den Fechtexperten in aller Welt wegen ihrer präzisen Technik und ihrer Anmut als „Ballerina auf der Planche" gefeiert, ist da zurückhaltender. Nach Los Angeles fahren wollen sie im nächsten Jahr schon, „doch alles andere wird sich finden".

„Sehen Sie", sagt sie, „in Turin ist es zum ersten Mal so gelaufen, wie ich es realistisch eingeschätzt habe." Sie habe gespürt, inwieweit sie sich zusammenreißen kann, inwieweit sie – Augenblicke nur lang – ihre Nerven beherrsche. Wie jede erstklassige Fechterin weiß sie, daß eben dies nicht programmierbar ist. Wäre denn sonst eine solche Fechterin wie die Italienerin Vaccaroni, der Superstar des Damen-Floretts, ausgerechnet in Turin auf der Strecke geblieben? Oder die sowjetische Weltmeisterin Giljassowa, die gegen Christiane Webers Teamkameradin Sabine Bischoff verlor?

Turin, Sonntagabend, gegen 19 Uhr: „Ich hatte erst mal ein bißchen Angst und das Gefühl, daß ich das hier nicht würdig genug mache." Gedanken vor dem Finale. Denn da gibt es Cornelia Hanisch, die Ex-Weltmeisterin, die zehn Jahre älter ist als sie und vor der sie so „unglaublich viel Hochachtung hat, weil sie nun einmal so ungeheurer konsequent ist". Und nun hatte Christiane Weber, und nicht die weltbekannte Cornelia Hanisch, das letzte Finale erreicht.

Stimmungsbilder einer Mannschaft, die seit Jahren Maßstäbe setzt – nicht nur im deutschen Sport. Sie trainiere nicht unbedingt jeden Tag. Das weiß man von Christiane Weber. „Ich bin ein Talent und deshalb nicht so fleißig", sagt sie. Ein Talent, das über die Fecht-Planche schreiten, springen, tanzen und stürmen kann.

Aber dieses Talent ist ehrgeizig. Sie verlegte den Wohnort von Dillingen im Saarland vor eineinhalb Jahren nach Offenbach. Nicht nur des Studiums, sondern auch des Fechtens wegen, um bei Cornelia Hanischs großem Fechtmeister Horst-Christian Tell noch einmal in die Florett-Schule zu gehen. Als Weltcup-Siegerin sieht sie die Zusammenarbeit mit Tell so: „Er ist ein feiner Mensch und ein feiner Trainer. Er akzeptiert auch, daß andere nicht so fanatisch sind wie er. Aber er reagiert gerade in einem Turnier ungeheuer emotional." Das könne sie nicht immer gebrauchen, aber geschadet hat es auch nicht …

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir suchen seriöse und dynamische Vertriebspartner

Wir sind eine seit über 12 Jahren erfolgreiche Firmengruppe auf dem Bauherrenmodell- und dem konventionellen Immobilien-Sektor.

Wir haben augenblicklich folgende Angebote auf dem Markt:

- **Freiburg** – Kirchzarten
- **Stuttgart** – Bad Cannstatt
- **Göttingen** – Bovenden
- **Wolfenbüttel** – Okerufer
- **München** – Gmunder Straße

Wir werden in Kürze mit folgenden Projekten auf den Markt kommen:

- **Friedrichshafen** – Waggershausen
- **Göttingen** – Weende (Studentenappartements)
- **Würzburg** – Lengfeld (Reihenhäuser)
- **Mainz** – Nackenheim (Reihenhäuser)
- **Mission/Texas** – (Reihen- und Doppelhäuser)

Wir die Treukapital GmbH, sind zu erreichen in 8700 Würzburg, Heinestraße 7 b Telefon 09 31/5 06 83 · Telex 68 575

Wir freuen uns auf einen Kontakt mit Ihnen

Wir sind eine schweizerische Aktiengesellschaft, die ständig Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen zum Erwerb sucht.

Für verschiedene Gebiete der BRD vergeben wir Repräsentanzen an

Unternehmensberater Finanzierungsvermittler

Aufgabe:
- Auswahl und Prüfung von rentablen, mittelständischen Unternehmen mit zu knapper Eigenkapitalbasis.

Voraussetzungen:
- Verständnis für die besondere Problematik der mittelständischen Wirtschaft
- kaufmännische Kenntnisse
- Eigenkapital von sfr 20 000.-

Geboten wird:
- komplettes Know-how
- ständige Schulung durch deutsche Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Wirtschaftsjuristen
- garantierter Gebietsschutz
- schnelle Aufstiegsmöglichkeiten
- hochinteressante Verdienstmöglichkeiten

Qualifizierte schriftliche Bewerbungen an den von uns beauftragten Berater

Institut für Diversifikation
Mannheimer Straße 58
6830 Schwetzingen
Telefon 0 62 02 / 1 02 33

Zusatzverdienst für Ladengeschäftsinhaber

Wenn Sie ein Ladengeschäft in erstklassiger Lauflage einer Stadt oder einem größeren Vorort (ab 30 000 EW) haben, bieten wir Ihnen ein lukratives Zusatzgeschäft ohne jegliches Risiko. Kein Eigenkapital erforderlich, kombinierbar mit allen Branchen. Fixum in der Anfangsphase. Bewerbungen oder telefonische Anfragen an Firma emv-GmbH, Alte Bahnhofstr. 10, 53 Bonn 2, Telefon 02 28 / 35 55 52

Bürodienst in Hamburg

Telex, Telefon- und Postservice, Sekretariat – Tel. 0 40 / 5 27 45 00

DRINGEND GESUCHT FARBFERNSEHER-VIDEORECORDER

Konkurswaren/Überstände/ Sonderposten neu und gebraucht gegen sofortige Barkasse.

Glasmacher, Tel. 02 11 / 32 32 31 - 32 81 48 Telex 8 586 740

KAUFANGEBOT: PRODUKTION U. MONTAGE

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen. Aufgrund besonderer Umstände bieten wir für ein ges. geschütztes, markteingeführtes Erzeugnis alle Rechte u. Produktionseinrichtungen zum Kauf an. Kaufpreis 1,5 Mio.

Bei Vorhandensein einer Werkhalle von ca. 800 m² kann die Produktion sofort aufgenommen werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Produktion am jetzigen Standort zu belassen und die Marktbearbeitung fortzuführen; in Werkhallen, Büros u. Sozialräumen, die wir für DM 6000 im Monat angemietet haben.

Kurzfristig können im Produktions- sowie im Außenbereich – Tiefbau u. Montage – ca. 100 Mitarbeiter bei einem Umsatz p. a. von DM 15 Mio. mit steigender Tendenz beschäftigt werden. In der Übergangszeit erhalten Sie von uns weitestgehende Unterstützung, damit Sie erfolgreich in diesem Markt arbeiten können.

Ein für das Endprodukt wachstumsorientierter Markt sichert für Jahre die Absatzchancen.

Wir erwarten Zuschriften von Kaufinteressenten, die ihre Unternehmungen in weitestem Sinn im Tiefbau angesiedelt haben.

Da erfahrungsgemäß zusätzlich Betriebsmittel in Höhe von 1,5 Mio erforderlich sind, bitten wir nur potente Unternehmen um Kontaktaufnahme. Wir sichern strengste Diskretion zu, wobei wir diese auch von Ihnen erwarten.

Zuschriften unter K 4435 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

We are looking for well-experienced

European Manufacturers

who are either prepared to provide collaboration or technical know-how on the manufacturing aspects on cast iron pipes (water supply) with all sizes.

This pipe-manufacturing-plant is intended in industrial area in India.

The machinery and equipment should be preferably semi-automatic with labor-orientated functions, project investment estimates betw. 2/3 Mill. US-$.

Interested parties please apply in English language to T 4298 to WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir haben das Produkt
Wir haben das Know-how
Wir haben den Markt

Wir benötigen Partner und Kapital, um ein konkurrenzloses Produkt der Krankenpflege und des gesunden Liegens in Europa zu vertreiben.

Chiffre unter H 4676 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir lösen Ihre Vertriebsprobleme in 5 Ländern!

CH – BRD – A – F – B

Unsere Leistungen:
- Bestelladresse / mail-fowarding
- EDV-Verarbeitung inkl. Fakturierung
- Konfektionieren
- Verpacken und Versenden
- Retourenbearbeitung
- Inkasso
- Kundenservice
- Telefonmarketing

IVM Institut für Vertrieb und Management AG
Weinbergstr. 72, Postfach 110
CH 8042 Zürich
Tel. 0 04 11 / 63 38 44 · Telex 5 9 140

Handelsvertreter

für Verkauf von Einwegpaletten gesucht. Sehr gute Verdienstmöglichkeit.

Tel. 0 27 75 / 80 01

Für unser Bauernhaus-Museum im Celler Land suchen wir künstlerisch begabte Personen oder Ehepaar zur selbständigen Übernahme dem Museum angegliederter Werkstätten wie: Maleratelier, Töpferei, Webstube; noch im Aufbau befinden sich eine Schmiede und eine Zimmerei. Bewerber müssen in der Lage sein, Feriengäste zu unterrichten oder anzuleiten. Angebote unter E 4673 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---



– Naturasphalt-Produkte für Flachdächer und Isolierungen – moderne Baustoffe

Wir suchen für dauerhafte Zusammenarbeit, Handelsvertreter/Vertriebs- u. Verarbeitungsfirmen für die Bearbeitung von vorhandenen Kundenanfragen. Schwerpunkte sind Flachdachsanierung und Isolierungen. Wir vergeben noch Vertriebsrechte in der BRD und im Ausland. Ihre Anfrage richten Sie bitte an:



– Naturasphalt-Produkte, Hanauer Landstr. 220, 6 Ffm. Telefon: 06 11 / 44 70 44, Telex: 4 170 011 oder Helenenweg 40, 2056 Glinde, Tel. 0 40 / 7 11 24 24

Wir bieten:

Büroservice in Oldenburg, Telex, Telefon, Postservice und Sekretariat.

Tel. 04 41 / 8 10 35

Welcher versierte

Im- u. Exportkaufmann

beabsichtigt durch die Übernahme eines Im- und Exporthauses sich eine selbständige Existenz aufzubauen? Diesen Schritt kann Ihnen junger Kaufmann mittels einer stillen/tätigen Beteiligung bei entsprechender Sicherheit wesentlich erleichtern. Zuschr. u. G 4675 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Mittelgroßer Adreßbuchverlag
in Fernost (Singapur) umständehalber zu verkaufen.

Hoher Bestand an Langzeitabnehmern, niedrige Produktions- und Verwaltungskosten, überdurchschnittliche Wachstumsmöglichkeiten, steuersparender Firmenaufbau (Honkong Holding).

Verhandlungsbasis DM 1 Million (Finanzierung möglich)

Nur ernstgemeinte Telex- oder Telegrammzuschriften an:

HANSA INDUSTRIE SERVICE HAMBURG
Telex 02 14 440, Telegramm Sa.-Nr. 040 / 41 70 35

(Alleininhaber diese Woche in Deutschland)

HANSA INDUSTRIE SERVICE HAMBURG,
Mittelweg 14, 2000 Hamburg 13

Wir erfüllen

Spezialaufgaben

im In- und Ausland. Ermittlungen, Beschaffungen, Überwachungen, Geheimkontakte, Flugzeugeinsatz.

AVB Treuhand, Frauenbergstr. 8, 7967 Bad Waldsee, Tel.: 0 75 24 / 80 48 / 49 / 40, Telex 7 32 774 avb d.

Vertalingen in het Duits. Übersetze Briefe/Texte/Bücher aus dem Niederländischen. Angebote erb. u. F 4674 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

Kamino

der industriell produzierte Papierbrikett. MARKT MIT ZUKUNFT. Wir vergeben noch einige exklusive Gebiete. Erfolgsaussichten überdurchschnittlich. Kapital erforderlich. Auch Auslandsvertreter gesucht. 0 40 / 4 10 13 74
GTT GmbH, Rothebaumch. 98, 2 HH 13

Schnellkurierdienst Gerken

Beförderung von Personen und Material aller Art bis 750 kg im In- und Ausland

Schnellste Beförderung Ihrer EDV-Unterlagen!
Schnellste Beförderung Ihrer eiligen Arzneimittel.
Sie benötigen für Ihren Schwertransport ein Begleitfahrzeug!
Sie müssen schnellstens einige Pakete befördert haben!
Auch wenn Sie meinen, es lohnt sich nicht!

Informieren Sie sich. Erreichbar Tag und Nacht unter der Nr. 0 44 35 / 21 21-14 85

---

2 Kaufleute

verkaufsstark, z. Zt. als Verkaufsleiter tätig, beste bundesweite Verbindungen zur Wohnungswirtschaft, suchen lukrative Vertretung. Persönliche Kontaktaufnahme auf der Ish ist möglich. Zuschr. unter K 4831 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Elektrofirma

(mit Meister), für Auslandsaufträge sofort frei. Lange Auslandserfahrung vorh. Angeb. erb. u. F 4806 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Schreiben Sie Werbebriefe?

Verkaufswirksame Texte? Gute Ideen? Dann würden wir uns über „Ihren Werbebrief" zwecks Zusammenarbeit sehr freuen.

GvZ-Weinversand, Postfach 1068, 6550 Bad Kreuznach

Turbo-Tuning/Spezialbetrieb

mit hohem Auftragsbestand sucht aktiven kfm./techn. versierten

Teilhaber.

Kapitalbeteiligung möglich, nicht Bedingung.
Zuschr. u. S 4727 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir bieten an:

Videocassetten leer

Super-Avilyn-Band, E 180 ab 300 Stück, DM 15,20 + Frachtkosten + MwSt., E 240 ab 300 Stück, DM 25,20 + Frachtkosten + MwSt., pro Stück. Bei mehr als 1000 Stück Rabatte. Andere Längen auf Anfrage. Ebenso laufend sehr günstige Video-Recorder aller Systeme auf Anfrage. Sass Properties Electronic Service, Postfach 1280, D-8480 Weiden, Tel. 09 61 / 3 41 08, Telex 63 977.

Aktiver Teilhaber gesucht

für Vertriebsaufgaben von Einbruchmeldeanlagen u. Videoüberwachungssystemen. Kapitaleinsatz DM 100 000,-. Angebote unter L 4832 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---



Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln

bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Partizipieren Sie am Aufschwung . . .

Für den Vertrieb unserer „mobilen Schnellküche" suchen wir selbständig tätige Vertriebspartner. Dieser Markt zeigt deutlich in die Zukunft! Seriösen Interessenten bietet sich „Die Vertriebschance"

K. A. Thielmann KG, Postfach 22, 6349 Breitscheid

STELLENANGEBOTE



World's largest manufacturer of woven ribbon seeks

Manager/Manageress

for Germany. Applicants must be selfmotivated and have proven record in successful retail or in industrial sales.

Ability to co-ordinate sales promotion programmes desired. German national, with fluent English essential.

Attractive salary plus car and incentives. Write fully giving educational background and previous business experience to:

C. M. Offray + Son Limited
Fir Tree Place, Church Road,
Ashford, Mddx. TW15 2PH
Great Britain

To be marked: personal and confidential attn. Mr. Piet Grimm

Kreissparkasse Pinneberg

Wir sind ein modern geführtes Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von 1,5 Mrd. und 450 Mitarbeitern.

Für die Leitung unserer neu einzurichtenden Filialdirektion **Schenefeld (Hamburg)** suchen wir den

Filialdirektor

mit Führungsqualitäten.

Unseren künftigen Mitarbeiter erwartet eine vielseitige, ausbaufähige und verantwortungsvolle Aufgabe mit weitreichenden Kompetenzen (unmittelbar dem Vorstand unterstellt). Die Filialdirektion Schenefeld (Bilanzvolumen 44 Mio., 2 Geschäftsstellen, 10 Mitarbeiter) liegt direkt am Rande der Großstadt Hamburg und bietet hervorragende Entwicklungschancen.

Wir denken an einen erfahrenen, qualifizierten Bankkaufmann mit umfassenden Kenntnissen im Kreditgeschäft und in der Mitarbeiterführung.

Für unser **Kreditsekretariat in Pinneberg** suchen wir den

Gruppenleiter Stabsaufgaben

Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind die Bearbeitung von Grundsatzfragen, die Leitung der Darlehns- und Wechselbuchhaltung (7 Mitarbeiter), das EDV-Mahnwesen, die Auskunftei und Statistiken.

Weiterhin suchen wir für unsere **Finanzabteilung in Pinneberg** den

Gruppenleiter Finanzbuchhaltung

Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Sachkontenführung, Bilanzierung, Steuern, Gelddispositionen und Liquiditätsplanung. Bei Bewährung werden weitreichende Kompetenzen eingeräumt.

Für diese interessanten und ausbaufähigen Positionen erwarten wir von beiden Stelleninhabern neben Banklehre und Sparkassenfachlehrgang oder wirtschaftswissenschaftlichem Studium besonderes Interesse für den jeweiligen Bereich sowie Fähigkeiten in der Mitarbeiterführung. Auch wenn Sie Bilanzbuchhalter oder Steuerbevollmächtigter sind, sollten Sie sich bewerben.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen einschließlich Ihres Gehaltswunsches richten Sie bitte an den Vorstand der Kreissparkasse Pinneberg (Tel. 0 41 01 / 21 52 10 oder 21 52 70).

Selbstverständlich bleibt Ihre Kontaktaufnahme vertraulich.

Stellengesuch-Anzeigen in der WELT bringen Erfolg!

Schon wenige Tage nach Erscheinen Ihrer Anzeige wissen Sie, wer sich für Ihre Mitarbeit interessiert.
Wie man Stellengesuch-Anzeigen erfolgversprechend formuliert, sagt Ihnen eine Broschüre, die wir Ihnen gern zusenden. Natürlich kostenlos. Schreiben Sie an:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung, 2000 Hamburg 36, Postfach 30 58 30

P.S. Bitte geben Sie in Ihren Anzeigen-Aufträgen stets Ihre Telefon-Nummer an. Dann haben wir es einfacher bei eventuellen Rückfragen.

W 3583

STELLENGESUCHE

Industriekaufmann / Baukaufmann

38 Jahre, sämtl. kfm. Arbeiten mit Schwerpunkt Einkauf, Disposition und Buchhaltung sucht zum 1. 4. od. 1. 5. 83 neuen Wirkungsbereich im Ausland (englischsprachig), mögl. Afrika oder Fernost.

Angeb. u. C 4671 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Schlüsselfertigbau

Dipl.-Ing. u. Architekt, verh., mit langj. Erfahrungen von der Planungsberatung (Bauphysik, techn.- u. Ausbaugewerke) über Erst. von Leistungsverzeichnissen bis zum Vertragsschluß, Überwachung der Baudurchführung, techn. Einkauf bis zur Ausbau-Bauleitung, für In- u. Auslandsobjekte – Wohn- u. Industriebauten – sucht neue Aufgabe.

Zuschr. erb. u. PL 45 738 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Zentraleinkäufer/Abteilungsleiter

39 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhauskonzern u. Versandhandel – Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in umsatz- und ergebnisorientierter Abteilungsführung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung. Ortsungebunden. Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter H 4806 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Führungskraft Verlag

Wirt.-Wissenschaftler (34), verantwortlich für Programm, Personal, Marketing, Planung und Budget. Bereiche Zeitschrift/Buch sucht Managementaufgabe im Medienbereich.

Zuschriften erbeten unter X 4666 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Personaldirektor Dr. jur.

Volljurist, 39 Jahre, ortsunabhängig, langjährige Erfahrungen im Chemie- und Metallbereich, vertraut mit allen Aufgaben moderner Personalarbeit (u. a. KUG- u. sozialplan-erfahren), Mitglied einer Tarifkommission, sucht neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. A 4669 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Industriekaufmann

43 Jahre, Stahl-/Maschinensektor (Vertrieb), Englisch in Wort und Schrift, französische Sprachkenntnisse, Auslandserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortungsvoller Position, möglichst in Industrie, Großraum Düsseldorf bzw. Baden-Württemberg. Angeb. erb. u. G 4607 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Mathematiker

35 J., EDV-Auslandserfahrung (Saudi-Arabien), sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. erb. u. Y 4667 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kriminalkommissar

29 Jahre, grad. Verwaltungswirt, sucht neues und interessantes Betätigungsfeld in Wirtschaft oder Industrie.

Angebote erb. unt. L 4678 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Malermeister

39 J., aus der Führungsposition, sucht ab 1. April eine neue Meisterstelle. Bei entsprechenden Angeboten auch als Baustellenleiter.

Zuschriften erbeten unter K 4677 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Staatl. gepr. Techniker

seit Juni 82, Fachrichtung Karosserie- und Fahrzeugbau, 29 J., verh., sucht ab sofort Wirkungskreis Richtung wie angegeben, Raum Bundesrepublik.

Zuschr. erb. u. Z 4668 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Nachfolger-Sorgen ab 1985?

Zur Übernahme der Führung eines mittelständ. Unternehmens bilde ich mir ein, nunmehr die erforderl. Erfahr., Weitsicht und Menschlichkeit zu besitzen. Stichworte zu meiner Person: Engländer, 44 J., verh., Cambridge-M.A., seit 20 J. in Norddeutschl. seßhaft. Berufserfahr. u. a. Außenhandel (IV), Transportversicherung (ppa), DV-Anwendung (freiberufl.). Weltgereist, sprachengewandt, sicheres Auftreten. Fertigungsbetrieb mit Außenhandel u. außerhalb der Ballungsgebiete wird bevorzugt, mit der Maßgabe nach 1- bis 2jähr. Einarbeitung die Nachfolge des Firmeninhabers anzutreten. Eintrittstermin, Bezugshöhe, evtl. Beteiligung flexibel.

Angeb. erb. u. V 4664 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfahrener
Außendienst-Mitarbeiter

aus der Dentalbranche möchte sich verändern. Großraum Mainz–Wiesbaden–Frankfurt bevorzugt. Angeb. erb. u. U 4663 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Agrarökonom/Volkswirt

mit fund. theor. u. prakt. Ausb. (Landw.-Lehre, FHS, Uni) s. n. Abschl. der Prom. (Dr. agr.) ab Mitte 83 Tätigk. im Banken- und Genossenschaftssektor.

Angeb. erb. u. B 4670 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Industriekaufmann

in ungekündigter Stellung, 37 J., sucht neues Aufgabengebiet in Süd-Baden, Französisch perfekt in Wort und Schrift, Italienisch fließend, Innendienst bevorzugt.

Zuschriften erbeten unter V 4774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

FOTOGRAF
(Meister)

Industrie, Werbung, Reportage,
bietet
Qualität, Leistung, langj. In- u. Auslandserfahrung, Engl., Franz.,
sucht
interessante Aufgabe, auch part-time, freie Mitarbeit o. ä.

Angeb. u. D 4672 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Industriemeister
Holzverarbeitung (47 J.)

sucht neuen Wirkungskreis als Ausbauleiter oder -polier im außereuropäischen Ausland. (Langjährige Auslandserfahrung). Zuschr.: S 9063, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Internationaler Vertrieb

Ich bin	Ich suche
● 40 Jahre	● Herausforderung im Vertrieb (Import/Export)
● Betriebswirt	● in Industrie oder Handel
● englisch-/französisch-/italienischsprachig	● im Inland oder EG-Bereich
● internationale Erfahrung im Einkauf/Verkauf Bauartikel	● als Vertriebsspezialist oder Gruppenleiter
● erfahren als Vertriebsleiter	
● regional ungebunden	

Angebote bitte an die von mir beauftragte Beratung

pdv MANAGEMENT CONSULTING GMBH
Winterhuder Weg 29, 2000 Hamburg 76, Tel. (040) 220177

Kfm. Führungskraft–Ausland

Format, Kreativität, Motivation, rasches Erkennen der Zusammenhänge darf vorausgesetzt werden.

Mehrjährige Auslandserfahrung in Afrika, Südamerika, arab. Raum.

Suche in etabliertem Unternehmen neue verantwortungsvolle Tätigkeit.

Angebote erb. unter M 4679 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Auslandstätigkeit gesucht:

Bin 38 Jahre alt, ledig, Ing. und habe 15jährige Erfahrung in internationalem Marketing-Verkauf, Export–Import von Investitionsgütern. Mehrjährige Tätigkeit in Vertriebs- und Handelshäusern in Südamerika. Suche interessante Tätigkeit im span. oder engl. Sprachraum. Sprachen: Deutsch, Engl., Spanisch.

Angeb. erb. u. W 4665 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Suche: Mitarbeit, Kauf, Beteiligung bzw. als Nachfolger. Bin erfolgreich, langjährig selbstädniger **technischer Kaufmann, Mitte 40.**

Für: Raum Nieders./Nordrhein-Westf.

Büro: 45 Osnabrück. Nutzbar. Lebe in guten persönl. u. finanzfundierten Verhäktnissen, großer unbel. Immobilienbesitz. Angeb. erb. unt. K 4809 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

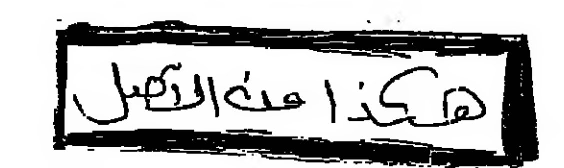
Architekt Dipl.-Ing. + Ing. (grad.), Projektleiter

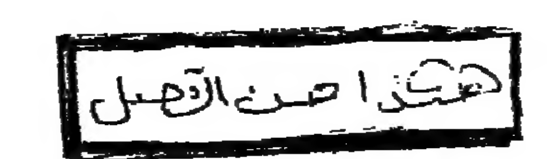
42 J., verhandlungsstark und engagiert, 15 Jahre Berufserfahrung in Planung, Bauleitung, Projektleitung und Projektsteuerung mit Schwerpunkt im Verwaltungs-, Wohnungs- und Industriebau, sucht verantwortungsvolle Position mit Führungsaufgaben. – Angebote erb. unter PR 46052 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

EDV IM BAUBETRIEB

Bauingenieur (Dipl.-Ing.), 40 J., verh., ortsungeb., 16 Jahre Erfahrung in Planung, Bauleitung, Arbeitsvorbereitung, Netzplantechnik, Projektkontrolle für Hoch- u. Ing.-Bauten sowie in Beratung u. Schulung von Baufirmen beim EDV-Einsatz, sucht verantwortungsvolle Dauerstellung in Bauunternehmen oder Ing.-Büro.

Ang. erb. u. T 4662 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen





Personalien

DIPLOMATEN

China, der volkreichste Staat der Erde, wird seit gestern durch einen neuen Botschafter in Bonn repräsentiert. Bundespräsident **Karl Carstens** nahm das Beglaubigungsschreiben von Botschafter **An Zhiyuan** entgegen, der im Außenministerium seines Landes den Ruf eines besonders versierten und erfahrenen Diplomaten besitzt. Botschafter Zhiyuan, 1921 geboren, ist seit 1962 im Staatsdienst tätig. Von 1962 bis 1964 war er Stellvertretender Leiter der Abteilung für internationalen Durchgangstransport im Eisenbahnministerium. Auf seinen ersten Auslandsposten als Diplomat ging er 1965 als Botschaftsrat nach Moskau. Dort erlernte er auch hervorragend die russische Sprache. Er blieb in der UdSSR bis 1971. 1972 wurde er Leiter der Abteilung für internationale Organisationen und Rechte im chinesischen Außenministerium. 1975 wurde er im Range eines Botschafters Leiter der Vertretung Chinas bei der UNO in Genf und Leiter der Ständigen Vertretungen bei den anderen Internationalen Organisationen in der Schweiz. 1980 wurde er als Botschafter nach Bulgarien versetzt und blieb dort bis 1982. Botschafter An Zhiyuan gilt als ein Mann, der den Posten in der Bundesrepublik Deutschland besonders gern angenommen hat. In der internationalen Diplomatie hat er den Ruf eines besonders kompetenten Gesprächspartners in Fragen der Osteuropapolitik. Zugleich kennt man sein Interesse für den Westen, gegenüber den USA und speziell der Bundesrepublik, mit der er unter anderem den Außenhandel, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fördern will. Bei seiner Antrittsrede im Hause des Bundespräsidenten nahm der neue chinesische Botschafter auch zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands Stellung. „Das chinesische Volk", sagte er, „hat eine konsequente Sympathie mit dem gerechten Wunsch des deutschen Volkes nach der nationalen Wiedervereinigung."

An Zhiyuan

*

Tansania hat ebenfalls einen neuen Botschafter nach Bonn entsandt. Gestern überreichte **Ahmed Hassan Diria** dem Bundespräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Der Diplomat, 1937 auf Sansibar geboren, studierte Völkerrecht und Diplomatie auf Universitäten in Indien, in Afrika, unter anderem Ghana und in der UdSSR. 1964 trat er in das Außenministerium seines Landes ein. Er wurde 1965 Botschafter in Kairo, 1968 Botschafter in Kinshasa, 1971 Hoher Kommissar in Indien. Seit 1977 vertritt er sein Land als Botschafter in Tokio.

*

Die Volksrepublik Kongo entsandte Botschafter **Gérard-François Yandza** nach Bonn. Auch er machte bei Bundespräsident Carstens seinen Antrittsbesuch. Der Diplomat, Jahrgang 1929, begann seine Karriere als Lehrer. Seine Ausbildung bekam er unter anderem auf der „Ecole Normale Supérieure", der Lehrer-Bildungsakademie in St. Cloud, Frankreich. 1975 wurde er Regionaldirektor für das Unterrichtswesen der Stadt Brazzaville. 1981 wurde er Direktor der Nationalen Verwaltungsakademie des Landes. Botschafter Yandza hat 14 Kinder.

*

Ein hochversierter Städteplaner wurde Botschafter der Republik Malawi in Bonn. Es ist **Linnaeus Stephen Kanta Msiska**, der von Bundespräsident **Karl Carstens** empfangen worden ist. Der Diplomat, Jahrgang 1940, versehen mit einem Fachdiplom für Stadt- und Regionalplanung, studierte an internationalen Hochschulen, am königlich-australischen und königlich-britischen Planungsinstitut in London. Zunächst betätigte er sich seit 1972 für Stadtplanung in seinem Lande, ehe er 1975 in das Ministerium für Handel, Industrie und Tourismus eintrat, wo er auch bald als Leiter für die industrielle Entwicklung zuständig wurde. 1980 ging er im Rang eines Staatssekretärs in das Amt des Präsidenten. Der Städteplaner hatte auch das deutsche Entwicklungsprojekt in Malawi, das Wasserkraftwerk „Nkula Falls" betreut.

Vom Ski-Gymnasium Stams: Toni Innauer

Freizeit gibt es kaum

Einer der prominentesten Schüler des Ski-Gymnasiums Stams in Tirol war Toni Innauer. Der Österreicher gewann 1980 in Lake Placid die Goldmedaille im Spezialsprunglauf. Heute studiert Innauer, der sich vom Hochleistungssport zurückgezogen hat, in Innsbruck Philosophie, Psychologie und Sport.

WELT: Herr Innauer, wie wird man Ski-Schüler in Stams?

Innauer: In dem man eine Aufnahmeprüfung ablegt, einmal auf dem schulischen zum anderen auf dem skisportlichen Sektor. Hinzu kommt ein motorischer Eignungstest.

Der Sport-Spiegel – ZDF, 19.30 Uhr

WELT: Was heißt das, sportliche Aufnahmeprüfung?

Innauer: Man wird in einer bestimmten Ski-Sportart geprüft: Langlauf, Springen oder alpiner Rennsport.

WELT: Was spielt denn bei der Ausbildung eine größere Rolle: die Schule oder der Sport?

Innauer: Vornweg dies: Ich bin niemandem mehr in Stams verpflichtet, muß also auch das System nicht in Schutz nehmen. Verglichen mit anderen Schülern fehlt es uns an nichts. Die schulischen Kenntnisse reichen für ein Hochschul- oder Universitätsstudium voll aus.

WELT: Auch für Medizin?

Innauer: Karl Schnabl, einst einer der besten Ski-Springer der Welt, studiert jetzt Medizin. Um das zu dürfen, mußte er aber noch nebenher Lateinunterricht nehmen, denn in Stams gibt es nur einen neusprachlichen Zweig mit den beiden Fächern Englisch und Französisch.

WELT: Der normale Lehrablauf in Stams dauert fünf Jahre. Schafft man die Matura in dieser Zeit?

Innauer: Das Ski-Gymnasium Stams ist eher leistungssportlich orientiert. Das ist das eine. Das andere: Wer zum Beispiel mit 14 Jahren nach Stams kommt und den alpinen Rennsport gewählt hat, steht in Österreich zwangsläufig unter Erfolgsdruck. Er muß mit 16 Jahren in irgendeinem Kader sein, sonst ist seine Karriere, noch bevor sie begonnen hat, schon zu Ende.

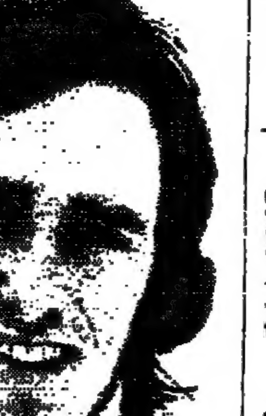
WELT: Und das wirkt sich auf die schulischen Leistungen aus ...

Innauer: Zumindest auf die Dauer des Lehrablaufs. Ich habe zum Beispiel drei Jahre später als ein normaler Schüler maturiert. Ansonsten achten die Lehrkräfte darauf, daß man erst im dritten Stams-Schuljahr in eine richtige Sport-Mannschaft kommt. Bis dahin soll in der Schule genügend Grundwissen angesammelt sein, um durch den Sport nicht aus der Bahn geworfen zu werden.

WELT: Wie sieht denn ein Tag in Stams im Normalfall aus?

Innauer: Ab 7 Uhr Schule. Am Nachmittag zwei, drei Stunden Training. Entweder gemeinsam mit den Lehrern, oder nach einem eigenen Programm, wenn man bereits in einer Nationalmannschaft ist. Abends gibt es dann wieder Studium in der Schule. Gegen zehn Uhr ist Bettruhe.





Toni Innauer (24)

FOTO: SVEN SIMON

WELT: Und Freizeit?

Innauer: Ganz, ganz wenig. Es ist schon ein verdammt harter Brokken.

WELT: Wenn jetzt ein 14jähriger Schüler zu Ihnen käme, um Ihren Rat zu erbitten, würden Sie ihm sagen, er soll nach Stams gehen?

Innauer: Ohne nachzudenken, würde ich ihm raten, hinzugehen. Denn in Stams wird seitens der Lehrerschaft ambitioniert gearbeitet. Auch im sportlichen Bereich geht nichts ohne wissenschaftlichen Hintergrund. Einer unserer Lehrer war zum Beispiel Baldur Preiml, immerhin auch einer der erfolgreichsten Skisprung-Trainer der Welt.

KLAUS BLUME

KRITIK

Algarve ohne touristische Politur

Es war eine überfällige Idee, Portugals Südprovinz, seit Jahrhunderten eines der Armenhäuser Europas, nicht in seiner touristischen Politur, sondern in einem realistischen Licht zu präsentieren. Das hat Wolf Hanke pünktlich zum bevorstehenden neunten Jahrestag der „Revolution der Nelken", dem 25. April, besorgt. (**Algarve ohne Sonnenschein"**, ARD). Nur wurde man leider nicht darüber aufgeklärt, warum die Revolution offenbar nichts an der Armut und Rückständigkeit der Region geändert hat.

Der Bericht verlor kein Wort über die sogenannte Agrar-„Reform", die größte wirtschaftliche Veränderung, die der Algarve seit Menschengedenken widerfahren ist. Hat sie überhaupt stattgefunden? Der Betrachter erfuhr nichts darüber. Er mußte sich mit der Auskunft begnügen, daß die Not des Agrarproletariates der Region zu etwa gleichen Teilen britischer Ausbeutung und der Unterdrükkung durch das Salazar-Regime zur Last fällt.

Es ist wahr, daß sich die großen Latifundienbesitzer an ihren Pächtern seit langem in sträflicher Weise vergangen haben. Aber darum sollte nicht verschwiegen werden, daß die Landreform, die zu regellosen und gewaltsamen Enteignungen führte, in einer Katastrophe endete. Das Kolchosen-System mußte teilweise wieder abgeschafft werden.

Die Reportage berichtete anschaulich über das anachronistische Dasein der Algarve-Bauern. Aber sie lieferte auch den Beweis, daß die Summe richtiger Einzelheiten ein schiefes Bild ergeben kann, wenn sie einseitig ausgewählt werden.

HEINZ BARTH




ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Was bin ich?
11.10 Eislauf-WM
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 IHM '83
Ein Streifzug durch die 35. Internationale Handwerksmesse München
17.00 Deutsche Puppenbühnen
Hohnsteiner Puppentheater
17.30 Post mit Flügeln
Dokumentarfilm über Luftpost
Der Dokumentarfilm zeigt Geschichte und Gegenwart der deutschen Luftpost und beschreibt den Berufsalltag zweier Mitarbeiter der Dienststelle „Luftpost" in Frankfurt.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 J. Robert Oppenheimer,
Atomphysiker (2)
Fernsehserie in sieben Teilen
Eine entscheidende Position
21.15 ARD-Sport extra – aus Helsinki
Eiskunstlauf-WM
Kür der Paare
22.50 Tagesthemen
23.00 Marx, Marxismus und die Folgen
Eine Sendung zum 100. Todestag
00.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
16.35 Fjutscher
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
17.53 Rauchende Colts
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Patricia (Teil 2)
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Klassenziel: Weltmeister
Tiroler Kinder-Skihauptschulen
20.15 ZDF Magazin
Themen: Berliner Senat erweitert? / Bürokratie gegen Gastronomie / Strafbataillone für polnische Gewerkschafter
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
22.10 Zuerst bei uns etwas ändern
Film von Gernot Schley
15 000 Jugendliche engagieren sich für Bolivien
22.40 Thema Nr. 1 oder Wirtschaftsmächte
Die Rezession aus japanischer, amerikanischer und deutscher Sicht
23.40 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Oberhausen
21.45 Auslandsreporter
Jürgen Roth: Kurden im Irak
22.15 Eine verheiratete Frau
Franz. Spielfilm, 1964
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Das Leben auf unserer Erde
19.15 Arbeiterbewegung – Arbeiterkultur
20.00 Tagesschau
20.15 Wahlhearing zur Landtagswahl Schleswig-Holstein am 13. März 1983
22.05 Der Film-Club
Weg mit Schaden
Kanadischer Spielfilm, 1980
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Cartesio
19.00 Textiles Gestalten
19.30 Downtown New York
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 So sparen wir Heizkosten
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Die Maurer
Mexikanischer Spielfilm, 1976

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (19)
19.00 Der Tanzkurs
19.30 Ein Frauenherz vergißt nie
Engl. Spielfilm, 1941
21.20 Der unterirdische Himmel

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 „Halt durch, Diradl"
19.45 Joan und Harry (8)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Hals über Kopf
Amerik. Spielfilm, 1979
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Herrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Ghita Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Türkei: 43 Hinrichtungen seit dem Putsch

AFP, Ankara

Seit dem Staatsstreich am 12. September 1980 sind in der Türkei 43 Menschen wegen – angeblich – politischer oder krimineller Verbrechen hingerichtet worden. Das geht aus einer Bilanz des türkischen „Büros zur Koordination des Kriegsrechts" hervor.

Danach befinden sich aus politischen Gründen gegenwärtig noch 45 538 Menschen in der Türkei in Haft. 107 von ihnen verbüßen eine lebenslange Haftstrafe, 14 801 Personen warten noch auf ihren Prozeß. 90 Prozent der Angeklagten gehören linksgerichteten extremistischen Gruppen überwiegend kommunistischer Tendenz an.

Justizminister Ifat Bayazit hatte vor kurzem deutlich gemacht, daß eine Generalamnestie in der Türkei nicht zu erwarten sei. „Unter der Militärregierung ist im Verlauf der vergangenen 30 Monate niemals von einer Amnestie die Rede gewesen. Das wird auch in Zukunft so sein", sagte er.

Kohl weist Spekulationen zurück

■ Fortsetzung von Seite 1

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick hat die Eckpunkte der FDP für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU genannt. Im Saarländischen Rundfunk sagte er nach Angaben des Senders, daß die Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik gesichert werden müsse. In der Innen- und Rechtspolitik sollte die Reformpolitik fortgesetzt werden, eventuelle Fehler müßten behoben werden. Die Konsolidierungsbemühungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik müßten konsequent fortgeführt werden, der Kreditbedarf des Staates weiterhin begrenzt bleiben oder sogar vermindert werden.

In der Rentenpolitik müssen nach Mischnicks Worten anstelle der bisherigen automatischen Dynamik Lösungen gefunden werden, die sicherstellten, daß in Zukunft die Renten genauso wachsen könnten wie bisher, aber nicht schneller als das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer. Vor der FDP-Fraktion betonte Mischnick, die FDP wolle die Erwartungen der Bürger in einer sachlichen und vertrauensvollen Partnerschaft erfüllen.

Börner: Zunächst den Haushalt beschließen

Hessens Ministerpräsident zum Wahltermin 25. September

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die hessischen Wähler werden fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Landtagswahl vom vergangenen Jahr erneut über die Zusammensetzung des Landesparlaments entscheiden: Über den Termin für Neuwahlen in Hessen hatte es bis zum letzten Augenblick Spekulationen gegeben. Die CDU hatte in einem einstündigen Beschluß des Landesvorstandes am Montagabend Wahlen vor der parlamentarischen Sommerpause verlangt. Die nicht im Landtag vertretene FDP forderte baldige Neuwahlen, aber sie machte die Verabschiedung des Haushaltes, zur Vorbedingung. Die Grünen lehnten Neuwahlen strikt ab.

Als SPD-Fraktionschef Horst Winterstein am Vortag der Entscheidung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion seiner Partei angedeutet hatte, die SPD werde zur Not anstelle eines ordentlichen Haushaltes möglicherweise auch einen „reduzierten Haushalt" akzeptieren, über den mit den anderen Parteien Einigkeit erzielt werden könne, löste dies Spekulationen aus, daß die SPD ein weiteres Mal Neuwahlen umgehen und die Politik mit wechselnden Mehrheiten fortsetzen wolle.

Zuletzt hat sich Ministerpräsident Holger Börner durchgesetzt, der ein Gefangener seiner eigenen Argumentation geworden war. Börner hatte bereits vor der Landtagswahl 1982 angekündigt, bei fehlenden Mehrheiten im hessischen Parlament werde er erst den Haushalt durchzubringen suchen und erst bei dessen Scheitern Neuwahlen zustimmen. Den nun von der SPD vorgeschlagenen relativ späten Wahltermin vom 25. September begründete der Regierungschef auf doppelte Weise. Erstens wolle seine Partei vor der Wahl „den Haushalt beschlossen haben", und daran müsse auch, so Börner, die hessische CDU ein vitales Interesse haben. Denn solange der Haushalt blockiert sei, müßten zahlreiche von der CDU regierte Kommunen wichtige Investitionen zurückstellen. Zweitens würde ein früher Wahltermin in allzu dichter Nähe zur Bundestagswahl „das Ende der Selbständigkeit der Länderpolitik" bedeuten.

Mit dem späten Wahltermin nimmt Börner ein Erstarken der hessischen FDP in Kauf, die durch ihren Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhard gestern bekräftigt hat, daß sie an der Koalitionsaussage zugunsten der CDU festhalte.

Urteil zu Warnstreiks

Gericht: Verhältnismäßigkeit muß gewahrt sein

dpa, Frankfurt

Warnstreiks sind nach einem Urteil des hessischen Landesarbeitsgerichts in Frankfurt zwar grundsätzlich zulässig, es muß aber die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben.

Nicht zulässig seien Warnstreiks, wenn mit ihnen bereits unmittelbar Druck auf die Arbeitgeberseite ausgeübt werden soll, um bestimmte Ergebnisse zu erzwingen. Dies ist der Tenor eines gestern gefällten Urteils der fünften Kammer des Landesarbeitsgerichtes in Frankfurt (Az. 5 Sa 873/82).

Mit diesem Spruch konnte der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Hessen einen Teilerfolg bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit der Industriegewerkschaft Metall um die Rechtmäßigkeit von Warnstreiks erringen.

Der Streit war ausgelöst worden, als 1981 in allen hessischen Metallbetrieben die Arbeitnehmer über zwei Monate hinweg punktuell jeweils mehrere Stunden in Warnstreiks traten, um auf die damaligen Tarifverhandlungen einzuwirken. Die Arbeitgeber wollten gerichtlich festgestellt wissen, daß diese Warnstreiks rechtswidrig und unzulässig seien.

Die erste gerichtliche Instanz wies diese Forderung vollständig zurück. Demgegenüber hielten die Richter des Landesarbeitsgerichtes die Warnstreiks für unzulässig. Ihre Argumentation: Die Verhältnismäßigkeit sei nicht gewahrt worden. Die Revision zum Bundesarbeitsgericht ließen die Richter zu.

Die Arbeitgeberseite strebt in der Frage der Warnstreiks seit einiger Zeit eine Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) in Kassel an. Prozesse über die Zulässigkeit von Warnstreiks werden im gesamten Bundesgebiet geführt.

FDP: Nur die Meinung von Dahrendorf

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP-Führung bemüht sich, zurückhaltend auf die letzte veröffentlichte Erklärung von Ralf Dahrendorf zu reagieren, in der der Vorsitzende der parteieigenen Friedrich-Naumann-Stiftung verkündet hatte, die FDP benötige „eine tiefgreifende Erneuerung".

Parteisprecher Herbert Schmülling erklärte zu dem vorab veröffentlichten Dahrendorf-Kommentar, der regulär erst in 14 Tagen in der Zeitschrift „liberal" erscheint, gestern distanzierend: Teile dieser Ausführungen hätten in der FDP-Führung „Verwunderung" ausgelöst. Es handele sich hier nur um die „persönliche Meinung" Dahrendorfs.

Der Professor, der mit dem Anspruch des neuen „Chefdenkers" der Partei aus London zurückgekommen war, betont in dem jetzt veröffentlichten Kommentar, daß der Erfolg vom 6. März „nichtig" werde, „wenn das Charakterbild der FDP auch in Zukunft schwankend" bleibe. Während in der FDP-Parteizentrale in Bonn alles getan wird, das unerwartet gute Wahlergebnis in den Koalitionsverhandlungen umzumünzen und zugleich die auf dem Freiburger Parteitag wiedergefundene Geschlossenheit zu bewahren, kündigte Dahrendorf an: Die FDP werde das Landwirtschaftsministerium und den bisher von ihr gestellten Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium aufgeben.

Ende vergangenen Jahres war der ehemalige „Senkrechtstarter" Dahrendorf von seiner Partei wiederentdeckt worden. Trotz der Vorbehalte Walter Scheels, unter dem er 1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesaußenministerium geworden war, war er mit Unterstützung von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher zum Vorsitzenden der Parteistiftung gewählt worden. Jetzt würdigt er in seinem „liberal"-Beitrag zwar die Verdienste von Genscher, Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sowie Genscher-Stellvertreter Wolfgang Mischnick. Aber er schreibt auch: „Der (relative) Sieg vom 6. März ist ein Sieg der Basis der FDP."

Bereits im Vorfeld des Freiburger Wahlparteitags Ende Januar hatte Dahrendorf erklärt, wie er sich eine erfolgreiche Zukunft seiner Partei vorstellt: Nach seiner Meinung würde es der FDP „gar nicht schaden", wenn sie „Perioden in der Opposition" verbringen würde. Und: „Die meisten Probleme beginnen erst am 7. März."

Metall-Tarifgespräche in entscheidender Runde

Verhandlungsklima durch zahlreiche Warnstreiks belastet

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Tarifverhandlungen für die rund 700 000 Beschäftigten der bayerischen Metallindustrie gehen heute nachmittag in Nürnberg in ihre entscheidende Phase. Arbeitgeber und auch die Metallgewerkschaft rechnen damit, daß ein Abschluß in diesem Tarifgebiet „Pilotfunktion" auch für das übrige Bundesgebiet haben würde.

Beide Tarifparteien haben in den vergangenen Tagen immer wieder bekräftigt, daß sie in diesen Verhandlungen den „ernsthaften Willen" zu einer Einigung zeigen wollten. Belastet worden ist das Verhandlungsklima in den Tagen seit Auslaufen der Friedenspflicht für die IG Metall am 1. März durch zahlreiche Warnstreiks. Diese haben allerdings bei weitem nicht das Ausmaß der Warnstreikwelle der vergangenen beiden Jahre erreicht.

Formell beharrt die Gewerkschaft noch auf ihrer Forderung nach dem vollen Inflationsausgleich in Bayern – in anderen Tarifgebieten sind Forderungen bis zu 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt erhoben worden – und die Arbeitgeberseite auf ihrem Angebot von einer Einkommenssteigerung um 2,5 Prozent nach drei sogenannten Null-Monaten, in denen die bisherigen Löhne und Gehälter fortgezahlt werden sollen.

Seit dem Tarifabschluß bei Volkswagen von vier Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einer auf 15 (gegenüber den üblichen 12) Monate verlängerten Laufzeit wird in der Gewerkschaft die Möglichkeit diskutiert, auch in der restlichen Metallindustrie durch eine Laufzeitverlängerung ein nominal höheres Ergebnis zu erreichen, als dies bei einem 12-Monats-Abschluß möglich wäre.

Zwar würde die Kostenbelastung so wie bei Volkswagen vom ersten Monat an für die Arbeitgeber dann höher liegen, durch die Laufzeitverlängerung aber würde dann die nächste Erhöhung 1984 hinausgeschoben, was letztlich zu einer Kostenentlastung führen müßte.

Zugunsten der Arbeitgeber-Argumentation wirkt sich inzwischen die deutliche Verlangsamung des Preisanstiegs aus, die im Januar noch 3,9 Prozent und im Februar nur noch 3,7 Prozent betragen hatte.

Beitrag zur Ausbildung

Gesamtmetall: Mehr Lehrstellen oder höhere Vergütung

AP, Köln

Die IG Metall sollte nach Auffassung der Metallarbeitgeber „durch eine deutliche Zurückhaltung in den ausbildungsbezogenen Kosten" einen Beitrag zur Beseitigung des Ausbildungsmangels leisten. „Beides zusammen, mehr Ausbildungsplätze und höhere Ausbildungskosten, wird sich kaum verwirklichen lassen", sagte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner. Die IG Metall fordert eine Anhebung der Ausbildungsvergütung zwischen 6,6 und elf Prozent je nach Tarifgebiet.

Kirchner rechnete vor, daß selbst ein Stillstand der Vergütungen für die rund 250 000 Auszubildenden im Metallbereich keinen Einkommensstopp bedeuten würde, da die Lehrlinge mit dem Übergang in das jeweils nächsthöhere Ausbildungsjahr 1983 Einkommensverbesserungen zwischen elf und 14 Prozent erhielten. Der Zuwachs der Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge belaufe sich durch diese Automatik auf ein Mehrfaches des für 1983 möglichen Einkommensanstiegs aller anderen Belegschaftsangehörigen.

Nach seinen Angaben haben die Ausbildungsvergütungen seit 1970 den Anstieg der Löhne weit hinter sich gelassen. Von 1972 bis 1982 hätten sich die Ecklöhne verdoppelt, die Lohnkosten für das vierte Ausbildungsjahr seien auf das Zweieinhalbfache und für das erste Jahr sogar auf das Dreieinhalbfache gestiegen. Ein Arbeitgeber dieser Branche müsse heute durchschnittlich 10 000 Mark im Jahr für einen „Azubi" an Ausbildungsvergütung, Urlaubsgeld und anderen tariflichen Leistungen aufbringen. Die Personalkosten für die Ausbilder sowie die Sachkosten summierten sich auf etwa 12 000 Mark, so daß ein Auszubildender jährlich fast 22 000 Mark koste. Bei einer dreijährigen Ausbildungsdauer kämen so durchschnittlich 65 000 Mark zusammen.

Blockfreie setzen auf Pragmatik

MANFRED NEUBER, Neu-Delhi

Der Druck aus der Dritten Welt auf die Industrienationen zur Reform der Weltwirtschaftsordnung wird stärker. Auf der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu-Delhi tritt die Wirtschaftskrise auf der südlichen Halbkugel immer schärfer in Erscheinung. Statt radikaler Forderungen überwiegt bei der Mehrheit der 101 Staaten die Suche nach pragmatischen Schritten.

Unter der Federführung Indiens wird die Schlußresolution zur wirtschaftlichen Lage keine ideologische Färbung erhalten. Man will eine nutzlose Frontstellung zu jenen Ländern vermeiden, auf die man angewiesen ist. Mehr noch: In Neu-Delhi soll nicht nur der Westen, sondern auch der Ostblock in die Pflicht genommen werden.

Der Vorschlag von Ministerpräsidentin Indira Gandhi, zur nächsten UNO-Sitzungsperiode eine Gipfelkonferenz über die Weltwirtschaft einzuberufen, bildet nur den äußeren, am wenigsten versprechenden Rahmen. Wirksamer dürften die Anstöße vom Blockfreien-Gipfel auf der Unctad-Konferenz im Juli in Belgrad sein.

Größten praktischen Wert hat die von Indien forcierte Süd-Süd-Kooperation. Mit dem Konzept der „Hilfe durch Selbsthilfe" wird die Dritte Welt nach Ansicht westlicher Diplomaten mehr erreichen als durch Anklagen. Deshalb werden die Projekte einer Bank der Blockfreien und eines Technologie-Zentrums der Entwicklungsländer begrüßt.

Im Wirtschaftsausschuß der Gipfelkonferenz wird derzeit darum gerungen, ob die Beschlüsse verbindlichen Charakter erhalten sollen. Die Ölstaaten sträuben sich gegen eine Charta und wollen es mit Absichtserklärungen bewenden lassen.

Nach den indischen Vorstellungen sollen die ärmsten der armen Länder ihren Energiebedarf zu Präferenzpreisen decken können und die Ölstaaten ihre Überschüsse vorwiegend in der Dritten Welt investieren.

Zur mittelfristigen Lösung der Weltwirtschaftskrise drängt Indien bei den Blockfreien auf eine internationale Konferenz über Währung und Entwicklungshilfe, die eine umfassende Reform des internationalen Finanzsystems zum Ziel haben soll. Dabei werden höhere Anforderungen an den Weltwährungsfonds gestellt, stabile Rohstoffpreise gefordert, der Protektionismsus verurteilt und eine Welternährungsreserve angeregt.

Nahezu stabil

...I. – Vor allem bei Tarifkämp... ist das Hantieren mit der ...ationsrate beliebt. Etwa so: ...die Kosten der Lebenshal... im letzten Jahr um vier Pro... geklettert sind, müssen die ...ne im nächsten Jahr auch um ... Prozent steigen. Dieser Zu...menhang ist, wie jedermann ...t, ökonomisch sinnlos, weil er ...vergleichliches zu vergleichen ...ht.

...teressant für die Arbeitneh... ist lediglich, wie sich Preise ... Löhne in ein und demselben ... verhalten. Wer jedoch die ...ftigen Löhne mit der künfti... Geldentwertung messen will, ... rasch feststellen, daß er letz... nicht kennt, daß sie aber von ... ersteren abhängt.

...n weiterer Blick in die Stati... ist nötig. Im Februar sind die ...enshaltungskosten mit 3,7 ...zent unter die Vier-Prozent...ke gesunken. Für die aktuelle ...ationsentwicklung ist dies ...t sehr aussagekräftig, denn ... 3,7 Prozent sind der Vergleich ... Februar des vergangenen ...res.

...e nahe wir der Stabilität sind, ... die Steigerung von Januar ...Februar. Sie betrug nur noch ...Prozent (Januar gegen Dezem... 0,2 Prozent). Würden die ...se in etwa so weitersteigen, ...spräche das einer jährlichen ...ationsrate von nur 1,2 Prozent. ... die Saisoneinflüsse bereinigt, ...en die Preise im Februar sogar erstmals wieder zurück (um 0,1 Prozent). In den USA ist es üblich, dies aufs Jahr zu rechnen: Die Preise sinken um 1,2 Prozent.

Zwar steht zur Jahresmitte eine Mehrwertsteuererhöhung ins Haus, aber die Ölpreise wirken stabilisierend. Kurzum: Die Erfolge im Kampf gegen die Inflation sind enorm, beachtlicher jedenfalls, als sie in der Statistik ausschauen. Und Stabilität ist die tragende Säule des Aufschwungs.

Textil-Kummer

adh. – Brüssel wacht und Frankreich macht. So ungefähr läßt sich überschreiben, was derzeit – wieder einmal – in Sachen textilem Alleingang abläuft. Trotz des Verbots durch die EG-Kommission beharren die Franzosen auf den von ihnen ins Auge gefaßten Beihilfen für die französische Textilindustrie. Dabei geht es um den teilweisen Erlaß von Sozialabgaben, der den französischen Unternehmen das Überleben in der auch in Frankreich im strukturellen Umbruch stehenden Textillandschaft erleichtern soll. Denn dort wie hier stehen Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen auf dem Spiel. Nun ist es sicher ein legitimes Anliegen, Unternehmen und damit Arbeitsplätze erhalten zu wollen. Nur, der EWG-Vertrag schließt solche sektoralen nationalen Alleingänge aus, sind sie doch der Einstieg in einen nationalen Subventionswettlauf, der, wie das Beispiel Stahl zeigt, nur übel enden kann. Die EG-Kommission wäre gut beraten, wenn sie hart bleibt und nicht zuläßt, daß die europäischen Spielregeln außer Kraft gesetzt werden.

Verkannter Paragraph

Von HANS BAUMANN

...ist er eigentlich nie aus den ...hlagzeilen verschwunden, ...ragraph 7 b EStG, der am 11. ...77 als „Gesetz über steuerli... ...ergünstigungen bei der Her... ...g oder Anschaffung be... ...ter Wohngebäude" verkün... ...rde. Ja, es wurde noch lauter ...n, als am 22. Dezember 1981 ...m „Zweiten Gesetz zur Ver... ...ung der Haushaltsstruktur" ...bschreibungsplafonds sogar ...um 50 000 Mark erhöht und ...ogenannte Familienkompo... ...für Haushalte mit zwei und ... Kindern eingeführt wurde.

...nungsbau- und Finanzie... ...heoretiker haben sich im... ...ieder an diesem Paragra... ...gerieben, ihm spekulative ...mereffekte nachgesagt, ihn ...egünstigung besser verdie... Bürger bezichtigt, ihm ...opfung" des Filterings am ...ngsmarkt vorgeworfen und ...orgehalten, er habe negative ...rkungen auf das innerstädti... ...Wohnen, weil er als Transfer... ...al in ländliche Gebiete diene.

... Zahlenwerk konnten sich ...tiker nicht stützen, die die... ...wohlgemeinten Paragraphen ...aß sogar einen überflüssigen ...n. Die letzte Volkszählung ... Jahre alt. Und in 15 Jahren ...sich die Struktur des Woh... ...marktes leicht auf den Kopf. ... diesen Markt aber Jahr für ...0 Milliarden Mark öffentliche ... fließen, wäre es schon gut, ...sich die neue Regierung ent... ...en könnte, eine neue Volks... ...g möglichst bald vorneh... ...n lassen – schon um Fehlin... ...onen zu vermeiden.

... da öffentliche Statistiken ... die die theoretische Kritik ... stützen könnten, ist es lo... ...ert, daß sich die Bausparkas... ...stenrot der dort greifbaren ... bedient, und sie zum Anlaß ... die Kritik am 7 b zu relati... Zunächst wird einmal auf... ... daß sich der Gebraucht... ...ngsmarkt seit 1977 belebt ...itdem der 7 b erweitert wur... ...nnen ältere Objekte leichter ...ert werden, wodurch die ...bilie – und damit auch ihr ...ümer – mobiler wurde.

...ehensnehmer vor dem Rönt... ...nschirm" nennt sich die Wü... ...t-Studie. Und sie stellt fest, ... Prozent der Befragten über ...liche Einkünfte von höch... ...3000 Mark verfügten, 25 Pro... ...erdienten zwischen 3000 und ... Mark. Damit ist die Kritik ...iftet, die Erwerber seien im ...n Drittel der Einkommenspyramide angesiedelt, was auch damit begründet wurde, daß die Verkaufspreise für Objekte ebenso wie die Zinsen stark gestiegen seien und daß der hohe Sozialaufwand und die explodierten Energiekosten die unteren Einkommen um ihre Häusle-Interessen gebracht hätten. Hier stimmt Wüstenrot mit den Erfahrungen des Rings Deutscher Makler überein, daß der Wille zum Eigentum selbst in der Hochzinsphase ungebrochen sei.

Nach Objekten aufgegliedert ergibt sich, daß relativ viel schlecht verdienende Darlehennehmer Eigentumswohnungen erworben haben – was die Makler ebenfalls bestätigen, wenn sie sagen, daß die gebrauchten Eigentumswohnungen der Einstieg in die Immobilie geworden sei. Die Wüstenrot-Statistik zeigt, warum das so ist: Die ältere Eigentumswohnung kostete 163 436 Mark, das teuerste neue Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung 434 549 Mark. Es gibt keinen Zweifel, daß Vermögensbildung auch in den unteren und mittleren Einkommensschichten stattfindet.

Die Studie kann auch das Argument widerlegen, daß auf dem Gebrauchtwohnungsmarkt der Umsteiger dominiere. Daß hier die Flexibilität größer ist als beim Neubauerwerb, liegt auf der Hand, denn mit wachsenden Einkommen orientieren sich relativ junge Familien neu. Das aber hat doppelten Investitionseffekt. Die „Umsteiger" investieren neu, die Einsteiger in den Immobilienmarkt bringen in der Regel Renovier-Kapital mit. Beachtlich hoch ist nach der Wüstenrot-Statistik der Übergang vom Mieter zum Vermieter (oder Eigentümer). Immerhin wohnten 64 Prozent der Darlehennehmer vor Eigentumserwerb zur Miete und 10 Prozent sogar zur Untermiete – sie schufen durch eng geschnallten Gürtel Startkapital für die eigenen vier Wände.

Auch das Argument der Stadtflucht mit 7 b wird widerlegt und die Behauptung entkräftet, die Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten würden keine Sachinvestitionen mehr induzieren. Drei Viertel der Käufer von Eigentumswohnungen und Zweifamilienhäusern nehmen spätestens drei Jahre nach Vertragsabschluß Modernisierungsinvestitionen vor.

Wohnungsbau ist ein Motor der Konjunktur. Er ist angesprungen. Und das schließt nicht aus, daß im Sinne der Bürger eine noch feinere Einstellung des 7 b möglich – und vielleicht auch nötig – ist. Nur verzichten kann man auf ihn nicht.

MINERALÖL / Eine Analyse des Energiewirtschaftlichen Instituts

Forscher schließen einen Preiskrieg an den Rohölmärkten nicht mehr aus

HANS BAUMANN, Essen

„Der Ölmarkt ist zur Zeit derart labil, daß ein tiefer Einbruch in der Preisentwicklung des Rohöls nicht mehr ausgeschlossen werden kann." Zu dieser skeptischen Meinung kommt eine Analyse des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln für 1982, die auf Daten beruht, die die Ölwirtschaft dem Bundeswirtschaftsminister freiwillig zur Verfügung stellt. „Niemand vermag heute sogar einen Preiskrieg auszuschließen", sagen sie.

In der Analyse heißt es, daß sich im neuen Jahr die preislichen Erosionsprozesse auf den internationalen Rohölmärkten noch beschleunigt haben. Diese Entwicklung, so die Experten, habe neue Marktdaten gesetzt. Unter Berücksichtigung von Qualitäts- und Transportkostennachteilen müßte der saudiarabische Opec-Referenzpreis schon auf etwa 27 Dollar je Faß (159 Liter) gesenkt werden, um nach den Preissenkungen der Briten, Norweger und Nigerianer Anfang Februar die Preisrelation zwischen den einzelnen Provenienzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Forscher fürchten jedoch, daß eine solche Zurücknahme des Golf-Preises die Nordsee-Anbieter veranlassen könnte, ihrerseits wieder den Preis zu senken, um im Wettbewerbsvorteil als Nicht-Opec-Mitglieder zu bleiben.

Wenn sie auch den Preiseinbruch nicht ganz ausschließen, so meinen die Kölner doch, daß die gemeinsame Interessenlage der wichtigsten Akteure am Ölmarkt doch zu einer Stabilisierung des Ölpreises führen könnte – wenn auch auf einem gesenkten Niveau, das aber über dem der heutigen Spotpreise liegen könnte. Voraussetzung für eine solche Stabilisierung wäre die Preisanpassung der Golf-Staaten für Rohöl in einem Maß, das die Nordsee-Förderer nicht als Provokation empfinden müßten.

Dies wiederum setzt nach Meinung der Forscher voraus, daß sich die Opec in London doch noch über Förderquoten einigt. „Eine solche – mehr oder weniger stillschweigende – Verhaltensabstimmung erscheint heute nicht mehr unrealistisch", heißt es in der Analyse. Die Folge könnte dann auch sein, daß sich die Spotpreise wieder den Kontraktpreisen nähern, von denen sie sich ja deutlich abgekoppelt haben. Das würde auch Preiserhöhungen für Produktenpreise in Rotterdam zur Folge haben und die deutschen Inlandspreise für Mineralölprodukte stabilisieren – die einzige Chance, die hohen Verluste der deutschen Verarbeitung abzubauen.

Die jüngste Abwärtsentwicklung der Kosten für Import-Rohöl hat sich noch nicht in der offiziellen Statistik niedergeschlagen. Der Grenzübergangswert lag im Januar noch mit 806 Mark je Tonne um drei Prozent unter dem Wert vom Dezember. Für Ende Februar wird der Wert auf 580 bis 585 Mark geschätzt. Unterstellt man, daß die Rohölbezugskosten für längerfristige Kontrakte um 10 Prozent gesenkt werden, so fällt der Rohölpreis auf rund 550 Mark.

Es bleibt dann angesichts der desolaten Erlöse im Markt immer noch ein Verlust von 30 Mark je Tonne eingesetzten Rohöls. Dieser Verlust betrug im Durchschnitt des Jahres 1982 immer noch 49 Mark je Tonne oder 4,1 Pfennig je Liter Fertigprodukt. Die Gesamtverluste werden vom Energiewirtschaftlichen Institut für 1980 bis 1982 auf insgesamt 12,4 Mrd. Mark für die Ölwirtschaft der Bundesrepublik errechnet.

Der starke Verfall der Spotpreise hat eine Senkung der Kontraktpreise längst vorweggenommen. Heute schon decken sich die deutschen Raffinerien zu rund 30 Prozent am Spotmarkt ein – einige unter ihnen in weitaus höherem Maße. Um dem Kostendruck zu entgehen, bleibt nur die Stillegung weiterer Raffineriekapazität – und wohl auch das Ausscheiden einiger Gesellschaften aus dem Markt.

Zur Gesundung der deutschen Mineralölwirtschaft müssen nach Meinung der Forscher drei Wege eingeschlagen werden:

1. Konsequente Stillegung und Rationalisierung.
2. Auf den staatlich regulierten westeuropäischen Märkten darf ein notwendiger Reinigungsprozeß nicht blockiert werden.
3. Die Opec-Staaten dürfen den Anpassungsprozeß nicht stören durch Aufkauf von Raffinerien in Europa und durch rigorosen Import von Fertigprodukten aus ihren Ländern.

BUNDESHAUSHALT

Union und FDP wollen eine höhere Belastung vermeiden

HEINZ HECK, Bonn

Zentrales Thema der Koalitionsverhandlungen, die mit Rücksicht auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein erst in der kommenden Woche beginnen, ist die Konsolidierung des Bundeshaushalts und damit die Drosselung der Nettokreditaufnahme. Die Verhandlungen stehen unter erheblichem Zeitdruck, da Bundeskanzler Helmut Kohl sie bis zum Ende der übernächsten Woche abschließen will.

Sowohl in der Finanz- wie in der Sozialpolitik steht für die beteiligten Unions- und FDP-Politiker die Ausgabenkürzung, zumindest die Dämpfung der Ausgabendynamik, im Vordergrund. Einnahmesteigerungen, die als Steuer- oder Beitragserhöhung zu einer zusätzlichen Belastung der Arbeitnehmer wie der gewerblichen Wirtschaft führen würden, sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Dieses Ziel wird aber in der FDP geschlossener vertreten als in der Union.

Als allgemeine Richtschnur gilt, daß das Wachstum des Haushalts voraussichtlich in der ganzen Legislaturperiode unter der nominalen Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts gehalten werden soll. Nur wenn es gelingt, die Neuverschuldung unter das heutige Niveau (1983) von gut 40 Milliarden Mark allmählich zurückzuführen, könne der finanzpolitische Handlungsspielraum ganz allmählich zurückgewonnen werden.

Wie eng dieser Spielraum als Folge der Verschuldungspolitik der vergangenen Jahre geworden ist, wird an dem Umstand deutlich, daß allein der wachsende Schuldendienst im Bundeshaushalt den Löwenanteil des Ausgabenzuwachses bestreitet.

Der von der Union noch in der Opposition geforderte Subventionsabbau bleibt ein langfristiges Ziel, auch wenn die Probleme des Schiffsbaus, der Stahlindustrie und anderer Sorgenkinder Zusatzbelastungen bringen. Es könnte daher schon als Erfolg gewertet werden, wenn ein weiterer Subventionsanstieg vermieden wird.

Die Lage der Rentenfinanzen erfordert schnelles Handeln. Wegen des erforderlichen zeitlichen Vorlaufs muß bis zur Sommerpause entschieden werden, wie das voraussichtliche Defizit in der Rentenkasse 1984 von etwa sechs Milliarden Mark beseitigt wird.

Ein dauerhafter niedrigerer Anstieg der Renten brächte nicht nur finanzielle Entlastung, sondern würde auch der politischen Forderung nach mehr oder weniger Gleichschritt des Einkommensanstiegs bei Rentnern wie Aktiven Rechnung tragen. Durch Aktualisierung der Rentenanpassung (also Orientierung nur an der jüngsten bescheideneren Lohnentwicklung) könnte dies geschehen.

Eine abermalige Beitragssatzerhöhung schon 1984 auf 19 Prozent (nach der zum 1. September 1983 beschlossenen Erhöhung von 18 auf 18,5 Prozent) ist jedenfalls für die FDP und große Teile der Union schwer akzeptabel. Eine deutliche Erhöhung des Bundeszuschusses scheidet aus Haushaltsgründen aus.

AUF EIN WORT

„Entgegen mancher weitverbreiteten Ansicht braucht der Mensch auch in der heutigen Freizeitgesellschaft Arbeit, um glücklich zu sein. Und es gibt immer noch 2,5 Millionen arbeitslose Menschen, die lieber 40 Stunden in der Woche arbeiten wollen, statt über 35 Stunden – und damit mehr Freizeit – zu diskutieren."

Dr. Jürgen Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

FOTO: CHRISTA KUJATH

Kaffeeröster senken die Preise

dpa/VWD, Hamburg

Die Kaffeepreise in der Bundesrepublik geraten ins Rutschen. Nachdem Jacobs am Montag mit einer Senkung der Fabrikabgabepreise von 40 bis 50 Pfennig pro Pfund den Anfang gemacht hatte, zogen am Dienstag die meisten anderen großen Kaffeeanbieter nach. Bei Eduscho werden ab Mittwoch fast alle Röstkaffeesorten eine Mark pro Kilogramm billiger, bei Tchibo gehen die Preise ab Donnerstag um 80 Pfennig pro Kilo herunter. Melitta bietet seine Sorten bereits ab Dienstag um 40 Pfennig pro Pfund (Fabrikabgabepreis) billiger an, und Hag schließt sich am Mittwoch im gleichen Rahmen an. Auch Darboven hat eine Preissenkung angekündigt.

OPEC-KONFERENZ

Iran akzeptiert bisher weder Preis noch Produktionsquote

WILHELM FURLER, London

Das Gipfeltreffen der Ölminister der 13 Opec-Mitgliedsländer in London ist offensichtlich in schwieriges Fahrwasser geraten. Die Schuld daran wird den iranischen Ölminister Mohammed Gharazi gegeben, der sich weigert, in die prinzipiell schon beschlossene Reduzierung des Referenzpreises der Organisation erdölexportierender Länder um fünf auf 29 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) und eine Gesamt-Produktionsquote von 17 bis 17,5 Millionen Barrel pro Tag einzuwilligen. Weltweit ist der Verbrauch mittlerweile schon auf 13 bis 14 Millionen Barrel gesunken.

Wegen Iran wurde die ursprünglich schon für Montag angesetzte Konferenz im Londoner Interconti-Hotel auf den gestrigen Dienstag verschoben. Wie es aussieht, wird frühestens im Laufe des heutigen Mittwochs feststehen, ob es trotz der schwerwiegenden Differenzen zu einer Einigung über einen neuen Opec-Preis und neu festgelegte Produktionsquoten kommt oder ob ein Ölpreiskampf ausgelöst wird. Allerdings gab sich der Leiter der Konferenz, der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Al-Oteiba, gestern vor Beginn der Abendsitzung wenig zuversichtlich: „Die Chancen für eine Einigung sind gering", erklärte er.

Gutunterrichteten Quellen in London zufolge weigert sich Iran nicht nur, den Referenzpreis von 29 Dollar (oder als möglicher Kompromiß 30 Dollar) je Barrel zu akzeptieren, sondern verlangt auch, daß Saudi-Arabien eine Produktionsquote für sein Öl von nur drei Millionen Barrel pro Tag (gegenwärtig sieben Millionen) hinnimmt und daß die Produktionsquote Irans auf mehr als drei Millionen Barrel angehoben wird.

FISCHEREIKONFLIKT

EG-Kommission lädt Kanada zu neuen Verhandlungen ein

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf dem Verhandlungswege beilegen will die EG-Kommission den neuen Fischereikonflikt mit Kanada. Schnelle Lösungen sind allerdings schon deshalb unwahrscheinlich, weil die Fangsaison für Kabeljau vor Labrador und Neufundland demnächst ausläuft und die deutschen Hochseefischer ohnehin kaum noch Gebrauch von möglichen zusätzlichen Fanglizenzen machen könnten.

Die Kommission hat die Kanadier für Anfang kommender Woche zu Konsultationen eingeladen. Sie vertritt die Meinung, daß die von Ottawa für 1983 angekündigte Kürzung der Fangquoten von 16 000 auf 10 600 t im Widerspruch zum Fischereiabkommen steht. Auch die kanadische Forderung nach einer Entschädigung für entgangene Exporte von gefrorenem Fisch in die EG wird von der Gemeinschaft entschieden zurückgewiesen.

Nach dem Abkommen standen der kanadischen Industrie im vergangenen Jahr als Gegenleistung für die Fanglizenzen zollbegünstigte Liefermöglichkeiten für insgesamt 27 000 t Gefrierfisch zu, von denen jedoch ein Teil unausgenutzt geblieben ist. Der Grund dafür liegt vor allem in der Aufteilung des Zollkontingents auf die einzelnen EG-Staaten. Großbritannien hat mit Rücksicht auf seine eigene Industrie durchgesetzt, daß sein Anteil an den Gesamtimporten auf 50 Prozent begrenzt wurde.

Erstmals haben die Kanadier jetzt auch offen zugegeben, daß sie die Fischereiprobleme mit dem von der EG in Aussicht genommenen Importverbot für Jungrobbenfelle verknüpfen. Die 13 Mill. Dollar, die den Robbenfängern dadurch entgingen, träfen diese um so härter, weil die EG gleichzeitig einen Teil ihrer Fischgründe beanspruche.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Belgien erhöht Diskont

Brüssel (dpa/VWD) – Die Belgische Nationalbank wird ihren Diskontsatz mit Wirkung vom Mittwoch von 11,5 auf 14 Prozent und den Lombardsatz von 12,5 auf 15 Prozent anheben. Marktbeobachter sehen diese Erhöhung der Leitzinsen vor dem Hintergrund der Abwertungsgerüchte des belgischen Franc im Europäischen Währungssystem. Wie es weiter hieß, soll dieser Schritt deutlich machen, daß Belgien nicht gewillt ist, eine Abwertung des Franc hinzunehmen.

Franc weniger schwach

Paris (J. Sch.) – Wahrscheinlich dank massiver Interventionen der Banque de France sowie der Deutschen Bundesbank hat sich gestern der französische Franc von seiner Interventionsgrenze im Europäischen Währungssystem (EWS) wieder etwas gelöst. Beim ersten Fixing zwischen den Banken wurde in Paris die D-Mark mit 2,8675 Franc notiert, nach 2,8985 Franc zur gleichen Zeit am Vortag. Allerdings war es der französischen Notenbank schon am Montagnachmittag gelungen, einen Kurs von 2,8848 Franc herbeizuführen. Der offizielle Devisenmarkt eröffnet mit einem Kurs von 2,8570 Franc. Diese kostspielige Franc-Verteidigungpolitikk dürfte am Donnerstag und Freitag vor der französischen Stichwahl auf eine harte Bewährungsprobe gestellt werden.

Kassenobligationen zugeteilt

Frankfurt (cd.) – Auf die per Ausschreibung zum Nominalzins von 6¾ Prozent angebotenen vierjährigen Kassenobligationen des Bundes hat die Bundesbank gestern 771 Millionen Mark zum Kurs von 99,20 Prozent zugeteilt. Daraus ergibt sich eine Rendite von 6,99 Prozent.

Horn kommt im Juni

Essen (Bm.) – Heinz Horn, Vorsitzender des Vorstandes der Eschweiler Bergwerks-Verein AG, wird voraussichtlich schon im Juni als stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrkohle AG nach Essen gehen. Er wird designierter Nachfolger von Karlheinz Bund, dessen Vertrag mit seinem 60. Geburtstag am 18. März 1985 ausläuft. Horn, der von der IG Bergbau und Energie vorgeschlagen worden sein soll, muß am 11. März vom Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG bestellt werden. Horn ist Jahrgang 1930. Er war früher schon einmal beim EBV und bei Krupp Industrie- und Stahlbau.

Geldbußen verhängt

Berlin (tb) – Geldbußen von insgesamt 220 000 DM wegen verbotener Preisabstimmung hat das Bundeskartellamt gegen fünf Hersteller von Innentüren aus Holz verhängt. Nach Angaben des Berliner Amtes haben sich die Unternehmen zwischen Februar 1979 und Februar 1980 auf Fachgruppensitzungen des Verbandes der Deutschen Holzwerkstoffindustrie mehrfach über die Erhöhung ihrer Mindestabgabepreise und in einem Fall über die Anhebung ihrer Bruttolistenpreise abgestimmt. Die Bußgeldbescheide sind rechtskräftig.

Argentinien zahlt nicht

Buenos Aires (rtr) – Argentinien hat nach einer Mitteilung der Zentralbank des Landes die Rückzahlung kurzfristiger Fremdwährungskredite im Volumen von 1,4 Milliarden Dollar vorläufig ausgesetzt, bis neue Bestimmungen – voraussichtlich Ende März – für die Behandlung dieser Kredite des privaten Sektors vorliegen. Vor rund zwei Wochen hatte die Zentralbank die kurzfristigen Fremdwährungskredite mit 1,4 Milliarden Dollar beziffert, während die gesamten Auslandsverbindlichkeiten Argentiniens 38,7 Milliarden Dollar ausmachen.

Finanzminister-Treffen

Bonn (dpa/VWD) – Die Finanzminister der sieben führenden westlichen Industriestaaten wollen im April in Washington über die Stabilität der frei schwankenden Wechselkurse beraten. Wie dpa/VWD am Dienstag aus dem Bundesfinanzministerium erfuhr, soll die beim letzten Finanzminister-Treffen in Paris in Auftrag gegebene „Interventions-Studie" erörtert werden. Beschlüsse über gezielte Interventionen auf den Devisenmärkten stünden nicht an, zumal sie Sache der Notenbanken seien.

Geht Venezuela zum IWF?

Caracas (VWD) – Sondierende Vorab-Gespräche über einen Bereitschaftskredit will der venezolanische Finanzminister Sosa mit Vertretern des IWF führen. Es wird nicht ausgeschlossen, daß Venezuela wegen des Ölpreisrückgangs auf die Hilfe des Internationalen Währungsfonds angewiesen ist.

US-STAHLEINFUHR / Abkommen greift

Deutliche Bremsspuren

H.-A. SIEBERT, Washington

Deutlich sichtbar sind die Bremsspuren, die das im Herbst zwischen den USA und der EG unterzeichnete Stahlabkommen ausgelöst hat. Nach Angaben des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts in Washington sind die Lieferungen der Gemeinschaft im Januar auf 344 000 Tonnen geschrumpft, verglichen mit 410 000 im Dezember und 670 000 im Vorjahresmonat. Damit sanken die Importe aus Westeuropa innerhalb Jahresfrist um 39 Prozent.

Im Gesamtjahr 1982 haben die USA aus der EG 5,04 Millionen Tonnen Stahl bezogen, gegenüber 5,83 und 3,49 Millionen Tonnen in 1982 und 1981. Der Höchststand war 1978 mit 6,72 Millionen Tonnen erreicht worden. Im Oktober und November, also unmittelbar nach den langwierigen und streckenweise hitzigen Stahlverhandlungen, schickten die EG-Unternehmen 311 000 und 444 000 Tonnen über den Atlantik.

Insgesamt führten die Vereinigten Staaten im Januar 988 000 Tonnen ein, verglichen mit 981 000 im Dezember und 1,77 Millionen Tonnen im Januar 1982. Der Rückgang betrug mithin 44 Prozent. Im vergangenen Jahr kauften die USA 14,99 (1981: 17,91) Millionen Tonnen Stahl im Ausland. 1978 stellten sie mit 19,02 Millionen Tonnen einen Importrekord auf.

Die japanischen Lieferungen haben sich ebenfalls abgeschwächt. Sie schlugen im Januar mit 240 000 Tonnen zu Buch, gegenüber 246 000 im Dezember und 523 000 im Vorjahrsmonat. Hier erreichte das Minus 54 Prozent. 1982 exportierte Japan 4,67 (1981: 5,59) Millionen Tonnen Stahl nach Amerika. Die größte Menge in den vergangenen acht Jahren wurde 1977 mit 7,04 Millionen Tonnen registriert.

Im Januar deckten die ausländischen Hersteller 19,9 Prozent des Stahlangebots in den USA, 1982 waren es im Durchschnitt 22,4 Prozent. Bei einer Ablieferung von 4,05 Millionen Tonnen haben die US-Stahlkonzerne im Januar selber 86 000 Tonnen ausgeführt. 1982 betrugen die Verschiffungen 53,80 (1981: 78,31) Millionen Tonnen und ihre Exporte 1,66 (2,61) Millionen Tonnen.

TOURISMUSBÖRSE / Veranstalter klagen über starke Zurückhaltung der Kunden

Realität läßt Urlaubsträume platzen

GERD BRÜGGEMANN, Berlin

Im Winter 1983 hat die schlechte Konjunkturlage offenbar auch die Reise-Industrie erreicht. Auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin klagen die Reiseveranstalter übereinstimmend über eine starke Zurückhaltung der Kunden. Dieses Verhalten findet eine Bestätigung in der Reise-Analyse, die der Studienkreis für Tourismus jetzt in Berlin vorgestellt hat. In dieser Untersuchung, die auf der Basis von 6000 Befragungen inzwischen zum 13. Mal durchgeführt worden ist, wird auch die Frage nach den Reiseabsichten von 1983 gestellt. Der Studienkreis weist dabei darauf hin, daß hier Absichten erfragt werden, die nicht mit Prognosen verwechselt werden dürfen. Bei der Bewertung sei wichtig, daß man sich die wirtschaftliche und politische Situation vor Augen halte, wie sie sich im Januar 1983, zum Zeitpunkt der Befragung, darstellte.

Aus den Antworten geht hervor, daß nur noch 43,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung zur Urlaubsreise in diesem Jahr positiv eingestellt sind. 1981 waren es noch 51,7 und im vergangenen Jahr 45,6 Prozent gewesen. Die Zahl derjenigen, die zur Reise negativ eingestellt sind, hat sich auf 32,3 (28,8) Prozent erhöht. Sehr hoch ist die Zahl der Unsicheren mit 24 (25) Prozent. 1981 waren es nur 13,9 Prozent gewesen.

Diese Einstellungen hatten sich im Reiseverhalten 1983 schon angedeutet. Die Reise-Intensität, ausgedrückt durch den Anteil der Bevölkerung, der eine oder mehrere Urlaubsreisen gemacht hat, ist von seinem Höhepunkt, der 1980 mit 57,7 Prozent erreicht war, inzwischen auf 55 (55,9) Prozent gefallen. Das sind 26,3 (26,6) Millionen Menschen.

Interessant ist, daß der langjährige Trend zum Auslandsurlaub offenbar sein Ende gefunden hat, obwohl der Anteil der Urlauber, die ihre Ferien jenseits der deutschen Grenzen verbringen, mit 60,8 (61,3) Prozent immer noch sehr hoch war. Für das Inland entschieden sich 1982 38,6 (36) Prozent. Urlaub in der „DDR" machten nur noch 0,6 (2,3) Prozent. Bei den inländischen Reisezielen liegt Bayern mit 11 (12) Prozent unangefochten an der Spitze vor Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Bei den ausländischen Zielen konnten sich nach dieser Analyse Italien und Spanien vor den langjährigen Spitzenreiter Österreich setzen.

Unter den Verkehrsmitteln, die für die Ferienreise genutzt werden, liegt das Auto weiterhin mit 58,9 (55,9) Prozent weit vorn. Die Eisenbahn und das Flugzeug hatten mit 14,4 (15,9) und 15,7 (16,1) Prozent ihre Anteile aus dem Vorjahr nicht halten können. Im Gegensatz zu diesem Jahr, in dem die Reiseveranstalter bisher starke Buchungsrückgänge melden, konnten sie im Vorjahr trotz verringerter Reise-Intensität ihren Anteil am Urlaubsgeschäft von 25,4 auf 26,3 Prozent erhöhen.

Zum Fragenkatalog des Studienkreises gehörten diesmal, wie auch schon 1980 einmal, die Konsumprioritäten. Dabei stellte sich heraus, daß bei denjenigen, die zur Urlaubsreise positiv eingestellt sind, die Ferien den dritten Rang hinter Wohnen und Essen und Trinken einnehmen. Bei den Befragten insgesamt dagegen fällt der Stellenwert der Urlaubsreise auf Rang 7 zurück. Gegenüber der Befragung 1980 gibt es dabei in der Einstellung keine Veränderung.

AEG-GLÄUBIGERVERSAMMLUNG

Das Ergebnis steht fest

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wenn sich die Gläubiger der AEG – erwartet werden nur noch knapp 1000 – heute um 9 Uhr in Frankfurts Festhalle versammeln, dann ist eigentlich schon alles gelaufen. Wilhelm Schaaf, Vergleichsverwalter der AEG-Telefunken seit August 1982, hat schon in der Hand was er braucht, um weiterzumachen: die Zustimmung von 99 Prozent der Gläubiger (nötig sind 50 Prozent) und von 95 Prozent des Forderungsvolumens (Minimum für die Vergleichsfortsetzung: 80 Prozent).

Das ist nur scheinbar ein Zauberkunststück. Denn schon mit der Zustimmung der Gläubigerbanken und des Pensions-Sicherungs-Vereins war der Vergleich abgesegnet. Beide zusammen halten weit mehr als 80 Prozent der Forderungen, und da die etwa 60 000 Pensionäre und Pensionsanwärter, die der Verein vertritt, bei der Abstimmung als Einzelgläubiger gezählt werden, ist auch die Kopfzahl-Grenze weit übertroffen.

Das um so sicherer, als sich die Zahl der Lieferanten, die möglicherweise opponieren könnten, schon erheblich reduziert hat. 10 000 Kleingläubiger mit For- rungen bis zu 10 000 Mark wur- ohnehin voll befriedigt, weitere haben ihre höheren Ansprüche 10 000 Mark reduziert und sind mit ebenfalls „ausgezahlt".

Was sich heute in der Festh- unter striktem Ausschluß der Ö- fentlichkeit abspielt, ist also mehr ein Spektakel für einige U- verzagte unter den Gläubigern, die Gelegenheit wahrnehmen w- len, ihren Unmut zu artikul- oder auch nur die eigene Neug- de zu befriedigen.

Am Gang der Geschehnisse k- die Versammlung nichts mehr dern. Dennoch hat man sich bei Vergleichsgericht und auch bei d- AEG auf eine möglicherweise la- wierige Prozedur eingeri- Heute stehen erst einmal die Be- rate der Vergleichsrichterin M- rion Peppler, des Vergleichs- walters und des Vorstandsvo- zenden Heinz Dürr auf dem P- Ob es schon morgen oder wom- lich erst am Freitag zur abschl- ßenden Abstimmung komm- kann, wird von der Diskussio- freudigkeit der Gläubiger abh- gen.

MILCH / AgV: EG-Produktion um 25 Prozent zu hoch

Die Krise spitzt sich zu

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die EG-Milchkrise spitzt sich zu. Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) liegt dies daran, daß die Grundsätze sozialer Marktwirtschaft in diesem Bereich mehr und mehr suspendiert wurden; „statt dessen wurde mit dirigistischen Alternativen experimentiert und an Symptomen herumgepfuscht".

Immerhin: Der Butter-Berg werde bis zum Jahresende auf 600 000 Tonnen ansteigen, eine Höhe, die die Milchpulver-Halde bereits jetzt erreicht hat. Die Produktion von Milch liegt um 20 Prozent nach Angaben der EG-Kommission über dem Verbrauch. Die AgV meint sogar um 25 Prozent, wenn die zahllosen Maßnahmen zur Subventionierung des Absatzes berücksichtigt werden.

Die Belastungen für die EG-Steuerzahler werden in diesem Jahr auf 20 Milliarden Mark veranschlagt. Die zehn Milliarden Mark, die von der EG-Kommission im Etatentwurf eingesetzt wurden, dürften nicht reichen. Die AgV rechnet mit zwölf Milliarden, wozu noch mindestens acht Milliarden an nationalen Subventionen kämen. Die deutschen Steuerzahler würden mit rund fünf Milliarden belastet. Dabei sei die Last überhöhter Preise, die für die EG auf mindestens 15 Milliarden und für die Bundesrepublik auf 2,5 Milliarden Mark veranschlagt werden, noch nicht berücksichtigt.

„Die jüngsten Bemühungen Brüssels um verbilligte Butterverkäufe an die Sowjets offenbaren das ganze Ausmaß der Misere", schreibt die AgV. Der Subventionsbedarf liege bei einem bis zwei Drittel des Warenwertes. Sollte es gelingen, 50 000 Tonnen Butter mit einem Zuschuß von vier Mark pro Kilo an die Sowjets zu verkaufen, wäre das ein „Verlustgeschäft" von 200 Millionen Mark.

Mehr als 80 Prozent der jährlichen Milchpulverproduktion der EG von mehr als zwei Millionen Tonnen müßten „entweder zum halben Preis auf dem Weltmarkt verramscht oder aber mit zum Teil noch höheren Subventionen verfüttert werden". Nach Angaben der AgV muß bei der gegenwärtigen Großaktion der Steuerzahler 2,40 Mark je Kilo bei einem Warenwert von 3,30 Mark zuschießen, „um dies hochwertige Eiweiß in die Schweinetröge zu leiten".

Australien wertet um zehn Prozent ab

dpa/VWD, Canberra/Wellington

Australiens neue Labor-Regierung hat den australischen Dollar um zehn Prozent abgewertet, um die Kapitalflucht zu stoppen und die Wettbewerbsposition der Wirtschaft zu stärken. Neuseeland schloß sich sofort an und wertete den neuseeländischen Dollar um sechs Prozent ab, um nach den Worten von Premierminister Robert Muldoon „die Handelsparität" mit Australien aufrechtzuerhalten.

Die Zentralbank in Canberra gab bekannt, daß der Wechselkurs der australischen Währung gegenüber dem amerikanischen Dollar auf 85,5 US-Cent festgesetzt werde, bisher waren es 95 Cent. Finanzkreise wiesen darauf hin, daß die Abwertung die Folge einer starken Kapitalflucht während der vergangenen vier Wochen sei. Schätzungsweise 2,5 bis drei Milliarden australische Dollar sollen das Land verlassen haben, seit der bisherige Premierminister Malcolm Fraser am 3. Februar Neuwahlen angekündigt hatte.

Von der Abwertung verspricht sich die neue Regierung unter der Leitung von Bob Hawke eine Steigerung der Exporte und damit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Brasilien zieht Gesuch zurück

rtr/VWD, Basel/Sao Paulo

Brasilien hat sein Gesuch um eine Fristverlängerung für die Rückzahlung eines Kredits der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zurückgezogen. Das verlautete aus Zentralbankkreisen. Die BIZ hatte dem Land im Dezember 1982 einen Überbrückungskredit von 1,2 Milliarden Dollar eingeräumt. Der brasilianische Zentralbankpräsident Carlos Langoni hatte letzte Woche erklärt, daß sein Land die Rückzahlung der ersten Kredittranche von insgesamt 400 Millionen Dollar um drei Monate bis Juni aufschieben möchte. Brasilien soll nach Angaben der gleichen Quelle bereit sein, den fälligen Betrag auf den 15. März zurückzuzahlen.

Dem Internationalen Währungsfond (IWF) gegebene Zusagen hat Brasilien abgeschwächt. Zu Jahresbeginn hatte das Land in einem „letter of intent" versprochen, eine restriktive Politik zu betreiben. In einer Ergänzung vom 24. Februar – die erst jetzt veröffentlicht wurde – revidiert die Regierung ihr Versprechen zur Begrenzung des Budgetdefizits, hebt die Obergrenze der geplanten Mittelaufnahme der öffentlichen Hand an und korrigiert ihre Inflationsschätzung für 1983 nach oben.

Daimler freut sich über Mittelklasse

nl. Stuttgart

Daimler-Benz erwartet für das Jahr 1983 eine Steigerung seiner Pkw-Produktion auf über 460 000 (1982: 458 000) Fahrzeuge. Darunter werden rund 105 000 Einheiten des gegen Ende letzten Jahres neu auf den Markt gekommenen Kompaktmodells 190/190 E sein.

Die vorhandene Produktionsenge wird sich erst lösen, wenn Ende 1983/Anfang 1984 die 190er-Kapazitäten des Werks Bremen zugeschaltet werden können. Wie Bernd Gottschalk, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Daimler-Benz AG, anläßlich des Genfer Automobilsalons weiter mitteilte, sind die mit der Markteinführung des 190er verbundenen hohen Erwartungen des Unternehmens noch übertroffen worden.

Eine erfreuliche Auftragsentwicklung kennzeichne auch die Mittelklasse. Die Auftragslage gebe keinerlei Anlaß, den vorgesehenen Ablöserhythmus in dieser Klasse zu verändern. „Große Freude" bereite auch die Nachfrage nach Fahrzeugen der S-Klasse sowie den SEC- und SL-Modellen. Hier plane Daimler-Benz, die hohe Vorjahresproduktion von 105 000 Einheiten in diesem Jahr nochmals zu steigern.

EG / Türkische Textilimporte beschränkt

Kommission zieht Notbrems

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine einseitige Beschränkung der Textilimporte aus der Türkei hat die Europäische Gemeinschaft vorgenommen. Sie antwortete damit gestern auf die hartnäckige Weigerung Ankaras, wie die übrigen Lieferländer, ein bilaterales Textilabkommen mit der EG abzuschließen.

Vor allem die britische Regierung hatte auf die Anrufung der im Assoziierungsabkommen EG/Türkei vorgesehene Schutzklausel gedrängt. Sie klagt seit langem über sprunghaft steigende Einfuhren aus der Türkei. Den Ausschlag gab indes die negative Entscheidung der Türken auf das Ersuchen der EG zur Einberufung von Konsultationen auf Botschafterebene. Ankara verlangt eine Beteiligung der Außenminister.

Die Importrestriktionen betreffen Baumwollstoffe und T-Shirts. Bis zum 15. Juli wird die EG danach nur noch 1200-Tonnen-Ba- wollstoffe (davon 350 t in die Bu- desrepublik) und 3,6 Million- T-Shirts (1,85 Millionen) einführ-. Die Notbremse mußte nach M- nung der Kommission gezog- werden, da die Türken den eu- päischen Markt in jüngster Z- geradezu überschwemmt habe- So erreichten die Importe v- Baumwollstoffen nach den vorl- genden Einfuhrdokumenten den ersten sechs Wochen 1983 b- reits 30 Prozent der Gesamteinfu- ren des Jahres 1982, die w- T-Shirts sogar 125 Prozent.

Ankara pocht statt dessen a- der Einhaltung der im Assozii- rungsvertrag vereinbarten Frei- gigkeit des gewerblichen Wa- verkehrs. Es hat als Antwort a- die früheren Beschränkungen d- europäischen Textilimporte b- reits eine 15prozentige Einfuhra- gabe auf Eisen- und Stahlerze- nisse aus der EG verhängt.

NAMEN

Dr. Lambert Laumans, Inhaber der Gebr. Laumanns GmbH & Co. KG, Ziegelwerke, Brüggen/Niederrhein, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

Dieter Baader, Leiter der Hauptabteilung Gruppen-Vertrieb in der August Oetker KG, Bielefeld, wurde 60 Jahre alt.

Urs Scherrer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ernst Leitz Wetzlar GmbH, übernimmt zusätzlich die Gesamtleitung der Wild-Leitz-Gruppe. **Thomas Schmidtheiny**, Mitglied des Verwaltungsrats, wurde als Nachfolger von **Dr. Max Schmidtheiny** zum Präsidenten und **Jacob Schmidtheiny**, Mitglied des Verwaltungsrats, zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrats der Wild Heerbrugg AG gewählt.

JUGOSLAWIEN / Ausfuhren in die EG gesteigert

Projekte für Kooperation

WILHELM HADLER, Brüssel

Konkrete Projekte für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit wollen Unternehmer und Bankiers aus den EG-Ländern in den nächsten Tagen mit Vertretern der jugoslawischen Industrie in Belgrad erörtern. Anlaß ist eine gemeinsam von der EG-Kommission und der jugoslawischen Regierung vorbereitete „Businessweek", die von EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp eröffnet wurde.

Nach Angaben der Brüsseler Behörde geht es um 190 präzise Kooperationsvorhaben, vor allem im Bereich der Werkzeugmaschinenindustrie, der Elektronik, des Maschinenbaus, der Nahrungsmittelindustrie und des Bergbaus. Die Gemeinschaft ist durch Wirtschaftsexperten aus Italien, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik vertreten.

Die seit mehreren Jahren geplante Veranstaltung soll dem Kooperationsabkommen EG–Jugoslawien konkreten Inhalt geben, d- bereits 1980 unterzeichnet wu- wegen Verzögerungen bei der p- lamentarischen Ratifizierung doch erst am 1. April dieses Ja- in Kraft treten kann. Die Gem- schaft wird damit zugleich zum sten Mal als Mittler zwischen U- ternehmen in Europa aktiv.

Der Handelsteil des Koop- tionsabkommens ist bereits vor- tig in Kraft getreten. Er siche- gewerblichen Exporten Jugo- wiens grundsätzlich zollfreien gang zum Gemeinsamen Ma- Wie Haferkamp in Belgrad mitt- te, hat Jugoslawien seine Ausfu- ren in die EG 1982 trotz der Wi- schaftsrezession um ein Vie- steigern können. Das Handel- lanzdefizit gegenüber der Gem- schaft ermäßigte sich in den er- zehn Monaten um ein Drittel. Z- schen 1970 und 1981 gelang es B- grad, seine Lieferungen um Prozent zu steigern. Es steht he- unter den Handelspartnern der auf dem 14. Platz.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Müller Bauunternehmung GmbH, Ottersweier; **Beckum:** Nachl. d. Franziska Fanny Voßkuhl geb. Stockbauer, Ahlen; **Berlin-Charlottenburg:** Stiehm GmbH; **Darmstadt:** Inge Wilhelm; **Düsseldorf:** Codima Software GmbH; Nachl. d. Karl Heinz Josef Beitzel, Gastwirt; Communications Systems GmbH; Priegnitz Bauunternehmung GmbH; **Hannover:** Hermann Richter Bauklempnerei u. Sanitäre Anlagen GmbH; **Homburg (Saar):** Thielen Zinn-Artikel GmbH, Kirkel; **Ibbenbüren:** Nachl. d. Heinrich Blom, Tecklenburg; **Mosbach:** a) novo-front-elemente GmbH, Obersulm-Willsbach; b + b wood-Design GmbH, Leingarten; Albin Oetzel GmbH & Co. KG, Gamburg; d) Gamburger Möbel GmbH, Gamburg; e) DEKO Grundstücksverwaltungs GmbH, Hardhein; f) Gebr. Bermayer Innenausbau u. moderne Möbel, Hardheim; g) DEKO Grundstücksverwaltungs GmbH & Co., Leingarten KG, Frankfurt; h) Sgoff und Bermayer, Architekturmodelle, Walldorf; j) Bertram Bermayer, Architekt u. Kaufmann, Hardheim; j.1) Architekturbüro genannt Atelier Bermayer, Hardheim; j.2) Einkaufszentrum ERFA-Park, Hardheim; Karl Wetterauer, Bauing., Elztal-Neckarburken, Alleininh. e. Tiefbauunternehmens; **Recklinghausen:** Heinz Idziak, Kaufmann, Herten 6; Idziak Bauges. mbH, Herten-Westerholt; **Regensburg:** Nachl. d. Siegfried Strasser; **Remscheid:** Josef Jung GmbH & Co. KG, Solingen 19; **Schwäbisch Hall:** Fertigungstechnik Fischer GmbH, Neuenstein; **Seligenstadt:** Viatron Elek- nik-Service GmbH, Rodgau 3; **We- i. d. OPf.:** Helga Schultes, Kauf- **Wiesbaden:** City Photo Handels GmbH Rhein-Main-Kraftstoff Mineralöl- del Gärtner KG.

Vergleich eröffnet: Mainz: O- Welter, Inh. d. Willy Welter, Engel- Rheinhessen.

Vergleich beantragt: Düssel- Achenbach Apotheke Hans-Joac- Breyer; Manthei & Co. Mineralöl K- **Hameln:** 1. W. Stock, Bauges- GmbH & Co. KG, 2. Stock, Bau-, Bet- gungs- u. Verwaltungsges. mbH; Betonwerk Hof Raithel Baustoff- GmbH & Co.; Betonwerk Hof Rai- GmbH; Karlhorst Kammerer Gm- **Köln:** Markisen – Hertel KG.

ITALIEN / Über Kapazitätsabbau beim Stahl mit der EG einig

Vorerst nur Privatindustrie betroffen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung und die EG-Kommission haben sich über die Beschränkung der Warmwalzkapazitäten in der privaten Stahlindustrie geeinigt. Über die von der Kommission ebenfalls geforderte Stillegung von Walzkapazitäten im staatlichen Teil der Stahlindustrie finden am 17. und 18. März in Rom Expertengespräche statt.

Spätestens zwei Wochen später wird dann die staatliche Bereichsholding für die Stahlindustrie, Finsider, der Kommission die Endfassung des neuen Stahlplans vorlegen. Vorgesehen ist, im staatlichen Bereich insgesamt rund 2,4 Millionen Tonnen Kapazität zu streichen oder befristet auf Eis zu legen.

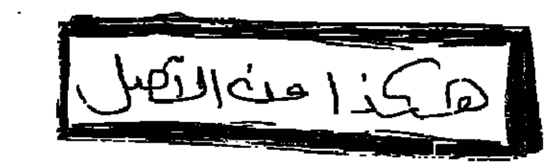
Das ist weniger als die Kommission bisher gefordert hat. Nach wie vor weigert sich aber der sozialistische Staatsbeteiligungsminister Gianni de Michelis, die neueren Anlagen einzubeziehen. Erbitterten Widerstand gegen zusätzliche Personalreduzierungen haben auch die Gewerkschaften angekündigt.

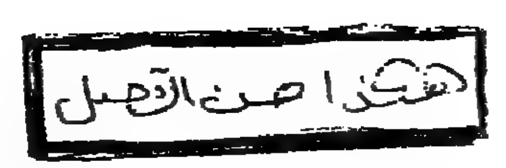
Im Unterschied zur Kommission, die im staatlichen Bereich den Abbau von großen Kapazitätsblöcken vorgeschlagen hat, ist die italienische Regierung bisher nur zu möglichst weit gestreuten und marginalen Streichungen bereit. Der Widerstand der Italiener gegenüber diesen Eingriffen in die Walzkapazität erklärt sich vor allem mit der Tatsache, daß Italien bei Flachstählen Nettoimporteur (bei Stabstählen Nettoexporteur) ist.

In diesem Zusammenhang ist auch die italienische Sorge groß, daß im Falle einer Konzentration der westdeutschen Stahlindustrie in zwei Großkonzernen der Exportdruck aus der Bundesrepublik Deutschland noch größer werden könnte als bisher. Zusätzliche Gefahren wittert man in der Möglichkeit, daß sich bei nicht mehr weiter steigendem Bedarf des westdeutschen Marktes die Benelux-Stahlwerke verstärkt in Richtung Italien orientieren.

In der privaten Stahlindustrie e- nigten sich das italienische Ind- strieministerium und die Kommi- sion zur Stillegung von 2,6 Milli- nen Tonnen Warmwalzkapazi- ten. Das entspricht etwa 16 Proz- der vorhandenen Leistungsfäh- keit. Diese Zahl bezieht sich auf 46 Firmen, die bereits EG-Sti- gungsprämien beantragt hab- Über weitere 0,5 Millionen Ton- wird noch verhandelt. In dies- Fall geht es um die 12 priv- Kleinstahlwerke, die entweder b- reits unter gerichtlich kontrol- ter Verwaltung (einer Vorstufe d- Konkurses) oder vor dem Konk- selbst stehen.

Ursprünglich wollte die itali- sche Regierung die EG-Aufla- überhaupt nur auf Stillegungen privaten Bereich beschrän- Dem hartnäckigen Drängen u- der Weigerung der Kommiss- den Ende 1981 vorgelegten ers- Finsider-Plan zu genehmigen, es jedoch zuzuschreiben, daß je- auch im staatlichen Teil Kapa- tätskürzungen ins Auge gef- werden.





ARMAINDUSTRIE / Starker Anstieg der Aufwendungen für Forschung

lehr Geld für weniger neue Arzneien

INGE ADHAM, Frankfurt

gesamt 2,17 Mrd. DM wandte harmaindustrie in der Bun- publik im vergangenen Jahr orschung und Entwicklung auf. Das sind 13 Prozent als im Jahr zuvor. Ähnlich waren die F+E-Aufwendun- uletzt 1977 (plus 12,5 Prozent) igert worden. Was vorder- ig recht erfreulich aussieht, ilich verglichen mit den USA eiden.

h jüngsten Zahlen aus dem ikanischen Wirtschaftsmini- m legen die US-Pharma-Un- hmen im Schnitt jährlich bei F+E-Budget 20 Prozent zu. ausgaben für dieses Jahr wer- uf 3 Mrd. Dollar veranschlagt, n allerdings etwa 17 Prozent usland ausgegeben werden, die US-Pharma-Unterneh- tendieren nach Einschätzung merikanischen Wirtschaftsmi- riums dazu, in wachsendem Teile ihrer Forschung ins and zu verlagern, um steigen- Kosten und wachsenden büro- schen Hemmnissen in den zu entgehen.

Ähnlich hoch wie in der Bundesrepublik sind die Forschungsaufwendungen der japanischen pharmazeutischen Industrie mit 200 Mrd. Yen (rund 2 Mrd. DM), der für 1980 (neuere Zahlen liegen nicht vor) genannten Zahl. Nur, die Japaner lassen für diesen Betrag mehr als 18 000 Mitarbeiter forschen, in der Bundesrepublik sind es gerade 11 000 Mitarbeiter im Bereich Forschung und Entwicklung.

Trotzdem liegen die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich nicht schlecht, wie ein Blick in die Lizenzbilanz zeigt (Zahlen von 1980): Die deutschen Pharma-Unternehmen erzielten bei den Lizenzaufwendungen einen Überschuß gegenüber dem Ausland von fast 81 Mill. DM.

Daß die Bilanz schließlich doch einen Negativsaldo von 30 Mill. DM aufweist, liegt daran, daß die in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Pharma-Unternehmen offenbar kräftig Lizenzgebühren an ihre Mütter im Ausland zahlen müssen. Ihr Negativsaldo in Sachen Lizenzen summierte sich 1980 auf rund 113 Mill. DM.

An den in den 20 Jahren bis 1980 gefundenen 1498 neuen Wirkstoffen war die Bundesrepublik mit 201 Arzneimitteln beteiligt und rangiert damit auf Platz drei hinter den USA (353) und Frankreich (217). Gewichtet man die Firmengruppen nach der Zahl ihrer neuen Wirkstoffe, so nimmt der deutsch-französische Konzern Hoechst-Roussel mit 50 neuen Wirkstoffen den Platz eins ein; auf Platz sechs dieser Rangliste steht Boehringer Ingelheim (mit 36 neuen Stoffen), gefolgt von Bayer (35); auf Platz 13 rangiert Schering mit 22 neuen Wirkstoffen.

Insgesamt macht eine Erhebung von Erika Reis-Arndt (Boehringer Ingelheim) 26 innovative deutsche Unternehmen aus (die aber von Jahr zu Jahr trotz steigender Aufwendungen weniger Substanzen finden); in den USA forschen 48 Firmen oder -gruppen intensiv, in Frankreich sind es 46, in Japan 41, und auch Italien weist noch 34 forschende Unternehmen aus, die allerdings nur 119 zu den 1498 neuen Wirkstoffen beitrugen.

IER / Inlandseinbruch von 20 Prozent

npassung beizeiten

Wb. Frankfurt

Didier-Werke AG, Wiesba- haben 1982 ihr Ergebnis „in nernder Vorjahreshöhe" ge- n; 1981 hatte der Feuerfest- alist im Konzern knapp 13 DM verdient. Damit ist es umfangreiche Anpassungs- ahmen und die zunehmende ellung des Konzerns auf wert-Produkte gelungen, den häftsrückgang des vergange- Jahres ohne Ertragseinbruch rkraften.

merhin ging der AG-Umsatz Prozent auf 677 (722) Mill. DM k, also noch unter die 698 DM von 1980. Dem entsprach die Entwicklung der inländi- Produktionsmenge: Mit 00 Tonnen Feuerfestmaterial ie ebenfalls um 6 Prozent un- dem Vorjahresvolumen. Der and ging sogar um 7 Prozent k. Dabei konnte eine 9prozentige Exportsteigerung den Inlandseinbruch von 20 Prozent nicht mehr auffangen.

Daß die Kapazitätsauslastung sich 1982 auf 70 (68) Prozent verbessert hat, war angesichts dieser Rückgänge in erster Linie auf den weiteren Abbau der Feuerfest-Kapazitäten zurückzuführen. Auch bei den US-Gesellschaften wurden „gezielte starke" Anpassungsmaßnahmen erforderlich, die freilich erneute Verluste dort nicht verhindern konnten. Die Töchter in Frankreich und Spanien dagegen schlossen mit „noch befriedigenden" Ergebnissen ab.

Durch die beschleunigte Abwicklung einiger Großprojekte haben die Sachinvestitionen die bisherige Rekordhöhe von 36 (25) Mill. DM erreicht. Die Zahl der Mitarbeiter in der AG wurde gleichzeitig um 5 Prozent auf 4200 (4430) zurückgenommen.

Höhere Bürgschaft für Hanomag?

dos. Hannover

Die Neubau-Finanzierung der Hanomag GmbH in Hannover scheint noch immer nicht gesichert. Das zur Mainzer Baumaschinengruppe IBH gehörende Unternehmen strebt offenbar eine Erhöhung der vom Land Niedersachsen in Aussicht gestellten Bürgschaft von bisher 40 Mill. DM auf 60 Mill. DM an. Eine Entscheidung zu diesem Antrag will der Landeskreditausschuß auf einer Sitzung Ende März treffen, heißt es.

IBH-Chef Horst-Dieter Esch will im Rahmen der Münchner Baumaschinen-Messe am 9. April das Hanomag-Konzept erläutern. Nach bisherigen Darstellungen belaufen sich die Kosten für die erste Baustufe auf 160 Mill. DM. Knapp die Hälfte davon wird durch Hilfen der öffentlichen Hände finanziert. Die restlichen 85 Mill. DM wurden größtenteils durch die Landesbürgschaft abgedeckt. Die beteiligten Banken drängen auf diese stärkere Risikoabsicherung.

NTERNEHMEN UND BRANCHEN

sche Hypo gibt Bonus

nkfurt (VWD) – Die Aktionäre Deutschen Hypothekenbank, furt/Bremen, sollen für 1982 zlich zur Vorjahresdividende DM einen Bonus von 2,50 DM DM-Aktie erhalten. Diesen hlag wird die Verwaltung der tversammlung am 28. April in en unterbreiten. Der Bilanzge- stieg im Berichtsjahr auf 16,1 Mill. DM. Ferner soll die tversammlung über eine Ka- rhöhung aus Gesellschafts- in auf 44 (40) Mill. DM im ltnis zehn zu eins mit Gewinn- tigung vom 1. Januar 1983 an ließen.

dende gehalten

nnover (dos) – Eine unverän- Dividende von 16 Prozent gt die Verwaltung der Brauer- Hannover AG der Hauptver- nlung am 22. April für das häftsjahr 1981/82 (30. 9.) vor. mit einem Grundkapital von Mill. DM ausgerüstete Gesell- t ist Mehrheitsaktionär der ener Gilde Bräu AG (LGB), over, der größten Brauerei in ersachsen. Eine ebenfalls un- derte Dividende von 13 Pro- sollen auch die Aktionäre der erhalten.

häft weitergeführt

ttgart (VWD) – Der Geschäfts- b der ESBI Süddeutsche wolle-Industrie AG, die am ebruar Vergleichsantrag ge- hat, wird in vollem Umfang rgeführt. Wie der vorläufige eichsverwalter mitteilte, ist iner Entscheidung über den eichsantrag nicht vor Ende zu rechnen, die Finanzierung e nächsten Monate sei gesi- und die rückständigen Löhne zwischenzeitlich bezahlt. Die Unternehmen eingeleiteten nalisierungsmaßnahmen wer- weitergeführt. Noch im ersten Quartal 1983 sollen bereits eingeleitete Kündigungen wirksam werden, wovon etwa 30 Mitarbeiter betroffen sein werden.

Bürotechnik ohne Krise

Frankfurt (rtr) – Die Büro- und Informationstechnik hat im Rezessionsjahr 1982 nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) eine „bemerkenswerte Kontinuität" verzeichnet. Wie der VDMA mitteilte, stieg die inländische Produktion um 7,1 Prozent auf über 10,6 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr wurden um 10,4 Prozent mehr Exporte zu einem Gesamtvolumen von 7,9 Mrd. DM getätigt.

Nordcement schüttet aus

Hannover (VWD) – Die Nordcement AG in Hannover will für das Geschäftsjahr 1982 wieder die Dividendenzahlung aufnehmen. Wie der Vorstand mitteilt, soll allerdings nur eine bescheidene Dividende zur Ausschüttung gelangen, über deren Höhe erst im April entschieden wird. Nordcement hatte zuletzt 1980 eine Dividende von vier DM je 50-DM-Aktie gezahlt. 1981 betrug der Bilanzgewinn rund 25 000 DM. Die Bilanzstruktur hat sich den Angaben zufolge verbessert. Die Schulden konnten nennenswert abgebaut werden.

Hüls hat US-Lizenzagenten

Marl (inw/VWD) – Die zur Veba AG gehörende Chemische Werke Hüls AG, Marl, hat mit dem weltweit auf petrochemischem Gebiet tätigen amerikanischen Ingenieur-Unternehmen UOP Process Division (Illinois) eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lizenzvergabe vereinbart. Die Abmachung betrifft sechs Hüls-Prozesse aus Teilbereichen der Vorprodukte für Kautschuk, für Alkohole und Lösungsmittel sowie für Kraftstoff-Zusatzstoffe.

Apetito sichert Marktposition

HERBERT KLAR, Düsseldorf

Die schlechte Konjunkturlage hat auch auf dem Wachstumsmarkt Tiefkühlkost Spuren hinterlassen. Obwohl die Wirtschaftlichkeit des Tiefkühlsystems voll anerkannt sei, sei im Bereich der Betriebsverpflegung derzeit eine gewisse Investitionszurückhaltung zu spüren, teilt die Apetito - Karl Düsterberg GmbH & Co. KG, Rheine, mit. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, die Kürzung von Arbeitgeberanteilen und die Streichung von Essenszuschüssen bei Behörden und Kommunen in einigen Bundesländern zeigen negative Auswirkungen.

Dennoch konnte Apetito, ältestes Unternehmen der Tiefkühlkostmenü-Branche, das in diesem Jahr 25jähriges Firmenjubiläum feiert, seinen Gesamtumsatz nominell um 12 Prozent auf 82 (73) Mill. DM steigern. Das gesteckte Umsatzziel sei damit knapp erreicht. Zum Ertrag ließ sich Düsterberg keine Zahlen entlocken, er dürfte jedoch ähnlich wie 1981 bei 2 bis 3 Prozent nach Steuern liegen.

Seine führende Stellung im Bereich „Essen auf Rädern" konnte Apetito nach eigenen Angaben sichern. Mit über 300 Mahlzeitendiensten hält man hier bei Tiefkühlkost rund 60 Prozent Marktanteil. Die Verteilungskosten, betont Düsterberg, ließen sich mit dem Tiefkühlkostsystem um rund 70 Prozent senken. Im Bereich Betriebsverpflegung ließen sich die Kosten gegenüber konventionellen Großküchenmenüs um bis zu 30 Prozent senken. Hier gelte es noch Vorbehalte gegenüber der Tiefkühlkost abzubauen.

Für 1983 ist Düsterberg „verhalten optimistisch" und erwartet keine großen Umsatzsteigerungen. Die Preise, die 1982 um etwa 4 Prozent angehoben wurden, solle 1983 „wesentlich" geringer steigen. Apetito beschäftigt etwa 600 Mitarbeiter und plant bis 1985 (1982: 7 Mill. DM) Investitionen von rund 21 Mill. DM.

INKEN-DIERS / Familienbetrieb in vierter Generation

äucherzeit entscheidend für Qualität

D. SCHMIDT, Bokelerburg

hnisch, so erklärt Georg sei es kein Problem, in nur agen rohes Fleisch in einen herschinken zu verwandeln. rechend aber ist dann das nis: Der Austrocknungsgrad ht so eben gerade zwölf Pro- – ein völlig unbefriedigendes tät für Diers, der in Rastede- lerburg in vierter Generation ken räuchert und dafür Sor- tragen hat, daß „Ammerlän- chinken" zu einem Gütesiegel die Landesgrenzen hinaus ge- en ist.

geschäftsführende Gesell- ter der Firma Schinken-Diers t sich bei der „Herstellung" s Produkts auf eine gut hrige Tradition. Seine Schin- hängen zwischen zehn und 24 en unter der Decke des hhauses. Gleichmäßige Tem- ur und Luftfeuchtigkeit sowie speziellen Hölzern erzeugter h sorgen während des Reife- ses für den typischen Ge- ack und einen „Gewichtsver- zwischen 24 und 28 Prozent. Schinkenmarkt in der Bundesrepublik, so Diers, hat sich nach 15jähriger Aufwärtsentwicklung auf relativ hohem Niveau stabilisiert. Der Anteil von Räucherschinken am gesamten Fleisch- und Wurstmarkt dürfte bei 10 Prozent liegen. Allerdings ist der Fleisch-Verbrauchsrückgang im letzten Jahr auch an den Schinken-Herstellern nicht spurlos vorübergegangen. Die Räucherei-Überkapazitäten – Diers schätzt sie auf 45 Prozent – beeinträchtigen die Ertragsentwicklung: „Uns bläst der Wind stärker ins Gesicht."

Für das eigene Unternehmen, das 1982 einen Umsatzrückgang auf 12 (13) Mill. DM hinnehmen mußte, sucht Diers nach neuen Absatzmärkten. In der nächsten Zeit sollen Exportlieferungen nach England, Frankreich und Südafrika aufgenommen werden. Ohnehin aber steht Diers auf mehreren Beinen. Zwar dominiert der Schinken mit einem Umsatzanteil von 55 Prozent; daneben werden aber auch Wurstspezialitäten hergestellt. Abgerundet wird das Sortiment von der Mockturtle, die sich immer mehr zu „einem regelrechten Renner" entwickelt. Diers produziert wöchentlich 2000 bis 3000 Schinken, 20 bis 30 t Wurst und 8 bis 10 t Mockturtle.

Distribuiert wird bundesweit, wobei die wachsende Abhängigkeit von immer weniger „Einkäufern" Anlaß zur Sorge gibt. Rund 50 Prozent des Umsatzes entfallen auf die großen Einzelhandels-Ketten, 15 Prozent auf Verbrauchermärkte und 35 Prozent auf Fachgeschäfte.

Zuversichtlich äußert sich Diers zu den geschäftlichen Aussichten. Die Veränderung der Verzehrgewohnheiten, gemeint ist der Rückgang des Fleischverbrauchs, sei abgeschlossen. Neben den beabsichtigten Exportaktivitäten verspricht sich Diers Impulse vom Geschenk-Versand. So seien Weihnachten 1982 doppelt so viele Schinken als Präsente auf den Weg gebracht worden wie vor Jahresfrist. Zur Steigerung des Schinkenanteils am Gesamtumsatz soll auch das neue Spitzenprodukt, ein halbjähriger Dielenrauch-Knochenschinken, beitragen.

FINANZANZEIGEN

MOSELKRAFTWERKE Gesellschaft mit beschränkter Haftung ANDERNACH/RHEIN

BILANZ ZUM 30. JUNI 1982

AKTIVA

	Stand am 1.7.1981 DM	Zugänge Z = Zuschreibungen DM	Umbuchungen DM	Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 30.6.1982 DM
I. Anlagevermögen						
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte						
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	4 665 269,00	52 238,00	/ 17 651,00	2 565,00	—	4 697 291,00
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	2 348 204,00	—	/ 304,00	760,00	—	2 347 140,00
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	869 298,00	—	17 956,00	—	—	887 253,00
4. Bauten auf fremden Grundstücken	631 283,00	—	—	—	—	631 283,00
5. Maschinen und maschinelle Anlagen						
a) Wasserbauliche Anlagen	166 954 019,00	8 933,00	—	—	—	166 962 952,00
b) Maschinenanlagen	124 768 686,00	441 567,00	66 188,00	2 367,00	—	125 274 074,00
c) Kraftwerksnetzanlagen	15 267 192,00	92 467,00	18 054,00	75 453,00	—	15 302 260,00
d) Sonstige Anlagen	3 657 983,00	—	—	—	—	3 657 983,00
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	901 690,00	303 140,00	—	5 190,00	378 560,00	823 070,00
7. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	23 821 942,76	10 321 625,50	/ 84 242,00	—	—	34 059 226,26
8. Konzessionen und ähnliche Rechte	1 575 372,00	16 679,00	—	—	139 100,00	1 452 951,00
	345 460 928,76	11 236 549,50	—	86 335,00	515 660,00	356 095 483,26
B. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	1 102 466,00	—	—	—	—	1 102 466,00
2. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (durch Grundpfandrechte gesichert)	12 337,00	Z 569,00	—	1 260,00	—	11 646,00
	1 114 803,00	Z 569,00	—	1 260,00	—	1 114 112,00
	346 575 731,76	Z 569,00 11 236 549,50	—	87 595,00	515 660,00	357 209 595,26

	DM	DM
II. Umlaufvermögen		
A. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		151 028,56
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens		
1. Geleistete Anzahlungen	20 000,00	
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	478 049,51	
3. Kassenbestand	4 388,10	
4. Guthaben bei Kreditinstituten	889 796,14	
5. Forderungen an verbundene Unternehmen	31 058 245,02	
6. Sonstige Vermögensgegenstände	41 532 200,28	
		73 983 679,05
III. Rechnungsabgrenzungsposten		
1. Disagio und andere Geldbeschaffungskosten	53 807,00	
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	31 200,93	
		85 007,93
		431 429 310,80

PASSIVA

	DM	DM	DM
I. Stammkapital			80 000 000,00
II. Offene Rücklagen			
1. Rücklage für wasserwirtschaftliche Risiken		36 000 000,00	
2. Sonstige Rücklagen			
Stand am 1.7.1981	39 000 000,00		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß	7 000 000,00	46 000 000,00	
			82 000 000,00
IIa. Sonderposten mit Rücklageanteil			
1. Rücklagen gemäß § 6b EStG		1 301,00	
2. Rücklagen gemäß § 52, Abs. 5 EStG		11 066,00	
			12 367,00

III. Wertberichtigungen zu Sachanlagen	Stand am 1.7.1981 DM	Zuführungen DM	Umbuchungen DM	Entnahmen DM	Stand am 30.6.1982 DM	DM
1. zu Grundstücken und grundstückseigenen Rechten mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	1 026 243,00	119 612,00	–	–	1 145 855,00	
2. zu Grundstücken und grundstückseigenen Rechten m. Wohnbauten	1 247 756,00	33 580,00	–	–	1 281 336,00	
3. zu Bauten auf fremden Grundstücken	191 768,00	12 955,00	–	–	204 723,00	
4. zu Maschinen und maschinellen Anlagen						
a) Wasserbauliche Anlagen	123 494 023,00	2 178 481,00	–	–	125 672 504,00	
b) Maschinenanlagen	111 236 771,00	3 306 302,00	–	2 367,00	114 540 706,00	
c) Kraftwerksnetzanlagen	12 526 738,00	560 015,00	–	73 011,00	13 013 742,00	
d) Sonstige Anlagen	2 731 455,00	91 862,00	–	–	2 823 317,00	
	252 454 754,00	6 302 807,00	–	75 378,00	258 682 183,00	258 682 183,00

	DM	DM
IV. Rückstellungen		
1. Pensionsrückstellungen	182 750,00	
2. Andere Rückstellungen	4 491 274,40	
		4 674 024,40
V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren		
1. Anleihen (durch Grundpfandrechte gesichert)	15 000 000,00	
2. Sonstige Verbindlichkeiten	2 080 296,04	
		17 080 296,04
Von Nummer 1 und 2 sind vor Ablauf von vier Jahren fällig: DM 15 000 000,00		
VI. Andere Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3 416 432,65	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	45 041,10	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	877 130,65	
		4 338 604,40
VII. Rechnungsabgrenzungsposten		21 873,29
VIII. Bilanzgewinn		4 619 962,67
		431 429 310,80

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982

	DM	DM	DM
1. Umsatzerlöse			41 433 516,82
2. Andere aktivierte Eigenleistungen			266 591,88
3. Gesamtleistung			41 700 108,70
4. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren			7 399 704,17
5. Rohertrag			34 300 404,53
6. Erträge aus Beteiligungen		31 250,00	
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		5 090 464,51	
8. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		16 333,79	
9. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		12 072,00	
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		–	
11. Sonstige Erträge davon außerordentliche DM 73 204,54		204 468,18	
			5 354 588,48
			39 654 993,01
12. Personalaufwendungen		9 786 907,96	
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		17 297,00	
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		6 818 467,00	
15. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		8 537,92	
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1 162 580,03	
17. Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	6 480 240,38		
b) sonstige	7 884,20	6 488 124,58	
18. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil		12 367,00	
19. Sonstige Aufwendungen		4 332 669,19	
			28 626 950,70
20. Jahresüberschuß			11 028 042,31
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			591 920,36
			11 619 962,67
22. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen			
a) Rücklage für wasserwirtschaftliche Risiken		–	
b) Sonstige Rücklagen		7 000 000,00	
			7 000 000,00
23. Bilanzgewinn			4 619 962,67

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Gesellschaftsvertrag.

Essen, den 20. September 1982

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE WIRTSCHAFTSPRÜFUNG GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Richter, Wirtschaftsprüfer — Schaller, Wirtschaftsprüfer



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

– Wertpapier-Kenn-Nr. 805 900 –

Ordentliche Hauptversammlung

Wir laden hiermit die Aktionäre der Hypothekenbank in Hamburg Aktiengesellschaft ein zu der am Freitag, dem 29. April 1983, 11 Uhr, im Sitzungssaal 101 der Handelskammer Hamburg, Hamburg, Adolphsplatz 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

1. **Vorlage des Geschäftsberichtes und des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1982 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates.**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluß ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 10 454 332,42 DM wie folgt zu verwenden:
   a) Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM, zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 25 Mill. DM — 5 000 000,– DM
   b) Ausschüttung einer Zusatzdividende (Bonus) von 2,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM, zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 25 Mill. DM — 1 250 000,– DM
   c) Zuweisung zu den sonstigen Rücklagen nach § 7 HBG — 4 200 000,– DM
   d) Gewinnvortrag — 4 332,42 DM
3. **Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln und Satzungsänderung.**
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:
   a) Das Grundkapital wird von 25 000 000,– DM unter Zugrundelegung der Bilanz per 31. Dezember 1982 aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 10:1 auf 27 500 000,– DM erhöht durch Umwandlung eines Betrages von 2 500 000,– DM der Rücklagen nach § 7 HBG in Grundkapital und Ausgabe von 2300 neuen Aktien über 1 000,– DM und 4000 neuen Aktien über 50,– DM mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1983.
   b) § 4 Absatz 1 der Satzung wird wie folgt geändert:
   „Das Grundkapital beträgt DM 27 500 000,– DM, eingeteilt in
   25 300 Aktien zu je 1000,– DM = 25 300 000,– DM
   16 000 Aktien zu je 100,– DM = 1 600 000,– DM
   12 000 Aktien zu je 50,– DM = 600 000,– DM
   Die Aktien lauten auf den Inhaber."
4. **Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982.**
   Es wird vorgeschlagen, Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
5. **Neuwahlen zum Aufsichtsrat.**
   Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bestimmt sich nach §§ 96, 101 des Aktiengesetzes und § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 in Verbindung mit § 129 des Betriebsverfassungsgesetzes 1972.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, folgende Herren zu wählen:
   Dr. Hans Joachim Bechtholf, Mitglied des Vorstandes der Vereins- und Westbank AG, Hamburg; Dr. Christoph von der Decken, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Hamburg; Dr. Manfred Hohage, Senatsdirektor, Hamburg; Dr. Wolfgang Leeb, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main; Gerhard Ohmsen, Mitglied des Vorstandes der Öffentlichen Bausparkasse Hamburg, Hamburg; Dirk Schrödter, Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing GmbH & Co., Hamburg.
   Die Hauptversammlung ist an diesen Vorschlag nicht gebunden.
6. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.**
   Der Aufsichtsrat schlägt die Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, vor.

Zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder die Hinterlegungsbescheinigung eines deutschen Notars oder einer Wertpapiersammelbank (Kassenverein) spätestens am 25. April 1983 bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegen und dagegen Eintritts- und Stimmkarten in Empfang nehmen:

in Hamburg:	Unsere Kasse, Hohe Bleichen 17, Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Vereins- und Westbank AG, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.,
in Berlin:	Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank, Berlin AG,
in Düsseldorf:	Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG,
in Frankfurt/Main:	Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Erfolgt die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank, so müssen die Hinterlegungsbescheinigungen die Aktien nach Nummern und Nennbetrag bezeichnen und die Erklärung enthalten, daß die Aktien vor dem Versammlungstage ohne Rückgabe der Bescheinigung nicht aus der Verwahrung gegeben werden.

Die Hinterlegung gilt auch dann als erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem anderen Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt sind.

Hamburg, im März 1983 — DER VORSTAND



Hypothekenbank in Hamburg — Hohe Bleichen 17, 2000 Hamburg 36, Telefon (040) 35910-0

MISEREOR

«Euer Wohlstand hat Euch einsam gemacht»

Der Besucher aus Asien, von dem wir dieses Urteil hören, ist überrascht und verwirrt. Er war mit der Erwartung nach Deutschland gekommen, daß hier alle Dinge zum besten bestellt sind. Nun trifft er auf isolierte Alte, auf einsame Menschen in Hochhäusern, auf verzweifelte Jugendliche, auf ruhelose Männer und Frauen. Ist das der Preis des Wohlstandes?

Das Rad der Geschichte dreht sich nicht zurück. Doch in der Begegnung mit den Entwicklungsvölkern können wir menschliche Verhaltensweisen und Tugenden wiederentdecken, die wir verlernt haben. Wir können zum Beispiel sehen, daß die Einbindung in eine Gemeinschaft, etwa des Dorfes oder der Großfamilie, starke Fundamente für ein menschliches Leben sind. Nicht, was wir besitzen, entscheidet über unser Glück, sondern wie wir miteinander und mit uns selbst umgehen.

ANDERS LEBEN: GEMEINSAM HANDELN

Misereor, Mozartstraße 9, 5100 Aachen

Edelsteinlabor Susann Lange-Mechlen

Qualität international

Seit 1964 steht mein Labor im Dienst einer gemmologischen Bewertungspraxis, die sich eng an internationalen Prüfmethoden orientiert. Dieser hohe Qualitätsmaßstab steht im Interesse des umsichtigen Edelsteinbesitzers, der sein Eigentum für jeden Markt bewertet haben will.

Im einzelnen biete ich Ihnen auf der Grundlage eines modernst eingerichteten Edelsteinlabors:
- Expertisen nach internationalen Bewertungsgrundlagen
- Bewertung und Schätzungen auch Ihrer eigenen Steine

Da ich mich täglich mit dem Einkauf von Diamanten beschäftige, verfüge ich über umfassende und insbesondere über aktuelle Kenntnis aller Edelsteinmärkte der Welt. Dies ermöglicht es mir, die gewonnenen Bewertungsergebnisse in Ihrem Sinne auszuwerten und Ihnen eine fundierte Beratung anzubieten. Wenden Sie sich bitte mit Ihren Wünschen schriftlich oder telefonisch an mein Büro.

SEIT 1964 IHR PARTNER FÜR DEN INTERNATIONALEN QUALITÄTS-SACHWERT-DIAMANTEN.

Susann Lange-Mechlen, DIAMOND CORPORATION
Marktplatz 6/IV, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/297481

Zum Verkauf:

10 Windsurfformbretter

für Polyester- oder Expoxyverarbeitung, von Pintail, Funboar Allround and Round. Unter Lizenz herzustellen.

Ausk.: T. Cleton, Tel.: 00 31 / 55 - 33 47 01

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

---

VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel Postscheckkonto Hannover 1033 60-301

Titelvermittlung und -kauf sind völlig legal

– aber Vertrauenssache – Schenken Sie uns Ihr Vertrauen.

– Wir sind schon lange auf dem Markt,
– wir geben uns mit voller Anschrift zu erkennen und werben nicht unter Chiffre etc.
– Wir sind eine große Firma mit langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet.
– Wir unterhalten weltweite Kontakte.

Vermittelt werden können führbare Titel wie:
Dr., Dr. h. c., Professor, Konsul, Senator, Ehrenbürger, Ordenstitel, Rittertitel, Adelsprädikate zur persönlichen oder gewerblichen Führung.
Weitere Möglichkeiten auf Anfrage.
Diskretion ist uns selbstverständlich.

AVB Treuhand
Frauenbergstraße 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 48 / 80 49 / 80 40, Telex 732 774 avb d

VERSTEIGERUNGEN

Konkurs-Versteigerung

Am Donnerstag, dem 17. März 1983, Beginn 10 Uhr, versteigere ich in 4770 Soest, Briloner Str. 44, im Namen und für Rechnung des Konkursverwalters, Herrn Rainer Salmen, 4600 Dortmund und der Sicherungsgläubiger die gepflegten Maschinen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Firma

**OTTO JAHN GMBH & CO.
MESSERWERK UND FURNIERHANDEL
BRILONER STR. 44
4770 SOEST**

Besichtigung: Mittwoch, den 16. März 1983, von 9 Uhr bis 15 Uhr sowie am Donnerstag, dem 17. März 1983, von 8 Uhr bis 10 Uhr vor der Versteigerung.

Es kommen u. a. zur Versteigerung: 3 RFR Furniermessermaschinen, 3 Furnierbandtrockner, 1 Härtle Entrindungsanlage, elektron. Furniervermessungsanlage, 4 Furnierpaketscheren, Bündelmaschinen, div. Band- und Kettensägen, Sägenschärfmaschinen, Kompressoren, Gabelstapler, Transportwagen, Kettenzüge, Hebebühnen u. v. m.

Katalog sofort auf Anfrage.

Dipl.-Kfm. Rüdiger Liebe
Versteigerer für Maschinen und Industrieanlagen
Frankfurter Str. 38, 5800 Hagen, Tel.: 0 23 31 – 1 76 ..
Telex: 8 23 457 venta-d

Konkurs-Versteigerung

am Dienstag, dem 15. März 1983, Beginn 10 Uhr,

versteigere ich in 4600 Dortmund, Eisenhüttenweg 9a, im Namen und für Rechnung des Konkursverwalters Herrn Rechtsanwalt Rainer Salmen die gepflegten Baumaschinen, Baugeräte und die Betriebsausstattung sowie den Fuhrpark der Firma

**EBERS & KEMPER GMBH
BAUUNTERNEHMUNG**

Eisenhüttenweg 9a, 4600 Dortmund

Besichtigung: Montag, den 14. März 1983, von 9 Uhr bis 15 Uhr sowie am Dienstag, dem 15. März 1983, von 8 Uhr bis 10 Uhr vor der Versteigerung.

Es kommen u. a. zur Versteigerung: 14 O&K-Geräte (MH 5 – RH 2, R 7, R 12, L 5, L 6) mit div. Zubehör wie Löffel, Schaufeln, Kugel, Magnete usw., 2 ABG-Motorwalzen, div. Lkws, Kompressoren, Baugeräte, 14 Bauwagen u. v. m.

Katalog sofort auf Anfrage.

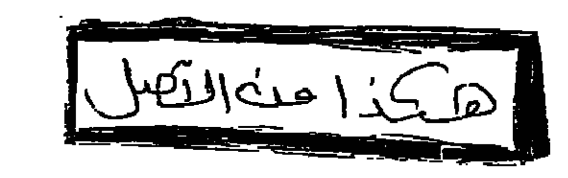
Dipl.-Kfm. Rüdiger Liebe
Versteigerer für Maschinen und Industrieanlagen
Frankfurter Str. 38, 5800 Hagen, Tel.: 0 23 31 – 1 76 ..
Telex: 8 23 457 venta-d

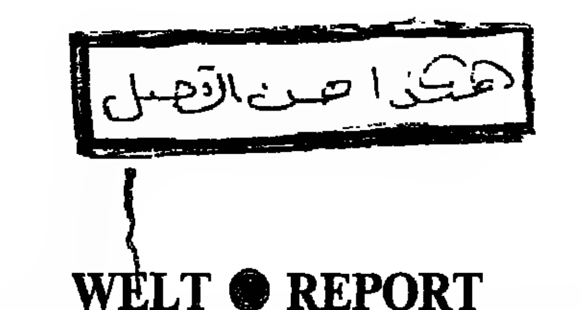
Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln."

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.
Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.
Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".
„Orientierungen" bringt in Heft 13 unter anderem Beiträge von Lothar Späth, Peter von Siemens, Theodor Waigel und Elmar Pieroth zum Problem einer umweltfreundlichen industriellen Produktion.
Vorschläge, den Wohlfahrtsstaat zu begrenzen, werden zur Diskussion gestellt; Experten berichten über marktwirtschaftliche Ansätze in Entwicklungsländern.
Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? –
Bitte, schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.





Bau-finanzierung

cd. – Man darf es eigentlich gar nicht zu laut sagen, weil es als Schwarzmalerei für die Zukunft ausgelegt werden könnte: So günstig wie jetzt wird man vermutlich schon bald nicht mehr zu eigenen vier Wänden kommen, egal, ob man bauen oder eine Eigentumswohnung oder ein altes oder neues Haus kaufen will.

Noch zeigen die Preise von Baugrundstücken, Häusern und Wohnungen die Spuren der Rezession und der hohen Zinsen während der letzten beiden Jahre, in denen überzogene Preisvorstellungen der Verkäufer nach unten korrigiert worden sind. Auf diesem wieder vernünftiger gewordenen Niveau zeichnet sich freilich eine Stabilisierung ab.

Auch die Entwicklung der Baupreise war in der letzten Zeit recht moderat. Die Baukosten stiegen langsamer als die Lebenshaltungskosten, was relative Preisstabilität bedeutet. Zugleich haben sich die bis Mitte 1981 geradezu explosionsartig gestiegenen Hypothekenzinsen auf ein halbwegs erträgliches Niveau zurückgebildet. Außerdem – angesichts dieser Verbesserung der Rahmenbedingungen liegt es einem auf der Zunge zu sagen, überflüssigerweise – winkt auch der Fiskus noch mit besonderen Vorteilen für Erwerber von Immobilieneigentum, wenn auch nicht mehr lange.

Nicht wenige Bürger haben diese Chancen erkannt und beschlossen, ihre während der letzten Zeit wegen der ungünstigen Verhältnisse aufgeschobenen oder eigentlich erst für die spätere Zukunft geplanten Wohneigentumsideen zu realisieren. Die kräftige Zunahme der Bauanträge signalisiert dies ebenso wie die Nachfrage nach Hypotheken – auch für die gleichfalls steuerlich begünstigte Modernisierung.

Nach dem Ausscheiden vieler Baufirmen aus dem Markt als Folge der rezessionsbedingten Pleitewelle drohen mit zunehmender Nachfrage nach Bauleistungen Kapazitätsengpässe, besonders im Ausbaugewerbe. Damit dürfte auch die Zeit der ruhigen Preisentwicklung bald ein Kapitel Vergangenheit sein.

Noch kommt man allerdings recht günstig zum Zuge, wenn man sich beeilt. Die Hypothekenzinsen könnten zwar noch etwas sinken; doch was nutzt es, darauf zu warten, wenn in der Zwischenzeit die Preise davonzulaufen drohen?

PROGNOSE / Die Daten signalisieren, daß die Botschaft „jetzt bauen" bei Privaten und Unternehmen angekommen ist

Nach zweijähriger tiefster Depression wird 1983 ein gutes Baujahr

R. KORNEMANN, Bonn

Die für 1982 abgegebene Prognose hat sich nicht erfüllt: Entgegen den Erwartungen wurde es nicht das „Jahr des Bauens". Trotz der zum 1. Januar 1982 in Kraft getretenen Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten (§ 7b und § 7 Abs. 5 EStG) entschlossen sich weniger Bauherren als je zuvor, Kapital in diesen Bereich zu transferieren. Der seit 1973 nach unten gerichtete Trend auf den Bau- und Wohnungsmärkten konnte deshalb nicht gebrochen werden.

Ursächlich für diese Fehlprognose waren mehrere Faktoren. Die Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke blieben entgegen den Hoffnungen bis zum Sommer extrem teuer; der durchschnittliche effektive Zinssatz erststelliger Fremdmittel mit einer fünfjährigen Konditionsfestschreibung betrug im Juli 1982 10,5 Prozent. Vom 3. Quartal 1981 bis zum 3. Quartal 1982 stiegen die Kaufwerte baureifen Landes um 13,4 Prozent auf 106,85 Mark je Quadratmeter an. Zugleich reduzierte sich das Angebot.

Die Diversifizierung vernachlässigt

Die um sich greifende allgemeine Verunsicherung und die steuerliche Begünstigung unbebauter, baureifer Grundstücke gegenüber anderen Vermögensarten verstärkten die latent vorhandenen Hortungstendenzen. Die öffentliche Hand sah sich außerstande, durch Bereitstellung weiterer Gelder die Verteuerung der Gesamtherstellungskosten sozialer Wohnungen zu kompensieren. Nach Schätzungen des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen wurden 1982 für 90 000 Wohnungen Mittel bewilligt, 1975 waren noch 154 000 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert worden.

Die Versicherungswirtschaft war immer weniger an Investitionen in den Mietwohnungsbereich interessiert. Sie vernachlässigte die Diversifizierung. Mangels ausreichender anderer lukrativer Verwendungsmöglichkeiten legte sie die ihr zufließenden Prämien in den inflationsbedingt mit hohen Zinssätzen ausgestatteten Staatspapieren und nicht, wie früher, in Substanzwerten an. Nach Auffassung des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft hatte die Mietgesetzgebung den Wohnungsbau unrentabel werden lassen: Die dort erzielbare Netto-Rendite war unter drei Prozent abgesunken.

In den Jahren 1981 und 1982 resignierte auch der Einzelbauherr, der sich über viele Jahre hinweg als die Stütze des Wohnungsbaus par excellence erwiesen hatte. Die Relation von Einkommen und Baukosten hatte sich dramatisch verschlechtert. Während noch zu Beginn der 70er Jahre die Gesamtkosten eines typischen Eigenheims das Zwölffache des durchschnittlichen Jahresnettoverdienstes eines Arbeitnehmers erreichte, stieg dieses Verhältnis zu Beginn der 80er Jahre auf das Vierzehn- bis Fünfzehnfache an. Gedämpfte Einkommenserwartungen, Arbeitsplatzrisiko, steuerliche Diskriminierung des selbstgenutzten Wohneigentums gegenüber dem Mietshausbesitz sowie wiederholte Kürzungen bei der Bausparförderung kamen kumulierend hinzu.

Konsequenz: Die Bauwirtschaft erlebte 1982 ihre tiefste Krise seit der Währungsreform. Über 2000 Baufirmen gerieten in Konkurs. Die Zahl beschäftigungsloser Bauarbeiter stieg zum Jahresultimo auf 120 000 an. Mit etwa 340 000 Fertigstellungen halbierte sich 1982 das Ergebnis gegenüber 1973. Nach Auffassung von Städtebauminister Schneider wurde damit ein Niveau erreicht, das nicht den Notwendigkeiten der Zukunft entspricht.

In der Erkenntnis, daß in der Wirtschaft solange nichts läuft, solange am Bau nichts läuft, hat die neue Regierung unmittelbar nach Übernahme der Verantwortung den Hebel für die ökonomische Wiederbelebung bei der Bau- und Wohnungspolitik angesetzt.

In seiner am 13. Oktober 1982 abgegebenen Regierungserklärung hat Bundeskanzler Kohl eine unverzügliche Verbesserung der steuerlichen Förderung des Eigenheimbaus sowie Maßnahmen zur Begünstigung des sozialen Mietwohnungsbaus in Verdichtungsräumen angekündigt. Insgesamt wurden hierfür 2,5 Milliarden Mark zusätzlich an Finanzmitteln bereitgestellt.

Durch die zügige Novellierung des Mietrechts sollten dem Mietwohnungsbau entscheidende Impulse gegeben werden. Flankierend kamen die günstiger gewordenen Rahmenbedingungen hinzu. Infolge der Verbesserung der Leistungsbilanz, des Nachlassens des Preisauftriebs sowie wegen der verstärkten Bemühungen, den Staatshaushalt zu sanieren, gewann die Deutsche Bundesbank den Freiraum, von ihrem bis dahin notwendigen Kurs hoher Zinsen abgehen zu können.

Baukredite wurden erheblich billiger. Die Effektivzinssätze von Hypothekarkrediten mit einer fünfjährigen Konditionsfestschreibung fielen bis Januar dieses Jahres auf 8,7 Prozent ab. Die Bauwirtschaft selbst übte Zurückhaltung. Die Baupreise blieben in den letzten Monaten relativ konstant; bei einigen Gewerken waren sie sogar rückläufig.

Nach den „Vorleistungen" der öffentlichen Hand, der Deutschen Bundesbank und den Bauproduzenten liegt es nunmehr an den potentiellen Investoren, inwieweit sie der Werbeaussage einer großen deutschen Bank („Bauen Sie jetzt") Folge leisten und 1983 definitiv zum „Jahr des Bauens" machen wollen.

Für die Kalkulation haben sich auf jeden Fall neue und wesentliche Aspekte ergeben. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurde ein erweiterter Schuldzinsabzug (§ 21a Abs. 4 EStG) eingeführt. Danach können Bauherren und Ersterwerber von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen und solche Personen, die ihre Ein- und Zweifamilienhäuser erweitern beziehungsweise ausbauen, drei Jahre lang bis zu 10 000 Mark Schuldzinsen zusätzlich steuerlich geltend machen, soweit mit den Bauarbeiten nach dem 30. 9. 1982 begonnen wurde.

Zins verbilligt sich um 2,5 Prozent im Jahr

Mit dem Sonderprogramm „Bausparzwischenfinanzierung" wird der Bau beziehungsweise Ersterwerb von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen gefördert, bei denen mit dem Bau nach dem 30. September 1982 begonnen wurde. Ausbauten und Erweiterungen werden ebenfalls auf diese Weise begünstigt.

Die Förderung erfolgt durch die Gewährung einer Zinsverbilligung, die jährlich 2,5 Prozent des verbilligungsfähigen Bausparzwischenkredits beträgt. Maximal wird ein Bausparzwischenkredit bis zu 80 000 Mark, zuzüglich 15 000 Mark für jedes zum Familienhaushalt gehörende, berücksichtigungsfähige Kind begünstigt. Durch das Sonderprogramm zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus in den Ballungsgebieten und zugunsten von Aussiedlern, Zuwanderern sowie Studenten wird eine Förderung mit Aufwendungszuschüssen von anfänglich bis zu 7,50 Mark monatlich pro Quadratmeter möglich.

Für die zögernden Bauwilligen sind schließlich noch die Mietrechtsänderungen bedeutsam. Durch die Einführung einer Staffelmiete, durch die Entformalisierung des Mieterhöhungsverfahrens sowie durch die Aktualisierung des Vergleichsmietenbegriffs soll das Interesse an der Errichtung neuer Mietwohnungen geweckt werden. Vor allem die Möglichkeit, zur Begründung eines Mieterhöhungsverlangens vergleichbare Wohnungen aus dem eigenen Bestand angeben zu können, wird von allen Vermietern als bedeutsamer Fortschritt erachtet; die Installierung einer Staffelmiete begrüßen insbesondere die Lebensversicherungsunternehmen.

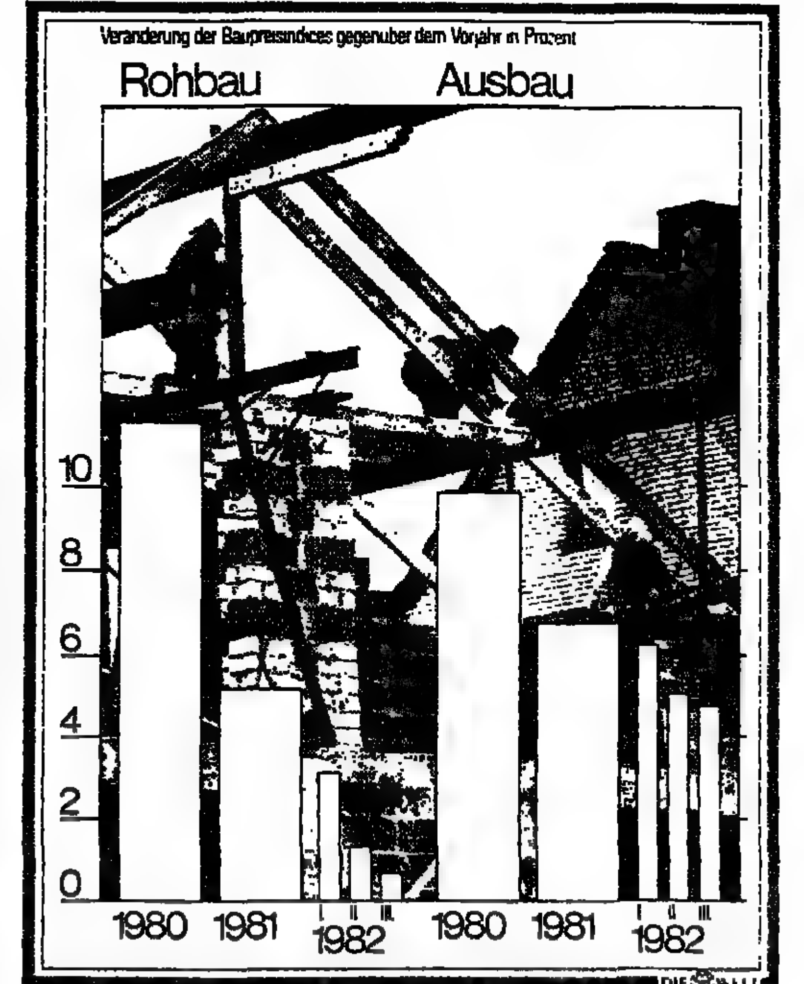
Die sich aus all diesen Maßnahmen ergebenden rechenhaften Vorteile sind beachtlich. Für einen vierköpfigen Haushalt mit einem marginalen Steuersatz von 35 Prozent ergeben sich beim Bau eines Familienheimes alleine aus der Verbilligung des Bausparzwischenkredits und des erweiterten Schuldzinsabzugs zusätzlich monatliche Entlastungen von 500 Mark in den nächsten drei Jahren. Additiv kommt der Effekt sinkender Zinsen hinzu. Durch die Mietrechtsänderungen werden die Zeiträume, in denen die Investoren wieder in ausreichende Renditen hineinwachsen, überschaubar. Bauherren von Sozialwohnungen kommen in den Genuß weiterer Gelder.

Bauen lohnt sich also wieder. Die Daten signalisieren auch bereits, daß die Botschaft „Jetzt bauen" bei Privathaushalten und Unternehmen angekommen ist. Die Bauämter melden eine sprunghafte Zunahme der Baugenehmigungen im Familienheimbereich; das Kontingent aus dem Sonderprogramm „Bausparzwischenfinanzierung" ist nahezu ausgeschöpft.

Die Lebensversicherer wollen ihr Engagement im Mietwohnungsbau 1983 verstärken; gerade für sie ist das neue Mietrecht das Startsignal schlechthin. Außerdem machen sinkende Zinsen den Erwerb von Staatspapieren für sie nicht mehr so interessant. Bei den Bausparkassen zieht das Neugeschäft kräftig an. Der Markt für Immobilien erwacht nach einer zweijährigen tiefen Depression.

Die verbesserten Auspizien dürfen allerdings die Investoren nicht zur Blindheit, die Produzenten zur Maßlosigkeit bei Preisforderungen und die öffentliche Hand zur Rückgängigmachung des nunmehr gewählten Kurses verleiten. Für die Assekuranz beispielsweise wäre eine Verschlechterung des soeben behutsam modifizierten Mietrechts eine Katastrophe.

Denn dem Bau zur Verfügung gestelltes Kapital ist Geld plus Vertrauen. Fehlt es an der Zuversicht, helfen temporär auch noch so beachtliche finanzielle Entlastungen nicht weiter. Aufgenommene Kredite müssen bis zu 30 Jahren bedient werden, die Immobilien selbst bleiben über 100 Jahre marktwirksam. Die Frage „Jetzt bauen?" ist – nach sorgfältiger Planung – positiv zu beantworten, Stabilität und Berechenbarkeit vorausgesetzt.



Materialkosten stiegen stark an

Baupreise stehen still – Firmenerträge nicht rosig

DW. Bonn

Auftragsmangel und verschärfter Wettbewerb haben den Baupreisanstieg der vergangenen Jahre 1982 zumindest zum Stillstand gebracht. In wesentlichen Bereichen des Baumarktes ist es im Verlauf des Jahres 1982 sogar zu rückläufigen Baupreisen gekommen. Das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Kosten und der Erlöse bringt die Erträge der Baufirmen erheblich unter Druck.

Ausgeprägter als in früheren Rezessionsphasen ist die Ertragslage der Baufirmen in den Jahren 1980 bis 1982 eingeengt worden, weil insbesondere die Personal- und Materialkosten im bisherigen Verlauf der Baukrise wesentlich stärker angestiegen sind als die Preise der Leistungen des Bauhauptgewerbes.

Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie feststellt, wurden die Ertragssorgen der Baufirmen zusätzlich dadurch verschärft, daß die Bauleistung pro Beschäftigten abnahm, weil die personellen Kapazitäten nur verlangsamt der rückläufigen Bauproduktion angepaßt werden konnten. Das Mißverhältnis zwischen Kosten und Erlösen übertraf daher bei weitem die Einsparungsmöglichkeiten der Firmen durch Rationalisierung.

Schon in den Jahren 1979 bis 1981 war der Ertragseinbruch bei den Baufirmen „besonders ausgeprägt", wie die Deutsche Bundesbank aufgrund ihrer Bilanzstatistik feststellte. Diese Entwicklung hat sich im Verlauf des Jahres 1982 verstärkt fortgesetzt. Das volle Ausmaß der besorgniserregenden Ertragsentwicklung wird sich allerdings erst in den Bilanzen für die Jahre 1982 und 1983 niederschlagen.

Der Preisindex für Bauleistungen war zuletzt in der Rezession 1967 rückläufig gewesen. Damals standen den Preisrückschlägen allerdings extrem niedrige Lohnerhöhungen gegenüber.

BAUSPARKASSEN / Modernisierung und Altbausanierung rücken stärker in den Finanzierungs-Vordergrund

Nach wie vor hat Bausparen für den Wohnungsbau einen hohen Stellenwert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Jetzt rühren sie wieder die Werbetrommel. Von Zeitgewinn ist die Rede, den man sich nicht entgehen lassen sollte. Einmal mehr naht bei einem Großteil der rund zweieinhalb Dutzend deutschen Bausparkassen ein wichtiger Stichtag Wer noch vor Ende März einen Bausparvertrag abschließt und entsprechende Einzahlungen leistet, dem wird ein zeitlicher Vorsprung auf dem jahrelangen Weg bis zur Zuteilung seines Vertrages in Aussicht gestellt.

Die Wartelisten bis zur Zuteilung sind es, die – zum Mißfallen der Bausparinstitute – in den letzten Monaten und Jahren in der Blickpunkt öffentlichen Interesses geraten sind. Galten diese Fristen lange Zeit als recht stabil, so sind sie im vergangenen Jahr im Durchschnitt aller Bausparkassen um etwa ein halbes Jahr verlängert worden.

Zu spüren bekommt diese Entwicklung, wie die Bausparkassen immer wieder bemüht sind zu beteuern, hauptsächlich der Schnellsparer. Damit ist derjenige gemeint, der auf einen Schlag 40 oder 50 Prozent der Bausparsumme einbezahlt. Ihm winkt noch immer nach einer Wartezeit zwischen zweieinhalb und vier Jahren die Zuteilung, also Auszahlung des Angesparten zusammen mit einem zinsgünstigen, im Grundbuch nachrangig abzusichernden Bauspardarlehen.

Von dieser Tendenz zu einer etwas längeren Wartezeit bleibe der Regelsparer, der also auf Sondereinzahlungen verzichtet und Rate um Rate innerhalb eines Jahrzehnts das vertragliche Mindestguthaben für die Zuteilungsreife anspart, verschont, versichern die Institute unisono.

Gleichwohl ist in Teilen der großen Bausparklientel ein gewisser Unmut, da und dort sogar Ärger, nicht zu übersehen. Trotz aller gegenseitigen Beteuerungen scheint es in der Zone zwischen dem als Schnellsparer und dem als Regelsparer definierten Bausparer-Typus zu Frustrationen gekommen zu sein, wenn der Zuteilungszeitpunkt sich unvorhergesehenerweise verschob. Die Bausparkassen haben alle Mühe, enttäuschte Bausparer von der Unverbindlichkeit einmal gemachter Zuteilungsschätzungen zu überzeugen.

Bekanntlich basiert das Bausparsystem, das hierzulande praktiziert wird, darauf, daß in dieser Kollektiv-Konstruktion im Prinzip nur das zugeteilt werden kann, was als Spar- oder Tilgungsgelder hereinkommt. Die Reihenfolge der zur Zuteilung anstehenden Bausparverträge wird nach einem Zeit-mal-Geld-Berechnungsmodus festgelegt. In früheren Jahren sorgten kräftige Wachstumsraten im Neugeschäft und vor allem üppige Sonderzahlungen der Bausparer und ein hoher Bestand an Darlehensverzichtern dafür, daß die Wartezeiten bis zur Zuteilung sich beträchtlich verkürzten.

Längere Wartefristen

Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Konjunkturflaute und steigende Arbeitslosigkeit ließen im Verein mit hohen Kapitalmarkt-Zinsen den Wohnungsbau erstarren. Das Neugeschäft der Bausparkassen ging im Jahre 1981 um ein Fünftel zurück, im vergangenen Jahr war der Einbruch nicht viel geringer. Die Bausparer geizen – wohl oder übel – mit Sonderzahlungen. Die Folge: Die Relation von Geldeingang zu nicht zugeteiltem Vertragsbestand verschlechterte sich. Dadurch begannen die Wartefristen länger zu werden. Für den auf einen festen Termin fixierten Häuslebauer ist dies gerade dann besonders schmerzlich, wenn er länger als erwartet bei relativ hohem Zinsniveau zwischenfinanzieren muß.

Ungeachtet aller Friktionen und Schwierigkeiten, die am Bau- und Finanzierungsmarkt entstanden, hat der Bausparkunde seine Lebensfähigkeit einmal mehr unter Beweis gestellt. Ihre Geburt hatte die Bausparidee in Deutschland Mitte der zwanziger Jahre.

Die Turbulenzen jener Zeit, markiert durch Inflation und wirtschaftliche und politische Krisenerscheinungen, bereiteten den Boden. Alles drängte in Sachwerte, eigene vier Wände wurden zur großen Wunschvorstellung. In dieser Zeit der Finanzierungsengpässe und hoher Zinsen wurde gewissermaßen der Grundstein zur Selbsthilfe beim Erwerb von Wohneigentum gelegt.

Serienweise schossen in der Folgezeit Bausparkassen wie Pilze aus dem Boden. Nach einem Prozeß der Strukturbereinigung etablierte sich schließlich ein Bausparsystem, das in der Form eines bewußten Zwecksparens in einer Selbsthilfegemeinschaft die Gewährung zinsgünstiger und unkündbarer Bauspardarleben ermöglichte.

Den hohen Stellenwert des Bausparens für den Wohnungsbau untermauern einige wenige Zahlen: Seit der Währungsreform wurden in der Bundesrepublik weit über neun Millionen Wohnungen von den Bausparkassen mitfinanziert. Galt in den fünfziger Jahren dem Aspekt des Neubaus von Eigenheimen und Wohnungen absolute Priorität, so rückt inzwischen die Modernisierung und Altbausanierung immer stärker in den Vordergrund.

Zusammengenommen belaufen sich alle Finanzierungsleistungen der deutschen Bausparkassen in den letzten drei Jahrzehnten auf ein Volumen von annähernd 460 Milliarden Mark. Zur Zeit vereinigen die deutschen Bausparkassen rund 15 Millionen Kunden mit über 23 Millionen Verträgen und einer Bausparsumme von etwa 800 Milliarden Mark auf sich.

In den Markt teilen sich 18 private und 13 öffentlich-rechtliche Bausparkassen. Unter den privaten Instituten, die gut zwei Drittel des Marktes auf sich gezogen haben, rangieren Schwäbisch Hall, das Beamtenheimstättenwerk und Wüstenrot mit deutlichem Vorsprung an der Spitze der Größenskala.

Enges Netz aufgezogen

Die bundesweit operierenden privaten Kassen haben ein engmaschiges Netz an eigenen Außendienst-Mitarbeitern aufgezogen. In einigen Fällen bedient man sich der Kooperation mit Versicherungsgesellschaften beziehungsweise Volksbanken (Schwäbisch Hall).

Die öffentlichen Bausparkassen arbeiten, da sie in die Sparkassen-Organisation eingebunden sind, in jeweils voneinander getrennten Regionen. Unter dem Stichwort „alles aus einer Hand" kommt ihnen die Anlehnung an die Sparkassen oder Landesbanken bei der Akquisition zustatten.

Längst haben die Bausparkassen erkennen müssen, daß sich die Marktverhältnisse auch in anderer Richtung verschärft haben. Neue Wettbewerber, insbesondere Großbanken und Versicherungen, sind mit Elan in das Baufinanzierungsgeschäft hineingegangen.

Auf diese veränderten Wettbewerbsverhältnisse hin blieben die Bausparinstitute nicht untätig und mobilisierten all ihren Ideenreichtum, um mit modifizierten und neuen Tarifen den Wünschen der Kunden noch besser entsprechen zu können. Diese Flexibilität in der Angebotspolitik weiterzuentwickeln, bleibt eine Daueraufgabe der Branche.

WOHNUNGSBAU / Der Zeitpunkt einer Rendite rückt näher – Vier Schwerpunkte

Das Mietobjekt ist wieder attraktiver

DW. Bonn

Selber einziehen oder besser vermieten? Statt Aktien vielleicht wieder in ein Mietshaus einsteigen? Die Antwort auf beide Fragen stellt sich seit einigen Monaten in neuem Licht. Ökonomische und klimatische Gründe sprechen für ein Überdenken gewohnter Positionen.

Ein Bündel von Ursachen hat dazu geführt, daß sich der Bau einer Mietwohnung schon heute rentieren kann. Allein die Zinssenkungen der letzten Monate von deutlich mehr als zwei Prozent haben die Kostenmiete für den Quadratmeter Wohnfläche um vier bis fünf Mark verringert.

Die Kostenmiete ist mit Werten um 18 Mark natürlich immer noch sehr hoch, zumal auch in Städten kaum mehr als zwölf Mark Miete erzielbar sind. Aber einschließlich der steuerlichen Vergünstigungen rückt der Zeitpunkt einer Rendite für den Hausbesitzer näher. Unter günstigen Bedingungen wirft eine neue Mietwohnung heute sogar schon etwas ab. Dieser Ertrag liegt noch immer weit unter den (risikolosen) Verzinsungen für Sparanlagen, aber ein Fortschritt ist das Näherrücken der Renditeschwelle schon.

Klimatisch wichtig ist das Mietrecht. Die neue Bundesregierung hat hier Daten gesetzt, die stabilisierend wirken. Die ersten beiden Monate dieses Jahres haben gezeigt, daß die Vermieter keineswegs die Mieten sprunghaft erhöht haben, die Aufschläge lagen noch immer in der Nähe der allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Aber für einen langfristigen Investor ist es wichtig, daß er eine rechtliche und wirtschaftliche Position erhält, die im Verhältnis zu seinem Mieter ausgewogen ist. Dafür sind die Chancen gewachsen. Vier Schwerpunkte seien genannt:

1. Zeitvermietung. Durch diesen Vertrag ist es möglich, bisher leerstehende Wohnungen besser zu nutzen. Der Vermieter kann auf bis zu fünf Jahre vermieten, wenn er (oder seine Angehörigen) innerhalb absehbarer Zeit selbst einziehen, das Haus grundlegend modernisieren oder abreißen wollen.

2. Staffelmiete. Mieter und Vermieter können auf Jahre hinaus staffelweise Mietanhebungen vereinbaren. Das Abkommen ist freiwillig. Der Vertrag (beispielsweise 500 Mark Miete und die nächsten zehn Jahre jährlich 20 Mark plus) birgt ein Risiko für beide Seiten. Der Mieter mag sein Einkommen überschätzt, der Vermieter seine Kosten unterschätzt haben.

3. Vergleichsmiete. Die ortsübliche Vergleichsmiete wird nicht mehr aus Uraltmieten von Altbauten herausgefiltert, sondern erfaßt die Mietverträge der letzten drei Jahre. Die Steigerung ist freilich begrenzt auf 30 Prozent in drei Jahren. Bisher konnte der Hausbesitzer die Miete schlagartig von drei auf fünf Mark anheben, jetzt darf er nur auf 3,90 Mark gehen und muß dann drei Jahre stillhalten.

4. Der Mieterschutz bleibt bestehen, die Mieter brauchen also nicht beunruhigt zu sein. Auch Sozialwohnungen sind vom neuen Mietrecht nicht betroffen.

Fazit: Die Belebung des Mietwohnungsbaus hat wirtschaftliche und rechtliche Gründe, die von immer mehr Anlegern erkannt werden.

NEUES RECHT / Klare Gesetze haben den Immobilienmarkt belebt, berichten Makler

Steuersenkung beim Grunderwerb

DW. Bonn

Klare Fakten und niedrigere Kosten schafft die Reform der Grunderwerbsteuer. Finanzexperten in Bonn bezeichnen sie als eine der wenigen gelungenen Reformmaßnahmen des Fiskus. Der Kern des Gesetzes, das seit Jahresbeginn gilt, lautet: Steuersenkung von sieben auf zwei Prozent. Dagegen kaum noch Befreiungen von der Steuerzahlung.

Verfassungsjuristen mutmaßten bereits, das alte Recht der Grunderwerbsteuer verstoße gegen das Grundgesetz, denn von 100 Kauffällen waren nur etwa 15 bis 20 steuerpflichtig. Damit sei die Gleichmäßigkeit der Besteuerung verletzt, meinten sie.

Außerdem habe dieses Gesetz mit seinen kaum noch überschaubaren Befreiungstatbeständen allzu viele Bürokraten beschäftigt und die Bürger verwirrt. Man darf gespannt sein, auf wieviel Personal die Finanzbehörden jetzt verzichten können, nachdem das neue Gesetz gilt.

Für kleine Eigenheimer, die bisher von der siebenprozentigen Kaufsteuer weitgehend befreit wurden, bedeutet die Reform eine Verschlechterung. Günstiger dagegen stellen sich investierende Betriebe und Immobilienkäufer oberhalb bestimmter Summen. Wer für eine Eigentumswohnung oder ein Einfamilienhaus mehr als 350 000 Mark bezahlt, wird durch die Reform begünstigt. Gleiches gilt für den Erwerb eines Zweifamilienhauses oberhalb von 420 000 Mark.

Einige Fälle sind gleichwohl auch künftig von der zweiprozentigen Kaufsteuer für Grundstücke befreit. Im wesentlichen lassen sie sich in folgenden vier Gruppen umreißen:

- Wer ein Grundstück erwirbt, dessen Preis 5000 Mark nicht übersteigt, braucht keine Grunderwerbsteuer an das Finanzamt zu zahlen;
- Grundstückserwerbe im Todesfall sowie Schenkungen unter Lebenden sind von der Abgabe befreit;
- gleiches gilt für Ehegatten, die sich gegenseitig ein Objekt übertragen;
- schließlich ist der Erwerb steuerfrei, wenn der Käufer mit dem Verkäufer in gerader Linie verwandt ist (also Kinder oder Eltern).

Mit dem neuen Gesetz entfallen die umständlichen Behördengänge, bei denen es nicht selten darum ging, innerhalb von fünf Jahren nachweisen zu müssen, ob der Erwerber selbst oder ein Verwandter von ihm in gerader Linie ein Jahr ununterbrochen das Objekt bewohnt habe. Vieles sei hier, so glauben Experten, „getürkt" worden.

Makler berichten, daß das klare Gesetz und der deutlich niedrigere Steuersatz dazu beigetragen hätten, daß sich der Immobilienmarkt belebt. Eine hohe Kaufsteuer für Grundstücke und Häuser hat den Markt noch nie stimuliert.

DISAGIO-DARLEHEN

Niedrige Belastung am Beginn der Finanzierung

Zes. Hannover

Mit dem Sonderprogramm Disagio-Darlehen schließt die Deutsche Hypothekenbank, Hannover, eine nicht unbedeutende Angebotslücke auf dem Markt für langfristige Kredite.

Erfahrungsgemäß wünschen die Darlehensinteressenten in der Anfangsphase der Finanzierung eine möglichst niedrige Zinsbelastung. Die Deutsche Hypothekenbank bietet jetzt ein Modell für selbst genutzte Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen an, das den Hauptwunsch eines jeden Bauherrn beziehungsweise Haus- und Eigentumswohnungs-Käufers – eine möglichst niedrige monatliche Belastung – erfüllt.

Neben dem Hauptdarlehen über 80 Prozent des Kaufpreises oder der angemessenen Herstellungskosten wird ein sogenannter Erhöhungsbetrag (Disagio-Darlehen) bis zu 10 Prozent des Hauptdarlehens bereitgestellt und damit der bis auf 85 Prozent des Hauptdarlehens herabgesetzte Auszahlungskurs wieder auf 95 Prozent angehoben. So kann ein niedriger Zinssatz des Hauptdarlehens sichergestellt werden.

Interessant sind auch die vielfältigen Tilgungsvarianten: Das Hauptdarlehen (Konditionenfestschreibung für zehn Jahre, gegebenenfalls auch kürzere Laufzeiten) kann zum Beispiel mit 1 Prozent zuzüglich ersparter Zinsen getilgt oder tilgungsfrei gestellt werden, wenn eine Abtretung der Ansprüche aus einer Lebensversicherung oder einem Bausparvertrag vorliegt (Kombinationsvariante). Das Disagio-Darlehen ist spätestens nach zwölf Jahren zu tilgen. (Gegen Abtretung der Rechte aus einer Lebensversicherung oder einem Bausparvertrag verzichtet die Bank, ebenso wie bei dem Hauptdarlehen, auf die Tilgung.

Wenn Hauptdarlehen und Disagio-Darlehen tilgungsfrei gestellt werden sollen, muß die Lebensversicherungssumme beziehungsweise Bausparsumme mindestens dem Hauptdarlehensbetrag entsprechen.

Ein Beispiel: Der Kaufpreis für eine Eigentumswohnung beträgt 250 000 Mark, der Darlehensbetrag liegt bei 200 000 Mark. Das Hauptdarlehn soll zehn Jahre laufen. Die Auszahlung beträgt 85 Prozent, der Erhöhungsbetrag 10 Prozent. Der Zinssatz für das Hauptdarlehen beträgt 6,5 Prozent jährlich, der Zinssatz für den Erhöhungsbetrag 9 Prozent pro Jahr. Es ergibt sich folgende Belastung: Zinsen für 200 000 Mark gleich 13 000 Mark jährlich, 9 Prozent Zinsen für 20 000 Mark (Erhöhungsbetrag) macht 1800 Mark pro Jahr. Das ergibt zusammen 14 800 Mark jährlich (pro Monat 1233,33 Mark) zuzüglich Tilgung oder Versicherungs- beziehungsweise Bausparverträge.

BAUSPARFÖRDERUNG

Ein Angebot für die Jugend

DW. Bonn

Für junge Leute mit geringem Einkommen lohnt sich Bausparen besonders, weil andere mitsparen. Die anderen, das sind: der Arbeitgeber, der bis zu 624 Mark „Vermögenswirksame Leistungen" auf Bausparverträge überweist, das Finanzamt, das darauf mindestens 23 Prozent (143,52 Mark) Sparzulage gewährt und für eigene, über die „Vermögenswirksame Leistungen" hinausgehende Einzahlungen mindestens 14 Prozent Wohnungsbauprämie zahlt und die Bausparkasse, die noch Zinsen drauflegt.

Wie normal verdienende Bundesbürger (Leute mit hohem Einkommen also einmal ausgenommen) diese Vorteile am besten nutzen? Durch Abschluß eines Bausparvertrags beispielsweise über 40 000 Mark und neben der vermögenswirksamen Leistung des Arbeitgebers 67 Mark aus der eigenen Tasche (also jährlich rund 800 Mark) sparen. Die für die vermögenswirksame Leistung anfallende Sparzulage von 143,52 Mark jährlich vermindert den tatsächlichen Aufwand noch entsprechend.

Das eingezahlte Geld (also vermögenswirksame Leistung und Eigenleistung) wirft, wenn der Vertrag zehn Jahre läuft und der Bausparer elf Jahresleistungen aufbringt, einen Spargewinn von fast 6000 Mark ab. Nach zehn Jahren haben sich dann, die Vergünstigungen und vier Prozent Zinsen mitgerechnet, rund 20 000 Mark auf dem Bausparkonto angesammelt.

Da die „Bindungsfrist" inzwischen abgelaufen ist, steht dem Bausparer die Verwendung frei. Wenn er aber seinen Vertrag zum Bauen, Kaufen oder Modernisieren einer Wohnung nutzen will, kann er zusätzlich ein zinsgünstiges Bauspardarlehn in gleicher Höhe beanspruchen.

Manches „Sonderangebot" wird feilgeboten

DW. Bonn

Zwei recht unterschiedliche Institutionen verkaufen augenblicklich Wohnungen (oder kündigten es an): der Bund und der gewerkschaftseigene Konzern Neue Heimat. Ersterer, weil er die Vermögensbildung breiter Schichten stimulieren will, letzterer, weil er dringend Geld braucht.

Die ins Schlingern geratene Neue Heimat braucht die Millionen zur Sanierung. Wie zu hören ist, plant sie den Verkauf von etwa zehn Prozent ihres Bestandes. Bevorzugt sind die augenblicklichen Mieter. Ihnen wird die Wohnung zuerst angeboten. Erst wenn sie nicht wollen (oder nicht können) denkt man an Dritte, die jedoch keinesfalls im Verdacht der Wohnungsspekulation stehen dürfen.

Ähnliche Prinzipien will der Bund anwenden. Er besitzt rund 50 000 Wohnungen und möchte sie schrittweise zum Kauf anbieten. Die Veräußerungen würden jedoch nur dann durchgeführt, meint das Bundesfinanzministerium, „wenn die berechtigten Belange der Mieter gewahrt bleiben und Herausmodernisierungen oder Kahlschlagsanierungen (Abbruch und Neubau) vermieden werden".

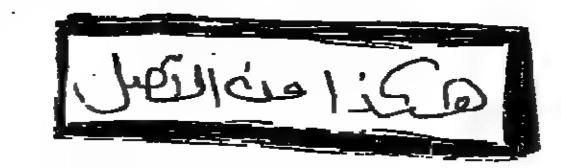
Die Mieter, sie mit einem Kaufangebot rechnen können, sind zur Hälfte Bundesbedienstete. Falls sie nicht zugreifen, träte der Bund an die Wohnungsunternehmen der Gemeinden heran. Für den Bund ist jedoch das Hauptziel, aus Mietern Eigentümer zu machen – die beste Form eines unkündbaren Dauerwohnrechts. Vorerst sind die Oberfinanzdirektionen einmal aufgefordert, den Wohnungsbesitz zu prüfen und zu sichten. Einen gewissen Kernbestand für seine Bediensteten, Soldaten etc. wird der Bund behalten müssen.

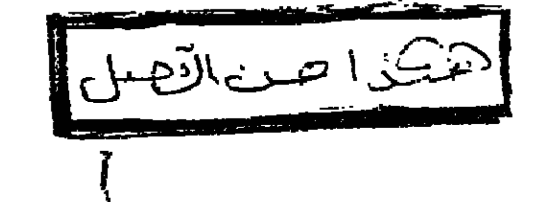
Preislich dürften die Angebote recht attraktiv sein. In Bonn war von durchschnittlichen Verkaufspreisen um 100 000 Mark je Wohnung die Rede. Freilich: Die Bauten stammen überwiegend aus früheren Jahrzehnten, sind nicht selten schlicht, aber doch wohl meistens einigermaßen instandgehalten. Mutmaßlich eine Chance für Hobby-Handwerker.

Keineswegs handelt es sich, wie der Mieterbund zu bemerken pflegt, um „baufällige, alte Hütten". Die gleiche Organisation, die sich im Wahlkampf so stark für die SPD engagierte, hat übrigens den Bund heftig kritisiert, die gleichen Vorgänge bei der Neuen Heimat dagegen unerwähnt gelassen.

Bei einigermaßen geschickter Finanzierung, weiteren Zinssenkungen und Ausnutzung der üppigen Steuervorteile und Zuschüsse sind solche Wohnungsverkäufe recht attraktiv, für die meisten auch erschwinglich.

Natürlich handelt es sich bei den „Sonderangeboten" nicht um massenweise Verkaufsaktionen. Bei rund 23 Millionen Wohnungen fielen sie kaum ins Gewicht. Wer jedoch von seinem Hausbesitzer ein Angebot erhält, sollte es sorgfältiger als noch vor einem Jahr prüfen.





POTHEKEN / Verführung durch vordergründig günstige Bedingungen häufigste Ursache für „Überraschungen“

ie Spekulation ohne Netz kommt teuer

AUS DERTINGER, Frankfurt

elber bauen, ein „Gebraucht- s“ oder eine Eigentumswoh- g kaufen? Dies ist die erste erlegung, die jeder anstellen , der sich dazu entschließt, aus Gemieteten in eigene vier nde umzusiedeln. Mindestens nso wichtig ist die Wahl der tigen Fremdfinanzierung, also Hypothek, ohne die der Traum den eigenen vier Wänden für meisten Bürger ein Traum be.

as Angebot an Wohnungsfinan- ungen von Hypothekenban- Landesbanken, Geschäfts- ken, Volksbanken, Sparkassen schließlich auch der Versiche- gsgesellschaften ist inzwischen ungemein vielfältig geworden, der Durchblick schwerfällt.

as es nicht alles gibt: Hypothe- deren Zinsen für zehn Jahre geschrieben werden oder für , fünf oder gar nur für zwei re. Vorschaltdarlehen und Hy- heken mit variablem Zins. Hy- heken mit einem Zins von 8,5 zent und fast hundertprozenti- Auszahlung und 7,5prozentige, en Auszahlungsbetrag um ein nnum“ auf etwa 93,5 Prozent ürzt, oder noch niedriger ver- liche Darlehen, von denen h weniger ausgezahlt wird.

e Vielfalt ist groß. Aber wel- s Angebot ist im Einzelfall das stigste? Für die meisten Inter- enten, die in komplizierten Fi- nzdingen Laien sind, ist das gar nicht zu durchschauen. Und das ist auch der Grund, warum bei der Finanzierung nicht selten – trotz Beratung durch Banken – Fehler gemacht werden, die man später teuer bezahlen muß.

Was schon manchem Häuslebauer später arge Kopfschmerzen bereitet und das Portemonnaie stark belastet hat, das ist die Wahl einer falschen Zinsbindungsfrist. Sie kann die Kalkulation völlig durcheinanderbringen. So sind zum Beispiel viele Häuslebauer auf die Nase gefallen, als sie zu Beginn der Hochzinsphase 1980 ein- oder zweijährige „Vorschaltdarlehen“ aufnahmen in der Hoffnung, diese Darlehen nach ein oder zwei Jahren in langfristige Hypotheken umschulden zu können in der Hoffnung, daß die Zinsen dann wieder niedriger sind. Die Anschlußfinanzierung in der Zwischenzeit wurde wegen des Zinsanstiegs zu einem enorm teuren „Vergnügen“. Erst in diesem Jahr sind die Hypothekenzinsen wieder auf das Niveau von 1980 zurückgegangen.

Aufgegangen ist dagegen die Zinssenkungsspekulation, die ein Bauherr vor einem Jahr riskiert hat, als ein fünfjähriges Festzinsdarlehen effektiv 11,02 Prozent kostete, für eine Hypothek über 100 000 Mark also 55 100 Mark Zinsen für den Fünfjahreszeitraum. Es lohnte sich, statt dessen ein einjähriges Vorschaltdarlehen zu 12,57 Prozent aufzunehmen und es im Februar dieses Jahres in ein vierjähriges, mit effektiv 8,8 Prozent verzinsliches Darlehen umzuschulden. Das brachte für die fünfjährige Finanzierungsperiode immerhin eine Minderbelastung von 7 430 Mark.

Ist eine solche Abschnittsfinanzierung heute noch interessant, nachdem Vorschaltdarlehen bereits billiger geworden sind als längerfristige Finanzierungen? Die Frage muß mit Ja beantworten, wer mit einer weiteren Zinssenkung am Kapitalmarkt rechnet, für die in der Tat einiges spricht. Aber eine Spekulation ohne Sicherheitsnetz bleibt das allemal, es sei denn, das Vorschaltdarlehen kann jederzeit in eine längerfristige Hypothek umgewandelt werden.

Nicht Spekulation, sondern die Verführung durch nur vordergründig günstige Hypothekenbedingungen ist die Ursache für den häufigsten Finanzierungsfehler. Vor die Wahl gestellt, entweder eine Hypothek mit fünfjähriger Zinsbindung aufzunehmen oder eine mit zehnjähriger Zinsfestschreibung, deren Auszahlungskurs vielleicht um drei Prozentpunkte niedriger oder deren Nominalzins ¾ Prozentpunkte höher ist, entscheiden sich erfahrungsgemäß nicht wenige Hypothekennehmer für die billigere fünfjährige Zinsbindung.

Das kann eine böse Überraschung geben, wenn sich das Zinsniveau just zum Zeitpunkt der Zinsneufestsetzung nach fünf Jahren erhöht hat.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, wie das Familienbudget in die Klemme kommt, wenn die Hypothekenbelastung schon vorher, was keine Seltenheit ist, 30 Prozent des Nettoverdienstes aufzehrt und zudem das Realeinkommen praktisch stagniert.

Wer dagegen 1977 eine zehnjährige Zinsbindung wählte, mußte zwar einen Zins von etwa 6,5 Prozent statt 5,75 Prozent in Kauf nehmen, aber er konnte die Hochzinsphase in aller Ruhe überleben. Der höhere Zins als „Versicherungsprämie“ für die längerfristige Kalkulierbarkeit der Hypothekenzinsen hat sich also dicke ausgezahlt.

Diese Beispiele sollte jeder vor Augen haben, der sich mit dem Gedanken einer Haus- oder Wohnungsfinanzierung trägt. Im Zweifelsfalle, besonders dann, wenn das Zinsniveau nicht gerade als sehr hoch, sondern eher als niedrig angesehen wird, werden auch die Hypothekenbanken dem privaten Hypothekennehmer zur langfristigen Zinsbindung raten.

Abzuraten ist – außer in Zeiten hoher Zinsen – auch von Hypotheken mit variablem Zinssatz, wie sie die Sparkassen traditionell und die Geschäftsbanken ebenfalls schon seit geraumer Zeit anbieten. Denn diese variablen Hypothekenzinsen folgen im Prinzip den Schwankungen der Sparzinsen.

NOTIZEN

Preisrückgänge

Die Immobilienpreise in den deutschen Städten sind 1982 überwiegend gesunken. Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen und Bauplätze in den Großstädten wurden durchschnittlich zwischen vier und 7,5 Prozent billiger. Überwiegend Grundstücke für Einfamilienhäuser waren betroffen, im Durchschnitt minus 7,5 Prozent. In den Ballungsgebieten ergeben sich so Quadratmeterpreise zwischen 380 und 405 Mark. Preisrückgänge um rund vier Prozent gab es bei Eigentumswohnungen von hohem Niveau. Als Durchschnittspreis pro Quadratmeter werden 2800 Mark genannt.

Wenig Eigengeld

Preislich auch für den Durchschnittsverdiener erschwinglich sind vermietete Wohnungen, die im sogenannten Ersterwerbermodell für Kapitalanleger angeboten werden. Der Preis je Quadratmeter Wohnfläche beträgt rund 2000 Mark. Durch konsequente Nutzung aller steuerlichen Möglichkeiten ist der Erwerb auch mit wenig Eigengeld (5000 bis 10 000 Mark) möglich. Danach trägt sich die Wohnung durch Mieteinnahmen und Steuervorteile nahezu von selbst.

Vorteile in Andorra

Hohe Rendite im Steuer-Paradies Andorra. Ein Unternehmen aus dem Fürstentum Andorra bietet Villen und Wohnungen an. „Keine Einkommenssteuer, keine Wertsteigerungssteuer, keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftssteuer, keine Mieterschutzgesetze“ – diese Vorteile sollen Interessenten für Andorra-Immobilien werben.

Selbstausbau

Ausbauhaus Hobby 100 ist der Name. Er bedeutet: Das Haus ist außen zu 100 Prozent fertig, innen zu 100 Prozent zum Selbstausbau vorgesehen. Keller, Schornstein und weitere Ausbaupakete sind kostengünstig lieferbar. Bau- und Montageanleitungen sowie Baufachleute stehen mit wertvollen Ratschlägen zur Seite.

Kanada lockt

Land für die Kornwirtschaft, für Milch-, Rinder- und Gemüsewirtschaft wird im kanadischen Manitoba speziell für auswanderungswillige Bürger angeboten. Daneben stehen in Manitoba Bürogebäude, Einkaufszentren, Appartementhäuser und Industriegebäude zum Verkauf, die dem Investor nach Angaben der Kilkenny Real Estate Ltd. einen Gewinn von sechs bis zehn Prozent versprechen.

Eigentum auf Zeit

„Time-sharing“ ist ein neuer Weg, Eigentum zu schaffen im inflationssichersten Anlagebereich, der Immobilie. Auf der Nordseeinsel Föhr wird in Time-sharing ein Appartementhaus nur fünf Minuten vom Strand entfernt angeboten. „Time-sharing“ – das heißt kaufen. Zum Beispiel: Eigentum erwerben für eine bestimmte Zeitdauer, etwa die 25. Woche des Jahres, und das lebenslang. Ab 1400 Mark einmalige Zahlung ist der „Time-sharing-Kauf“ möglich.

Wohnen in der Kugel

Von einem amerikanischen Architekten entwickelt wurde das „Halbkugelhaus“, das in Form eines Modells auf der „Immobilien-Messe“ in Essen vorgestellt wurde. Das eigenwillige Gebäude, das aus Fertigteilen zusammengebaut wird, bietet neue Möglichkeiten der Innengestaltung. Obwohl zweistöckig, ist die Kuppel vom Wohnraum aus zu sehen und bietet nach Angaben des Ausstellers ein „neues Wohnerlebnis“. Vorzüge des „Halbkugelhauses“: Einsparung von Energie, geringere Arbeitszeit beim Bau. In der Grundaustattung kostet das Haus mit 110 Quadratmeter Wohnfläche rund 150 000 Mark.

Saarland vorn

Von den rund 25 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland werden etwa 9,8 Millionen – also rund 40 Prozent – von ihren Eigentümern oder von den Eigentümern des Wohngebäudes selbst genutzt. In den einzelnen Bundesländern ist die Eigentumsquote unterschiedlich. An der Spitze liegt das Saarland mit 58,3 Prozent, die geringsten Eigentumsquoten weisen Berlin und Hamburg auf.

Aktienhausse zeitweise gebremst

Kursrückgänge jedoch geringer als erwartet

DW. – Am Börsenbeginn gaben die Kurse der meisten Standardaktien zunächst einmal kräftig nach. Das war die erwartete Reaktion auf die stürmischen Kurssteigerungen vom Vortag. Da im Verlaufe jedoch erneut große Kaufaufträge aus der privaten Bankenkundschaft und schließlich auch aus dem Ausland eintrafen, wurden die Anfangsverluste im Verlaufe zum größten Teil wieder ausgeglichen. Einige Papiere schlossen sogar höher als am Montag. Insgesamt ist der Handel wegen der sich auf der jetzt erreichten Basis steigernden Gewinnmitnahmen flüssiger geworden. Die Zahl der hektischen Kursausschläge hat sich deutlich vermindert.

Zu einem Höhenflug setzten nunmehr auch die RWE-Aktien an, wo sich die Stämme um 6 DM auf 200 DM verbesserten. RWE-Aktien galten bislang als zurückgeblieben. Unter den veränderten Börsenverhältnissen dürfte der in der kommenden Woche beginnende Bezugsrechthandel auf keinerlei Probleme stoßen. Nachfrage bestand weiterhin für Warenhausaktien, auch wenn diese die Spitzenkurse vom Vortag nicht zu erreichen vermochten. Große Umsätze gab es in den Titeln der Großchemie, für die namhafte Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten um 10 DM auf 510 DM und Ford um 20 DM auf 950 DM. Kromschröder legten 6 DM auf 200 DM zu. Rhenag schlossen mit 241 DM (plus 5 DM). Nachgeben mußten Rheag um 10 DM auf 425 DM und Bilfinger um 7 DM auf 261 DM. Dortmunder Ritter verloren 5 DM auf 230 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Viktoria um 20 DM auf 2200 DM.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte waren bis zu 4 Mark abgeschwächt. Auf einzelnen Marktgebieten setzten sich die Steigerungen fort, so vor allem bei Versicherungen, Hypothekenbanken und Kaufhausaktien. Im einzelnen blieben NSU bei Doppelplus Taxe 220 DM, Enka bei Doppelminus 120 DM minus 10 DM, Cassella 345 DM plus 13 DM, BBC 218 DM minus 5,50 DM, Heidelberger Zement 391,50 DM minus 18,50 DM und WMF-Stammaktien 170 DM minus 7,80 DM.

Hamburg: Brauereien lagen fester, Bavaria 215 DM (plus 5 DM), Holsten 258 DM (plus 2 DM). Um 3 DM befestigten sich NWK Vorzüge. Conti Gummi gaben 2 DM nach. Kursabschläge gab es ferner bei Reichelt (minus 2 DM), Nordcement (minus 3 DM), Norddeutsche Steingut (minus 0,60 DM) und Beiersdorf (minus 5 DM). Hapag wurde nach 47 DM auf 44,50 DM zurückgenommen.

Berlin: Engelhardt, Herlitz Stämme und BHF-Bank lagen um je 1 DM geringfügig freundlicher. Bekula konnten sich um 1,50 DM, DUB-Schultheiss um 2 DM und Adca um 2,50 DM festigen. DeTeWe lagen um 6 DM und Dt. Hypobank Berlin um 8 DM fester.

München: Agrob St. verminderten sich um 7 DM auf 345 DM und Hutschenreuther um 5 DM auf 240 DM. Leonische Draht gaben um 6,80 DM auf 318 DM nach. Verbessern konnten sich Esterer Maschinen um 20 DM auf 650 DM und Grünzweig um 5 DM auf 192 DM.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wien

Creditanstalt-Bkv Vz.	209	209
Gösser-Brauerei	196	197
Länderbank Vz.	208	207
Österr. Brau AG	–	203
Perlmooser	295	285
Reininghaus	250	249
Schwechater Br.	136	135
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	160
Universale HochTief	216	–
Veitscher Magnesit	176	186
Index	51,15	50,47

Kopenhagen

Den Danske Bank	260,75	260,75
Jyske Bank	394	396
Kopenh. Handelsbk.	249,50	248,50
Novo Industri	2200	2305
Privatbanken	247,75	246
Ostasiat. Komp.	141	133,25
Dan. Sukkerfabr	488	491
For. Bryggerier St.	750	750
Kgl. Porc. Fabr.	260	268

Brüssel

Arbed	1104	1276
Brux. Lambert	1670	1740
Cockerill Ougrée	95	95
Ebes	2050	2106
Gevaert	1890	2125
Kreditbank	4505	4900
Petrofina	4705	4650
Soc. Gén. d. Belg.	1408	1454
Sofina	4050	4245
Solvay	2345	2410
UCB	2885	2945
Index	109,25	108,97

Singapur

Cycle + Car	4,20	4,16
Cold Storage	4,90	4,90
Dev. Bk. of Sing.	–	8,60
Fraser + Neave	7,90	7,90
Kl. Kepong	2,48	2,48
Mal. Banking	7,25	7,20
Nat. Iron	6,30	6,30
OCBC	10,20	10,10
Sime Darby	2,50	2,56
Singapur Land	7,60	7,60
Un. Overs. Bank	4,48	4,48

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hoechstkurse im Handel unter Banken am 8. 3.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	5–5⅛	3⅛–3⅜
3 Monate	8⅞–9⅛	4⅞–5⅛	3⅛–3⅜
6 Monate	8 –9¼	5–5¼	3⅜–3¾
12 Monate	9¼–9½	5⅛–5⅜	3½–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 3.: Tagesgeld 5,80–5,90 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,40–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 3., 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 8. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 8. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 8. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1285,00	1565,05
10 US-Dollar (Indian)**)	918,00	1172,94
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	540,14
1 £ Sovereign alt	235,00	288,15
1 £ Sovereign Elizabeth II	236,00	284,76
20 belgische Franken	178,00	235,04
10 Rubel Tscherwonez	245,00	305,10
2 südafrikanische Rand	231,00	283,63
Krüger Rand neu	1035,00	1214,75
Maple Leaf	1033,00	1212,49
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	237,00	301,71
20 schweiz. Franken „Vreneli"	222,00	279,11
20 franz. Franken „Napoléon"	218,00	274,59
100 österr. Kronen (Neuprägung)	950,00	1141,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	192,00	239,56
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	129,95
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	536,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	138,99

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

In deutlich engeren Bahnen als am Vortag bewegte sich der US-Dollar zwischen 2,3890 und 2,3960. Eine Versteifung am New Yorker Tagesgeldmarkt, wo für Fed Funds bis 8⅞ Prozent bezahlt wurden und die für die DM technisch ungünstige Situation aus den Schwachwährungen verhinderte am 8. 3. ein Absinken der Kurse. Der FF befestigte sich auf 35,00 DM nachdem die Zinssätze für Tagesgeld zwischen 250–300 Prozent genannt wurden. Der Sfrs fiel um 60 Pf. auf 116,80, das niedrigste Niveau seit Anfang Dezember. Historische Tiefstkurse erreichte die Lira mit 1,685, die Schwedische Krone mit 32,165, Die Norwegische Krone mit 33,49, die Peseta mit 1,822 sowie die Finnmark mit 44,40. US-Dollar in: Amsterdam 2,6525; Brüssel 47,13; Paris 6,8375; Mailand 1415,80; Wien 16,8280; Zürich 2,0484; Pfund/Dollar 1.5076.

Devisenterminmarkt

Zinssteigerungen für Dollar und in stärkerem Maße für FF sorgten am 8. März für höhere Deports dieser Währungen gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87/0,77	2,51/2,41	5,00/4,80
Pfund/Dollar	0,32/0,29	0,77/0,73	1,20/1,15
Pfund/DM	2,70/1,30	6,20/4,80	10,80/9,40
FF/DM	224/208	282/266	362/346

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5.00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8.50 (7,21)

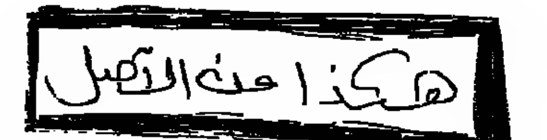
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,15, 2 Jahre 5,82.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75. Kurs 99,20. Rendite 6,94.

Devisen und Sorten

8. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurse⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,3885	2,3965	2,3677	2,37	2,48
London¹)	3,600	3,614	3,552	3,55	3,70
Dublin¹)	3,303	3,317	3,232	3,25	3,40
Montreal³)	1,9510	1,9590	1,9322	1,92	2,01
Amsterd.	90,090	90,310	90,20	89,25	91,25
Zürich	116,700	116,900	116,80	115,75	118,75
Brüssel	5,064	5,084	4,939	4,80	4,85
Paris	34,920	35,080	32,26	34,25	36,25
Kopenh.	27,710	27,830	27,12	27,00	28,50
Oslo	33,430	33,650	32,78	32,50	34,25
Stockh.**)	32,085	32,245	31,68	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,680	1,890	1,607	1,66	1,75
Wien	14,206	14,246	14,194	14,13	14,37
Madrid**)	1,817	1,827	1,766	1,77	1,90
Lissabon**)	2,530	2,550	2,23	2,05	2,95
Tokio	1,0070	1,0100	—	0,99	1,05
Helsinki	44,300	44,500	43,33	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,833	2,887	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,046	2,065	—	1,98	2,11
Johannesbg.*)	2,185	2,205	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar. ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.





Warenpreise – Termine

...ster schlossen am Montag die Gold-, Silber- ... Kupfer-Terminnotierungen an der New Yorker ...ex. Kaffee notierte uneinheitlich. Kakao zog in ...lichen Positionen an.

...ide und Getreideprodukte

	7. 3.	4. 3.
...hicago (c/bush)		
	315,75	317,25
	327,75	329,00
	339,75	341,50
Winnipeg (can. $/t) ... board cif.	7. 3.	4. 3.
...ance 1 CW	233,71	233,51
...kurum	228,71	212,11
Winnipeg (can. $/t)		
	117,90	117,90
	120,50	121,10
	122,70	123,30
...nipeg (can. $/t)		
	101,20	101,50
	98,60	98,50
	97,60	97,40
...cago (c/bush)	7. 3.	4. 3.
	150,00	148,50
	158,00	148,50
	165,25	164,50
...cago (c/bush)		
	279,50	280,50
	288,75	289,50
	294,00	294,50
Winnipeg (can. $/t)	7. 3.	4. 3.
	102,60	103,30
	104,60	104,90
	105,40	105,80
..., New Orleans ($/cwt)	7. 3.	4. 3.
	9,56	9,56
	9,87	9,82
	9,98	9,93
	9,75	9,67
...schält, New Orleans ($/cwt)		
	17,56	17,50
	18,12	18,12
	18,00	18,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	4. 3.	3. 3.
Terminkontr. März	124,75	125,01
Mai	121,70	122,15
Juli	120,30	120,50
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1769	1765
Mai	1816	1824
Juli	1840	1856
Umsatz	2615	3350
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,39	6,32
Juli	6,67	6,58
Sept.	6,99	6,94
Okt.	7,23	7,17
Jan.	7,53	7,40
Umsatz	7975	8365
Ice-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 3.	3. 3.
	6,15	6,15
Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 3.	4. 3.
Kontr. März	1665–1668	1655–1660
Mai	1658–1659	1661–1663
Juli	1582–1564	1585–1588
Umsatz	1716	2714
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1314–1315	1291–1293
Mai	1327–1328	1303–1304
Juli	1336–1338	1318–1319
Umsatz	3956	4878
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	113,05–113,10	112,05–112,10
Aug.	120,20–120,25	119,25–1195,0
Okt.	126,30–126,60	125,25–125,75
Dez.	132,00–132,25	130,50–131,00
März	141,00–141,50	139,75–140,50
Mai	144,00–145,50	143,50–144,00
Umsatz	1729	2603

	7. 3.	4. 3.
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	282,50	317,50
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft New York (c/lb)	7. 3.	4. 3.
März	110,75	111,50
Mai	107,90	109,50
Juli	107,20	108,60
Sept.	107,50	108,50
Nov.	105,30	106,25
Umsatz	300	850

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	7. 3.	4. 3.
Südstaaten fob Werk	25,50	25,25
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	23,25	23,00
Sojaöl Chicago (c/lb) März	16,91	16,70
Mai	17,29	17,05
Juli	17,69	17,42
Aug.	17,82	17,55
Sept.	17,95	17,65
Okt.	18,05	17,80
Dez.	18,35	18,05
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	17,50	17,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,50	16,50
Choice white hog 4% fr. F.	14,875	14,875
Talg New York (c/lb) top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb) April	51,70	52,00
Juni	54,47	54,60
Juli	54,75	54,90
Schweinebäuche Chicago (c/lb) März	72,20	73,00
Mai	73,50	73,85
Juli	73,70	74,10

	7. 3.	4. 3.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	37,50	37,50
Kühe einh. schwere River Northern	52,00	42,50
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	574,00	578,00
Mai	588,50	589,00
Juli	601,00	600,00
Aug.	605,00	604,50
Sept.	608,00	607,50
Nov.	620,00	619,50
Jan.	632,00	630,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	171,00	170,80
Mai	175,40	175,00
Juli	178,30	178,30
Aug.	179,80	179,70
Sept.	181,50	181,50
Okt.	183,00	182,50
Dez.	187,00	187,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 3.	4. 3.
März	285,20	285,50
Mai	291,20	292,00
Juli	298,10	299,00
Kokosöl New York (c/lb)	7. 3.	4. 3.
Westküste fob Werk	21,375	21,75
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	8. 3.	7. 3.
jegl. Herk. cif	440,00	437,50
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	385,00	385,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	365,00	365,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	101,00	101,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	480,00	480,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	248,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	7. 3.	4. 3.
Kontrakt Nr. 2: März	72,00	71,90
Mai	71,25	71,30
Juli	70,60	70,90
Okt.	69,60	69,30
Dez.	68,80	69,10
März	70,05	70,35
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1:	54,50	53,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	7. 3.	4. 3.
März	373–382	365–372
Mai	388–392	384–385
Aug.	410–411	405–407
Umsatz	87	88
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	7. 3.	4. 3.
Mai	43,60	43,60
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,50–45,00	44,50–45,00
Dez.	45,30	45,30
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 3.	4. 3.
März	540,0–542,0	534,0–537,0
Mai	559,0–561,5	551,0
Juli	573,0–575,0	567,0–570,0
Umsatz	–	158
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7. 3.	4. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	7. 3.	4. 3.
März	14 220	14 266
April	14 308	14 344
Kautschuk London (p/kg)	7. 3.	4. 3.
Nr. 1 RSS loco	74,50–76,50	74,50–76,50
April	73,20–74,00	73,50–73,90
Mai	73,20–73,50	73,50–75,00
April/Juni	–	–
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 3.	4. 3.
Nr. 1 RSS loco:	228,50–229,50	230,50–231,50
März	232,50–233,50	233,50–234,50
April	245,50–246,50	244,50–245,50
Nr. 2 RSS März	228,50–229,50	228,50–223,50
Nr. 3 RSS März	226,50–227,50	219,00–220,00
Nr. 4 RSS März	219,00–220,00	212,00–215,00
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt)	4. 3.	3. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	330,00	330,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl – 76 WD – (–). BTC – (–). BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	8. 3.	7. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,07–106,25	106,11–106,29
drittfolg. Monat	110,05–110,23	110,47–110,68
Zink: Basis London		
laufend. Monat	160,46–160,64	160,99–161,35
drittfolg. Monat	165,97–166,06	156,62–156,80
Produz.-Preis	179,74	179,70
Reinzinn 99,9%	3436–3470	3460–3494

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8. 3.	7. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	383,63–385,80	387,36–389,55
Blei in Kabeln	113,75–114,75	113,75–114,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	8. 3.	7. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	325–329	325–331
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	353–365	355–357
MS 63	365–367	367–370

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	7. 3.	4. 3.
(Ring. kg)	29,67	29,63

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	8. 3.	7. 3.
Leg. 225	269–284	269–284
Leg. 226	272–286	272–286
Leg. 231	315–330	315–330
Leg. 233	330–347	330–347

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	8. 3.	7. 3.
Platin (DM je g)	33,50 B	34,90 B
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 100	32 830
Rücknahmepr.	32 300	32 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 850	32 790
Rücknahmepr.	31 860	31 890
verarbeitet	34 480	34 410
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 625	32 460
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	828,80	819,30
Rücknahmepr.	799,80	790,60
Verarbeitet	865,50	855,60

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	8. 3.	7. 3.
10.30	422,25	421,25
15.00	417,50	420,75
Zürich mittags	422,50–423,50	421,00–422,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 800	94 950
Silber (p/Feinunze) London Kasse	702,80	691,60
3 Monate	721,75	709,70
6 Monate	739,75	737,35
12 Monate	772,30	760,10
Platin (£-Feinunze) London	7. 3.	4. 3.
fr. Markt	262,45	261,25
Palladium (£-Feinunze) London 1 Händlerpr.	64,75	65,75

New Yorker Preise

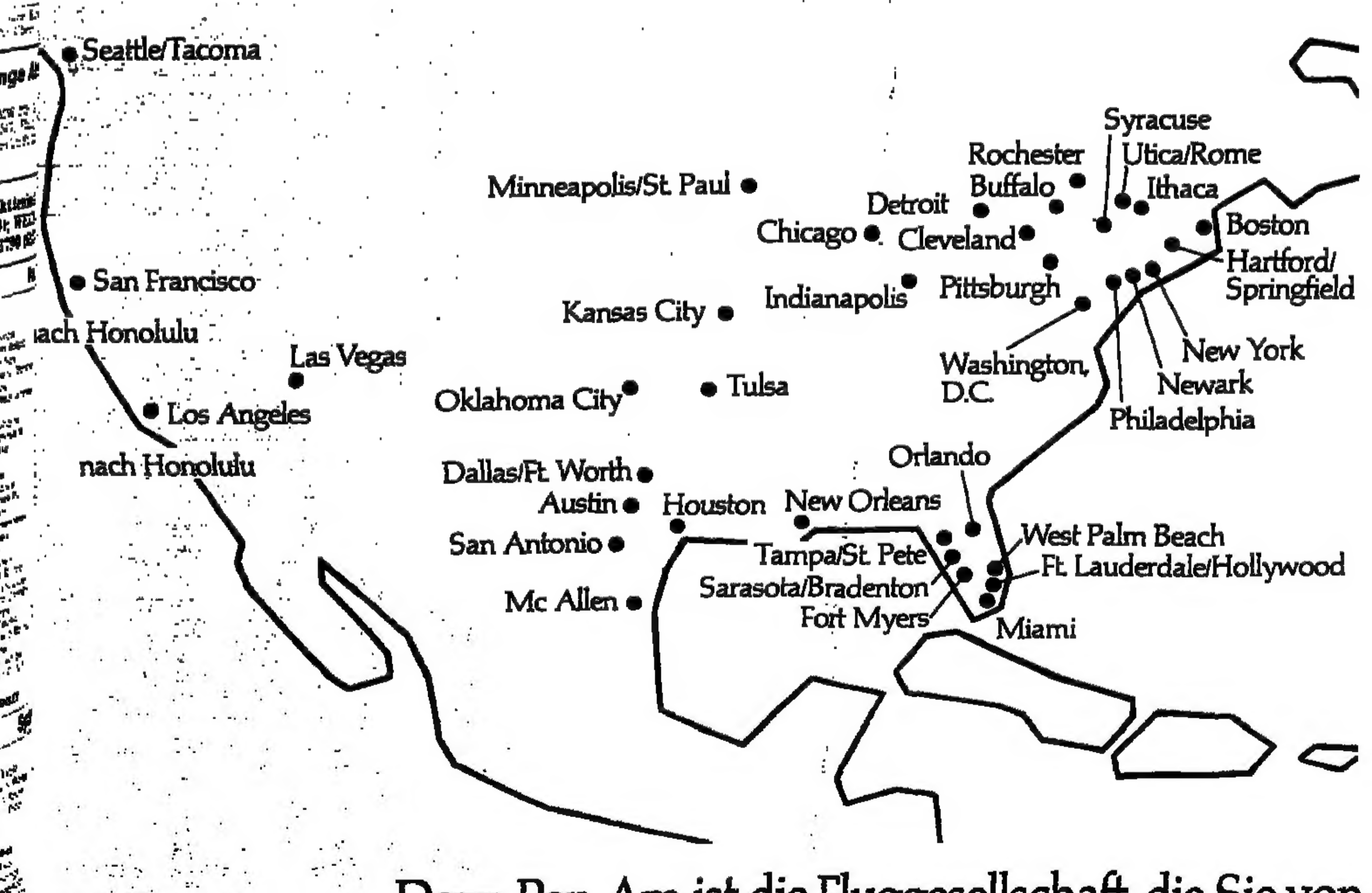
	7. 3.	4. 3.
Gold H & H Ankauf	430,75	412,50
Silber H & H Ankauf	1022,00	1025,00
Platin fr. Händlerpr.	439,00–442,00	439,00–442,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	99,00–101,00	98,00–100,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1095,00	1016,00
April	1100,00	1023,00
Mai	1105,00	1027,00
Juli	1120,00	1052,00
Sept.	1127,00	1059,00
Dez.	1160,00	1086,30
Jan.	1159,00	1091,00
Umsatz	28 000	26 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 3.	4. 3.
März	72,65	[illegible]
April	73,00	72,50
Mai	73,90	73,10
Juli	75,20	74,10
Sept.	76,10	75,00
Dez.	77,95	77,10
Jan.	78,00	77,50
Umsatz	30 000	25 000

Londoner Metallbörse

	8. 3.	7. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	875,00–876,00	868,00–869,00
3 Monate	903,00–904,00	896,00–896,50
Blei (£/t) Kasse	293,50–294,00	292,50–293,00
3 Monate	304,50–305,00	304,70–305,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1048,5–1049,5	1053,5–1054,0
3 Monate	1082,0–1082,5	1087,0–1087,5
abends Kasse	–	1045,0–1046,5
3 Monate	–	1079,0–1080,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1031,0–1031,5	1028,0–1029,0
3 Monate	1061,5–1062,0	1057,5–1058,0
Zink (£/t) Kasse	444,00–444,50	444,00–444,50
3 Monate	459,20–459,50	459,50–460,00
Zinn (£/t) Kasse	8870–8872	8835–8840
3 Monate	8890–8895	8860–8862
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–84



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

8½ dgl. 75	2/85	104,15	104,05	6 Stuttgart 65	100bG
7 dgl. 77	2/87	100G	100	7½ dgl. 71	102

Sinkende Zinsen in Sicht

Am Rentenmarkt war die Tendenz unsicher. Die letzte 7½prozentige Bundesanleihe, die am Montag um 1,50 Prozentpunkte heraufgesetzt worden war, wurde wieder um 0,55 Punkte zurückgenommen. Der Rentenhandel spricht von Umschichtungen, die der Vorbereitung für eine neue Zinssenkungsrunde dienen. Bei den Bundesobligationen ist sie durch die Herabsetzung der Renditen schon eingeläutet worden. Man rechnet fest damit, daß der Zentralbankrat in der nächsten Woche den Diskont zurücknehmen wird.

Sonderinstitute

	8.3.	7.3.
5 DSLB Pf 35	87bG	87
6 dgl. Pf 37	83,5	83,5
7 dgl. Pf 63	93	93
8 dgl. Pf 118	97,5	97,5
5 dgl. KO 36	98	98
5½ dgl. KO 45	97,5	97,5
7 dgl. KO 58	104,5	104,5

	8.3.	7.3.
7½ D. GiroKO 101	102,25G	101,5G
10 dgl. KO 125	104,35G	104,2G
9 dgl. KO 179	107,5G	107,5G
9¾ dgl. KO 180	109,8G	109,8G
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	98,95G	98,95G
6½ dgl. KO 125	97,15G	96,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G

	8.3.	7.3.
8¼ dgl. Pf 174	103,45	102,45
8½ dgl. Pf 175	103,75	103
9½ dgl. Pf 178	105,75	105
6 dgl. KO 59	84	85
7¼ dgl. KO 170	100	99
9 dgl. KO 180	105	104,1
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	95	95
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99	98
6½ dgl. Pf 34	90,5	89

Bankschuldverschreib.

5¾ D. Gen. Bk. IS 70	92G	92G
6 dgl. IS 71	98,95G	98,95G
6¾ dgl. IS 73	96,5G	96,5G
6¾ dgl. IS 74	95,5G	95,5G
6¾ dgl. IS 75	99G	99G

fr. W. Ldkr.	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 45	94G	94G
8 LKB KO 1	100G	100G
6½ LDb.Hyp. Pf 62	89	88
9 dgl. Pf 92	101,35	101,5
8 dgl. Pf 168	102,5	89

Industrieanleihen

7¾ Kaufhof 71	100bG	99,9T
7¾ dgl. 71	100	100
7¾ dgl. 76	100bG	100
6 Klöckner W. 65	98,5G	98,5G
7½ dgl. 71	95,75	95,5G
8 dgl. 72	97,25	97

Wandelanleihen

Optionsscheine

4½ Dt. Bk. Comp. 77	95,5	99,9
10 Hoechst 75	130	135
6¾ dgl. 79	29,5	–
8 Hoechst 83	45,1	46,7
7½ Jap.Syn.Rubber82	722	740bG
6¼ Wella F. 73	198	197,5

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

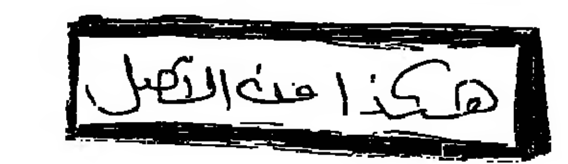
Wandelanleihen

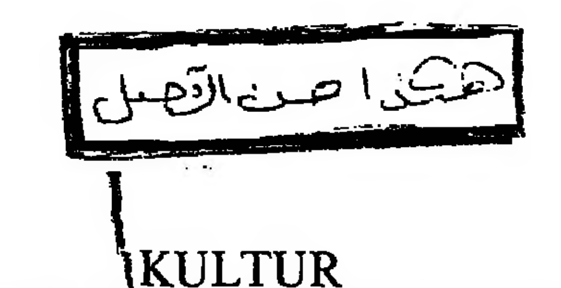
Privatplazierungen

Ausländische Aktien

F Kubota	3,05G	3,05G	F Warner Commun.	71	70
D Lafarge	94T	–	F Warner Lambert	79	78
D Litton Ind.	145	145,5	F Wells Fargo	71	71
M M.J.M. Hold.	19,2	19,5	M Western Deep L.	128,5	132
F Magneti Marelli	–	–	M Western Mining	9,18	9,25
D Marubeni	2,9G	12,4T	F West-Utrecht H.	90,5	87
F Marudai Food	5,75G	5,75G	D Xerox Corp.	99,4	99,5

IMMOBILIEN / KAPITALIEN





[W]eh dem, der [n]ur witzelt!

[...]nar – Darf man dem „Vor[wä]rts“ vorwerfen, daß er ein so[z]ialdemokratisches Blatt sei? [Od]er der „Roten Fahne“, daß sie [de]n Kommunisten diente? Sol[ch]e Vorwürfe wären lächerlich – [un]d sind doch nicht ungewöhn[lic]h, wenn es um angeblich reak[tio]näre Blätter geht. Ein Beispiel [da]für liefert soeben wieder Ingrid [He]inrich-Jost mit dem Band [„K]ladderadatsch“, der „Die Ge[sc]hichte eines Berliner Witzblat[ts] von 1848 bis ins Dritte Reich“ [ko]mmentieren will (Informa[tio]nspresse-C.W. Leske/Verlag, [Kö]ln, 350 S., mit zahlr. Abb., 38 [M]ark).

[D]er „Kladderadatsch“, im Mai [18]48 als „Organ für und von [Bu]mmler“ gegründet, war eines [d]er Spottblätter, die sich an der [„R]eaction“ genauso wie an der [Re]volution und den „März-Er[ru]ngenschaften“ rieben. Er woll[te] nicht rechts oder links, nicht [ko]nservativ oder fortschrittlich, [so]ndern nur witzig sein. Das aber [mi]ßfällt der Herausgeberin. Sie [ve]rübelt dem Blatt, daß es nicht [di]e Satire-Beilage der „Neuen [Rh]einischen Zeitung“ war und [au]f ihre Weise die Ideen des [He]rrn Doktor Karl Marx unters [Vo]lk streute.

So wird mißbilligend festge[ste]llt: „Die Zeichner und Schrei[be]r des ‚Kladderadatsch‘ hatten [di]e das Gewehr in der Hand.“ [Un]d: „Die Radikalität des Blattes [wa]r vorrangig verbal.“ Den ärg[ste]n Vorwurf muß sich aber Da[vid] Kalisch, einer der wesentli[ch]en Mitarbeiter, gefallen lassen: [S]eine Beziehungen zu Marx und [Pr]oudhon können nicht als Zei[ch]en eines entwickelten politi[sc]hen Bewußtseins gewertet wer[de]n.“

Besonders empörend findet [In]grid Heinrich-Jost, daß sich [da]s Witzblatt dem Ruhme Bis[ma]rcks verschrieb und die „Bis[ma]rck-Alben“ als „Mittel massi[ve]r politischer Propaganda“ ein[se]tzte. Das wirft die Frage auf, ob [si]e genauso mißbilligt, daß der [vo]n ihr geschätzte „Wahre Ja[co]b“ das Hohe Lied Bebels sang? [Un]d hätte sie bei dem sozialde[mo]kratischen Witzblatt auch zu [be]mängeln, daß es „mit der De[for]mation eines Gegners arbeite[te]“, ihn „deformierte und verteu[fel]te“?

An diesen Beispielen erweist [si]ch, daß mit ideologischen Vor[ur]teilen viele wissenschaftliche [M]ühen zu ersparen sind. Oder – [wi]e es Karl Kraus formulierte –: [„I]n der deutschen Bildung [ni]mmt den ersten Platz die Be[sc]heidwissenschaft ein.“

Architekten der Postmoderne – Versuch über C. Pinnau und P. Johnson

Chamäleons oder Propheten?

In der Geschichte der Architektur ist dies ein Sonderfall: daß sich in ein und demselben Jahrhundert die herrschende Kunstauffassung wenigstens zweimal einen „Umsturz“ gefallen lassen mußte, der mit der Radikalität eines Kulturbruchs eine „Gegenwelt“ erzeugte. Das erste Mal, als Anfang dieses Jahrhunderts mit der enthusiastischen Eroberung neuer Techniken und Baumaterialien der Historismus über Bord geworfen und in einem rasanten Häutungsprozeß schließlich das „neue Bauen“ in funktionalen, sozialen, internationalen-typisierenden Bezügen kreiert wurde. Das zweite Mal, als in den 60er und 70er Jahren immer mehr Architekten dem „Internationalen Stil“ abschworen und der „postmodernen“ Revolte beitraten, die offen für eine „Architektur der Erinnerung“, der Wiederbelebung baukünstlerischer Traditionen, stritt.

Zwischen diesen beiden großen Trendwenden in der Kunst liegt eine dritte: die Wiederkehr des Klassizismus in den 30er und 40er Jahren, die allerdings trotz weltweiter Ansätze ihren internationalen Durchbruch verfehlte, obwohl – oder gerade weil – sie in den totalitär regierten Staaten Deutschland und Sowjetunion als „Revolution von oben“ gegen herrschende Lehrmeinungen und Bauschulen durchgesetzt wurde.

Landläufig wird der rasche Wandel der Anschauungen als Symptom eines kulturellen Niedergangs, als Zeichen künstlerischer Orientierungslosigkeit gedeutet. Aber handelt es sich überhaupt um echte Kunstrevolutionen, deren Ziel und Ende die diktatorische Aufrichtung einer neuen Lehre und die Unterdrückung aller widerstrebenden Anschauungen ist? Oder ist jene Vieldeutigkeit der Orientierungen und Bezüge, jene Vielheit und Wandelbarkeit der Werte selbstgewollter, bewußter Ausdruck?

Argumente dafür drängen sich auf, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich die scheinbar einander ausschließenden Gegensätze nicht nur zur gleichen Zeit im gleichen Land bei gleichzeitig lebenden Architekten, sondern auch im Werk ein und desselben Künstlers finden und sich dort offenbar schmerzlos vertragen. Gelegenheit, dies zu überprüfen, bieten zwei Publikationen, die auf den ersten Blick nicht das geringste miteinander zu tun haben: eine Aufsatzsammlung des amerikanischen Architekten und einstigen Propagandisten des „International Style“ Philip Johnson („Texte zur Architektur.“ Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 192 S., 68 Mark) und eine Monographie über den Hamburger Architekten und ehemaligen Speer-Mitarbeiter Cäsar Pinnau von Joachim C. Fest („Cäsar Pinnau. Architekt.“ Hans Christians Verlag, Hamburg, 202 S., 68 Mark).

Johnson und Pinnau sind beide 1906 geboren. Beide revoltieren gegen die Verachtung der Geschichte und der Kunst durch das Bauhaus und seine Nachfolger (dem sie in den Anfängen ihrer Arbeit innig verbunden waren). Beide zählen die Ästhetik zu den Grundbedürfnissen des Menschen und attackieren die „Wohnmaschine“ als „inhumanen und asozialen Unfug“. Beide sind Fanatiker der Weltgestaltung und haben keine Skrupel, auch für Diktatoren zu bauen: Auf Pinnaus Zeichenbrett entstanden Salons und Treppenhallen für Hitlers Neue Reichskanzlei und die heute imaginär wirkenden Entwürfe für klassizistische Großhotels, Theater und Thermen an der von Speer geplanten Großen Achse in Berlin. „Es ist keine Sünde, wenn Sie zum Beispiel von Hitler einen Auftrag annehmen?“ wurde Johnson einmal (es war in den 70er Jahren!) gefragt. „Nein“, war seine Antwort, „ich bin eine Hure, ich bin ein Künstler.“

„Die Neue Sachlichkeit ist vorüber. Die Architektur wird monumental sein“, kündigte Johnson bereits Anfang der dreißiger Jahre an – eine Aussicht, die ihn nicht im mindesten schreckte. Und Pinnau ist noch heute der Meinung, daß der Vorwurf der Gigantomanie gegen die Staatsarchitekten des Dritten Reiches nicht verfängt: „Viele Repräsentationsbauten vergangener Epochen waren relativ voluminöser.“

Mehr noch als durch ihr unbefangenes Verhältnis zu Tradition und Ästhetik des Bauens sind Johnson und Pinnau durch ihren dialektischen Umgang mit der Moderne verbunden. Johnson, der mit Mies van der Rohe das Mainfest des „International Style“, das Seagram-Gebäude in New York, schuf, formulierte zwanzig Jahre später mit dem klassizistischen ATT-Verwaltungsturm in New York auch die postmoderne Antithese dazu.

Pinnau, der den nackten Funktionalismus seiner Industrie- und Bürobauten verteidigt (die äußere Gestaltung solle dem „praktischen Zweck“ und den „sachlichen Abläufen entsprechen“), baut gleichzeitig bis in die jüngste Gegenwart hinein heitere Villen und pompöse Hotelpaläste im klassizistischen Stil. Und derselbe Mann, der für den Denkmalschutz so manches zerstörte und verunstaltete Bauwerk hingebungsvoll restaurierte, hat mit dem Olympic Tower in New York die neugotische St. Patricks Cathedral wie unter einem aufgeklappten Sargdeckel erschlagen.

Aber von beiden, von Johnson wie von Pinnau, wird man nicht eine Silbe des Bedauerns oder auch nur des Selbstzweifels über die Brüche und Widersprüche in ihren Arbeiten hören. Das schmälert in keiner Weise den Gewinn ihrer ganz von Heuchelei und Theatralik, von modischem Opportunismus und reaktionärem Starrsinn unbelasteten Bücher. Im Gegenteil: Ihre lakonische Ehrlichkeit macht die Selbstenthüllung zum Dokument: Johnson und Pinnau sind exemplarische Architekten dieses Jahrhundets.

Im Unterschied zu den gebauten Bekenntnissen der beiden Architekten können die beiden Bände nur durch das Material, das sie darbieten, von dieser Wirkung zeugen. Johnsons Aufsatzsammlung tut das durch Texte und eine leider nur spärliche, für ein Architekturbuch gänzlich unzureichende Illustration, Pinnaus Monographie durch eine üppige Bilddokumentation, der ein kluger, aber nicht in Pinnaus Werk eindringender Essay von Joachim C. Fest vorangestellt ist.

Unterschiedlich wie die Präsentation ihrer Arbeiten ist die Kulisse, vor der die beiden Architekten ihr Publikum suchen. Johnson, unbestritten der große alte Mann der amerikanischen Architektur, mit einem aufgeregten Troß von Jüngern, Neugierigen und Widersachern im Gefolge; Pinnau, ein alter deutscher Künstler ohne Zuhörer und fast ohne Worte, der nur die seltsam phantastisch, fast befremdlich wirkenden Fotos von seinen Werken, wie einen Beweis seiner Existenz vor sich herträgt, ein Vergessener bei Lebzeiten. Einmal mehr zeigt dieses Beispiel, daß es neben der offiziellen, der gefeierten und rezensierten Kunst in Deutschland auch eine andere, heimliche, anonyme gibt. Und daß sie sogar „schön“, bedeutend und in aufregender Weise zeitnah sein kann.

DANKWART GURATZSCH



Erfolgreich als Schöpfer von Villen: Cäsar Pinnaus „Elbhaus“ in Hamburg-Blankenese (1965)



Ein Hauch von Ozeandampfer: Schwimmbad im Hotel „Le Bristol“ in Paris, von Cäsar Pinnau — FOTOS: CHRISTIANS VERLAG

JOURNAL

Raffael: Fehlanzeige in Deutschland

RMB. München

Nachdem Frankfurt wegen Geldmangel die geplante Ausstellung zum 500. Geburtstag Raffaels absagen mußte, wird lediglich in München eine kleine Raffael-Schau zu sehen sein. Die Alte Pinakothek zeigt drei restaurierte Gemälde des Künstlers im Rahmen einer Dokumentation. In Italien bemühen sich dagegen mehrere Städte um den Künstler. Florenz zeigt im September in zwei Ausstellungen den Maler und seine architektonischen Zeichnungen. Rom wird im Februar 1984 Raffaels Architekturstudien dokumentieren. Und Urbino stellt Majolika mit Raffael-Motiven aus. In Paris werden im Grand Palais die Ausstellung „Raffael und Frankreich“, im Louvre „Die Schüler Raffaels“ zu sehen sein. London wird vom Oktober bis Januar Raffael-Zeichnungen aus den verschiedenen britischen Sammlungen vereinen, und in Washingtons National Gallery ist noch bis zum 8. Mai eine zweiteilige Ausstellung, die zum einen Raffaels Werke in amerikanischem Besitz vorstellt.

Das Programm der Ludwigsburger Festspiele

Reg. Ludwigsburg

Im Zeichen der Kontinuität stehen auch in diesem Jahr wieder die Ludwigsburger Schloßfestspiele Baden-Württemberg, die am 1. Mai mit einem Bach-Händel-Konzert unter der Leitung von Festival-Chef Wolfgang Gönnenwein eröffnet werden. Den szenischen Schwerpunkt unter 69 Veranstaltungen bilden dabei die Wiederaufnahme von Mozarts Oper „Titus“, Cavallis „L'Ormindo“, Goethes „Tasso“ als Übernahme aus Salzburg sowie die choreographische Uraufführung der „Sieben Fantasien“ von Brahms durch das Baseler Ballett unter Heinz Spoerli. Höhepunkt im oratorischen Teil der Festspiele sind Mendelssohns 2. Sinfonie „Lobgesang“ und das „Deutsche Requiem“ von Brahms. Auf dem kammermusikalischen Sektor finden Konzerte mit Dietrich Fischer-Dieskau, Peter Schreier und Gidon Kremer statt.

Schweizer Kulturszene in deutschen Städten

AP, Zürich

Unter dem Titel „Szene Schweiz“ will die Stiftung „Pro Helvetia“ im kommenden Herbst in den deutschen Städten Bonn, Köln und Bielefeld ein Veranstaltungsprogramm mit Schweizer Künstlern durchführen. Das Experiment soll in den vier folgenden Jahren in wechselnden Regionen fortgesetzt werden. Im Rahmen der Espace in Paris, Le Havre und Mailand sind diese Schweizer Kulturveranstaltungen bereits erfolgreich durchgeführt worden.

London will Athener Kunstschätze behalten

AP, London

Die britische Regierung will der Forderung der griechischen Kulturministerin Melina Mercouri nicht nachgeben und die als „Elgin Marbles“ bekannten altgriechischen Kunstwerke an Griechenland zurückerstatten, die seit dem 19. Jahrhundert in England sind. Im Unterhaus erklärte der Staatsminister für Erziehung und Wissenschaft Paul Channon, die Skulpturen, die den wertvollsten Besitz des Britischen Museums zu London darstellen, seien rechtmäßig erworben worden und sollten an ihrem Aufbewahrungsort verbleiben.

Ausreiseverbot für sowjetische Opernsänger

dpa, Neapel

Überraschend hat die Sowjetunion einigen Opernsängern die Ausreise verboten, die im Theater „San Carlo“ in Neapel an der Uraufführung der Oper „Salambo“ nach einem Fragment von Modest Mussorgski teilnehmen sollten. Die Aufführung war für den 26. März vorgesehen. Die Premiere muß nun verschoben werden, da so schnell kein Ersatz für die in russischer Sprache gesungenen Partien gefunden werden kann.

China: Abstrakte Kunst wieder am Pranger

AFP, Peking

Mit einem Angriff auf den chinesischen Avantgarde-Künstler Wang Keping ist die abstrakte Kunst in China erneut an den Pranger gestellt worden. Die in Peking erscheinende „Abendzeitung“ befand in einer Kritik ohne den Namen des Künstlers zu nennen, die Arbeit sei fremdartig und stelle nichts dar. Alle Bildhauer wüßten, daß eine Skulptur nur dann ein Gefühl erzeugen könne, wenn sie ein konkretes Abbild realen Lebens sei.

Erotisches aus aller Welt unter dem Hammer

dpa, Paris

„Erotik von der Antike bis heute“ ist der Titel einer Auktion, bei der morgen im „Nouveau Drouot“ in Paris rund 50 Skulpturen aus Ägypten, Griechenland, Rom und Mexiko sowie Bücher, Graphiken und Schmuckstücke unter den Hammer kommen. Frühe Fotografien zeigen Szenen aus einem Freudenhaus. Für Bücher von Paul Verlaine schuf Felicien Rops Illustrationen. Einige Graphiken stammen von Salvador Dali und Oscar Dominguez. Als kuriosestes Objekt kommt ein nach Erdbeeren duftendes Damenhöschen aus den USA unter den Hammer.

[Zw]ei Große aus der Welt der Musik gestorben

[S]ir William Walton

[...] gehörte zur englischen Musik [w]ie Big Ben in das Stadtbild [Lon]dons. Dabei hatte William Wal[ton] es verstanden, sich immer wie[der] auf überraschend gegensätzli[che] Art einen Namen zu machen. [Am] Anfang stand der Witz. Danach [kam] die Romantik. Am Ende [schr]ieb er Filmmusiken, denen die [Nati]on und der Erdkreis lauschten. [...]en kessen Aufgalopp im [Oeu]vre Waltons machte 1923 „Fa[cade]“, Kammermusik umgedichtet [der] extravaganten Edith Sitwell, [von] ihr selbst skandalträchtig vor[getr]agen. Waltons Musik hatte den [Ch]ick des Westend, sie war ele[gant], aber durchaus nicht salopp. [Er] antwortete auf ihre englische [Wei]se auf Hindemiths herausfor[dern]d unternehmungslustige und [läs]sige anti-bourgeoise Zeit[gei]st-Musik.

[Hi]ndemith brachte denn auch als [Solis]t das nächste Hauptwerk ei[nes] gewandelten Walton zur Urauf[führ]ung: Das Bratschenkonzert, [da]s so erfolgreich wurde, daß sich die Solisten von Weltrang an Walton um Stücke wandten und auch bekamen. Für Heifetz schrieb Walton ein Violinkonzert, Piatigorsky bekam eins für sein Cello.

Aber auch in die Üppigkeit der Vokalmusik traditionell englischer Prägung brach Walton ein. Sein Oratorium „Belsazars Fest“, seine Shakespeare-Oper „Troilus und Cressida“ markieren Höhepunkte in seinem Schaffen, und Shakespeare blieb Walton treu. Für Laurence Oliviers Film-Trilogie „Henry V.“, „Hamlet“ und „Richard III.“ schrieb er die Musiken: Eine der wenigen wichtigen Nationalmusiken der Filmgeschichte.

Sein Domizil hatte Sir William damals längst schon auf Ischia aufgeschlagen: Ein Gentleman wie eine britische Enklave im Südland, voll von Erinnerungen ans Christ Church College und die Knabenzeit im Chor von Oxford, die Armut der frühen Jahre, aus der sich Walton machtvoll und eigenständig herauskomponiert hat.

[I]gor Markevitch

[...] war Diaghilews letzte große Entdeckung. Der Zar des „Rus[sisc]hen Balletts“ bestellte bei Igor [Mar]kevitch, dem 17jährigen Exil[russ]en, ein Klavierkonzert und [ließ] es den jungen Mann eigenhän[dig] in London uraufführen. Das [war] 1929. Wenige Monate später [war] Diaghilew tot, aber der Welt [des] Balletts blieb Markevitch den[noc]h weiter verhaftet, nicht zuletzt [dur]ch seine Ehe mit Kyra Nijinsky, [der] Tochter des großen im Wahn[sinn] verdämmernden Tänzers.

[V]or allem aber lehrte Markevitch [nac]h dem Zweiten Weltkrieg über[all] in Europa die neu gebildeten [Orc]hester Strawinskys „Sacre“ [spie]len. Er zog dirigierend von Land zu Land, von Stadt zu Stadt und zeigte an, wie das schweißtreibende Stück aufzuführen sei, das Dirigenten wie Musikern auch 40 Jahre nach der Uraufführung noch so viel Mühe machte.

Vielleicht kam dadurch ein unsteter Zug in Markevitchs Leben. Er wurde nacheinander und in immer schnellerer Folge Orchesterchef in Stockholm, Montreal, Paris, Havana, Madrid, Monte Carlo. Wie um seines Lebens noch einmal dinghaft zu werden, beschrieb er es in zwei voluminösen Bänden. Zuletzt beschäftigte er sich mit einer neuen Edition der Beethoven-Sinfonien. Nun ist Markevitch 70jährig in Antibes gestorben.

[C]athy Berberian

[C]athy Berberian wurde fast über Nacht zur Kultfigur eines kriti[sch]en Singens mit fast parodisti[sch]en Zügen. Mit scheinheiligem [Au]genaufschlag servierte sie Mu[sik] selbst der erlauchtesten Kom[pon]isten und gab sie auf intelligen[te] Art verständnisvollem Gelächter [...]preis. Sie nahm die Musiklitera[tur] von Monteverdi bis in die Ge[gen]wart unter die Singlupe und [han]dhabte sie mit bemerkenswer[ter] Extravaganz.

[D]ie Berberian war so etwas wie [ein] Feuervogel unter Amsel, Dros[sel], Fink und Star der Musikszene, [den] braven Vögeln. Sie machte kei[nen] Unterschied zwischen alt und [neu]: Sie sang alles auf ihre unver[wec]hlich eigensinnige Weise. Sie [set]zte außer ihrer Stimme stets ih[ren] Kopf durch.

Das Repertoire der Mezzosopranistin umfaßte nicht nur alle Musikgattungen von Bach über zeitgenössische Komponisten bis zum Jazz und Stücken der Beatles, sie trat auch als Schauspielerin und Komponistin hervor. Ihr Herz aber gehörte lange Zeit Luciano Berio, der ihr die farbreichsten Stücke schrieb. Sie sang in zahlreichen Uraufführungen, so z. B. in Strawinskys „Elegie für Kennedy“. Große Popularität erwarb sie sich mit „Strapsody“, einer Parodie auf japanische Comic strips.

Ihr bestürzend früher Tod im Alter von nur 57 Jahren reißt ein tragisches Loch gerade in die kümmerlich bestellte Szene des musikalischen Welthumors.

KLAUS GEITEL

F. Perrys Vatikanfilm „Monsignor“ angelaufen

Die Mafia läßt grüßen

„Die Kirche ist das lukrativste Wirtschaftsunternehmen der Welt“, schrieb einst der französische Staatsphilosoph Montesquieu, „ihr Bankrott würde die größte Finanzkatastrophe aller Zeiten bedeuten.“ Dieser Satz regte knapp 200 Jahre später seinen Landsmann Alain Leger zu einem Roman über (fiktive) finanzpolitische Machenschaften des Vatikan an. Leger schmückte sein Buch, das im übrigen lange vor dem Krach um die Banco Ambrosiano entstand, mit allerlei kritischen Anmerkungen über die Kirche aus, über ihre angebliche Frauenfeindlichkeit und die „Widernatürlichkeit“ des Zölibats.

Die Seelenkonflikte von Priestern und die Machtpolitik der Mutter Kirche haben schon seit jeher Hollywood-Regisseure als Filmstoff gereizt. So fand sich auch ein Regisseur, der sich alsbald Legers Roman annahm. In diesen Tagen läuft Frank Perrys Film „Monsignor“ bei uns an. Zur selben Zeit kommt noch ein weiterer Film in unsere Kinos, der sich ebenfalls mit der katholischen Kirche befaßt. Größer aber könnte der Unterschied zwischen zwei Filmen mit ähnlichem Hintergrund kaum sein. Die deutsche Produktion „Das Wagnis des Arnold Janssen“, finanziert von der katholischen Kirche selbst, erzählt im nüchternen Stil eines Zeitdokuments von der Gründung der Steyler Mission vor der Kulisse des Kulturkampfes im Jahre 1875. Der Film dreht sich um ein zentrales Thema: um das Wagnis des absoluten Glaubens.

Solcherlei Probleme werden in Perrys Drama über den steilen Aufstieg eines jungen Geistlichen aus den New Yorker Slums zum Würdenträger des Heiligen Stuhls nicht einmal gestreift. Zwar gerät Monsignor John Flaherty (Christopher Reeve) ständig in Gewissensnöte, da er einen geradezu fatalen Hang zur Todsünde zu haben scheint. Aber es geht in „Monsignor“ nicht um moraltheologische Fragen, sondern um Krisen und Kräche, Laster und Intrigen, die statt vor der Hochhauskulisse von Dallas ausnahmsweise einmal vor dem wesentlich malerischeren Hintergrund des Petersdoms spielen.

Es ist schon toll, was sich da alles hinter den verschlossenen Vatikantüren abspielt. Es geht zu wie weiland bei den Borgias. Nicht nur arbeitet Monsignor Flaherty – um die Finanzen der Kirche zu retten – mit der Mafia zusammen. Auch sonst verstrickt er sich in jeden nur möglichen heißen Fall. Unter anderem bandelt er mit einer hübschen Novizin (Geneviève Bujold) an, die schließlich an dieser sündigen Liebschaft zerbricht. Reuig zieht er sich ins Kloster zurück, erlebt aber Jahre später ein glorreiches Comeback am Vatikan, als seine höchst fragwürdigen Sanierungsversuche nun doch noch für die Kirche Früchte tragen.

Wahrlich, nichts Menschliches ist diesem Priester fremd, und Regisseur Perry nichts Reißerisches zu billig, um sein Spektakel damit aufzumotzen. Da wird aus der Kritik an angeblichen Mißständen der Kirche rasch pure Kolportage, und Tragik verdichtet sich zu billigem Pathos. Schade um die vielen guten Schauspieler, die sich überreden ließen, bei diesem Mummenschanz mitzuwirken.

M. v. SCHWARZKOPF



Ein Hang zu Todsünden: Christopher Reeve als John Flaherty in dem Film „Monsignor“ — FOTO: CINEMA

Die Wirren um die Deutsche Lesegesellschaft

Känguruh mit Beinbruch

Der Börsenverein für den Deutschen Buchhandel ist aus der Deutschen Lesegesellschaft ausgetreten. Er wird vom kommenden Jahr an die finanzielle Unterstützung der DLG einstellen. Da auch der „Hauptspender“, Reinhard Mohn, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Bertelsmann-AG und der Bertelsmann-Stiftung, seine Mitarbeit aufgekündigt hat, dürfte das Ende der DLG programmiert sein.

Vor fast sieben Jahren, im Sommer 1976, ist die Deutsche Lesegesellschaft gegründet worden, „zur Förderung von Buch und Lesen zum Zwecke der Bildung, Information und Unterhaltung“. Gründungsmitglieder waren u. a. Rolf Hochhuth, Walther Schmieding, Prof. Dr. Günther Pflug, Dr. Hans Stercken und Prof. Dr. Peter Schneider, der zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Die Idee war allerdings schon wesentlich älter und der Name bereits gefunden: Theodor-Heuss-Gesellschaft sollte er lauten. Die Vereinigung kam jedoch nie über ein Planungsstadium hinaus. Der Sprung in die Realität gelang erst der Deutschen Lesegesellschaft 1976 zu einer Zeit, als die Welt im Bereich „Buch“ noch in Ordnung war und als die großen Verlage kaum Schwierigkeiten hatten, für den guten Zweck als Mäzene aufzutreten. Darüber hinaus gab es damals allenfalls rudimentäre Ansätze einer Diskussion um die neuen Medien, die heute dem Buch mehr und mehr den Rang ablaufen.

Schwerpunkt der Arbeit war das junge Publikum. Die Jugendzeitschrift „Känguruh“, 1977 im Dezember erschienen, stellte einen Modellversuch dar, Kinder und Jugendliche von 8 bis 14 Jahren durch Vorstellung und Besprechung von neuen Büchern zu aktiven Lesern zu erziehen. Darüber hinaus wollte man Menschen aus den sozial benachteiligten Schichten als Leser gewinnen, Auskünfte über alle Bereiche der Literatur geben, das Lesen im Bereich der Freizeit zu einer Selbstverständlichkeit machen.

Oberstes Prinzip dabei war die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Lesegesellschaft. Gleichwohl kamen die finanziellen Mittel aus den Reihen der finanzkräftigen deutschen Verlage, ohne die ein Überleben der DLG nie gewährleistet war: Neben dem hauptsächlichen Mäzen Bertelsmann vor allem die Verlage Otto Maier in Ravensburg, Herder, Tessloff, Klett, die Verlagsgruppe Holtzbrinck. Außerdem hatten sich große deutsche Firmen engagiert, die wenig oder nichts mit dem Lesen zu tun haben. Auch aus den Kultusministerien der Länder flossen erkleckliche Summen in den Etat der Deutschen Lesegesellschaft.

Dieser Etat war bis 1981 gleichmäßig bei rund 1,1 Millionen DM festgeschrieben. Die Krise bahnte sich an, als sich Ende 1981 ein Defizit von rund 300 000 DM herausstellte. Das Programm der DLG wurde deshalb in einigen Punkten reduziert: so erschienen z. B. die Buch-Empfehlungslisten nicht mehr. 1982 sackte der Etat dann unter eine Million DM ab, der Mitarbeiterstab wurde um zwei auf sieben Personen verringert.

Heute sieht die Lage für die DLG hoffnungslos aus. Der Börsenverein, der zwischen Ende 1979 und Ende 1982 325 000 DM an die Lesegesellschaft überwiesen hat, stellt seine Unterstützung ein. Die riesige Investition von Reinhard Mohn und der Bertelsmann AG (vermutlich 6 Millionen DM) erweist sich mehr und mehr als Fehlschlag, denn der Erfolg der Lesegesellschaft ist – von Einzelaktionen abgesehen – materiell für die Verlage nicht meßbar. Es ist der Lesegesellschaft im Zeichen der allgemeinen Rezession auf dem Buchmarkt nicht gelungen, die Gesellschaft erkennbar näher zum Buch hinzuführen. Die Theorie hat für die Praxis keinerlei Folgen gehabt.

Ein letzter Versuch, die Lesegesellschaft zu retten und sie in eine Stiftung zu überführen, darf inzwischen als gescheitert angesehen werden. Zwar waren Name („Stiftung Lesen“) und Schirmherr (Karl Carstens hatte seine prinzipielle Bereitschaft erklärt) bereits gefunden; aber letztlich war man sich darüber klar, daß man den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben kann.

Die Zukunft ist ungewiß. Fest steht immerhin, daß sich Reinhard Mohn an der Förderung des Lesens weiterhin beteiligen will. In welcher Form dies allerdings geschehen soll, ist noch völlig unklar. Wird es bald eine entsprechende Bertelsmann-Stiftung geben?

Für die Verlage bedeutet das Scheitern der Deutschen Lese-Gesellschaft:

- Eine übergeordnete Interessenvertretung der Buch-Leser stellt sich insgesamt als sehr problematisch dar.
- Die Werbung für Bücher und das Lesen als solches ist Sache der Verlage.
- Trotz aller Kooperation ist es die Aufgabe der Verlage, das jeweilige Buch an den jeweiligen Leser zu bringen.

Dies setzt individuelle Anstrengungen voraus. Mit einfachen Worten: Gute Bücher werden – auch ohne Hilfe „übergeordneter“ Institutionen, so verdienstvoll sie auch immer sein mögen – zahlreiche Leser finden. Es gilt deshalb, die Buchwerbung so überzeugend wie möglich zu gestalten. Und dies nicht nur im Hinblick auf Anzeigen und ähnliche Werbeträger, sondern auch dort, von wo die Bücher bezogen werden. – in der Buchhandlung.

KARL P. APONER

Mit einem Feuerwerk der Feste feiert sich Mailand als Hauptstadt der Mode

MONIKA v. ZITZEWITZ, Varese

Kein Taxi, kein Bett, kein Platz im Restaurant, nichts ist in diesen Tagen in Mailand zu bekommen, und schon gar nicht eine Einladung zu den beiden größten Ereignissen in dieser Woche: zur Modenschau in der Scala und zum Bankett im fürstlichsten Saal der Stadt, im Schloß der Sforza. Es sei denn, man ist ein Modeschöpfer oder wichtiger Kunde: Denn Mailand, die neue Modehauptstadt der Welt, in der gerade die wichtigsten Defilées des Jahres stattfinden (Modit Milano vende Moda und Alta Moda Pronta) will offensichtlich der geschlagenen Rivalin Paris zeigen, was eine Harke ist.

Dort kann man zwar in diesen Tagen das edelste Ex-Mannequin Veruschka ohne Kleider, aber dafür schön bemalt als Kunstwerk im Beaubourg betrachten (anschließend im Hamburger Kunst- und Gewerbemuseum, aber was ist das schon gegen Mailands Supermodefeier. Hier trat alles an, was international schick und teuer ist. Vorneweg die siegreichen italienischen Stilisten. Hier defilieren nicht nur die schönsten, schmalsten und längsten Mannequins der Welt in Kleidern, vor denen man sich fragt, wer sie wo tragen und zahlen kann.

Überall laufen die Mode-Schauen: In Theatern, Museen und im Hof der Brera. In den Jurys sitzen Schriftsteller und Künstler. Gemäldegalerien stellen Kleider aus wie Kunstwerke. Die Stiftung Verdielione des gleichnamigen Psychoanalytikers der Lacan-Schule veranstaltet einen Kongreß mit dem Titel: „Mode und Zeitung". Franco Maria Ricci, der ohne falsche Bescheidenheit seine elegante Kunstzeitschrift „FMR" die schönste der Welt nennt, widmete sein jüngstes Heft dem Modeschöpfer Armani und bat den Ordinarius für Kunstgeschichte in Parma die Einführung zu schreiben. Armani hat indessen seine Residenz, den prachtvollen Palazzo Durini, in einen Wintergarten und Ballsaal für 250 Gäste umgewandelt und Nervenkrisen bei den Nichtgeladenen verursacht.

Den größten Coup landete der Bergamasker Industrielle Nicola Trussardi, der für eine Nacht das berühmteste Gebäude Mailands nach dem Dom, die Skala, gemietet hat. „Zum ersten Mal in seiner über 200jährigen Geschichte", so schrieben vor Ehrfurcht schaudernd die italienischen Zeitungen, „wird im Tempel der Oper eine Modenschau stattfinden." Ganz stimmt das nicht. Die Scala beruft immer häufiger berühmte Stilisten für ihre Kostüme. Nach Armani und Versace sind es gerade die Missonis. Sie kleiden Donizetti's „Lucia von Lammermoor", die am 15. März mit Luciano Pavarotti in der Rolle des Edgar Premiere hat.

Trussardis Gala-Abend am 10. März, der nicht im Saal des Piermarini, sondern „nur" im Foyer der Logen stattfindet, kostet ihn, so flüstert man, etwa 100 Millionen Lire (175 000 Mark), zu schweigen von dem Honorar für die Mannequins und dem anschließenden Diner für 350 Personen im teuersten Restaurant Mailands. Pecunia non olet und die Scala kann es gut gebrauchen.

Zum Bankett in der Scala della Balla im Castello Sforzesco, die weiland Leonardo da Vinci für die Hochzeit von Ludovici il Moro hergerichtet hat, lädt der Bürgermeister persönlich 400 Gäste ein. Sie werden an Tischen mit Brokatdekken, begleitet von höfischer Musik der Renaissance, ein erlesenes Diner serviert bekommen. Vielleicht dürfen sie auch in der eben im Nebensaal eröffneten Ausstellung: „Seide in der Zeit der Sforza" beruhigt feststellen, daß Stoffe und Gewänder vor 500 Jahren noch kostbarer waren als heute.



Für den Ruf, Modehauptstadt der Welt zu sein, tut man in Mailand einiges – man schafft sogar Laufstege in die heiligen Hallen der Scala. FOTO: DPA

Karlsruhe lehnte Zlof-Beschwerde einstimmig ab

dpa, Karlsr

Das Karlsruher Bundesverf sungsgericht hat eine Verfassun beschwerde des als Oetker-Entf rer verurteilten Dieter Zlof einsti mig verworfen. Der 39jährige im Juni 1980 von der 5. Strafkamm des Landgerichts München II gen erpresserischen Mensch raubs und schwerer Körperver zung zu 15 Jahren Freiheitsstr verurteilt worden. Die Richter d Zweiten Senats des Verfassungs richts haben die von Zlof in sein Beschwerde geltend gemachte Ve letzung seines Rechts auf ein fair Strafverfahren in der gestern ver fentlichten Entscheidung vernei Zlof hatte in seiner Verfassungsb schwerde gerügt, daß die Münchn Strafkammer den Antrag sein Verteidigung auf Beiziehung säm licher Spurenakten zum Verfahre abgelehnt hatte. Im Fall der Entfü rung des Sohnes des Großind striellen Oetker hatten die Ermit lungen nach mehr als zwei Jahr zur Verhaftung von Zlof geführt.

Toilettenpause beschlossen

dpa, Mannhei

Weil ein Mannheimer Ratsm glied um Sekunden zu spät von d Toilette kam, wurde ein von d CDU geforderter 300 000-Mark-Z schuß für die „Schillertage" a Mannheimer Nationaltheater, d „Schiller-Bühne", mit 24 zu 24 Stim men abgelehnt. Der Rat beschlo daraufhin einstimmig, alle zw Stunden eine fünf Minuten lan Toilettenpause einzurichten.

Arzt erschossen

dpa, Neapel

„Ich habe den Arzt erschossen der mein Kind umgebracht hat." Mi diesen Worten stellte sich der 33jäh rige Krankenwärter Aniello Fe raiuolo in Neapel der Polizei, nach dem er den Arzt Luciano Bus durch sechs Pistolenschüsse getö tet hatte. Der Todesschütze war dem Arzt falsche Behandlung sei nes 5jährigen Sohnes vor.

Parkuhren-Urteil

dpa, Karlsruhe

Autofahrer dürfen nach eine Grundsatzentscheidung des Karls ruher Bundesgerichtshofes (BGH an einer defekten Parkuhr nich länger als die auf der Uhr angegebe ne höchstzulässige Zeit parken. Be gründung: Die auf der Parkuhr an gegebenen Zeiten bedeuten ein ein geschränktes Halteverbot, das nu während des Laufens der Uhr un für die Dauer der zulässigen Park zeit aufgehoben ist. (AZ: 4 StR 630 82)

Ehrung für Hannover

SAD, Bristol

Der Stadtrat von Bristol hat be schlossen, seine deutsche Partne stadt Hannover auf eine bisher ein malige Weise zu ehren: Die Sta Hannover erhält bei einer große Feier am 15. März die Ehrenbürge schaft der Stadt Bristol.

Frühlingsbote in Dresden

AP, Berlin

Eine mehr als 200 Jahre alte ja nische Kamelie im Park des Schlo ses Pillnitz bei Dresden hat ih ersten Knospen entfaltet. Bei de Kamelie handelt es sich um di letzte von drei Pflanzen, die um 177 aus dem Fernen Osten nach Europ gebracht worden waren.

Welcher Polizist schoß?

AP, Augsburg

Die Staatsanwaltschaft Augsburg hat gestern bestätigt, sie wolle klä ren, welcher Polizist den 19jährige Joachim Kaiser aus Wertinge (Kreis Dillingen) bei einer Verfo gungsjagd durch die Augsburge Innenstadt Montag nacht erschoß Kaiser und zwei Freunde waren de Polizei aufgefallen, als sie verkehrt in eine Einbahnstraße einbogen Der Festnahme entzogen sie sich durch eine halsbrecherische Flucht, während der Kaiser erschossen wurde.

LEUTE HEUTE

Niven entlassen

Der englische Schauspieler David Niven ist aus der Privatklinik Wellington entlassen worden, in der er sich neun Tage lang hatte behandeln lassen. Wie bekannt wurde, hat der 73jährige ein Nervenleiden, das zu Muskelschwund führt.

Dank für 50 Jahre

Bei der nächsten Oskar-Verleihung am 11. April wird auch **Mickey Rooney** (62) ausgezeichnet. Für seine „unvergessenen Filme aus 50 Jahren" erhält er den Ehren-Oskar. Das verriet jetzt **Walter Mirisch**, der Produzent vieler Rooney-Streifen. Der Star spielte mit zwei Jahren seine erste Rolle.



Spot(t)preis

Paul (Red) Adair (67), Ölbrandbekämpfer Nr. 1 in der Welt, hat jetzt die Kleinigkeit von 140 000 Dollar, umgerechnet 310 000 Mark, für den Grand Champion Stier des '83er Houston-Livestock-Rodeos hingeblättert. **Clifton Smith**, der 18jährige Eigentümer des 12-Zentner-Elitestiers, hatte „gemischte Gefühle", als er sein Zuchtobjekt verkaufen sollte. Das Geld will er für seine Ausbildung verwenden.

Streik macht die „Subalternos" zum roten Tuch für spanische Matadore

Zum Auftakt der Stierkampfsaison traten die Gehilfen der Toreros in den Ausstand

HEINZ BARTH, Madrid

Man nennt sie seit jeher „Los Subalternos". Aber sie fegen weder die Straßen Madrids, noch strapazieren sie die Ärmelschoner in irgendeinem Hinterzimmer. Was sie fegen, ist allenfalls der Sand des Stierkampf-Platzes, wenn der Stier ihren Chef und Tortilla-Spender, den Torero, in Bedrängnis gebracht hat. Bei den Subalternos muß zwischen den „Peones", die mit den zyklamroten Tüchern wedeln, den „Picadores", die vom Rücken ihrer traurigen Schindmähren dem Stier die Lanze in den Nacken rammen, und den „Banderilleros" unterschieden werden, die ihm die bunten Stäbe mit den stählernen Widerhaken auf die Schulter setzen.

Jetzt, kurz bevor nächsten Sonntag der traditionelle Trompetenstoß in den noch tiefgekühlten Arenen von Madrid und Castellon den Beginn der neuen Saison ankündigt, sind die Subalternos in einen Lohnstreik getreten. Einen unbefristeten sogar, aber das braucht niemand ernst zu nehmen, denn jeder weiß ja, daß spanische Streiks saisongebunden sind. Auch die Kellner streiken mit schöner Regelmäßigkeit vor Sommeranfang, wenn der Touristenstrom einsetzt.

Man darf sich darauf verlassen, daß die Subalternos rechtzeitig mit ihren Capotes, Muletas und Banderillas zur Stelle sein werden, wenn das Signal sie ruft. Denn eher fällt irgendwo eine mörderische Bombe auf diese neumodische Welt, als daß die Spanier eine Stierkampf-Saison ausfallen lassen. Wer gedacht hat, das Ende der Diktatur und die ersten Jahre einer immerhin recht fortschrittlichen Demokratie würden das Volk der „aficionados" vom Massenbesuch der Corridas abhalten, hat sich die Mühe gespart, tiefer in die spanische Mentalität einzudringen.

Es ist wahr, daß die „aficion", die Stierkampf-Passion, Jahre der Baisse hinter sich hat. Aber es war nicht der Wind der Modernisierung, der sie fortwehte. Es war einfach der Mangel an großen Toreros, an attraktiven, ans Herz der Massen appellierenden Herausforderern des Todes. Zur allgemeinen Verwunderung scheint jetzt wieder eine neue Generation von Stierkämpfern nachzuwachsen.

Es macht wenig Sinn, das als eine der Abartigkeiten eines unverbesserlichen Volkscharakters abzutun. Die Spanier hat es immer gereizt, sich durch die Herausforderung einer überlegenen Kraft hervorzutun – seit Karl V. den Stierkampf zu Pferde betrieb. Ein blutrünstiges Schauspiel? Gewiß. Aber auch ein Schauspiel, bei dem im Gegensatz zur Brutalität mancher Sportarten die Menge bei aller Grausamkeit dazu angehalten wird, zwischen Vulgarität und Eleganz zu differenzieren. Erfolg oder Mißerfolg eines Toreros ist nicht, wie im Sport, quantitativ, sondern nach ästhetischen Maßstäben zu messen – die Menge wird zum Unterscheidungsvermögen erzogen.

Das mag erklären, warum sich der Stierkampf wieder im Aufwind befindet. Daß er die Krise überwand, hat natürlich auch materielle Gründe. Innerhalb einer Generation sind Madrid und Barcelona zu Vier-Millionen-Städten herangewachsen. Auch die Provinzstädte haben ein höheres Lebensniveau und damit höhere Unterhaltungsansprüche. Die Voraussetzungen, daß eine neue und leistungsstärkere Torero-Generation nachwächst, sind also gegeben. Von dieser Konjunktur möchten natürlich auch die „Gehilfen" profitieren. Sie verlangen 25 Prozent mehr Honorar, denn „Lohn" möchten wir es nicht nennen.

Die Toreros bieten neun Prozent, was offensichtlich kein Ausgleich für die ungefähr in der Mitte, bei siebzehn Prozent, liegende Inflation ist. Aber es geht in diesem Geschäft, bei aller Korruption, noch immer ziemlich patriarchalisch zu. Um einen erfolgreichen Torero bilden die Subalternos, oft mit ihren Angehörigen, eine Großfamilie. Da ist wenig Raum für die Festsetzung gewerkschaftlicher Tarife. So genau, wie sich die Prozentsätze auf dem Papier lesen, geht es nicht zu. Ein Torero reist von Corrida zu Corrida mit stattlichem Gefolge. Wird ein Subalterno verletzt, steht ihm die gleiche Behandlung in der Spezialklinik zu wie dem Chef. Da ist keine Mafia am Werk, wie man zuweilen in entrüsteten Kommentaren lesen kann. Es handelt sich eher um ein Dasein im Clan, bei dem – zugegeben – das Geld eine gewaltige Rolle spielt. Es lockt, wie stets um diese Jahreszeit: Wir glauben schon, seinen Trompetenstoß zu hören.

Explosion unter Tage begrub 400 Bergleute

Grubenunglück in der Türkei forderte mindestens 96 Tote

E. ANTONAROS, Zonguldak

Mindestens 96 Tote, 85 Schwerverletzte und 22 vermißte Bergleute waren gestern nachmittag die vorläufige Bilanz eines Grubenunglücks in der nördlichen Türkei. Bei einer gewaltigen Schlagwetterexplosion in der Braunkohlenmine Armutsuc in der Provinz Zonguldak, nördlich von Ankara, waren am Mittwochabend 406 unter Tage arbeitende Bergleute in den zusammengestürzten Schächten und Stollen verschüttet worden.

Bergungsmannschaften aus Polizisten, Soldaten, Freiwilligen und Angehörigen der in 350 Meter Tiefe eingekesselten Bergleute konnten bis gestern mittag 233 Menschen aus der Grube befreien. Verantwortliche der türkischen Armee, die die große Rettungsaktion leiteten, hatten die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sich auch weitere Überlebende in den „vollständig zerstörten Schächten" befinden könnten. „Gelegentlich hören wir Hilfeschreie", sagte ein Armeeoffizier.

Die schwerverletzten Bergleute wurden mit Sondermaschinen der Luftwaffe zu modernen Armeekrankenhäusern nach Istanbul geflogen. Etwa 40 leicht Verletzte wurden ambulant in Zonguldak behandelt. „Ich arbeitete in 150 Meter Tiefe, als ich eine ohrenbetäubende Explosion unter mir hörte. Auf einmal wurde ich von gewaltigen Erdmassen zugeschüttet und konnte mich zunächst gar nicht bewegen", berichtete ein Überlebender. „Mit den Händen grub ich durch die Erde und konnte endlich Luft bekommen. Ich schrie nach Hilfe. Drei Stunden später wurde ich von Soldaten abgeholt. Andere Kollegen hatten weniger Glück als ich, weil sie durch die Erdmassen Knochenbrüche erlitten und sich daher nicht bewegen konnten."

Die Provinz Zonguldak am Schwarzen Meer ist der „Kohlenpott" der Türkei: In mindestens 45 Bergwerken aller Größenordnungen wird Braunkohle abgebaut. Die Provinz erlebte nach Kriegsende einen ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwung.

Experten führen das Grubenunglück auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen unter Tage und die veralteten Entlüftungsanlagen zurück. Zu einer Schlagwetterexplosion kommt es, wenn beim Kohleabbau freiwerdende explosive Gase nicht schnell genug abgeleitet werden.

Um den Ölverbrauch zu drosseln und Devisen einzusparen, hat die türkische Regierung in den letzten anderthalb Jahren den seit 1975 vorübergehend vernachlässigten Kohleabbau wieder forciert. „Nun muß festgestellt werden, ob die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten worden sind. Irgendwo ist schlampig gearbeitet worden", kommentierte gestern ein Istanbuler Blatt.

Die Provinz Zonguldak hat als türkisches Kohlezentrum die höchste Unfallquote der Welt auf diesem Gebiet: Nach amtlichen Angaben kommen im Schnitt 75 Bergleute jährlich unter Tage ums Leben. (SAD)

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Während der Norden von Tiefausläufern gestreift wird, liegen die übrigen Gebiete im Einflußbereich eines Hochs mit Kern über Süddeutschland.

Deutscher Wetterdienst 8. März 1983, nachm.

Stationen: 17 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer, Gewitter; Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze; H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete; Luftströmung: warm, kalt; Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion; Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland: Im Norden stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise leichter Regen, Nachmittagstemperaturen um 8 Grad. In den übrigen Gebieten teils heiter, teils stark bewölkt und trocken, höchste Temperaturen bis 14 Grad. Im Norden frischer bis starker, sonst nur schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wenig Änderung

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	18°
Bonn	8°	Kopenh.	9°
Dresden	7°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	10°
Frankfurt	8°	Madrid	12°
Hamburg	8°	Mailand	13°
List/Sylt	5°	Mallorca	17°
München	7°	Moskau	–5°
Stuttgart	8°	Nizza	14°
Algier	15°	Oslo	3°
Amsterdam	9°	Paris	12°
Athen	15°	Prag	8°
Barcelona	13°	Rom	11°
Brüssel	10°	Stockholm	0°
Budapest	10°	Tel Aviv	16°
Bukarest	13°	Tunis	13°
Helsinki	–4°	Wien	10°
Istanbul	12°	Zürich	7°

Sonnenaufgang*: am **Donnerstag:** 6.49 Uhr, Untergang: 18.17 Uhr; **Mondaufgang:** 5.25 Uhr, Untergang: 13.30 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Von hinten gesehen zeigt Genf viel Neues



Als Neuheit wird in Genf auch der Nachfolger des Audi 100 Avant präsentiert – eine gelungene Mischung aus Kombi und Coupé.

HEINZ HORRMANN, Genf

Das Bestreben der Automobilunternehmen, auch die kleinste Nische im hart umkämpften Markt gewinnbringend zu füllen, führt derzeit zu einer nie gesehenen Vielzahl von Variationen bereits vorgestellter Basismodelle. Auf dem 53. Genfer Automobilsalon werden alle diese Varianten gezeigt. Das Frühjahrs-Schaufenster der internationalen Automobilbranche ist vom 10. bis 20. März „dekoriert."

Obwohl Modellsensationen früherer Jahre fehlen, herrscht in Genf Hochstimmung wie schon lange nicht mehr. Die wichtigsten Neuheiten präsentieren Renault mit der Fließheckversion des erfolgreichen R 9 und dem R 11 sowie Audi mit der geräumigen Kombilimousine Audi 100 Avant, die von April an auf dem deutschen Markt angeboten werden.

Der R 11 hat eine weiche, dem Fuego ähnliche Linienführung der Karosserie und einen Sprachcomputer wie der Maestro von British Leyland.

Der Avant wirkt trotz des zusätzlich geschaffenen Laderaums elegant und fließend wie die aerodynamisch glänzend geformte Limousine. Die Technik blieb unverändert. Zusätzlich zu den bekannten Triebwerken wird der Audi Avant mit einem Turbo-Dieselmotor (87 PS) angeboten.

Viel Beifall erntete Ford für die Sportversion der Sierra-Baureihe. Der XR 41 (knapp 220 Stundenkilometer schnell) mit Doppelspoiler am Heck soll um die 28 000 Mark kosten. Der Rüsselsheimer Konkurrent Opel machte für eine jüngere Zielgruppe den gleichermaßen braven wie zuverlässigen Kadett flott. Der „GTE" wird von einem 115 PS starken 1,8 Liter-Einspritzaggregat angetrieben. Dieser neuentwickelte Vierzylinder bringt den Sport-Kadett auf 187 Stundenkilometer. Den Wagen gibt's von 19 500 Mark an.

Daß es endlich wieder einen „Zweitwagen" in der Preisklasse bis 10 000 Mark gibt, dafür sorgt Nissan – bislang besser bekannt unter dem Markennamen Datsun – mit dem frontangetriebenen Micra (1,0 Liter-Motor und 54 PS), der von Mitte März an in den Schaufenstern stehen wird.

Auch Daimler-Benz hat rechtzeitig erkannt, daß schon in guten Tagen vorsorglich an härtere Marktauseinandersetzungen gedacht werden muß. Zum Herbst – schneller als allgemein erwartet – soll bereits die stärkere Version des Mercedes 190 E fertig sein. Der Wagen im dezenten Tuning-Look wird von einem 16-Ventil-4-Zylinder mit gut 180 Pferdestärken angetrieben. Über den Preis schwiegen die Herren aus Untertürkheim jedoch noch.

ZU GUTER LETZT

„Spezialität des Hauses: Schnellimbiß. Aus dem Gastronomieverzeichnis von Königslutter/Elm.

